

19 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-will-schueler-nach-vorbild-von-mao-tse-tung-manipulieren-18252828.html?premium>

INDOKTRINATION IN DER BILDUNG:

## Wie China die Gehirne von Kindern und Studenten „bewaffnen“ will

VON [FRIEDERIKE BÖGE](#), PEKING, UND PETER STURM

-AKTUALISIERT AM 19.08.2022-11:08



Von Xi lernen: Schüler einer Grundschule in Hohhot Bild: Getty

Schüler, Studenten und Lehrer sollen in China die Worte ihres Anführers Xi studieren. Das eigene System soll so jenem des Westens überlegen erscheinen. Wer Erfolg haben will, macht mit.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hält niemals einfach nur „eine Rede“. In offiziellen Verlautbarungen werden seine Vorträge stets als „wichtige Rede“ bezeichnet. Manchmal werden sie erst Jahre später in der Parteizeitschrift „Qiushi“ (Wahrheitssuche) veröffentlicht. In dem Fall wird die Veröffentlichung von der Nachrichtenagentur Xinhua per Eilmeldung angekündigt, als handle es sich um Breaking News. Den „Geist“ seiner Reden zu „studieren“ gehört für Schüler, Studenten und Staatsbedienstete in [China](#) zum Alltag.

Nur in Hongkong war das bisher nicht der Fall. Die Sonderverwaltungsregion pflegte ihre eigene politische Kultur. Doch in dieser Woche hat die Hongkonger Bildungsbehörde zum ersten Mal Kopien einer Rede [Xi Jinpings](#) an Schulen und Kindergärten in der Stadt verteilt. Wie die Zeitung „South China Morning Post“ berichtet, wird von Lehrern und Kindergärtnerinnen erwartet, dass sie die „zentralen Botschaften“ der Rede „verstehen“ und „ihr Bewusstsein für die Trends im Land und in der Welt schärfen“. Es handelt sich um jene Rede, die Xi am 1. Juli zum 25. Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an China gehalten hat. Darin hatte er unter anderem eine Schulreform angemahnt, um die Hongkonger Schüler zu Patrioten zu erziehen.

Der neue Chef der Hongkonger Lokalregierung, John Lee, leitete persönlich mehrere „Seminare“, in denen die Rede Xi Jinpings „studiert“ wurde. Das Onlinemedium „Hong Kong Free Press“ hat allein im Juli mehr als 60 solcher Veranstaltungen gezählt, die gemeinhin den Zweck haben, Loyalität gegenüber dem Regime zu demonstrieren. Zu den Teilnehmern zählten nicht nur Staatsdiener, sondern auch Kinder im Grundschul- und Kindergartenalter. Die Studiensitzungen sind Teil der Ideologisierung des Hongkonger Bildungssystems, in dem Lehramtsstudenten seit Kurzem eine Prüfung in „nationaler Sicherheit“ bestehen müssen, bevor sie in den Schuldienst eintreten dürfen. „Es geht darum, eine nächste Generation von Hongkongern zu erziehen, die nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber der Partei loyal ist“, sagt Valarie Tan, die am Berliner Mercator Institute for China Studies ideologische Bildung in China erforscht.

Höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Jenseits von Hongkong ist dieser Prozess in China weit fortgeschritten, hat sich zuletzt aber merklich beschleunigt. Im vergangenen September wurde Xis Ideologie als eigenes Fach in die Lehrpläne von der dritten Klasse bis zur Universität eingeführt. In dem Unterricht würden die Schüler und **Studenten** „eine Weltsicht vermittelt bekommen, in der China im Zentrum steht und die Kommunistische Partei Chinas an der Spitze des Landes“, sagt Valarie Tan. Ihnen werde vermittelt, dass der Westen gegen China sei und dass das Land jetzt stark genug sei, sich dem entgegenzustellen.

Konkret werde den Schülern beigebracht, was sie auf Kritik an China und seinem politischen System antworten sollten, etwa auf die Aussage, Demokratie sei das bessere System oder die Taiwaner hätten ein Recht auf Selbstbestimmung. Xi selbst hat das als „Bewaffnung ihrer Gehirne“ bezeichnet. Mehrere Umfragen hätten gezeigt, dass diese Art der Bildung zu mehr Unterstützung für die Regierung führe, sagt die Wissenschaftlerin.

Wer die schwer zugänglichen Reden Xis liest, wird sich fragen, wie sie als Unterrichtsstoff, zumal in der Grundschule, vermittelt werden. Valarie Tan sagt, China habe viel in neue Bücher, Methoden und Lehrerausbildung investiert, um ideologische Bildung für Schüler interessant zu machen. Die Beförderung von Lehrern sei davon abhängig, wie gut ihnen das gelinge.

Außerdem hat die Bildung einen praktischen Nutzen: Sie erhöht die Chancen am Arbeitsmarkt. Während die Jugendarbeitslosigkeit zuletzt auf einen Rekordwert von fast zwanzig Prozent stieg, seien verstärkt Bewerber mit einem Abschluss in Marxismus angestellt worden, sagt Tan. Seither sei das Interesse an diesem Studiengang merklich gestiegen. Neuerdings würden zudem Elemente ideologischer Bildung in andere Fächer wie Ökonomie oder Biologie eingeführt, berichtet Tan. Wissenschaftler seien zunehmend gezwungen, Ideologie vor Innovation zu stellen. Gegen diese Art der Indoktrination gebe es aber Widerstand.

Was das in der Praxis bedeutet, schildert ein Student einer Musikhochschule in China. Von den sechs Kursen, die er in diesem Semester besuchen musste, waren drei ideologisch: Marxismus, Sozialismus chinesischer Prägung und die Ideologie Xis. Zudem mussten die Studenten zentrale Reden Xis live verfolgen, sie auswendig lernen und Reflexionen darüber verfassen. Das konnte in Form eines Aufsatzes geschehen oder in Form eines Musikstücks.

Die Qualität der Eingaben werde aber nicht bewertet, sagt der Student. „Einmal habe ich in zwanzig Minuten einen ironischen, kindischen Song geschrieben.“ Ein andermal habe er per Copy und Paste Xi-Begriffe vor einen knallroten Hintergrund zu einer Collage montiert und „super“ darüber geschrieben. „Niemanden interessiert das. Solange man etwas einreicht, bekommt man keine Probleme.“ Gerade weil es so lapidar erscheine, wehre sich kaum jemand dagegen. Dabei sei es das Ziel der Partei, über politische Vokabeln die Sprache und das Denken der Künstler zu manipulieren, glaubt der Student, der anonym bleiben will. „Mit jeder Reflexion über eine Xi-Rede wächst die Stille im Herzen des Künstlers.“

## Xis Vorbild ist Mao

In Bezug auf Musik werde an der Hochschule die Idee vermittelt, dass Kunst dem von Xi ausgegebenen Ziel eines Wiedererwachens der chinesischen Nation dienen müsse. Die Studenten würden ermutigt, die Wurzeln chinesischer Musiktraditionen zu ergründen. „Sie versuchen, etwas zu rekonstruieren, was es nie gegeben hat“, sagt der Student. „Sie schaffen einen künstlichen Widerspruch zwischen östlicher und westlicher Musik.“ Seine Lehrer beschreibe der Student nicht als bornierte Apparatschiks, sondern als Pragmatiker. „Sie versuchen, uns Chancen zu eröffnen, indem sie tun, was die Partei von ihnen erwartet.“

Eine noch stärkere Ideologisierung ist absehbar: In dieser Woche wurde der neue Fünfjahresplan für kulturelle Entwicklung veröffentlicht. Ein Ziel: Xis Ideologie „in ein helleres Licht der Wahrheit“ zu rücken. 2017 wurde sein „Denken“ in die Parteistatuten und 2018 in die Präambel der chinesischen Verfassung aufgenommen. Im vergangenen Jahr wurde Xi in einer Resolution zur Parteigeschichte

zum Vordenker einer neuen Epoche ausgerufen. Jede Universität, die etwas auf sich hält, hat inzwischen ein Institut für die „Erforschung des Xi-Jinping-Denkens“, von dem es regelmäßig heißt, es beinhalte „Lösungen für die modernen Probleme der Menschheit“.

Derlei Beeinflussungsversuche haben in Systemen wie dem chinesischen und früher dem sowjetischen eine lange Tradition. Eine der ersten einschlägigen „Bibeln“ war die erstmals 1938 erschienene „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Kurzer Lehrgang)“. Diese zumindest unter direktem Einfluss [Josef Stalins](#) verfasste grobe Geschichtsverfälschung erlebte in der UdSSR und später auch in den Ostblockstaaten Millionenaufgaben und war Unterrichtsgegenstand auf allen Ebenen der Ausbildung. Deshalb mussten zum Beispiel Studenten den „Kurzen Lehrgang“ gleich mehrfach über sich ergehen lassen.

Der chinesische Kommunistenführer [Mao Tse-tung](#), der machtpolitisch eine gewisse Distanz zu Stalin wahren wollte, dessen Herrschaftsmethoden aber gern übernahm, schrieb 1941 über den „Kurzen Lehrgang“, dieser sei „die beste Synthese und Verallgemeinerung der Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung“ und „ein Musterbeispiel an Verbindung von Theorie und Praxis“. Nun wüssten die chinesischen Genossen, „wie wir bei uns in China zu arbeiten haben“.

Ob Xi in seiner Jugend auch noch das Bildungserlebnis „Kurzer Lehrgang“ genossen hat, ist nicht bekannt. Er sieht sich aber in vielerlei Hinsicht als Erbe Maos. In diese Traditionslinie gehört auch Stalin, auch wenn über diesen Aspekt im heutigen China nicht so gern gesprochen wird.

19 août (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/08/19/opinion/saudi-arabia-women-rights.html>

OPINION

GUEST ESSAY

## The Mirage of Women's Freedom in Saudi Arabia

Aug. 19, 2022, 5:00 a.m. ET



Credit...Iman Al-Dabbagh for The New York Times

By [Megan K. Stack](#)

Ms. Stack is a contributing Opinion writer.

Crown Prince Mohammed bin Salman of Saudi Arabia is officially back in good standing, having spent his summer putting the finishing touches on a wildly successful reputation rehabilitation. The kingdom's de facto ruler bumped fists with President Biden, who not long ago accused him of heading a "[pariah](#)" state; basked in the sycophantic praise of Greek officials in the birthplace of Western democracy; and feasted at the Élysée Palace with President Emmanuel Macron.

Foreign officials sometimes mention the grisly murder of the journalist Jamal Khashoggi or Saudi atrocities in Yemen, but these fleeting condemnations have started to feel like a rote obligation hastily done so that everyone can get back to angling for oil. With Russia's war in Ukraine straining global energy markets, morals are a luxury the West can no longer afford, or so they think. But, of course, they can't say that.

What they say instead is that the mercurial figure known as M.B.S. has brought social and economic progress to Saudi Arabia. True, they concede, he has [rounded up rivals, jailed clerics](#) and cracked down on dissent. But with promises of a "moderate" Islam, he has quickly shoved the austere kingdom into a brave new age featuring Formula One racing, [Justin Bieber](#) and Mariah Carey concerts, and cinemas and restaurants where men and women mingle. I repeat: men and women. For this, without fail, you will hear: M.B.S. has liberated Saudi women, allowing them to drive and loosening the state-enforced control by their male guardians.

On closer inspection, however, the emancipation of women is not all it seems.

First, it's hard to discuss women's freedom while Saudi Arabia prosecutes women (and men) as terrorists for so much as dabbling in politics. Just last week, [Salma al-Shehab](#), a Ph.D. student and



mother of two, was sentenced to 34 years in prison for using her Twitter account in support of dissidents.

But even the mundane freedoms of women's lives remain straitened. M.B.S. indeed [abolished the ban on women driving](#), which had always stood out as an outlandish source of international scorn. He also removed some of the legal enforcements of the dreaded guardianship system, which consigned every Saudi woman to the near total control of a male family member. More women are believed to have [entered the](#) work force now that the government allows them to move around more easily. M.B.S. defanged the notorious religious police and ended the mandatory gender segregation they imposed on every public space.

These are real, laudable changes. The complicating question is, who can take advantage of them?

The recent reforms mean that if a woman has been born or married into a clan of freethinking men willing to let her do things, the state will not interfere. But for the many Saudi women who lack a benevolent male guardian, there is no remedy. If, for example, a woman's husband or father doesn't think she should get her driving license, she is still compelled to obey his dictate.

In other words, according to Saudi legal experts I consulted, the changes are crafted to avoid discomfiting men: The government will no longer legally force men to keep the women of their household under heightened control — but it won't force men to emancipate women, either.



Women wait and others read notes off the board before a test at the women's Saudi Driving School, Riyadh, Saudi Arabia. Credit...Iman Al-Dabbagh for The New York Times

“For women who are unfortunate, who do not have the support of their guardians, they do not have the opportunity to enjoy the openings in society,” explained Hala Aldosari, a Saudi scholar and rights activist. “I'd say this is the majority of women in Saudi Arabia, who live in more conservative families.”

“Reforms are done for certain types of people,” she added. “They are not done for all kinds of women.”

M.B.S. has boasted extravagantly that his new personal status law is a [“major qualitative leap”](#) in women's rights.

I read [the law](#), which appeared quietly on a Saudi government website in Arabic without official translation. I had some idea what I'd find, having heard mutterings from Saudi women and human rights activists, but I was still taken aback by how starkly it fell short of the rhetoric surrounding M.B.S.'s purported social transformation.

Saudi women still need permission from a male guardian to marry. True, it forbids guardians to force their charges to marry against their will. But the paternalistic role of the male guardian is

fully encoded in the law — with control over women passing among fathers, husbands, uncles, brothers and even sons in a prescribed order of importance — and since a marriage agreement involves the “offer of the guardian and the acceptance of the husband,” a guardian could likely prevent a woman from marrying according to her desire. (I should point out, in the interest of fairness, that despite all of this, [Saudi Arabia’s abortion laws](#) are more liberal than those of some U.S. states, allowing for pregnancy termination when the mother’s mental or physical health is threatened.)

Once married, a Saudi woman must obey her husband. She may not “withhold herself” from her husband. She must breastfeed her children; this is a legal obligation owed to her husband. As is common in other Muslim countries, no Muslim woman may marry a non-Muslim, and widows, compared with widowers, are entitled to a smaller share of the dead spouse’s estate.

And so it is: freedom at the whim of a father, liberation at the pleasure of the prince.

The United States has never really found — and perhaps never sincerely sought — an effective way to coherently, consistently support human rights abroad, particularly in the Middle East. Even before Sept. 11, successive administrations paid lip service to issues like political repression, elections and, perhaps most of all, women’s rights, but these ad hoc moments of pressure were rendered hypocritical against the backdrop of bloodshed and destabilization wrought by U.S. wars and tended to wither away when they clashed with security or economic priorities.

Today, in the wake of the crushed uprisings of the Arab Spring and a Trump administration that shattered the American tradition of at least pretending to care about human rights, a particular bleakness has taken hold. From Egypt to the Palestinian territories to Saudi Arabia, the United States is all pragmatism, undeterred by hunger-striking political prisoners or slain U.S. journalists. The question, perhaps, is how to explain ourselves at home.

That’s where women’s rights come in. The second-class citizenship accorded to women in Saudi Arabia had long been a complicating source of embarrassment and criticism in the U.S.-Saudi relationship. American politicians and companies were routinely called out for overlooking, criticizing too mildly or even (in the case of restaurants and hotel chains) enforcing laws that deprived women of fundamental rights to occupy public spaces, marry or move around freely. At the same time, when U.S. diplomats came out with milquetoast condemnations or snubs, the kingdom was humiliated and angered. M.B.S., it seems, was eager to excise this awkwardness.

“He wants to be the great reformer in the eyes of the West, to give the appearance of benevolence and liberty,” said Khaled Abou El Fadl, a distinguished professor of law at the University of California, Los Angeles, and a vigorous critic of the ultraconservative Wahhabism dominant in Saudi Arabia. “And we all look the other way so our conscience is not too bothered.”

The pictures we see are mesmerizing. It is undeniably thrilling to glimpse women cruising King Fahd Road or [mingling](#) at the King Abdulaziz racetrack. Foreign reporters paint vivid tableaux of [wrestling](#) and [raves](#).

But, on closer look, each bit of progress came ominously layered with warning messages unmistakable to a Saudi audience.

Just as the kingdom announced that women could drive, for example, the women who’d campaigned tirelessly and publicly for precisely this right were arrested and locked away. The family of one of the most prominent driving activists, Loujain al-Hathloul, [said publicly](#) that she was tortured and sexually harassed while in custody; human rights investigators say others were also abused. Upon release, the women and even their family members were subjected to travel bans, forbidden to leave Saudi Arabia or to speak publicly about politics.

There’s a harsh logic to this seeming incongruity: M.B.S. struck out against two embarrassing political elements — the driving ban and the women who dared to protest against the ruling family.

“He fears women having too much power,” said [Abdullah Alaoudh](#), a Saudi legal scholar and the director of research at Democracy for the Arab World Now, or DAWN, a human rights organization that documented the arrests of the driving activists through interviews and court records. “At the same time, he wants to use this banner of quote-unquote empowering women.”

The story of Ms. al-Hathloul, who was [released](#) last year, touches on another contradiction in Saudi Arabia’s nominal pursuit of women’s equality: its ambassadors. The kingdom first appointed a woman to the role of ambassador [in 2019](#), when Princess Reema bint Bandar bin Sultan was dispatched to Washington. Soon a second woman, Amal al-Moallimi, whose brother is Saudi Arabia’s longtime delegate to the United Nations, was appointed ambassador to Norway.

Image



Loujain al-Hathloul in Riyadh on March 10, 2021. Credit...Rania Sanjar/Agence France-Presse — Getty Images

Ms. al-Moallimi had met Ms. al-Hathloul. She was part of a delegation from the Saudi government’s Human Rights Commission that visited the driving activist while she was being held incommunicado. Ms. al-Hathloul told Ms. al-Moallimi that she had been electrocuted, sexually assaulted and threatened with death during her detention, and she asked for protection, [according to a report](#) assembled by DAWN.

But Ms. al-Moallimi, the organization charges, “buried” the complaint, failing to investigate or take action. As ambassador, she has enthusiastically described the great strides being made by Saudi women. (I emailed the Saudi Foreign Ministry requesting an interview with Ms. al-Moallimi and a response to DAWN’s report but received no reply.)

As for the ambassador to the United States, she, too, has a peculiar history when it comes to sisterly solidarity. She once coined a hashtag, [#i choose to stay](#), that was understood as a reprimand aimed at desperate Saudi women trying to escape harsh restrictions at home by fleeing abroad. One such woman, [Dina Ali Lasloom](#), made it to Manila in 2017, only to be chased down and dragged onto a Riyadh-bound airplane by male family members. She has never been heard from publicly again. (A spokesman for the Saudi embassy in Washington did not respond to questions I posed.)

Defenders of M.B.S. point out that he’s wildly popular among Saudis. I can easily believe that he is well liked by some of his subjects, like secular-leaning youth.

Still, I can’t help but suspect that a real Saudi Arabia, with varied communities occupied by flesh and blood human beings, is obscured by an avalanche of glossy propaganda.

Yasmine Farouk, a scholar who has extensively researched Saudi Arabia for the Carnegie Endowment for International Peace, told me that some of the crown prince’s most popular initiatives have garnered little international attention. For example, she said, people are pleased that he’s streamlined government bureaucracy into user-friendly online platforms. The downside, she immediately added, was that everyone’s data would now be easily gathered into the clutches of the [surveillance state](#).

While the kingdom has always been opaque, these days, a kind of eerie silence has taken hold. It is no longer the slightly messy political culture I used to cover in the early years of the Iraq war, when gadflies and critics like Mr. Khashoggi buzzed around the edges and dissenting members of the royal family gossiped over coffee. All those people have shut up or gone to ground. I can't even locate some of the sources I used to speak with.

“It is very hard to access the Saudi grass roots and society to understand the depth and reality of what's he doing,” Ms. Farouk said. “It makes the picture really incomplete. They arrest people for talking and, also, there's a lot of self-censorship. Even me, I don't contact some people anymore because I'm worried to put them in harm's way.”

In his forthcoming memoir, [Jared Kushner writes](#) that he befriended the crown prince because “the reforms that M.B.S. was implementing were having a positive impact on millions of people in the kingdom — especially women.” It is a natural thing to highlight, the least embarrassing spin one can put on the relationship with M.B.S.

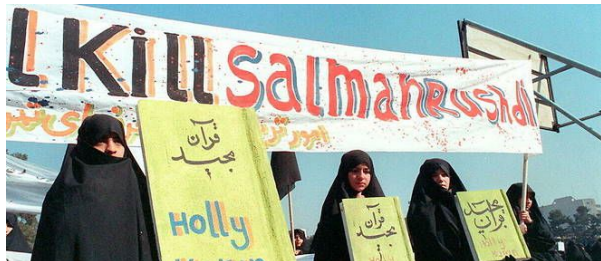


19 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/gilles-kepel-il-est-difficile-pour-l-iran-de-nier-sa-responsabilite-17-08-2022-2486626\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/gilles-kepel-il-est-difficile-pour-l-iran-de-nier-sa-responsabilite-17-08-2022-2486626_24.php)

## Gilles Kepel : « Il est difficile pour l’Iran de nier sa responsabilité »

ENTRETIEN. Le spécialiste du djihadisme estime que la tentative de meurtre sur Salman Rushdie aura des répercussions désastreuses pour l’Iran.



Après la fatwa édictée contre Salman Rushdie le 14 février 1989, des femmes iraniennes manifestent à Téhéran contre l'auteur des *Versets sataniques*. © NORBERT SCHILLER / AFP

*Propos recueillis par Gabriel Bouchaud*

Publié le 17/08/2022 à 17h00

La tentative d’assassinat sur Salman Rushdie n’est que la dernière itération d’un radicalisme islamiste toujours vivace, que la baisse du nombre d’attentats en France et la pandémie avaient occulté. La différence, cette fois, est qu’il ne s’agit pas de djihadisme sunnite, mais bien de l’exécution d’une fatwa, un avis religieux pouvant faire office de condamnation à mort, prononcée par la République islamique d’Iran, chiite. Gilles Kepel, professeur à l’université Paris Sciences & Lettres, directeur de la chaire Moyen-Orient Méditerranée à l’École normale supérieure et auteur de *Le Prophète et la Pandémie – du Moyen Orient au djihadisme d’atmosphère* (Gallimard 2021), nous explique les conséquences géopolitiques de la mise à exécution de cette condamnation à mort avec trente-trois ans d’intervalle. Dans une ironie terrible, il apparaît que tout le monde sort perdant de cet attentat : Salman Rushdie et ses proches, mais aussi l’Iran, qui a un besoin vital de se rapprocher des États-Unis avant les prochaines élections législatives américaines, en novembre.

**Le Point** : **Salman Rushdie s'attendait-il encore à être la cible d'une attaque ?**

**Gilles Kepel** : J’avais eu l’occasion de parler à Salman Rushdie de sa situation lors d’un dîner à Princeton, aux États-Unis, alors que j’étais moi-même sous protection policière. Il m’avait alors semblé que ce dernier surestimait sa sécurité personnelle. Mal protégé au Royaume-Uni, transporté de maison en maison et trop contrôlé dans ses prises de position, tel qu’il en fait le récit dans son livre *Joseph Anton*, il était parti pour les États-Unis et semblait penser que ce pays était un havre de paix pour un individu tel que lui. À tort, comme on le sait à présent. Il faut savoir que la protection policière aux États-Unis est quasiment inexistante : la police vous fait savoir que l’on cherche à vous tuer, mais c’est à vous d’embaucher une protection à grands frais. Comparé à la France, je suis bien placé pour le savoir, c’est le jour et la nuit !

**Pourquoi cet auteur avait-il été ciblé en 1989 et non pas à la sortie de son livre *Les Versets sataniques* ?**

J'avais été surpris que Salman Rushdie lui-même ne sache pas pourquoi il avait été ciblé par une fatwa le 14 février 1989. C'était la veille du retrait des troupes soviétiques d'Afghanistan, après dix ans d'occupation du pays. Il s'agissait donc, pour l'ayatollah Khomeyni, de couper l'herbe sous le pied des puissances sunnites qui, avec l'aide des Américains, avaient chassé la puissance athée qu'était l'URSS. Il s'agissait d'un calcul opportuniste, visant à mettre les rivaux religieux de l'Iran en porte-à-faux et à désigner la République islamique comme véritable défenseuse des valeurs islamiques. Rushdie, en tant que romancier, ne s'était jamais posé la question de l'opportunité de la fatwa sur lui. Elle était la conséquence de bouleversements géopolitiques majeurs sur lesquels il n'avait lui-même pas de prise.

### **L'opportunité d'une tentative de meurtre, trente-trois ans après la fatwa, a de quoi surprendre...**

La question aujourd'hui est de savoir si Hadi Matar a pris sur lui d'exécuter seul la fatwa ou via un commanditaire. Il semblerait que c'est au cours d'une visite au Liban, dans sa famille, que le jeune homme de 24 ans, né en Californie et résidant dans le New Jersey, ait pris la décision de mener une attaque contre Salman Rushdie.

Pour l'instant cependant, le *smoking gun* [la preuve tangible, NDLR] qui prouverait l'implication du Hezbollah ou de la République islamique n'a pas été trouvé. L'idée d'un commanditaire semble d'ailleurs peu probable vu le contexte géopolitique. L'Iran a en effet besoin de retourner dans le JCPOA, l'accord de Vienne sur le nucléaire iranien. Son économie est exsangue, la légitimité du régime est au plus bas ; les services secrets israéliens démultiplient les assassinats d'ingénieurs nucléaires et de responsables politiques avec un talent certain, ce qui a conduit à de nombreuses purges au sommet des gardiens de la Révolution.

Avec les *midterms* aux États-Unis en novembre et alors que les républicains sont bien placés pour reprendre le contrôle du Parlement, la fenêtre d'opportunité pour cette réintégration au JCPOA se réduit. Un incident diplomatique provoqué par la mise à exécution (ratée, certes) de la fatwa contre Salman Rushdie ne pouvait pas tomber à un pire moment pour la République islamique. Ils ont, en quelque sorte, été pris à leur propre piège.

Il est possible que certains radicaux chiites deviennent des "djihadistes d'atmosphère".

Il est difficile pour l'Iran de nier sa responsabilité dans tout cela. Si leur ministère des Affaires étrangères se répand en dénégations, il faut garder à l'esprit que leur parole ne vaut rien : la République d'Iran est une théocratie fondée sur une sorte d'infailibilité de son fondateur, Khomeyni. Le chiisme est constitué en clergés parfois rivaux, mais, contrairement au sunnisme, les djihadistes chiites exécutent des ordres. Il est impossible pour Khamenei de désavouer une fatwa de son prédécesseur.

Il est plausible que certains radicaux chiites deviennent, comme les djihadistes sunnites, des « djihadistes d'atmosphère ». Ils choisissent eux-mêmes leur cible, souvent désignée par ce que mon collègue Bernard Rougier appelle les « entrepreneurs de colère ».

### **Si cette stratégie d'encourager les attaques terroristes ne fonctionne pas, ne faut-il pas qu'ils en changent ?**

Le problème est justement qu'il s'agit d'actions très décentralisées. Leur inefficacité n'empêche pas des individus comme l'assassin de Samuel Paty ou l'agresseur de Rushdie d'y trouver un sens.

Le problème, c'est que, dans ce cas, « le mieux est l'ennemi du bien » du point de vue des Iraniens. Ils font le contraire que ce qu'a fait Daech, qui tendait à s'attribuer des attentats qu'ils n'avaient pas commandités, comme dans le cas de Mickaël Harpon ou de l'attentat du 14 Juillet à Nice. Ils se défendent d'en être les instigateurs, même s'ils le sont évidemment au moins indirectement, car la terreur contrecarre leurs objectifs diplomatiques. La tactique contredit les objectifs stratégiques de la République islamique d'Iran, et montre bien les limites de cet oxymore politique d'être à la fois une république et une théocratie islamique.

19 août (Atlantico)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/activisme-vert-le-risque-politique-pire-que-le-risque-environnemental-decisions-choix-arbitrage-environnement-rechauffement-climatique-consequences-militants-drieu-godefridi-joseph-mace-scaron>

CONSÉQUENCES DES ARBITRAGES

## Activisme vert : le risque politique, pire que le risque environnemental ?



*Des militants d'Extinction Rebellion lors d'une manifestation pour la défense de l'environnement.*

Le réchauffement climatique mène inévitablement à des débats sur l'utilisation des ressources. Au regard de l'influence et du poids de l'activisme vert, faut-il craindre que les arbitrages se fassent selon des décisions "morales" et symboliques, plutôt que rationnelles et scientifiques ?

Drieu Godefridi et Joseph Macé-Scaron

**Atlantico : Les changements climatiques mèneront inévitablement à des débats d'arbitrage sur l'utilisation des ressources. A l'heure de l'activisme vert, faut-il craindre que ces arbitrages se fassent selon des décisions "morales", symboliques, plutôt que rationnelles et scientifiques ?**

**Drieu Godefridi :** Il faut soigneusement distinguer les questions scientifiques et factuelles — les évolutions du climat et moyens de s'y adapter — de l'idéologie venue s'y greffer, qui est l'idéologie écologiste. C'est une erreur de raisonnement, et la prospérité des idéologues écologistes, qui consiste à confondre (identifier) l'écologie comme science de la nature et l'écologisme comme idéologie politique. Concrètement, quand on prend connaissance des revendications concrètes des écologistes français, de Die Grünen en Allemagne, ou des écologistes belges — pour ne rien dire de personnalités plus folkloriques telles Sandrine Rousseau — on constate que ces revendications sont non seulement étrangères à la science de la nature, mais en porte-à-faux et contradiction frontale avec la rationalité scientifique.

**Joseph Macé-Scaron :** Les universités d'été sont une occasion précieuse pour évaluer l'état d'une formation politique. Au passage, celle des Républicains qui se tenaient traditionnellement à La Baule a été purement et simplement annulée. Mais revenons à EELV et demandons le programme. Ce qui est intéressant c'est que, cette année, la parole n'est même plus aux experts contestés et contestables de l'écologie politique mais aux élus. Car l'organisation politique et le fonctionnement des écolos français fait que chacun doit pouvoir exprimer sa sensibilité qui a, aujourd'hui, d'autant plus de poids que l'impétrant est devenu député européen ou député français. Ce qui ressort des débats et des ateliers,

c'est d'abord un exercice d'autocélébration. Et ce n'est pas un hasard si cette Université d'été se tient à Grenoble, ville dont le maire a une très haute idée de lui-même.

On se dit que les inscrits pourront toujours se rabattre sur les ateliers de formation. Notamment celui dédié « aux grands cadres de la pensée écolo ». On pense que l'on va évoquer, notamment, ces deux penseurs qui ont marqué leur époque : Jacques Ellul, Théodore Monod ou Ivan Illich. Mais ce serait trop scolaire et pas assez « actu ». En revanche, il sera question de quelle manière l'écologie politique est « impactée par l'écoféminisme » et la principale intervenante sera... Sandrine Rousseau. Nul doute que les participants vont repartir après cette UE avec des bases solides sur l'assemblée constituante au Chili, les méfaits de la production de la neige artificielle ou comment lutter pour un féminisme transinclusif.

Pardon d'avoir été long mais ce développement est nécessaire lorsque l'on parle de prises de décision, d'arbitrages et d'argumentations rationnelles face aux défis environnementaux qui se présentent à nous. Il est clair que les écologistes français n'ont toujours pas mûri. Leur adhésion à la NUPES risque de prolonger encore leur état d'adolescence.

Leur mode d'approche relève de la logique binaire propre aux organisations estudiantines d'extrême-gauche. Où sont passés chez eux les René Dumont, candidat écologiste à la présidentielle en 1974, qui fut le premier à mettre en garde contre les risques de raréfaction de l'eau ?

### **Avons-nous déjà des exemples de ces décisions ?**

**Drieu Godefridi** : Le nucléaire ! Seule source d'énergie pérenne non émettrice de CO<sub>2</sub> — avec l'hydraulique, mais celui-ci exige de vastes configurations naturelles non reproductibles — le nucléaire devrait être embrassé par toute personne rationnelle soucieuse de maîtriser les émissions humaines de CO<sub>2</sub>. Or, que constate-t-on ? Que dans les pays cités, et les multinationales de l'écologisme telles Greenpeace, les écologistes vouent une haine religieuse à l'énergie nucléaire, dont ils exigent depuis trente ans l'arrêt et le démantèlement complet. Je me souviens d'une conférence donnée à Science-Po Strasbourg il y a dix ans. Je tentais de convaincre mon auditoire que non, la France ne devait pas fermer son parc nucléaire, tout au contraire réinvestir massivement dans sa maintenance et son développement. On fit le contraire. Car, il a fallu singer les Allemands. À maints égards, les écologistes sont les principaux adversaires d'une politique énergétique rationnelle, respectueuse des données factuelles et scientifiques.

### **De ce point de vue, quel est le risque politique que cela présente ? Avec quelles conséquences ?**

**Drieu Godefridi** : Il suffit de regarder l'Allemagne et l'Europe. La conséquence de la folle politique anti-nucléaire allemande, sous le diktat du mouvement écologiste, est de vassaliser l'Allemagne à la Russie sur le plan énergétique. Or, l'énergie, selon la formule du Pr. Samuel Furfari, c'est la vie. Elle est partout et conditionne tout. Quand la vie économique entière d'un pays, et de chacune de ses familles, dépend du même robinet estampillé Gazprom, c'est Gazprom — donc le gouvernement de la Fédération de Russie — qui dicte à l'Allemagne ses conditions. Les conséquences politiques, économiques et géopolitiques de cet écologisme religieux, aux accents parfois fanatiques, sont dévastatrices. De ce point de vue, la guerre en Ukraine aura été le révélateur de la réalité intime de l'idéologie écologiste.

**Joseph Macé-Scaron** : Le risque, vous l'avez suggéré dans la première question : c'est que les arbitrages soient prononcés à partir de critères symboliques, dogmatiques ou moraux. Sur ce dernier point, il s'agirait moins de morale que de ce que Nietzsche appelait « la moraline », cette défausse des esprits fragiles.

Je ne peux que recommander à ce propos la lecture de trois ouvrages : celui de l'ancien ministre Bruno Durieux, *Contre l'écologisme, pour une croissance au service de l'environnement* (Éditions de Fallois) et,



plus récemment, celui du philosophe Yves Roucaute, *l'Obscurantisme vert* (Éditions du Cerf) et celui de Vincent Chriqui, rapporteur à la Cour des comptes et maire de Bourgoin-Jallieu *Comment sauver la planète sans se priver de tout* chez JC Lattès.

Parce que les écologistes politiques ont abandonné le champ de la réflexion pour celui des slogans, on risque de se retrouver, une nouvelle fois, dans la seule confrontation d'experts qui rappellera les « débats » durant la pandémie.

### **Le risque politique peut-il être, d'une certaine manière, pire que le risque environnemental ?**

**Drieu Godefridi :** Le risque politique est toujours pire que les autres, depuis que l'Homme maîtrise la nature. Les deux grands socialismes du XX<sup>ème</sup> siècle — le communisme et le national-socialisme — ont massacré des dizaines de millions de nos semblables au nom de leurs idéologies respectives. Les idéologies totalitaires, visant à subordonner l'individu dans chaque fraction de son être aux axiomes d'un credo, sont pour le genre humain une menace bien plus grande que le réchauffement objectif d'un degré observé depuis le début de l'ère industrielle.

**Joseph Macé-Scaron :** Oui car il peut conduire à prendre des décisions catastrophiques qui, loin de répondre au défi climatique, risque de précipiter les choses. Brice Lalonde a eu l'honnêteté de reconnaître qu'au début des années 80, le mouvement écologiste a commis un impair en s'organisant uniquement autour des luttes contre le nucléaire militaire et civil. Du coup, il n'a pas vu venir la question du changement climatique. Il faudra attendre les premiers rapports du GIEC (Groupe d'experts intergouvernemental sur l'évolution du climat) pour que s'opère une prise de conscience. Aujourd'hui, un certain nombre d'entre eux se rendent compte qu'il serait temps de changer de logiciel à partir du moment où l'on admet que ce qui est prioritaire, c'est de limiter les gaz à effet de serre et que la lutte contre le CO2 passe avant la question nucléaire. Lalonde résume parfaitement ce choc : « Au sein du mouvement écologiste, c'était comme renier la Bible pour un chrétien. »

### **Le Covid a montré la capacité des gouvernements à décider de restrictions de liberté y compris sans véritable justification d'efficacité. Cela pourrait-il se reproduire avec l'urgence écologique ?**

**Drieu Godefridi :** Cette assimilation COVID/climat m'est familière, j'en comprends les motifs mais je ne la trouve guère convaincante. Face à cette vilaine bestiole, le COVID, dont nous a gratifié le régime chinois, nos gouvernements ont fait preuve d'amateurisme, d'incompétence et ils ont collectionné les décisions aberrantes — comment le nier ? — mais fondamentalement, ils ont fait ce qu'ils ont pu. Le défi n'était pas mince, et neuf d'un strict point de vue épidémiologique. Par ailleurs le phénomène COVID est situé dans le temps, et aucune idéologie n'en répond. Tandis que l'écologisme prétend embrasser l'histoire et l'humanité dans chacun de ses compartiments, chacune de ses manifestations, et s'offre comme une 'métaphysique de la nature', dans les termes du philosophe écologiste allemand Hans Jonas.

**Joseph Macé-Scaron :** Bien sûr puisque nous sommes sur le terrain de la pseudo-morale donc tout est permis pour voir triompher le camp du Bien. L'urgence écologique est devenue une religion avec son église, son clergé, ses dogmes et ses interdits. Tous les jours nous sommes abreuvés de discours et d'images apocalyptiques dans les médias. Nous sommes confrontés à un incessant bourrage de crâne. Tout est fait pour nos préparer à des mesures drastiques et privatives de liberté. Le fond de sauce idéologique des écologistes peuvent leur permettre d'aller très loin dans ce domaine puisque l'Homme est un loup contre la Nature. Pour sauver Gaïa, tous les moyens sont bons, in fine, y compris de contraindre jusqu'à l'effacement l'activité humaine. Une chose est sûre : l'écologie n'est pas un humanisme.

19 août (The Economist)

<https://www.economist.com/letters/2022/08/18/letters-to-the-editor>

On nudge policies, German energy, careers, Russian colonialism, our summer issue, Don McLean

Letters to the editor

## Germany's energy use



[Charlemagne](#) rightly emphasised the unintended consequences of reducing Germany's domestic energy supply by banning fracking and phasing out nuclear power (July 23rd). However, the idea that the country's prosperity rests on "cheap imported energy" is the real fairy tale. German gas consumption has stagnated over the past 20 years. Today Germany uses and imports less energy, and less gas, per unit of gdp than most of its European peers.

The proposition that Vladimir Putin "seduced" German business and politicians with low prices is equally untenable. Why would Russia sell gas to Germany at a lower price than to others and thus forgo revenues? Gas is a fungible commodity with a highly integrated market in Europe and consequently very similar wholesale prices across countries. Data from the European Commission show that German industry has actually paid slightly more for gas than its competitors in other European Union countries.

Germany's elite was blind to the danger of depending on one supplier, but cheap imported energy played no role in German prosperity.

daniel gros  
Distinguished fellow  
Centre for European Policy Studies  
Brussels

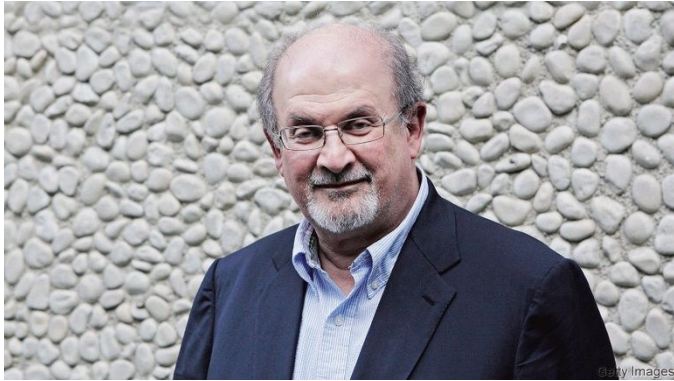
19 août (The Economist)

<https://www.economist.com/leaders/2022/08/18/salman-rushdie-and-the-struggle-for-free-speech>

Leaders | Never-ending story

## Salman Rushdie and the struggle for free speech

A horrific attack shows the old battles still rage



Aug 18th 2022

The longer [Salman Rushdie](#) remained alive, he wrote in “Joseph Anton”, “the longer he went without being killed, the easier it was for people to believe that nobody was trying to kill him.” The book is a memoir of the years the author spent in hiding after Ayatollah Ruhollah Khomeini, then Iran’s supreme leader, issued a *fatwa* urging Muslims to murder him and his publishers because of the alleged blasphemy of his novel, “The Satanic Verses”. That was in 1989; on [August 12th](#) Sir Salman (as he became in 2007) was stabbed as he was about to give a lecture in upstate New York.

The past is never past—and history’s great, tectonic clashes are rarely over. That may be the main lesson from this dreadful episode. In the days before the *fatwa* and the years after it, the furore around Sir Salman’s book took the lives of demonstrators in India and Pakistan and of its Japanese translator. It set off one of the modern era’s great debates over free speech and the place and claims of religion in democracies. In the decades since, though, the threat to Sir Salman’s life seemed to fade. In recent years other worries, from the pandemic to Vladimir Putin’s bloody revanchism, have come to seem more urgent than that of Islamist violence, whether state-sponsored or otherwise.

But in the world of fundamentalism, nothing ever dies. Its acolytes operate in deep time, nurturing ancient grievances and waiting years to avenge them. The man in custody in America for the attack on Sir Salman was born almost a decade after “The Satanic Verses” was published. Modern technology is an ally of this long perspective. For all its ephemerality, the internet is a reservoir of deathless resentment and grudges, in which loners and fanatics find solace or a mirror for their yearnings. Calumnies and conspiracies of all kinds now live on for ever.

Meanwhile, the struggle for free speech, of which Sir Salman became an accidental champion—deciding it was a cause worth dying for, if he had to—is as fierce and pressing as ever, if also more complex, waged on new fronts and against suave foes as well as the murderous sort. Now, as in the aftermath of the *fatwa*, the battle lines are wavier than they ought to be. Then, some politicians and thinkers were forced to choose between principles: a non-judgmental multiculturalism and what ought to have been an inviolable commitment to free expression, even or especially when it causes offence. Some got the hierarchy wrong, tolerating intolerance and criticising an author they should have shielded. “Good men would give in to fear and call it respect,” Sir Salman wrote. Some still do.

But if the timidity of that period is familiar, so is the courage. While some public figures equivocated after the *fatwa*, many others stood up for both Sir Salman and free speech. Other writers read from his novel in public; bookshops faced down bomb threats to stock it. People bought his work in solidarity.

They have done so again this week. “The Satanic Verses” is still being read—albeit not by many of those who purport to be offended by it. Though grievously wounded, Sir Salman himself is mercifully said to be on the road to recovery.

In “Joseph Anton” he describes how a frog-shaped phone he once saw on the desk of a Hindu nationalist politician in India found its way, indirectly, into “The Moor’s Last Sigh”, one of the books he wrote while he was under police protection. “Nothing”, he observed, “is ever lost.” He was right about that, too. Controversies may fade but great literature lasts. And though the hatred and irrationality that made him their target endure, so does the determination to resist them—which Sir Salman himself heroically embodies.

19 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/schweiz/fruehfranzoesisch-und-integrative-schule-alles-ein-fehler-ld.1698524>

## Frühfranzösisch und integrative Schule: «Niemand will zugeben, dass man einen Fehler gemacht hat»

Alain Pichard, Lehrer aus Biel, warnt seit langem vor schädlichen Schulreformen und ärgert sich über eine Allianz von Bildungs-Lobbyisten, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Für ihn ist klar, was die Schule braucht: weniger Lektionen und wirklich gute Lehrer.

Katharina Fontana

18.08.2022, 17.03 Uhr



**Er ist das Sandkorn im Getriebe der Bildungsbürokratie: der reformkritische Lehrer Alain Pichard aus Biel.**

Dominic Steinmann / NZZ

Als Mutter würde sie sich Sorgen machen, sagte Dagmar Rösler jüngst vor den Medien, als sie über den Lehrermangel an den Schulen klagte. Rösler ist Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Schweiz, und ihre Aussage wirkte ähnlich konsternierend wie jene des Chefs der Elektrizitätskommission, der tags zuvor die Bevölkerung aufgerufen hatte, sich für den Winter mit Holz und Kerzen einzudecken.

An Ideen, wie der Misere in den Schulen entgegengewirkt werden kann, fehlt es derzeit nicht: Es brauche eine andere Lehrerausbildung, tiefere Hürden, höhere Hürden, mehr Lohn, mehr Vollzeit-Lehrer, mehr Entlastung, mehr Geld, eine Bildungsoffensive gar. Ähnlich wie bei der Energiekrise stellt sich allerdings auch beim Thema Schule die Frage, ob die Bildungspolitiker, Bürokraten oder Präsidenten von Lehrerverbänden, die nun mit neuen Rezepten daherkommen, die Richtigen sind, um die Probleme zu lösen. Schliesslich waren sie es, die in den letzten Jahren die Bildungspolitik bestimmt, Reformen beschlossen oder zumindest mitgetragen haben.

### **Nach der Pension wieder Klassenlehrer**

Auch Alain Pichard hat seine Zweifel. Der Lehrer aus Biel weist seit langem auf Irrläufe in den Klassenzimmern hin und zählt zu den bekanntesten Kritikern der Schulreformen der jüngeren Vergangenheit: vom Lehrplan 21 über die Abschaffung der Kleinklassen bis zum frühen Fremdsprachenunterricht. Inzwischen ist Pichard auch zum Kantonspolitiker geworden. Dieses Jahr wurde der 67-Jährige für die Grünliberalen in den Berner Grossrat gewählt und sitzt nun in der Bildungskommission. Daneben gibt er weiterhin Schule.



Im Sommer 2021 trat er in den Ruhestand, doch es dauerte nicht lange, bis man ihn für Stellvertretungen anfragte. Schliesslich liess er sich dazu überreden, nochmals voll einzusteigen und eine Klasse zu übernehmen. Pichard unterrichtet nun an einer sogenannten Brennpunktschule – weniger euphemistisch: einer Ghettoschule mit hohem Ausländeranteil –, die von seiner Frau geleitet wird.

Wie beurteilt er die Alarmstimmung rund um den Lehrermangel? «Die Lage ist sicher ernst, vor allem für die Kinder der unterprivilegierten Schichten. Doch wir haben derzeit nur die Wahl zwischen schlechten und noch schlechteren Lösungen. So ist es sicher nicht ideal, wenn sich Schulen mit Hilfspersonen behelfen, die nicht über ein Lehrdiplom verfügen. Unter ihnen gibt es zwar grosse Talente, die einen guten Draht zu den Schülern haben, aber bei den Unterrichtsmethoden hapert es dann oft.»

Handkehrum bilde man so viele Lehrer und Heilpädagogen aus wie noch nie, an Nachwuchs fehle es also nicht. Auch würden nicht so viele Lehrer aus dem Job aussteigen, wie oft behauptet werde. «Die Arbeitsbedingungen für Lehrer sind insofern vorteilhaft, als man den Beruf sehr gut mit der Familie, Hobbys oder langen Reisen vereinbaren kann. Und man verdient anständig.» Den Lehrern höhere Löhne zu zahlen, hält Pichard nicht für dringend: «Die Lehrer flüchten heute in Teilzeitarbeit, und bei höheren Löhnen würden noch mehr von ihnen reduziert arbeiten. Kurzfristig liegt der Hebel vor allem darin, dass man sie ermuntert, ihr Pensum zu erhöhen. In Bern liegt die durchschnittliche Anstellung der Lehrkräfte bei 60 Prozent!»

### **Lehrer wehren sich kaum**

Für Pichard, den Praktiker mit mehr als 40 Jahren Lehrerfahrung, gründen die Hauptprobleme der Schule tief. «Man hat der Schule immer mehr Aufgaben aufgebürdet und sieht nun, dass es so nicht geht. Nach der ersten Pisa-Studie 2001, die zum <Schock> hochstilisiert wurde, entstand eine neue Allianz zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Dort sitzen die Leute, die heute das Sagen haben, und für sie stehen nicht in erster Linie die Bedürfnisse der Schule und der Schüler im Vordergrund, sondern die eigenen Interessen. Es geht um Kontrolle und darum, sich Aufträge zu sichern, als Lehrplanentwickler, Lernberater, Dozent an einer pädagogischen Hochschule oder anderes. Mit Bildung lässt sich sehr viel Geld verdienen.»

Da stellt sich die Frage, warum diese «Allianz» offenbar weitgehend freie Hand hat und nicht mehr Widerstand von den Lehrern kommt – schliesslich sind sie es, welche die Reformen im Alltag umsetzen müssen. «Die Lehrer sind tendenziell utilitaristisch, und die jüngere Generation ist auch nicht mehr wirklich politisch engagiert», meint Pichard. Man arrangiere sich oder versuche, das System zu unterlaufen, um guten Unterricht geben zu können.

### **Zurück zu den Kleinklassen**

Doch nun regt sich Widerstand, ein klein wenig zumindest. Ausgerechnet der baselstädtische Lehrerverband – laut Pichard der am meisten obrigkeitstgläubige der Schweiz – verlangt mit einer Volksinitiative die Kleinklassen zurück. Der Basler Bildungsdirektor ist gar nicht erfreut über den Vorstoss der Lehrer, und auch Heilpädagogen und Dozenten für inklusive Didaktik wollen am Dogma der Integration festhalten.

Doch für Pichard ist völlig klar, dass es Kleinklassen braucht. «Niemand will zurück zum früheren System, wo man schwierige Kinder allzu schnell in Sonderklassen versorgt hat; wir müssen das

Konzept weiterentwickeln. In Biel haben wir Kleinklassen, die in der Schule integriert und eng im Schulleben eingebaut sind. Dort funktioniert auch die Durchlässigkeit. Die Kinder machen mit beim Sport und sind an allen schulischen Anlässen dabei. Das verläuft nicht reibungslos, aber es ist entschieden besser, als alle verhaltensauffälligen oder lernbehinderten Kinder zusammen mit den anderen zu unterrichten.»

### **Leseschwäche und Frühfranzösisch**

Ein weiteres grosses Ärgernis für Pichard ist das Fremdsprachenkonzept, das ebenso ideologisch gefärbt sei wie die integrative Schule. «Jeder fünfte Schüler erfüllt nach neun Schuljahren nicht einmal die niedrigsten Standards beim Lesen. Für ein Land wie die Schweiz ist das skandalös. Und was tut man? Man führt Frühfranzösisch ein.»

In sechs Kantonen fängt der Frühfranzösisch-Unterricht in der dritten Primarklasse an. Die Ergebnisse sind alles andere als befriedigend, die mit sehr viel Geld erstellten Lehrmittel erwiesen sich als untauglich. Warum ändert man das Konzept nicht, wenn es doch offenkundig nicht funktioniert? «Weil schon zu viel Geld investiert wurde, 100 Millionen Franken sind es gesamthaft – man muss sich das vorstellen!», sagt Pichard. «Jetzt will niemand zugeben, dass man einen Fehler begangen und das Geld in den Sand gesetzt hat. Und so bricht man das Frühfranzösisch nicht ab, was das Beste wäre, sondern fabuliert neu von einem gesamtschweizerischen Sprachenaustausch oder von Immersionsunterricht.»

### **Weniger Lektionen sind mehr**

Ginge es nach Alain Pichard, so müsste die Schule dem Motto «Weniger ist mehr» folgen. «Wir müssen zurückfahren mit den vielen Lektionen. Und wir müssen Lehrer hinstellen, die wirklich gut sind. Die Gesellschaft muss sich entscheiden, ob sie die Schule als Lernort oder als Betreuungsort haben will. Da sollte man auch etwas unkonventionell denken. Wenn die Schule Ziele verfolgt, die ausserhalb des Unterrichts liegen, muss sie Kooperationen eingehen. So könnte ich mir vorstellen, dass der Lernunterricht etwas später beginnt, die Schüler aber vor und nach der Schule betreut werden, beispielsweise von Sport- oder Kulturvereinen oder der Jugendarbeit. Für den eigentlichen Lernunterricht könnten wir dann mehr ausgebildete Lehrkräfte einsetzen. Ich denke da auch an Ganztageschulen.»

Pichard will ein Sandkorn im Getriebe der Bildungsbürokratie bleiben, als Lehrer und auch als Politiker. Und er will in seinem reformkritischen «Condorcet-Blog», den er zusammen mit anderen Autoren betreibt, weiterhin den populären Mythen in der Bildungspolitik auf den Grund gehen und fragen: «Stimmt das überhaupt?»

19 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruenen-politiker-juergen-trittin-im-interview-ueber-die-bundeswehr-18253562.html?premium>

JÜRGEN TRITTIN IM INTERVIEW:

„Wir sind noch Friedenspartei“

VON [HELENE BUBROWSKI](#) UND [ECKART LOHSE](#)

-AKTUALISIERT AM 19.08.2022-06:05



Jürgen Trittin am Mittwoch in Berlin Bild: Hannes Jung

Der Außenpolitiker der Grünen spricht über seine Zeit bei der Bundeswehr und erläutert, warum es richtig war, die Truppe mit mehr Geld auszustatten. International sieht er sich fest an der Seite der Vereinigten Staaten.

Wie finden Sie den Begriff „Streckbetrieb“, Herr [Trittin](#)?

Das ist ein orwellscher Euphemismus. In Wahrheit ist es eine Laufzeitverlängerung, weil man über den gesetzlich festgelegten 31. Dezember hinaus versucht, Atomkraftwerke (AKWs) zu betreiben, deren Sicherheitsprüfungen seit mehr als drei Jahren überfällig sind.

Immer mehr Grüne können sich aber mit dem Streckbetrieb anfreunden.

Man darf die Dinge nicht in einen Topf werfen. Nur weil wir eine Gaskrise haben, haben wir keine Stromkrise. Es geht um regionale Brownouts, nicht Blackouts, also um mögliche Spannungsabfälle im Stromnetz, nicht um dessen Zusammenbruch. Wenn in Bayern wegen der Blockade von Erneuerbaren und Leitungen Brownouts drohen sollten, gibt es dort verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen. Man kann die extra geschaffenen „Seehofer-Kraftwerke“ anwerfen, die jetzt aus Kostengründen nicht genutzt werden. Es geht auch über ein intelligentes Lastmanagement – bis hin zum stundenweisen Runterfahren bei großen Lastnehmern.

Ende Juli haben Sie Forderungen, [Atomkraftwerke](#) länger am Netz zu lassen, als Kampagne bezeichnet. Bleiben Sie dabei?

Natürlich ist das eine Kampagne. Wir erleben gerade global das Ende der Atomenergie.

Das ist genau die Frage.

Nein, das ist so. Atomkraft schafft – siehe Frankreich – keine Versorgungssicherheit. Die Meiler sind zu alt – und auch die neueren AKWs können infolge der Klimakrise nicht mehr gekühlt werden. Atomkraft gefährdet die Sicherheit im Kriegsfall – wie in der Ukraine zu sehen. Im Zweifel müssen keine Atombomben eingesetzt werden, um eine nukleare Katastrophe auszulösen. Und Atomstrom rechnet sich so wenig, dass selbst Atomkonzerne wie Engie in Belgien die Meiler nicht weiterbetreiben wollen. Die Kilowattstunde aus einem neuen Atomkraftwerk gar ist mehr als dreimal so teuer wie aus Windturbinen.

Würden Sie wetten, dass es nicht zu einem Streckbetrieb kommt?

Ich bin ja kein Spieler. Ich sage nur ganz ruhig: Es gibt eine Koalitionsvereinbarung, das nicht zu tun. Wer das Atomgesetz ändern will, muss den Koalitionsvertrag ändern – und das wird ein Parteitag tun müssen.

Fachleute sagen, dass man die Entscheidung aus technischen Gründen nicht mehr lange rausschieben könnte. Also ein Sonderparteitag?

Ich habe den Eindruck, dass die Neigung unseres Bundesvorstands, Sonderparteitage einzuberufen, nicht sehr groß ist.

Wenn die Menschen im Winter frieren, werden sie ihren Frust bei den Grünen abladen. Können Sie sich diese offene Flanke leisten?

Wir dürfen den Menschen keine Unwahrheiten erzählen und sie nicht symbolisch in Scheinsicherheit wiegen. Selbst wenn man die schon abgeschalteten Atomkraftwerke wieder in Betrieb nähme, ändert das an einer Gasknappheit für Industrie und Wohnungen gar nichts. Wir haben ein Gasproblem. Und da helfen übrigens auch die schwimmenden LNG-Terminals in diesem Winter wenig. Auf dem Weltmarkt gibt es leider keinen schnellen Ersatz für das Gas, das wir bislang aus Russland bezogen haben.

Der Schock durch den Ukrainekrieg scheint Udenkbares möglich zu machen. Die Grünen stimmten für einen Sonderfonds für die Aufrüstung der **Bundeswehr**. Sind sie noch eine Friedenspartei?

Wir sind eine Friedenspartei. Und wir fanden die Schuldenbremse immer schon falsch. Die 100 Milliarden sind ein guter Weg, sie zu umgehen.

Indem man idealerweise in Rüstung investiert?

Wir haben schon im Koalitionsvertrag vereinbart, die Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr zu beseitigen. Und wir haben den Nachholbedarf benannt: unter anderem bewaffnete Drohnen anzuschaffen und ein eigenes europäisches Mehrzweckkampfflugzeug zu bauen. Es ist ja doppelte Moral, den Leuten zu sagen, dass wir in Mali Sicherheit herstellen sollen, und dann hängt die Sicherheit unserer Soldaten von Hubschraubern aus Bangladesch ab. Wie peinlich ist das denn? Das können wir jetzt außerhalb des Haushalts finanzieren, also ohne Kürzungen in anderen Bereichen. Ich fand das einen sehr intelligenten Vorschlag von unserem Bundeskanzler.

**Robert Habeck** hatte schon vor Beginn des russischen Überfalls bei einer Reise in die Ukraine gefordert, Defensivwaffen an das Land zu liefern. Sie haben ihm damals Gefühlsduselei vorgeworfen.

Habe ich nicht. Ich habe vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen gesagt, dass man in solchen Momenten das starke Gefühl bekommt, den Menschen vor Ort helfen zu müssen. Das ist kein Vorwurf gewesen, sondern eher ein Stück Verständnis.

**Winfried Kretschmann** hat gesagt, er schäme sich, Habeck damals nicht beigesprungen zu sein. Schämen Sie sich heute auch?

Der Punkt ist ein anderer. Ich bin wie viele andere dem grandiosen Irrtum aufgesessen, man könne Putin mit ökonomischen Sanktionen von einem Angriff auf die Ukraine abhalten. Es ging damals allerdings noch um viel schwächere Sanktionen, als wir sie nach Beginn der russischen Invasion beschlossen haben.

Hatte Habeck also recht?

Nein. Klingt paradox, aber ist so. Denn es hat auch damals schon Staaten gegeben, die Waffen geliefert haben. Das hat, auch das wissen wir heute, ebenfalls den Krieg nicht verhindert.

Die Lage der Ukraine wäre heute schlechter, wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht über Jahre die ukrainische Armee ausgebildet und auch Waffen geliefert hätten.

Die Ausbildung der Armee durch Amerikaner und Briten war gut und auch nie strittig. Wir haben übrigens im Rahmen der NATO auch ausgebildet. Und wir waren der größte Geldgeber für die Ukraine seit vielen Jahren.

Ende der Neunzigerjahre haben Sie noch gegen öffentliche Gelöbnisse von Bundeswehrsoldaten protestiert. Gehört das auch in die Rubrik „grandioser Irrtum“?

Ich persönlich mag diese Gelöbnisrituale bis heute nicht. Ich habe mich dem auch bei meinem Dienst in der Bundeswehr entzogen. Allerdings würde ich inzwischen nicht mehr dagegen demonstrieren.

Wie haben Sie die Bundeswehr von innen erlebt?

Ich bin in zwei Instanzen nicht als Wehrdienstverweigerer anerkannt worden, weil politische Gründe angeblich keine Gewissensgründe seien. Für mich klang das so, dass Politik gewissenlos sein müsse. Dagegen habe ich geklagt und gewonnen. Ich habe dann Zivildienst geleistet. Aber bis das so weit war, musste ich die Grundausbildung machen und eine Ausbildung als Fernmelder.

Was haben Sie da gemacht?

Wir wurden auch Kabelaffen genannt. Das waren Männer, die in der Regel größer als 1,90 Meter waren, durch den Wald kletterten und Telefonleitungen verlegten.

Wie viel Monate waren Sie dabei?

Ich war ein halbes Jahr bei der Bundeswehr. Damit war ich im Kabinett Schröder später derjenige mit der längsten Dienstzeit bei der Bundeswehr.

Was haben Sie in der Grundausbildung erlebt?

Dass die Persönlichkeit der Rekruten ein Stück weit gebrochen werden muss, damit die Hemmungen, die Menschen beim Anwenden von Gewalt haben, überwunden werden.

War das erfolgreich bei Ihnen?

Das bezweifle ich. Ich war sehr widerständig. Und wir haben uns nicht unterkriegen lassen.

In der gegenwärtigen Debatte über ein Dienstjahr wird diese Zeit auch als lehrreich für junge Menschen beschrieben.

Lehrreich sicher – eher im Schlechten. Aber bei der Pflicht habe ich Zweifel.

Die Grünen wollten die NATO Ende der Neunzigerjahre in den Vereinten Nationen aufgehen lassen, also auflösen. Wie sehen Sie das heute?

Wir Grüne haben zu Beginn der 2000er-Jahre für uns geklärt, dass die NATO entscheidend ist für die Multilateralisierung der deutschen Sicherheitspolitik. Wir Grüne waren immer gegen die Nationalisierung von sicherheitspolitischen Fragen. Dass die NATO sich nicht immer klug verhält, ist eine andere Frage. Die ist aber unabhängig davon, ob man Mitglied ist. Daher ist es auch keine Überraschung, dass wir als Grüne sofort dafür waren, dass Finnland und Schweden aufgenommen



werden. Da haben wir echte Bündnispartner, etwa im Engagement für den Atomwaffenverbotsvertrag. Das gilt nicht für jeden in der NATO.

Müssen Sie heute, nach einem halben Jahr russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, Ihr Russlandbild korrigieren?

Wir Grüne waren frühzeitig und geschlossen der Auffassung, dass [Wladimir Putin](#) gerade kein Anker der Stabilität ist. Wir waren seine lautesten Kritiker in Deutschland. Putin braucht den permanenten Ausnahmezustand und den Krieg, um an der Macht zu bleiben. Deshalb – und das lernen wir zuletzt alle schmerzlich mit der russischen Invasion in die Ukraine – hat es nicht geklappt, Schröders wie Merkels Maxime „Wandel durch Handel“ einfach auf die Regierung Putin zu übertragen. Ich weigere mich aber weiterhin, einfach ganz Russland mit Putin gleichzusetzen.

Und wie hat sich Ihr Amerikabild entwickelt?

Meine Generation ist groß geworden mit Woodstock und dem Protest gegen den Krieg in Vietnam. Wir haben dagegen demonstriert, dass mit Pershing und Cruise-Missile nicht nur auf die SS20 geantwortet werden sollte, sondern der Atomkrieg führbar gemacht werden sollte. Zu behaupten, dass davon keine Gefahr ausgegangen sei, wäre Geschichtsfälschung.

Aber in die Knie gezwungen hat Washington Moskau nicht militärisch, sondern ökonomisch, weil das kommunistische Sowjetsystem nicht mithalten konnte.

Ja. Das war doch klug. Softpower besiegt Hardpower, und wir waren große Fans der US-Softpower. Gleichzeitig gilt aber auch: Amerika ist ein vielfältiges Land, das immer die Fähigkeit gehabt hat, Fehler zu korrigieren. Das ist der Unterschied zu totalitären Regimen. Die USA haben in Vietnam alle Kriegsverbrechen begangen, die es gerechtfertigt hätten, die gesamte Führung vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen. Die Demokratie in den meisten lateinamerikanischen Ländern wurde gegen den Willen Washingtons und der von dort unterstützten Militärdiktaturen erkämpft. Aber die Amerikaner sind in der Lage, ihre Geschichte aufzuarbeiten.

Anders als die Russen mit ihren vielen Feldzügen.

Putin verherrlicht inzwischen wieder Stalin. Deswegen sage ich das. Das ist die Überlegenheit des demokratischen Systems mit einer funktionierenden Gewaltenteilung. Amerika ist ein diverses, inzwischen zutiefst gespaltenes Land, wie der Sturm auf das Kapitol und alles, was dem zugrunde liegt, gezeigt hat. Ich bin ein großer Fan Amerikas.

Wie verbreitet ist der Antiamerikanismus in Deutschland?

Dass die Menschen in Deutschland die US-amerikanische Kultur und den Lebensstil ablehnen, trifft wohl nur für die Querdenker-Szene zu. Die Mehrheit der Menschen ist froh über die USA und ihren aktuellen Präsidenten. Viele aber sind gleichzeitig voller Sorge über das, was bei der nächsten Präsidentschaftswahl drohen könnte. Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass dieser Honeymoon, diese hervorragende Zusammenarbeit von der Ukraine bis zum Klimaschutz, die wir gegenwärtig haben, nach der nächsten Wahl vorbei sein könnte und Europa wieder wie schon unter Trump für schlimmer als China gehalten wird.

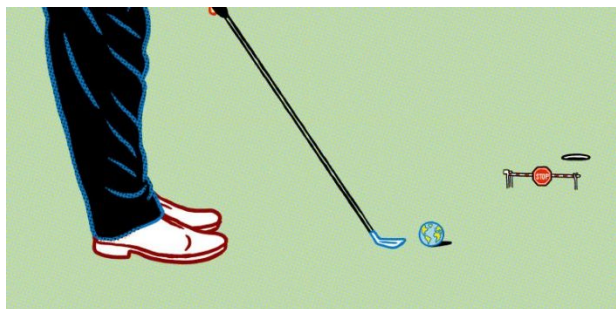
18 août (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/series-d-ete/article/2022/08/18/lucas-chancel-economiste-les-10-les-plus-aises-emettent-cinq-fois-plus-de-carbone-que-la-moitie-la-plus-pauvre-des-francais\\_6138356\\_3451060.html](https://www.lemonde.fr/series-d-ete/article/2022/08/18/lucas-chancel-economiste-les-10-les-plus-aises-emettent-cinq-fois-plus-de-carbone-que-la-moitie-la-plus-pauvre-des-francais_6138356_3451060.html)

## Lucas Chancel, économiste : « Les 10 % les plus aisés émettent cinq fois plus de carbone que la moitié la plus pauvre des Français »

Par [Nabil Wakim](#)

Publié aujourd'hui à 12h00, mis à jour à 16h43



### ENTRETIEN

**« Chaleur humaine » (3/5). Cet été, « Le Monde » propose à la lecture des épisodes de son podcast consacré au défi climatique. Lucas Chancel, codirecteur du Laboratoire sur les inégalités mondiales, rappelle que lutte contre le réchauffement et lutte contre les inégalités doivent aller de pair.**

Les 1 % les plus riches émettent autant de gaz à effet de serre que les 50 % les plus pauvres de la planète... Tirée du dernier « Rapport sur les inégalités mondiales », un travail coordonné par un groupe d'économistes menés par Thomas Piketty, cette donnée conduit à s'interroger sur le ciblage de la transition, afin qu'elle ne génère pas plus d'inégalités qu'il n'en existe déjà et que les efforts portent bien sur ceux qui ont le plus mauvais bilan carbone. Lucas Chancel, un des auteurs de ce rapport, plaide pour que la lutte contre le changement climatique soit pensée pour faire diminuer massivement les inégalités, au niveau mondial comme en France.

**Vous estimez aberrant de tenter de résoudre le problème du changement climatique sans s'attaquer en même temps à la question des inégalités. Pouvez-vous nous expliquer pourquoi ?**

Tout le monde a envie d'une planète désirable et est prêt à faire des efforts pour préserver l'habitabilité de la Terre pour laisser à ses enfants ou petits-enfants un monde dans lequel ils puissent respirer. Les efforts à faire pour y parvenir ne représentent pas la même chose pour tout le monde. Une personne qui a peu de revenus, peu d'épargne, peu d'alternatives à l'utilisation régulière de sa voiture n'abordera pas ce débat sur la transition de la même manière que celui qui dispose d'une bonne épargne personnelle, peut s'acheter un véhicule électrique et rénover sa maison. Ce dernier pourra facilement acheter plus cher des produits bio qui nécessitent moins de CO<sub>2</sub> pour leur production, utilisent moins de pesticides, mais vont coûter deux fois ou trois fois plus cher. Il y a un enjeu de justice sociale et un enjeu de répartition de l'effort. Et je pense que pour discuter ces questions, il est important d'avoir à l'esprit que tous les Français n'ont pas le même niveau d'émissions de carbone. Or, c'est bien là qu'est le point de départ à partir duquel des efforts sont requis pour parvenir, en 2050, à zéro carbone. Parce que l'objectif final est bien que tout le monde soit descendu à zéro tonne de carbone en 2050. Et le débat politique doit permettre de décider du chemin à prendre pour y parvenir.

**Les riches émettent plus que les pauvres, certes... Mais comment cela se traduit-il, concrètement ?**

Pour donner un ordre de grandeur, un aller-retour Paris-New York correspond à une émission moyenne de 1,5 tonne de carbone. Or, en moyenne, un Français émet 9 tonnes de carbone par an, en prenant en compte les émissions dites importées, c'est-à-dire celles qui ont été faites en Chine pour produire les biens que nous consommons ici, en France. Donc, ces 9 tonnes ne s'arrêtent pas à l'essence qu'on met dans sa voiture ou au gaz qu'il y a derrière l'électricité qui va servir à allumer nos téléviseurs ; elles comptabilisent aussi le pétrole ou le charbon utilisé dans la fabrication du téléviseur.

En réalité, quand on se penche sur qui consomme quoi et quel est le carbone nécessaire à cette consommation, on observe que la moitié la plus pauvre des Français émet en moyenne 5 tonnes par personne et par an. Soit à peu près deux fois moins que la moyenne générale de la population. Quant aux 10 % les plus aisés, ils émettent 25 tonnes par habitant. Soit cinq fois plus que la moitié la plus pauvre.

## **Arrêtons-nous sur les plus fortunés, d'abord. Qui sont-ils ? Et à quoi correspondent ces 25 tonnes de carbone qu'ils émettent ?**

Les 10 % de Français les plus aisés consomment davantage de biens et de services que le reste de la population. Des services sous forme de loisirs ou des services à la personne. Cette assertion n'étonnera personne, mais il est intéressant de regarder derrière, quelles activités économiques sont nécessaires, de se pencher sur la machine productive qui inclut la livraison, la production et la venue à domicile de la personne qui délivre un service. Souvent, elle va d'ailleurs venir en voiture et donc produire du CO<sub>2</sub>, au même titre que la livraison du service auquel on peut faire appel.

Pour résumer, nos 9 tonnes d'empreinte carbone annuelle moyenne masquent de fortes inégalités que nous n'avons pas forcément en tête parce que le débat politique pointe plus facilement « les Français qui ont refusé la taxe carbone alors qu'ils polluent énormément avec leur voiture diesel »... Il y aurait là un vrai sujet sur le fait que les classes populaires sont présentées comme n'étant pas écolos.

## **D'ailleurs, est-ce que cette vision d'une classe populaire un peu éloignée des objectifs environnementaux n'est pas utilisée comme une justification de l'immobilisme par une partie de la classe politique ?**

Aujourd'hui, personne n'est à zéro tonne de carbone. Et même si elles ne se disent pas écolos, les classes populaires, dans leur immense majorité, en France comme dans les autres pays du monde, sont, de facto, beaucoup plus écologiques que les classes moyennes et que les classes supérieures.

## **Tout cela est assez mécanique : les classes populaires consomment moins, donc, elles émettent moins de gaz à effet de serre...**

Elles consomment moins de ces biens et de ces services qui ont cette pression très forte sur la Terre et donc l'agressent. La planète ne se demande pas qui vote vert ou qui vote bleu ou qui vote rouge. Ce qu'elle voit, ce sont les tonnes de carbone. Alors, focaliser le débat uniquement sur la voiture diesel ne me semble pas être la bonne manière d'aborder ce débat.

## **D'accord, mais il faut bien quand même que ces émissions de gaz à effet de serre liées aux transports, et plus particulièrement à la voiture, baissent...**

Le transport constitue une part importante de nos émissions totales. Surtout chez les plus modestes. Mais ne regarder que cela nous fait oublier tout le reste du problème et notamment ces émissions qui sont liées à des postes non contraints. Typiquement, je pense aux voyages aériens des plus aisés. Et, comme je vous le disais, il suffit de prendre l'avion de Paris jusqu'à New York pour ajouter 1,5 tonne à son bilan carbone. C'est-à-dire que, en un seul voyage, un Français qui fait partie des 10 % les plus aisés va grimper à un niveau d'émissions total qui, finalement, n'est pas si lointain que ça de ce que va émettre en une année entière une famille qui fait partie des 50 % de Français les plus pauvres. On voit avec cet exemple qu'il ne faut pas juste focaliser le débat sur cette question des déplacements domicile-travail ou des déplacements quotidiens tout au long de l'année ; il faut regarder vraiment la totalité de nos émissions.

## **Mais ce raisonnement ne risque-t-il pas d'entraîner une certaine démobilisation ? Après tout, les classes populaires et les classes moyennes pourraient se dire que les plus riches n'ont qu'à commencer les efforts, puisque ce sont eux qui émettent le plus ?**

Moi, j'observe plutôt le risque inverse : surfocaliser le débat sur les émissions carbone des familles françaises qui n'ont pas accès aux transports en commun, qui refuseraient la taxe carbone et qui refuseraient en fait la transition écologique, nous amène vers des situations type « gilets jaunes ». Et ça, on le voit aussi dans d'autres pays.

Encore une fois, tout le monde doit descendre à zéro. La question c'est où mettre le curseur et à qui est-ce qu'on demande davantage d'efforts. Or, quand on voit que certaines personnes sont à 25 tonnes et que d'autres sont à 5 tonnes, peut-être peut-on se dire qu'il faut déplacer le curseur vers ceux qui sont à 25 plutôt que vers ceux qui sont à 5. Pourquoi ? Parce que le gouvernement français, comme tous les pays qui ont signé l'accord de Paris, a annoncé des objectifs de réduction. Un chemin de réduction des émissions qui doit conduire à zéro en 2050. Sur ce chemin, il y a des points d'étape. En 2030, on a un point d'étape, et chaque Français devrait être en moyenne à 5 tonnes. Or, une partie de la population française y est déjà, et une autre partie est au-dessus. On voit bien où il faut faire les efforts, surtout dans un contexte où certains sont davantage contraints que d'autres. Et, pour revenir à votre question de démobilisation d'une partie de la population, je pense que, avec de tels arguments, on démobilise surtout la moitié la plus riche de la population, qui n'a même pas conscience de son impact réel sur le climat, sur l'environnement.

## **L'un des invités de « Chaleur Humaine », l'eurodéputé macroniste Pascal Canfin, expliquait que, si on devait attendre d'être sortis du capitalisme pour résoudre le problème climatique, on risquait de perdre beaucoup de temps. Qu'en pensez-vous ?**

Nous sommes à l'orée d'une transformation profonde de notre économie. On va regarder de plus près comment les entreprises produisent, comment on achemine les biens vers les consommateurs et comment ces derniers s'emparent de ces produits. La transition énergétique va tout chambouler. Le système économique va changer. Et, d'ailleurs, c'est ce qu'on a observé dans les précédentes transitions énergétiques. Quand on est passé du charbon au pétrole, le monde s'est totalement transformé. On a eu l'émergence d'un type d'organisation urbaine totalement différent de ce qu'il y avait avant, puisque le pétrole a permis la voiture individuelle, qui elle-même a autorisé l'expansion des zones pavillonnaires.

## **Justement, les transitions précédentes n'ont pas été imposées pour des motifs politiques ou environnementaux. Il y a eu des gagnants et des perdants, car le passage du charbon au pétrole ne s'est pas accompagné d'un grand programme de rééquilibrage. Ça s'est fait comme ça s'est fait. Donc là, ne risquons-nous pas de nous retrouver dans la même situation ?**

La bonne nouvelle, ici, c'est que cette transition, on peut l'orienter et l'aiguiller, plutôt que d'avoir le chaos qu'on a connu lors de la première révolution avec le passage du bois au charbon. A la fin du XIX<sup>e</sup> siècle, quand on passe à l'économie du charbon, on a des scènes de misère absolue qui sont décrites par Zola, en France, par Dickens, en Angleterre, qui sont aussi analysées dans les écrits de sociologues, des économistes politiques de l'époque, pour qui la société va au chaos... Aujourd'hui, on peut en partie éviter le chaos social. Encore une fois, je pense sincèrement qu'il faut regarder les choses positivement plutôt que négativement. C'est-à-dire qu'on a la possibilité d'opérer cette transition de différentes manières. On peut décider de régler le problème climatique en donnant les clés de la voiture à Elon Musk, qui va nous régler ça en mettant des véhicules électriques partout... Il va appliquer sa vision ultratechnologique et ultracapitaliste.

Mais il y a d'autres manières de procéder. C'est par exemple ce qu'ont fait les Suédois, à partir des années 1970-1980, pour permettre aux familles suédoises de changer de système de chauffage. Ce sont les municipalités, les communes qui ont investi pour installer des réseaux au cœur des villes et créer une richesse publique partagée. Ensuite, chaque famille a eu le choix de garder sa vieille chaudière au fioul ou de

passer à une nouvelle technologie, collective, alimentée par des forêts renouvelables. Dans ce modèle, la nouvelle technologie est détenue collectivement. C'est un bien public. On voit avec ces exemples qu'on a deux options différentes pour aller vers la transition.

Cela oblige à se reposer la question de l'avenir désirable. Et c'est le moment d'y réfléchir, parce que, aujourd'hui, on doit tout transformer. Et puis, il y a une deuxième question, qui est plus la prise en compte d'une contrainte qui nous est apparue très clairement sous le quinquennat précédent. En France, après les « gilets jaunes », on ne peut pas opposer écologie et social. Sinon, on n'arrivera pas à embarquer une moitié de la population dans cette transition.

**Certes, les plus fortunés émettent beaucoup plus de gaz à effet de serre. Mais, d'un autre côté, leurs activités génèrent des revenus pour beaucoup de gens. Si on supprime des lignes aériennes, si on ferme des aéroports en disant aux plus riches qu'il faut arrêter de prendre l'avion, est-ce qu'on ne risque pas d'avoir des perdants, qui seraient plutôt du côté des plus modestes ?**

Clairement, il y aura des perdants et des gagnants dans cette transition. Mais il faut bien comprendre que le coût de la non-transition est encore plus important. Le changement climatique, c'est le climat du sud de la Méditerranée qui se déplace jusqu'à Lyon. Imaginons le coût pour une économie comme celle de la France. Donc cela justifie de vraiment mettre les moyens sur la compensation de ces pertes et sur l'aide aux personnes travaillant dans des secteurs qui doivent aujourd'hui être réduits jusqu'à zéro : le charbon, le gaz, le pétrole et l'aérien en partie. Cela dit, on connaît bien les mécanismes à mettre en œuvre. Là, il faut actionner un mécanisme de soutien financier et de soutien à la reconversion. On ne le fait pas très bien en France, certes, mais il faut se demander comment réformer, aider à former les gens, pour passer d'une activité à une autre et y mettre les moyens.

**Et on retombe sur cette question centrale : comment fait-on pour mobiliser l'argent nécessaire à cette transition ?**

Je pense que l'élément central, c'est effectivement celui de l'emploi des secteurs touchés. Cela dit, l'essentiel des études sur le bilan total de la transition en matière d'emploi montre que, au final, on y gagne. On y gagne parce que la transition écologique nous oblige à relocaliser une partie des emplois. Typiquement, c'est plus d'emplois locaux de gérer une éolienne, de gérer une centrale de géothermie, d'avoir une filière de production locale de batteries électriques que d'importer le pétrole d'Arabie saoudite. Il y a une bonne partie de la valeur ajoutée qui va dans les fonds souverains des Qataris ou des Saoudiens. En fait, ces euros-là, on les dépensera pour payer de l'activité, des emplois sur le sol français.

**Mais cette activité, ces emplois dont vous parlez, ils n'existent pas aujourd'hui. Donc il faut pouvoir générer tout ça. Et, pour cela, il faut de l'argent. Il faut de la volonté politique. Il faut un cadre qui permet de le faire...**

Une bonne partie de cet argent qu'on ne dépense plus à acheter du pétrole venant de l'étranger, du reste du monde pourra servir. Donc, une partie de la transition s'autofinance même si c'est quelque chose qui coûte à court terme, et il faut trouver des milliards. Il faut consacrer 2 % du PIB français dans les investissements en énergie et transports bas carbone, etc. Aujourd'hui – en tout cas, en 2019-2020 –, on y consacre un peu moins de 1 %. Il va donc falloir doubler le volume de ces investissements. On met un peu moins de 30 milliards, il va falloir passer à 60, voire un peu plus par an. On peut se dire que l'Etat peut s'endetter puisqu'on est sur une logique d'investissement. J'emprunte aujourd'hui, j'investis ; et demain, j'aurai une forme de retour sur investissement parce que j'économise tout le pétrole que je n'aurai plus à acheter. Mais ça ne peut pas suffire.

Et c'est là qu'on arrive sur la question fiscale. Il y a des besoins budgétaires. Il faut dépenser de l'argent là aujourd'hui et, pour ça, on a un outil qui est assez fantastique, qui s'appelle l'Etat social et l'Etat fiscal. Les Européens ont inventé cela au début du XX<sup>e</sup> siècle, dans le contexte de guerre, de financement d'un effort collectif. On s'est demandé alors comment on répartissait cet effort collectif majeur, massif sur la



population. Et on a inventé un autre outil fantastique, qui s'appelle l'impôt progressif, qui permet à chacun de contribuer à hauteur de ses moyens.

## **Est-ce que cela veut dire qu'il faut revenir à une forme d'impôt sur fortune, mais qui serait dirigée pour des investissements à la transition ?**

La première chose, c'est déjà d'éviter les erreurs type taxe carbone, qui pèse essentiellement sur des classes populaires contraintes dans leur utilisation de la voiture alors qu'il n'y a pas un euro de taxe carbone sur l'avion qui va de Paris jusqu'à la Côte d'Azur. Donc, la première étape, c'est de réfléchir à qui il faut mettre à contribution pour commencer la transition. Et quand on n'a pas d'alternative, évidemment, c'est compliqué.

Le deuxième point, c'est qu'on a besoin d'un système fiscal qui fonctionne même indépendamment de la question climat. Et là, nous avons besoin d'un système fiscal qui mette à contribution les plus aisés, et qui taxe notamment le patrimoine des plus aisés, indépendamment de la question du climat. C'est-à-dire qu'il faut des recettes fiscales pour que l'Etat puisse accompagner les précaires dans notre société. Accompagner les processus de formation et d'emploi et financer les services publics en général.

## **Vous plaidez pour une mécanique assez classique de redistribution. On lève des impôts sur les plus riches, on rétablit l'impôt sur la fortune, on augmente l'impôt sur les sociétés, etc. Est-ce que cela a une chance de faire changer les comportements ? L'économiste Christian Gollier, grand défenseur de la taxe carbone, estime, lui, qu'il faut faire payer plus cher ceux qui polluent le plus pour dissuader les comportements les plus néfastes pour la planète. Est-ce qu'une augmentation des impôts des plus fortunés ne risque pas de nous éloigner de l'objectif ?**

Il n'y a pas une seule mesure à mettre en œuvre. Là, on est sur une mesure qui va permettre de financer l'accompagnement des « perdants ». Ensuite, il y a d'autres mesures nécessaires pour empêcher ceux qui polluent beaucoup de continuer. Et ça, c'est autre chose. Sur cet autre axe, il y a une question de régulation toute simple. Prenons l'exemple d'Elon Musk, qui développe son programme spatial de vols habités par des milliardaires. Pour envoyer une personne faire un petit tour de quelques dizaines de minutes dans l'espace, on émet de 100 à 200 tonnes de carbone. C'est assez difficile à mesurer, mais c'est l'ordre de grandeur. Or, même si vous mettez une taxe à 100 ou même 500 euros par tonne sur 100 à 200 tonnes de carbone, cela ne dissuadera pas des gens prêts à payer plusieurs centaines de milliers d'euros le billet. Les milliardaires n'arrêteront pas d'aller dans l'espace à cause d'une taxe carbone, même si elle est considérable. Même si ça leur coûtait 10 000 euros supplémentaires, finalement, sur un billet à 100 000 dollars, ce n'est pas grand-chose ! Et donc, du coup, on est vraiment là dans le domaine de la réglementation, et c'est ce que fait le droit de l'environnement depuis des décennies : il y a certaines activités qui sont polluantes, et elles ne sont tout simplement pas autorisées ! Le droit de l'environnement sait très bien faire ça. C'est pour ça qu'il a été créé. Ensuite, sur d'autres types d'activités moins extrêmes, une taxation carbone, une taxation environnementale peut être utile, mais pour compléter l'approche de Christian Gollier, je dirais qu'il faut une taxe carbone qui prenne un peu mieux en compte le niveau de revenus, de patrimoine, de contraintes ou de possibilités qu'ont les pollueurs.

Si vous mettez une taxe carbone à 50 euros, moi, je vais pouvoir la payer, je vais pouvoir continuer à utiliser ma voiture. Je vais juste payer un peu plus. J'aurai peut-être un peu moins d'épargne à la fin du mois, mais ça ne va pas me heurter autant que quelqu'un qui est au smic et peine à joindre les deux bouts. On retrouve là la fameuse équation entre la « fin du monde » et la « fin du mois ». Et donc l'approche d'une taxe carbone un peu standard que les économistes de l'environnement proposent depuis des décennies se heurte encore une fois à la question sociale. Ce que je propose, c'est un mécanisme qui n'est pas aveugle à cette dimension et va faire peser un effort plus important sur ceux qui polluent plus. Cela peut être des compléments de taxe carbone sur ceux qui décident de continuer à investir dans des entreprises très polluantes, par exemple. Une taxe carbone un peu classique a des limites parce qu'elle fait peser des niveaux de contrainte très forts sur des gens modestes et finalement très peu de contrainte pour des gens qui sont très riches. Il faut donc

compléter ça avec des interdictions et d'autres outils fiscaux qui permettent vraiment de faire sentir un niveau de contrainte important associé à un niveau de pollution et de revenus importants. Et aujourd'hui, on n'a pas ce dernier étage.

**Les obstacles que vous décrivez sont difficiles à surmonter : baisser massivement et rapidement les émissions de gaz à effet de serre tout en réduisant les inégalités est un défi colossal. Est-ce que vous restez optimiste, malgré tout ?**

La bonne nouvelle, c'est que nous disposons déjà d'une bonne partie des solutions, à la fois techniques, mais aussi sociales, fiscales et politiques. Elles n'existent pas dans le cadre d'un paquet complet, mais on les observe mises en œuvre ici et là dans les pays voisins. Ces exemples nous montrent qu'on peut avancer. L'enjeu actuel est de rassembler toutes ces expériences positives à l'œuvre dans différents pays du monde. D'ailleurs, il ne faut pas regarder que du côté des pays du Nord. Certains pays émergents, des pays en développement nous montrent différents stades d'avancement. Par exemple, en Indonésie, qui a connu un mouvement du même ordre que nos « gilets jaunes » il y a plusieurs années, l'Etat a décidé de réutiliser l'argent d'une taxe carbone sur le kérosène pour financer la mise en place d'une sécurité sociale, qui auparavant n'existait pas. C'est la preuve qu'il peut y avoir des alliances entre le climat et la question sociale, et c'est ce qui me rend optimiste. Globalement, on est encore loin d'avoir tout essayé.

### **Lucas Chancel**

Lucas Chancel est économiste. Spécialiste des inégalités mondiales, enseignant à Sciences Po, il codirige le Laboratoire sur les inégalités mondiales de l'Ecole d'économie de Paris. Hors les inégalités mondiales, il s'intéresse particulièrement à l'économie politique européenne et aux enjeux de la transition écologique. Auteur ou co-auteur de plusieurs ouvrages sur ces sujets, il défend l'idée qu'on peut faire baisser nos émissions de gaz à effet de serre en réduisant massivement les inégalités qui gangrènent la planète. Sa thèse, dirigée par Thomas Piketty, s'intitulait *Essais sur les inégalités mondiales de revenu et de pollution*.

18 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/le-gout-du-travail-20220817>

## Apprentissage: «Le goût du travail»

Par [Gaëtan De Capèle](#)

Publié hier à 19:42, mis à jour hier à 20:51

### **L'éditorial du *Figaro*, par Gaëtan de Capèle.**

Loin d'avoir tout réussi sur le front économique, notamment du côté des finances publiques, Emmanuel Macron peut au moins se targuer de résultats tangibles sur l'emploi. Tombé à 7,4 %, le taux de chômage en France demeure certes supérieur à la moyenne européenne, mais on ne l'avait pas vu si bas depuis près de quarante ans. Cette amélioration, dira-t-on, doit beaucoup aux milliards dépensés durant la crise sanitaire et à ceux consacrés aux aides à l'embauche. Pour être tout à fait juste, elle est aussi la récompense des difficiles réformes du marché du travail, de la formation professionnelle et de l'assurance-chômage. Toutes ont contribué à lever les préventions des entreprises pour recruter et à ramener les chômeurs vers l'emploi.

Parmi tous les dispositifs, le coup de fouet donné à l'apprentissage est à juste titre unanimement salué. Autrefois parent pauvre du parcours d'insertion dans le monde du travail, il s'est enfin débarrassé de sa mauvaise réputation de voie de garage. Les entreprises le plébiscitent et les jeunes s'en servent de tremplin pour trouver un emploi. Sans doute le système, fort coûteux et insuffisamment dirigé vers les filières et les publics qui en ont le plus besoin, est-il perfectible. Des ajustements interviendront d'ailleurs prochainement. Mais l'essentiel est que l'effort soit maintenu, comme le promet le gouvernement, qui vise 1 million d'apprentis à l'horizon 2027.

Car l'apprentissage présente, entre autres vertus, celle, éminente, de réconcilier les jeunes et le monde du travail. C'est pour eux l'occasion d'exercer un métier en se familiarisant avec l'univers de l'entreprise. Beaucoup accèdent à l'autonomie de cette manière, en décrochant leur premier emploi. Dans une France où l'on aime caricaturer l'univers de l'entreprise en un enfer, où le travail est assimilé à une souffrance au lieu d'être considéré comme un moyen d'émancipation et d'épanouissement, cela n'a pas de prix. Quitte à dépenser un «pognon de dingue» pour lutter contre le chômage, investir en ouvrant la porte de la vie professionnelle à la jeunesse vaut infiniment mieux que lui verser des allocations.

18 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/selbstbestimmungsgesetz-anwalt-udo-vetter-kritisiert-buschmann-ld.1698036>

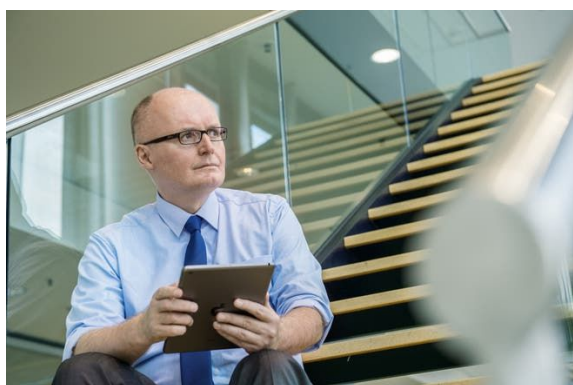
INTERVIEW

## Strafverteidiger Udo Vetter: «Der Staat eröffnet mit diesem Gesetz auch Exhibitionisten die Möglichkeit, sich ganz legal Zutritt zu Schutzräumen für Frauen zu verschaffen»

Udo Vetter hat Hunderte Sexualstraftäter verteidigt. Auch deshalb ist der Anwalt entsetzt über das geplante deutsche Selbstbestimmungsgesetz. Ein Gespräch über Transsexuelle und Trittbrettfahrer, Männer in Frauenduschen und besorgte Eltern.

Beatrice Achterberg, Berlin85 Kommentare

18.08.2022, 05.30 Uhr



### Udo Vetter sieht eine Missbrauchsgefahr durch das geplante Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland.

Udo Vetter

Herr Vetter, die Ampelkoalition plant mit dem Selbstbestimmungsgesetz eine freie Geschlechtswahl. Was halten Sie davon?

Dieses Gesetz macht mich fassungslos. Die Rechte [transsexueller Menschen](#) müssen erleichtert werden, das ist ein berechtigtes Anliegen. Was mich als Juristen aber irritiert, ist das Schrankenlose. Alle Menschen, auch diejenigen, die nur Spass daran haben, ihr Geschlecht zu ändern, sollen das durch eine einfache Erklärung bei einer Behörde tun können. Für mich ist das unbegreiflich. Wer als Bürger zum Beispiel Wohngeld beantragen will, muss auch nachweisen, dass er anspruchsberechtigt ist.

Aber ist es nicht viel unwahrscheinlicher, dass jemand nur aus Spass sein Geschlecht wechselt, als dass jemand unberechtigt Wohngeld beantragt?

Wenn Sie als Bürger nicht darlegen müssen, warum Sie staatliche Hilfe benötigen, sind Sie unter Umständen verleitet, das auszunutzen. Beim geplanten [Selbstbestimmungsrecht](#) soll es noch einen Schritt weiter gehen. Da wird das Geschlecht zur Disposition des Einzelnen gestellt. Ich als Mann muss nicht einmal begründen, warum ich künftig eine Frau sein möchte. Es reicht, dass ich es möchte. Ich kann dazu nur Folgendes sagen: Wo immer der Staat solche Möglichkeiten eröffnet, werden sie auch genutzt.

Noch einmal: zum Spass?

Ja, genau das glaube ich: zum Spass, aus politischem Protest oder um einen Vorteil zu gewinnen. Wir leben in einer Zeit der Polarisierung, und dieses Gesetz wäre offensichtlich dazu geeignet, zu

polarisieren. Teenager könnten ihr Geschlecht als Ausdruck einer Rebellion ändern. Auch Leistungsvorzüge sind ein denkbarer Grund. Es gab in der Schweiz einen Fall, in dem ein Mann kurz vor dem Renteneintritt die Rente als Frau beantragte, weil Frauen die Rente dort ein Jahr früher zur Verfügung gestellt wird.

Erfahrungen aus den USA und England zeigen Ähnliches. In England wird es Strafgefangenen ermöglicht, im Rahmen einer Selbstidentifizierung als Frau in den Frauenvollzug zu gehen, was tatsächlich zahlreich beantragt wird. In den USA wurden Insassinnen von selbsterklärten Transfrauen, die biologische Männer waren, geschwängert.

In der Schweiz können Bürger seit Anfang des Jahres frei wählen, ob sie Mann oder Frau sein möchten. Das Land scheint bisher kaum schlechte Erfahrungen mit der neuen Regelung gemacht zu haben.

Das ändert an meiner Einschätzung der Gefahren nichts. Die [Schweiz](#) ist ein kultiviertes Land mit kleiner Bevölkerungszahl. Den Medien aus England und den USA kann man entnehmen, dass sich wegen dieser Möglichkeit zur Selbstidentifizierung ein Sturm zusammenbraut. Die Frage ist auch, ob Übergriffe in den Kriminalstatistiken korrekt erfasst werden. Ich bin Strafverteidiger. Ich weiss, dass dieses Gesetz für Teile der Klientel, die ich vertrete, verführerisch wäre. Können Sie Ihre Klientel beschreiben?

Ich bin seit dreissig Jahren ausschliesslich als Strafverteidiger tätig und habe Hunderte Sexualstraftäter verteidigt. Das gibt mir Einblicke in Täterpersönlichkeiten. Dieses Gesetz würde nicht nur für rational denkende Menschen gelten, sondern auch für Menschen, die triebgesteuert sind. Wenn der Staat jetzt die Möglichkeit eröffnet, dass man durch eine blosser Erklärung zum Beispiel keinen Exhibitionismus mehr begehen kann, dann kann das ein Exhibitionist ausnutzen. Dieser Straftatbestand ist auf Frauen nicht anwendbar.

Nur Männer können Exhibitionisten sein?

Laut Gesetz ja! Der Staat eröffnet mit diesem Gesetz auch Exhibitionisten die Möglichkeit, sich ganz legal Zutritt zu Schutzräumen für Frauen zu verschaffen. Das ist ein Punkt, den man einfach sehen muss: Wenn sich der Mann per Selbstbestimmung zur Frau macht und damit vor dem Gesetz als Frau gilt, darf ich ihn am Eingang nicht mehr kontrollieren. Und ich darf ihn nicht rausschmeissen, wenn er sich in der Umkleidekabine auszieht und sich in voller Pracht präsentiert.

Hat der deutsche Justizminister Marco Buschmann dieses Problem übersehen?

Das kann ich Ihnen leider nicht erklären. Hier wird ein derartiges Missbrauchspotenzial präsentiert, da kann man sich nur an den Kopf fassen. Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn die wechselseitigen Interessen der Bürger gesehen werden und in einen gerechten Ausgleich gebracht werden. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso derartige Rechte nun mit der Gieskanne gewährt werden sollen. Transpersonen, die wirklich im falschen Geschlecht gefangen sind, sind ja nicht das Problem. Die Frage lautet: Wieso muss das jeder machen dürfen? Mindestens fünfzig Prozent der Bevölkerung, nämlich Frauen, müssen Angst davor haben, dass ihnen künftig ihre Schutzräume genommen werden.

Das halbe Land muss sich vor diesem Gesetz fürchten?

Die vorliegenden Eckpunkte zum Selbstbestimmungsgesetz schrauben die erforderlichen Selbstauskünfte und die medizinische Kontrolle auf null herunter. Die Missbrauchsgefahr ist dadurch einfach zu gross. Dabei kann sie leicht aus der Welt geschaffen werden: indem man vernünftige Anforderungen stellt, die auf die Interessen der anderen, potenziell beeinträchtigten Menschen Rücksicht nehmen – also Frauen, Kinder und Jugendliche.

Wie könnte eine solche Anforderung aussehen?

Ich denke an die gesetzliche Lösung, die wir beim Schwangerschaftsabbruch haben. Früher musste eine Frau ein wahres Martyrium durchstehen und sich inquisitorisch befragen lassen. Heute gibt es die sogenannte Beratungslösung. Warum keine Beratung für Menschen, die sich anders wahrnehmen, als ihre Biologie es vorgibt? Wenn du dein Geschlecht ändern möchtest, dann mach zuerst ein Beratungsgespräch. Die beratende Person müsste sagen können: Komm, veräppeln kann ich mich allein; ich werde keinen Menschen zur Frau machen, bei dem es offensichtlich ist, dass er nicht zur Zielgruppe des Gesetzes gehört.

Sie haben sich mehrmals öffentlich zum Selbstbestimmungsgesetz geäussert. Wer hat sich danach bei Ihnen gemeldet?

Vor allem Mütter und Väter, die dieses Gesetz umtreibt. Die wollen ihre Kinder zu eigenständigen Wesen erziehen und sie nicht noch mit 14 Jahren ins Schwimmbad begleiten müssen. Aber es bestünde das realistische Risiko, dass Kinder in Umkleiden und Duschen auch mit Menschen konfrontiert werden, die eben keine schützenswerten und vom Gesetz gemeinten Transpersonen sind, sondern die Situation missbrauchen wollen.

Plötzlich steht ein Mann in der Frauendusche.

Ja. Ein grosses Missverständnis ist, dass Menschen, die per Gesetz ihr Geschlecht ändern wollen, auch in irgendeiner Form angehalten sind, ihr Erscheinungsbild zu ändern. Das wäre aber nicht so. Ich kann mein Leben als Mann normal weiterleben und bin nach aussen der Macker, breitbeinig und mit Vollbart – und zugleich kann ich verlangen, dass ich als Frau behandelt werde und eben auch Zutritt zu solchen Schutzräumen erhalte. Ich habe in dreissig Jahren als Strafverteidiger wirklich alles erlebt. Ich habe grosse Missbrauchsfälle verteidigt, wo Kindern und Jugendlichen unsagbar schlimme Dinge passiert sind. Es gilt der Grundsatz: «Gelegenheit macht Diebe.» Auch deshalb wird die Kritik in den USA lauter über die Okkupation der Schutzräume und die «chilling effects», die sich daraus ergeben. Von «chilling effects» sprechen Juristen, wenn Bürger sich selbst beschränken, um einem möglichen Schaden zuvorzukommen. Das würde hier auch passieren.

Was heisst das konkret?

Die «chilling effects» werden eintreten, sobald Sie den ersten Missbrauchsfall haben, wenn zum Beispiel ein Exhibitionist nicht mehr belangt wird, weil er als Frau eingetragen ist. Mütter und Väter von minderjährigen Kindern werden anfangen, Schwimmbäder oder auch Diskotheken für zu riskant zu halten und den Besuch zu verbieten. Die Freiheit endet so schon vor dem konkreten Missbrauch.

Welche Folgen hätte das Gesetz für die Berufswelt?

Das Gesetz macht Frauenquoten und Frauenförderung obsolet. Wenn ein Mann künftig im Management eines Unternehmens Karriere machen will, in dem eine Quotenregelung gilt, kann er



dieses Gesetz ausnutzen. Was wollen Sie machen? Sie dürften nicht mehr sagen: Wir haben den Verdacht, dass Sie keine Frau sind. Im Zweifel könnte der Mann Sie anzeigen.

Halten Sie dieses Szenario wirklich für realistisch?

Absolut, das ergibt sich aus dem vorliegenden Eckpunktepapier der Ampelregierung. Im Prinzip handelt es sich um ein sogenanntes Offenbarungsverbot; wer jemanden beim alten oder falschen Namen nennt, dem soll ein Bussgeld von bis zu 2500 Euro drohen. Wenn das Gesetz so kommt, dann wird das biologische Geschlecht de facto für obsolet erklärt. Da kann auch kein Arbeitgeber mehr sagen: Bei uns gilt das nicht, wir haben unsere eigenen Regeln.

Was halten Sie von der geplanten Möglichkeit, das Geschlecht nicht nur einmal, sondern einmal im Jahr zu wechseln?

Das zeigt, wie undurchdacht dieses Gesetz ist. Und es muss auch bei Transpersonen auf Unverständnis stossen, deren Problematiken nachvollziehbar sind und . . .

. . . oft ein ganzes Leben andauern.

Eben. Die ganze Last von genuinen Transpersonen wird durch dieses beliebige Wahlrecht lächerlich gemacht. Die Wissenschaft sagt, dass die Zahl der Menschen, die meinten, nicht mit dem richtigen Geschlecht zu leben, deutlich unter einem Prozent liege.

Man kann das Gesetzesvorhaben aber auch als fortschrittlich bewerten: Warum soll man in einer freien Gesellschaft nicht frei über seine geschlechtliche Identität entscheiden können?

Wir kennen das Recht auf freie Persönlichkeitsentfaltung. Die Grenzen dafür sind immer die Rechte anderer. Die wollen ihre Persönlichkeit auch frei entfalten.

## **Blogger und Anwalt**

Der 1964 geborene Udo Vetter verteidigt auch Menschen, denen andere nicht die Hand geben würden, etwa Vergewaltiger. Dass Vetter seit Jahrzehnten in die Abgründe der menschlichen Seele blickt, hört man seiner freundlichen Plauderstimme nicht an. In Deutschland ist er vor allem für seinen «Law Blog» bekannt

18 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/abbas-accuse-israel-d-avoir-commis-50-holocaustes-20220817>

## Mahmoud Abbas accuse Israël d'avoir commis «50 Holocaustes»

Par Marc Henry

Publié hier à 16:50, mis à jour il y a 3 heures

Le président palestinien Mahmoud Abbas le 16 août en Allemagne. *JENS SCHLUETER/AFP*

**Lors d'une conférence de presse en Allemagne, le président palestinien a comparé les massacres en Palestine au génocide de la Seconde Guerre mondiale.**

Mahmoud Abbas récidive. Le président palestinien a déclenché une pluie de critiques pour avoir accusé Israël d'avoir «*commis 50 massacres, 50 Holocaustes*» à l'encontre de son peuple. Circonstance aggravante: il s'est livré à cette diatribe en Allemagne, lors d'une conférence de presse avec Olaf Scholz. Le chancelier s'est ensuite déclaré «*dégoûté*» par les propos du dirigeant palestinien.

---

En Israël, la levée de boucliers a été générale. «*C'est une honte morale, un mensonge monstrueux, l'histoire ne le lui pardonnera pas*», a proclamé Yair Lapid, le premier ministre. L'indignation a été telle que Mahmoud Abbas a tenté de limiter les dégâts. Selon l'agence palestinienne Wafa, il a admis que l'Holocauste «*est le crime le plus haïssable de l'histoire humaine moderne*» tout en soulignant qu'il n'était pas dans son intention de nier son existence.

Pour le président palestinien, il ne s'agissait pas d'un premier rétropédalage sur ce sujet ultrasensible. En 2018, il avait déjà provoqué un tollé en expliquant que les persécutions passées contre les Juifs en Europe n'étaient pas liées à leur religion, mais à «*leurs activités dans l'usure et la banque*». Dans ce cas aussi, ces déclarations aux relents antisémites avaient été dénoncées en Europe, aux États-Unis et en Israël, si bien que le président palestinien avait fait une mise au point qui ressemblait fort à des excuses.

### Pain bénit pour la droite

Bien auparavant, en 1982, il avait présenté une thèse à une université de Moscou sur la complicité qui aurait existé entre les nazis et les dirigeants du mouvement sioniste entre 1933, année de l'accession au pouvoir d'Adolf Hitler, et la fin de la Deuxième Guerre mondiale, en 1945. Dans un livre publié par la suite, il a prétendu que «*l'agitation sioniste*» serait à l'origine de l'Holocauste, tout en mettant en cause le chiffre de 6 millions de victimes juives.

La nouvelle bourde, commise en Allemagne, ne peut que desservir la minorité d'Israéliens, déjà en perte de vitesse, favorables à la création d'un État palestinien. En revanche, à moins de trois mois des élections législatives, la saillie de Mahmoud Abbas est pain bénit pour la droite et les ultranationalistes religieux, qui refusent toute concession en Cisjordanie et à Jérusalem-Est.

Ces discussions sont de toute façon gelées depuis des années.

Ni les centristes, tels Yair Lapid, ni la gauche, avec les travaillistes, ne semblent disposés à aller de l'avant. Résultat: la question palestinienne va sans doute de nouveau passer à la trappe, comme cela a été le cas lors des quatre élections successives depuis près de quatre ans.

18 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/18/437075-rachat-des-rtt-la-gauche-soppose-a-la-liberte-salariale>

18 août 2022

## Rachat des RTT : la gauche s'oppose à la liberté salariale

[Élodie Keyah](#)

Il sera désormais possible de "racheter" les RTT non pris, c'est-à-dire convertir des journées de repos légales en salaire supplémentaire. En résumé, les salariés pourront récupérer une partie de leur salaire.

La semaine dernière, la version du premier budget rectificatif a finalement été adoptée par le Parlement. Celle-ci vient compléter la [Loi pouvoir d'achat](#) – censée atténuer les effets de l'inflation -, et vise principalement les salariés. Entre autres, il leur sera désormais possible de racheter les RTT non pris, c'est-à-dire convertir des journées de repos légales en salaire supplémentaire. En résumé, les salariés pourront récupérer une partie de leur salaire.

Bien entendu, cela n'aura pas manqué d'attirer les foudres d'une certaine gauche.

## Rachat des RTT : « une régression sociale » ?

Pour la députée EELV, Sandra Regol, ce n'est rien d'autre qu'une « [régression sociale](#) » qui aurait pour but de « *faire cesser ce droit au repos, à la famille* ». [Pour d'autres](#), il s'agit d'un substitut à la hausse des salaires en période de crise inflationniste – alors même que celle-ci devrait atteindre [3,1 % en moyenne](#) en 2022 contre 2,3 % en 2021 – soit significativement plus élevé par rapport à la pratique des dix dernières années.

Le comble du raisonnement collectiviste est tel que les professionnels de l'insurrection en viennent à s'indigner qu'il soit mis fin à la monétisation traditionnellement réglementée des RTT... sous la condition du versement de cotisations obligatoires par l'employeur, et donc perte de pouvoir d'achat pour le salarié.

Traduisons donc : une plus grande liberté contractuelle est considérée comme un retour en arrière, les salariés étant incapables de savoir ce qui est bon pour eux-mêmes. Décidément, la gauche collectiviste n'a jamais défendu ni les classes populaires, ni les travailleurs. Quant à ceux qui n'adhèrent pas à cette vision marxiste du monde du travail, c'est qu'ils n'ont, dans le fond, jamais travaillé – ou du moins pas assez, ou du moins pas dans le bon secteur, ou alors pas au bon poste.

Les principaux intéressés seront certainement ravis de l'apprendre.

[Pour Sylvie, cadre et mère de famille](#), si « *les mamans ont plus à cœur de prendre des congés pour accompagner les enfants pendant les vacances* », elle se déclare « *très contente d'avoir le choix* » et de pouvoir se faire payer ses RTT d'ici quelques années. De la même manière, Gilles, électricien, considère cette nouvelle liberté comme une « *très bonne nouvelle* » qui lui confèrera du « *pouvoir d'achat en plus* ».

# Comment expliquer un tel décalage entre l'opinion des salariés du privé et ceux qui prétendent les représenter ?

Tout d'abord, la méconnaissance du marché du travail est plutôt du côté de ceux qui pensent qu'un tel rachat revient à mettre fin au totem socialiste des [35 heures](#). Rappelons simplement que la durée légale n'a pas grand chose à voir avec la réalité d'un grand nombre de salariés, dont les heures de travail habituelles seront automatiquement considérées comme des heures supplémentaires. Le summum de l'horreur est tel, pour une frange de notre classe politique, que cela revient à travailler davantage de son propre plein gré... au détriment des chômeurs.

Nous revenons sur l'éternel sophisme selon lequel le travail est un gâteau qu'il faut se partager. Dans *Sophismes Économiques*, Frédéric Bastiat fustigeait cette vision fantasmée en proposant d'interdire aux travailleurs l'usage de leur main droite pour augmenter la quantité de travail, et donc la richesse. Près de vingt ans après l'instauration des 35 heures et autres mesures prétendument sociales, la situation française est beaucoup moins reluisante qu'elle n'y paraît – les chiffres sur la productivité étant [largement faussés par le taux de chômage](#).

En réalité, c'est bien la liberté individuelle que la gauche collectiviste honnit par-dessus tout.

Souvenez-vous : déjà en 2014, cette dernière était particulièrement irritée par l'idée que les salariés puissent [librement faire don de leur RTT](#) à leurs collègues aidants familiaux – au point de s'opposer frontalement à un texte (forcément nécessaire) encadrant une telle situation. Sans surprise, le fond de trame idéologique rejette toute possibilité de solidarité et de liberté en dehors de l'État. Et c'est exactement au même mécanisme que nous assistons aujourd'hui.

18 août (FAZ)

[https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/belletristik/rezension-zu-thomas-huerlimanns-roman-der-rote-diamant-18229582.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/belletristik/rezension-zu-thomas-huerlimanns-roman-der-rote-diamant-18229582.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

## HÜRLIMANNS „DER ROTE DIAMANT“

VON [JOCHEN HIEBER](#)

-AKTUALISIERT AM 17.08.2022-23:06



Unter den Schirm der Kirche flüchtet er sich nicht: Thomas Hürlimann Bild: Isolde Ohlbaum/laif

Die Hürlimann-Apokalypse: Mit „Der Rote Diamant“ hat der Schweizer Schriftsteller ein Meisterwerk geschaffen. Es beruht auf eigenen Erfahrungen, führt seine Erzählung aber weit über alles hinaus, was man erwarten darf.

Um Thomas Hürlimanns neuem Roman „Der Rote Diamant“ nahezukommen, ist ein kleiner Umweg nötig. Er führt zu [Thomas Bernhard](#), dem singulären Tragikomödianten unserer Literatur. Zu dessen luziden Begriffsfindungen zählt „die Lachphilosophie“, naturgemäß inklusive eines entsprechenden „Lachprogramms“. Bernhard veranschaulicht es an seinem Debüt- und Verzweiflungsroman „Frost“ von 1963: „Wenn man ‚Frost‘ liest zum Beispiel, das ist eigentlich alle Augenblick‘ hellauf zum Lachen . . . Das sagt nicht, daß ich nicht auch ernste Sätze geschrieben hab‘, zwischendurch, damit die Lachsätze zusammengehalten werden. Das ist der Kitt.“

Die Nutzenanwendung in Sachen Hürlimann lautet: Auch dieser ernste und grundmelancholische Erzähler zeigt sich in seinem neuen Buch als eminenter Lachphilosoph. Als lachphilosophischer Untergangsroman ist „Der Rote Diamant“ ein Triumph. So viel Heiterkeit bei so viel Verlust. So viel Witz trotz endlosen Schreckens. So viel Humor bei permanenter Tristesse. Dieser Roman ist als Karneval der Katastrophen vor allem ein Fest des Komödiantischen. Ganz im Sinne Bernhards dürfte Hürlimann jede Menge Fenster-, Fugen- oder Glaserkitt benötigt haben, um sein Erzählgebäude irgendwie zusammenzuhalten. In beeindruckender Solidität steht es jetzt da.

Was aber geht unter? Nicht weniger als das Katholische selbst: Kirche wie Kreuz, Klosterwesen wie Katechismus, Pilgerfrömmigkeit wie Reliquienglaube. Zudem laufen die Leute einfach weg. Zwei Akteure bleiben am Ende zurück: der [Vatikan](#), der freilich erst im allerletzten Moment auftreten darf, und die Hauptfigur des Buchs, ihrerseits eine derart heldenferne und auf unwiderstehlich lebenswerte Weise auch derart lächerliche Gestalt, dass man mit Bewunderung über ihre Durabilität, ihre Menschennähe und ihre, man kann es nicht anders sagen, metaphysische List gar nicht mehr innehalten möchte. Diese Hauptfigur heißt Arthur Goldau. Den Namen sollte man sich merken.

Der Roman erinnert thematisch an Umberto Ecos „Der Name der Rose“

Als Kloster- und Ketzer-, als Mönchs- wie als Mordgeschichte erinnert „Der Rote Diamant“ natürlich auch an einen der erfolgreichsten Untergangsromane der jüngeren Literatur, an [Umberto Eco](#) „Der Name der Rose“ von 1982. Bei Eco gibt es, im Kapitel „Zweiter Tag. Tertia“, ein Streitgespräch über das Wesen der Komödie und, grundsätzlicher noch, über den Sinn des Lachens. Dabei versteigt sich der blinde Jorge von Burgos, der brillante Bösewicht des Buchs, zu der These, Komödien und Fabeln seien schon deshalb verwerflich, weil sie eine Erfindung der „Heiden“ seien, „unser Herr Jesus“ sie ebendeshalb gemieden habe. Stattdessen habe er „klare Gleichnisse“ erzählt, die uns zeigten, „wie wir ins Paradies gelangen“. Weil das Paradies zwar eine wahre und schöne, aber eben auch eine sehr ernste Sache sei, „hat Christus auch nie gelacht“.

Hürlimann gelingt mit dem „Roten Diamanten“ ein poetisches Paradox: eine Gleichniskomödie über die Suche nach Ewigkeit wie die Realität von Sterben und Tod. Diese Gleichniskomödie, weltanschaulich situiert, ist zwar postchristlich, aber keineswegs heidnisch. Wir haben es mit einem säkularen Erzähljuwel zu tun, in dem noch ein Restfunke göttlichen Lichts glimmt, schimmert, leuchtet. Selbst der Christus des Jorge von Burgos hätte beim Lesen des neuen Hürlimann zumindest gelegentlich gelacht.

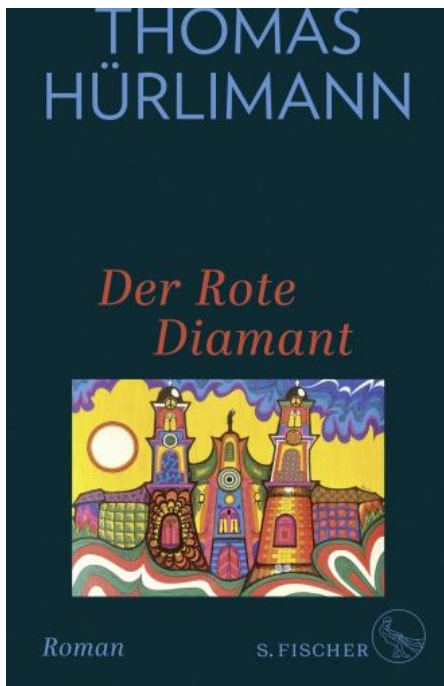
Die Eingangspassage des „Roten Diamanten“ ist hinreißend. Anfang Oktober 1963. Eine etwas überkandidelte, aber durchaus vornehme Offiziersgattin chauffiert ihren dreizehnjährigen Sohn über enge Passstraßen hinauf ins fast neunhundert Meter hoch gelegene Zentrum des helvetischen Katholizismus. Der Sohn: ebenjener Arthur Goldau. Er ist der Icherzähler des Romans. Seine Mutter nennt er respektvoll „Maman“, burschikos aber allermeist „Mimi“. Sie ruft ihn dafür ebenso zärtlich wie spitzzüngig „Arthi-Darling“. Der Glaubenshort in den Bergen ist die Benediktinerabtei Einsiedeln, im Roman aus guten Gründen: „Maria zum Schnee“. Die Fahrt ist hindernisreich, ein Unfall muss überlebt werden. Endlich angekommen, ruinieren Mimis Stöckelschuhe das Linoleum des Präfekten, der sich in tiefer Demut als „Bruder Frieder“ tituliert.

## Acht Jahre in Kutte und auf Sandalen im Internat

Mimis leicht hysterischem Abgang will sich der sofort heimwehkranken Arthur anschließen, aber es ist zu spät: In Kutte und auf Sandalen wird er von nun an acht Jahre hinter festen Glaubens- und Gefühlsmauern verbringen. „Steinstadt“ lautet das Romanwort für die Abtei. Architektonisch ist sie imposant, auf einschüchternde Weise sogar grandios, weshalb sie der Erzähler im weiteren Verlauf wiederholt mit dem Escorial der spanischen Könige in eins setzen wird: Palast, aber auch Mausoleum.

Es folgt ein Internatsroman, ein in der jüngeren deutschen Literatur, beginnend mit Musils „Die Verwirrungen des Zöglings Törleß“ und Hesses „Unterm Rad“ (beide 1906), höchst renommiertes Genre. Hürlimann lässt uns die Traditionslast aber nicht spüren. Mit leichter Hand schildert Arthur die Zurichtungen seiner selbst wie jene der Kameraden: mal bittere Burleske, mal grotesker Klamauk. Für diese Internatspassagen nutzt Hürlimann eigene Erfahrung und eigenes Erleben – vor zwei Jahren veröffentlichte er das Hörbuch „Einsiedeln“, in dem er, fabelhaft extemporierend, seine Zeit im Klosterinternat während der Sechzigerjahre erzählt. Als erzählte Zeit verlängert „Der Rote Diamant“ sein bisher bedeutendstes autobiographisches Buch ganz unmittelbar und direkt: Die wunderbare Kindheits- und Knabennovelle „Fräulein Stark“ erschien 2001 und spielt im Sommer 1963, kurz vor der Klosterfahrt mit Mimi.





Das Cover zu Hürlimanns Roman „Der rote Diamant“ :Bild: Verlag S. Fischer

Zum lachphilosophischen Untergangsepos hinaufgesteigert wird „Der Rote Diamant“, weil Hürlimann den Internatsroman als Basislager für einen ebenso rauschhaften wie riskanten Aufstieg auf gleich mehrere Erzählgipfel nutzt. Mal existieren sie lediglich – dafür aber majestätisch – in der Phantasie des Autors, mal fußen sie – nicht minder erhaben – auf wirklichem Geschehen. Adorno hat sinngemäß einmal geäußert, große Kunstwerke seien jene, die an ihren fragwürdigen Stellen Glück hätten. Eine formidable These, die sich am neuen Hürlimann ein ums andere Mal verifiziert. Denn beim Sturm auf die Erzählhöhen drohen jede Menge Gefahren, Plausibilitätsfallen zuallererst. Eine besonders tückische: Bruder Frieder dichtet der Roman eine Vergangenheit als Metzgergeselle aus Deutschland, als SA-Mann, als möglichen Mörder eines jüdischen Impresarios, als Stalingrad-Kämpfer und langjährigen Gefangenen in sowjetischen Lagern an. Der Praefectus maximus eines Schweizer Klosters der Nachkriegszeit: ein urgermanischer Nazi?

## Die Überwältigungsliteratur des Thomas Hürlimann

Dass man selbst dies schließlich akzeptiert, hängt mit einer spezifischen Hürlimann-Gabe zusammen: Dieser Autor überwältigt – durch schiere Fabulierfreude, stupende Einfälle und eine überbordende, dabei wundersam kalkuliert wirkende Konstruktionslust. Der Stiftsbibliothekar heißt „Käpt'n Silver“, als wäre er samt grünem Papagei direkt Stevensons „Schatzinsel“ entsprungen. Warum nicht? Zita, Habsburgs letzte Kaiserin, erleben wir beim jährlichen Klostergedenken in Einsiedeln für ihren Mann, den verstorbenen Kaiser Karl I. – im Rückblick aber auch als Aktivistin eines Putschversuchs im ungarischen Ödenburg, mit dem die K.-u.-k.-Monarchie im Handstreich restituiert werden soll, drei Jahre nach ihrem Untergang von 1918. War es nicht so? Schließlich der geheimnisumwitterte jüdische Baron namens Bruno Steiner, der ehemals die größten Sänger der Epoche in die Klosterkathedrale lockte und dem der Roman einen ebenso erschütternden wie ergreifenden Epitaph im Kurpark von Baden-Baden errichtet. Spielt es eine Rolle, was daran faktisch ist und was fiktiv?

Bleibt der titelgebende Diamant. Arthur und seine Schatzsucherbande aus dem Internat sind ihm von Anfang an auf der Spur. Als „Roter Florentiner“ geistert er durch Zeit und Zeiten. Er weise, glaubt der Erzähler zu wissen, eine „sechstausendjährige Geschichte“ auf, habe Cleopatras Hals geschmückt, sei im Kronschatz der Habsburger gelandet und nun – ein letztes Faustpfand der Kaiserin – irgendwo in der Abtei versteckt. In Wirklichkeit gilt der Florentiner seit Langem als verschollen – und zwar endgültig.

Das vierte und letzte Kapitel umfasst knapp siebzig Seiten und ist ohne Zweifel ein Höhepunkt gegenwärtigen Erzählens. Hürlimann, der viele Jahre lang am und fürs Theater gearbeitet hat, kennt die Stücke des Samuel Beckett naturgemäß in- und auswendig. Nun inszeniert er sein ureigenes „Endspiel“. Es spielt in unserer unmittelbaren Gegenwart. Es ist traurig und trostlos: die Abtei zerfallen, die Mönche tot, das Internat verlassen. Es ist irrwitzig komisch: Die Szene, in der die längst zu alten weißen Männern mutierten Ex-Zöglinge bei ihrer finalen Schatzsuche einen Denkfehler machen und Käpt'n Silvers Bibliotheks-Papagei einen Altar in die Luft jagt: Diese Szene sollte jeder kennen und dürfte keiner je vergessen. Lachphilosophischer Untergang in Vollendung. Arthur Goldau kann danach getrost zur Audienz in den Vatikan aufbrechen.

*Thomas Hürlimann: Der rote Diamant. Roman.*

*Verlag S. Fischer, Frankfurt am Main 2022. 317 S., geb., 24,- €.*

18 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kritik-am-atomausstieg-heuchlerisches-deutschland-18251356.html?premium>

UMSTRITTENER ATOMAUSSTIEG:

„Jetzt geht das heuchlerische Deutschland in die Knie“

VON [PHILIP PLICKERT](#) UND [NIKLAS ZÁBOJI](#)

-AKTUALISIERT AM 17.08.2022-20:30



In vollem Gange: Bauarbeiten

am Atomreaktor Hinkley Point C Bild: Bloomberg

Das Ausland reagiert zum Teil mit Häme auf den deutschen Kurs. Während britische Medien Berlins Energiepolitik mit drastischen Formulierungen geißeln, verpacken die Franzosen ihre Kritik bisher noch höflich.

In Großbritannien verfolgt man die deutsche Energiepolitik und insbesondere den [Atomausstieg](#) überwiegend mit Verwunderung, zum Teil auch mit Kopfschütteln. Zu einem direkten deftigen Kommentar über Berlins Energiepolitik lässt sich in Westminster zwar niemand hinreißen, die britischen Politiker wollen höflich bleiben.

Aber auf Nachfrage klingen die Differenzen doch deutlich heraus. „Wir im Vereinigten Königreich sehen Kernenergie mit einer großen Zukunft“, betont Greg Hands, Minister für Energie und Klima, gegenüber der F.A.Z. „Unser Ziel ist es, den Anteil von Atom bis 2050 auf 25 Prozent zu heben, wenn wir Nettonull-CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichen wollen.“ Und er fügt hinzu: „Wir rufen alle Freunde und Verbündeten auf, sich von russischen fossilen Energieträgern zu verabschieden – Atomstrom ist dabei ein großer Teil dieser Lösung.“

Die britische Presse zeigt derweil wie gewohnt weniger Zurückhaltung beim „Bashing“ der deutschen Politik. Die Russland-Sanktionen funktionierten nicht, weil Berlin zu abhängig von russischen Gas-Importen sei, schimpfte etwa das konservative Magazin „The Spectator“. In der rechten Boulevardzeitung „Daily Mail“ heißt es, Deutschland stehe nun wirtschaftlich auf der Kippe, weil es in den Jahren der Merkel-Regierung Warnungen vor zu großer Abhängigkeit von Putins Gas ignoriert habe. Im „Telegraph“ kommentiert der langjährige Deutschland-Korrespondent Daniel Johnson, „das heuchlerische Deutschland geht nun in die Knie“, nachdem es zuvor als großer Lehrmeister Europas in Sachen Energiewende aufgetreten sei. Insbesondere die „desaströse Entscheidung zum Atomausstieg“ kreidet die regierungsnahe Zeitung der deutschen Führung schwer an.

Ein Editorial des „Spectator“ kritisierte jüngst, dass nun ganz Europa unter Deutschlands „Kurzsichtigkeit“ leide. Die Tory-nahe Zeitschrift schreibt, Deutschlands Schicksal sei auch für die Insel eine Warnung. Die beste Versicherung gegen Energienotlagen sei eine breite Diversifizierung der Energiequellen.

## Auch Großbritannien hängt am Erdgas

In dieser Hinsicht sieht Großbritannien sich recht gut aufgestellt. Auch in Großbritannien spielt Erdgas eine große Rolle. Zum Strommix tragen Gaskraftwerke gut 40 Prozent bei. Etwa die Hälfte des Erdgases wird in der britischen Nordsee selbst gefördert, etwa ein Drittel kommt aus Norwegen, der Rest als Flüssiggas aus den USA und Qatar, und nur knapp 4 Prozent bezog man aus Russland. Diesen Import hat man gestoppt. Kohle hat das Königreich schon seit Jahren durch einen hohen CO<sub>2</sub>-Zertifikatepreis fast vollständig aus der Stromerzeugung verdrängt.

Stark gewachsen sind erneuerbare Energien mit einem Anteil von mehr als 35 Prozent am Strommix – davon zwei Drittel aus Windkraftanlagen sowie kleineren Anteilen Solar und Biomasse. Riesige Windkraftparks vor der Küste in der Nordsee oder der Irischen See liefern für Millionen Haushalte den Strom. Aber London ist sich bewusst, dass die Stromerzeugung mit Wind großen Schwankungen unterliegt. In der vergangenen Woche etwa herrschte eher Flaute. Windkraftanlagen trugen nur knapp 11 Prozent zur Stromproduktion bei.

Deshalb hat die Regierung unter [Boris Johnson](#) den Wiedereinstieg in großem Stil in die Kernkraft als Ziel ausgerufen, auch wenn er gleichzeitig die Insel zum „Saudi-Arabien des Windstroms“ erklärte. Kernkraft gilt für den grundlastfähigen Strom als unverzichtbar. Auch Labour, die größte Oppositionspartei, setzt auf Atomstrom. Kernkraft ist in der Bevölkerung überwiegend akzeptiert. Der Anteil von Atomstrom, der zuletzt noch etwa um 18 Prozent pendelte, soll laut Regierungsplänen in den kommenden Jahrzehnten durch den Bau von bis zu sechs großen AKW oder mehreren kleineren auf etwa ein Viertel gesteigert werden. Hinkley Point C in Somerset ist im Bau, soeben gab die Regierung auch für den Bau eines zweiten Meilers in Sizewell an der englischen Ostküste grünes Licht.

Die 25 Prozent sind ein ambitioniertes Ziel, weil vorher erst einige alte Atommeiler abgeschaltet werden. Diese Woche etwa ging der Reaktor Hinkley Point B nach 46 Betriebsjahren vom Netz. Daher sinkt der Atomanteil in diesem Jahrzehnt, bevor er wieder steigt. Erst im Jahr 2027 wird wohl der Neubau Hinkley Point C fertiggestellt. Dieser neue Atommeiler vom Typ Druckwasserreaktor mit 3,2 Gigawatt Leistung soll bis zu 7 Prozent der Stromversorgung des Landes sichern. Allerdings sind die Kosten immer mehr gestiegen, sie werden jetzt auf 22 Milliarden Pfund geschätzt. Für Sizewell C werden laut Planung 20 Milliarden Pfund erwartet.

## Franzosen wundern sich über Deutschland

In der französischen Politik stößt das deutsche Festhalten am Atomausstieg auf Unverständnis. Öffentlich hält sich die Regierung bislang aber zurück und rät nicht zu einer Laufzeitverlängerung. Man kommentiere das Thema nicht, antwortete eine Sprecherin von Energieministerin Agnès Pannier-Runacher auf wiederholte Nachfrage. Auch der Élysée-Palast hält sich bedeckt. Stattdessen oblag es dem EU-Binnenmarktkommissar und Macron-Vertrauten [Thierry Breton](#), Kritik zu üben. Deutschland habe sich mit dem Atomausstieg „mit Händen und Füßen Russland ausgeliefert“, sagte er unlängst im Radio. Breton forderte die Bundesregierung dazu auf, „von der Ideologie abzurücken“ und den Betrieb der verbleibenden drei deutschen Kernkraftwerke um „ein oder zwei Jahre“ zu verlängern.

In der französischen Wirtschaftspresse nimmt man noch weniger ein Blatt vor den Mund. „Deutschland spielt um die Zukunft Europas“, schrieb Bernard Spitz vom Arbeitgeberverband Medef in einem Beitrag für die Handelszeitung „Les Échos“ und holte zu einem Rundumschlag aus. Jahrzehntelang hätten die Deutschen ihren Wohlstand auf drei Säulen aufgebaut: die Verteidigung an die Amerikaner auslagern, billige Energie von den Russen kaufen und ihre Produktion an die Chinesen verkaufen. Spitz begrüßte, dass Berlin seinen Widerstand gegen die gemeinsame EU-Schuldenaufnahme und höhere Wehrausgaben aufgegeben hat. In Umweltfragen zeige Deutschland aber „wenig europäische Solidarität“: Kohlekraftwerke werden nun angeschmissen, Schiefergas aus den USA importiert und die Kernenergie offiziell verboten, dann aber wiederum von den Franzosen gekauft, kritisierte der Arbeitgebervertreter und warf den Nachbarn „Heuchelei“ vor.

Gaëtan De Capèle, Leitartikler beim konservativen „Le Figaro“, ließ ähnlich wenig Gnade walten. „Elf Jahre nachdem die Heimat der Grünen die kleine Welt der Ökologie mit ihrem abrupten Verzicht auf Atomkraft verblüfft hat, wird ihr jeden Tag mehr bewusst, wie absurd es ist, sich auf Naturkräfte oder Putin zu verlassen, um Licht zu erzeugen, zu heizen und ihre Fabriken am Laufen zu halten“, schrieb er. Deutschland sei nun mit Windrädern bedeckt, vom Kreml an Händen und Füßen gefesselt und habe selten so viel Umweltverschmutzung verursacht. „Bravo, Frau Merkel!“, schob De Capèle hinterher und ergänzte, dass die anderen „selbsternannten Musterschüler des ökologischen Wandels“ wie die Niederlande und Österreich an einem ähnlichen Punkt angelangt seien. Frankreichs Kernkraftwerkspark sei unverzichtbarer denn je, auch wenn er teilweise und zeitweise nicht funktioniere.

Tatsächlich sind von den 56 Reaktoren wegen technischer Probleme aktuell weniger als die Hälfte mit voller Leistung am Netz. Frankreich musste in den vergangenen Monaten deutlich mehr Elektrizität importieren als in den Vorjahren. Das Problem droht sich im Winter zu verschärfen, weil viele Franzosen mit Strom heizen. Während sich Berlin auf einen Gasengpass vorbereitet, rüstet sich Paris für einen Stromengpass – und setzt auf Deutschland. Man werde Deutschland Gas liefern, wenn es darum bittet, sagte Energieministerin Pannier-Runnacher. Umgekehrt erwarte man aber auch Lieferungen, falls in Frankreich der Strom knapp wird.

Aus Sicht von Beobachtern erhöht dies den Druck auf Deutschland, die Abschaltung seiner Kernkraftwerke zu überdenken. „Durch das Zeigen seiner Solidarität zwingt Paris Berlin (implizit) dazu, das politisch heikle Szenario einer Laufzeitverlängerung seiner drei Atomkraftwerke über das Jahresende hinaus ernsthafter denn je in Betracht zu ziehen“, analysierte die Zeitung „Les Échos“. Gas kann Frankreich auch deshalb liefern, weil es den Bezug schon in der Vergangenheit diversifiziert hat und über vier LNG-Importterminals verfügt. Die Speicher sind mittlerweile zu mehr als 85 Prozent gefüllt.



18 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/das-geteilte-europa-zur-hoelle-18250419.html>

DAS GETEILTE EUROPA:

## Warten auf die Strafe Gottes

EIN KOMMENTAR VON [SIMON STRAUS](#)

-AKTUALISIERT AM 18.08.2022-08:00



Warten auf den Untergang: Eine Illustration der „Divina Commedia“ aus einer Illustration von Gustave Dore Bild: Picture Alliance

Unter Rumänen und Polen glaubt die Mehrheit noch an die Hölle. Im aufgeklärten Westen sorgt dieses Umfrageergebnis für eine Heiterkeit, die vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs frivol wirkt.

Darüber können wir natürlich nur lachen: In Rumänien und Polen glauben sie noch an die Hölle. Mehr als fünfzig Prozent der Befragten in beiden Ländern gaben laut einer zwischen 2017 und 2020 erhobenen Umfrage des World Values Survey an, die Existenz eines Infernos für gesichert zu halten. Dafür ernten sie in unseren gelehrten Kreisen den erwartbaren Spott. Ein in London ansässiger Gelegenheitsjurist und -twitterer kommentierte das Umfrageergebnis mit einem schelmischen Teufelchengesicht.

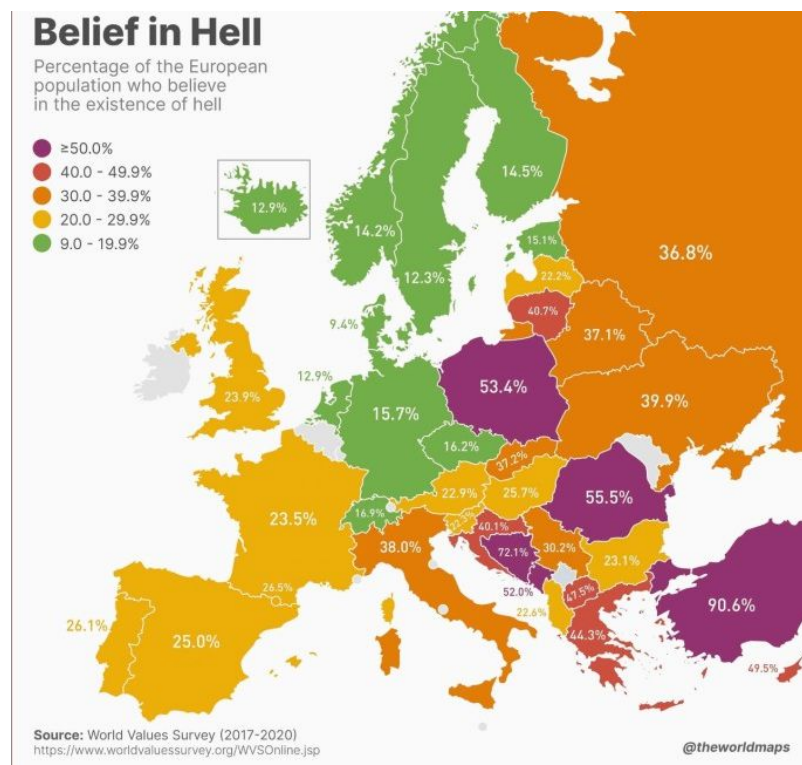
Ein der Öffentlichkeit zugewandter deutscher Soziologe twitterte ironisch, die beiden Länder seien damit „die einzigen Realisten in der EU“. Dafür wurde er von seiner Crowd mit grinsenden Gesichtern samt Schweißtropfen belohnt. Das ist das wohlfeile Lächeln der Überheblichen, die auch in bösen Zeiten besonders geistreich sein wollen. Das ist das entspannte Schwitzen der Vernünftigen, die, wenn überhaupt, nur an die Aufklärung glauben, weil sie ihnen ein Navigationssystem beschert hat. Aus den Emojis spricht der Dünkel derjenigen, die jedes Verständnis für eine transzendenzbezogene Weltanschauung verloren haben. Die neu entbrannte Polenliebe hat eben doch ihre Grenzen. Und die verlaufen hart und militant gesichert dort, wo es um Gottes Werk und Teufels Beitrag geht.

### Ironie mit bitterem Beigeschmack

Man muss die osteuropäische Volksgläubigkeit gar nicht sentimental überhöhen, um festzustellen, dass die Umfrage einmal mehr den eisernen Wertevorhang vor Augen führt, der Ost- und West-Europa voneinander trennt. Dass einer Gegend, in der den christlichen Kirchen die Mitglieder davonlaufen, die Vorstellungskraft für einen Ort der ewigen Sündenstrafe fehlt – in Deutschland etwa glauben nur gut 15 Prozent der Befragten an die Hölle –, scheint selbstverständlich. Nur bekommt die herablassende Ironie gegenüber der metaphysischen Einfalt unserer europäischen Nachbarn einen bitteren Beigeschmack, wenn man etwa die ukrainische Dramatikerin Anastasiia Kosodii liest, die gerade im



„Tagesspiegel“ mit Blick auf die verkohlten Leichen gefolterter ukrainischer Soldaten ohne jedes Augenzwinkern bekannte: „Mein Atheismus endete am 24. Februar, also glaube ich an Gott – oder vielmehr an die Strafe Gottes für diejenigen, die sie verdienen.“



Screenshot der Umfrage des World Values Survey :Bild: theworldmaps/Twitter

Uns hat das russische Kriegsverbrechen bislang nur politisch und wirtschaftlich betroffen, anderswo hat es auch die innersten Grundfesten erschüttert. Uns ist der Begriff der Sünde nur eine abstrakte religiöse Hypothese, für die allermeisten eine geradezu alberne Vorstellung. Näher am grausamen Kriegsgeschehen hingegen fühlt man den Zweifel, ob die Gewaltexzesse auf ukrainischem Boden nicht auch etwas damit zu tun haben könnten, dass zu viele die Angst vor einem seelengefährdenden Sündenfall verloren haben. Auf einmal leuchtet die These von Hannah Arendt wieder ein, nach der die schlimmsten Gewaltverbrechen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht geschehen wären, „wenn die Leute noch an die Hölle geglaubt hätten“.

17 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/jean-marc-egly-dans-le-systeme-francais-de-la-recherche-que-vous-travaillez-bien-ou-pas-cela-revient-au-meme-20220817>

## Jean-Marc Egly: «Dans le système français de la recherche, que vous travailliez bien ou pas, cela revient au même»

Par [Eugénie Boilait](#)

Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 3 heures

**ENTRETIEN - La France ne compte que quatre établissements dans le top 100 du classement de Shanghai, publié le 15 août. Pour le membre de l'Académie des sciences, si l'on veut enfin enrayer le déclin relatif de la recherche française, des réformes drastiques s'imposent.**

*Jean-Marc Egly, membre de l'Académie des sciences, est directeur de recherche à l'Inserm et professeur à l'Université nationale de Taïwan. Il a été président du conseil scientifique du Centre national de séquençage (Génoscope, Évry). Il est également lauréat du grand prix de la recherche médicale de l'Inserm (2004) et de la Fondation pour la recherche médicale (2012).*

---

**FIGAROVOX. - Quatre établissements français sont présents dans le top 100 du classement de Shanghai 2022. Le gouvernement s'en est félicité. Le bilan est-il positif ?**

**Jean-Marc EGLY.**– Non c'est très négatif et il ne faut pas s'en réjouir. Évidemment le classement de Shanghai est le résultat d'un travail difficile, les critères des universités sont très différents, mais ce classement est n'est pas réellement contestable.

Le premier constat est que nous avons reculé. C'est la suite logique de ce que nous constatons depuis deux ou trois ans. Il y a eu les mauvais résultats de notre pays au Conseil européen pour les grands contrats mais aussi le fait que la France ne cesse de briller par absence lors des congrès internationaux. De la même manière, il est navrant de voir un Français basé à l'Université de Genève recevoir la médaille Fields - basé à Genève car, précisément, la France ne lui offrait pas les conditions de travail nécessaires.

**La pandémie du Covid a fonctionné comme un révélateur: nous n'avons pas été capables de produire un vaccin.**

*Jean-Marc Egly*

De ce point de vue, la pandémie du Covid a fonctionné comme un révélateur: nous n'avons pas été capables de produire un vaccin et nous n'entendons toujours pas le milieu français proposer un médicament.

Par ailleurs, on a attribué à la ministre le fait que Paris-Saclay est bien classé ; or, ce n'est pas en deux ou trois ans qu'une présidence peut produire un tel phénomène. En réalité, Paris-Saclay est bien classé car beaucoup de grandes écoles y sont regroupées (AgroParisTech, CentraleSupélec). De même, il ne faut pas faire de critique concernant la nouvelle présidente pour le recul enregistré. Une chose est certaine: on ne peut pas se réjouir de ces résultats.

**Les quatre établissements français dans le top 100 ont tous perdu des places. Comment l'expliquer ?**

La perte de vitesse est le résultat de choses qui durent depuis une vingtaine d'années. Tout d'abord, la recherche n'a jamais intéressé le pouvoir politique. Il n'y a pas eu de grandes avancées politiques à ce sujet, quasiment depuis De Gaulle. Il y a eu quelques engouements et rustines positives lorsque Hubert

Curien était ministre ou durant la période Sarkozy avec Valérie Pécresse, mais le problème, en réalité, est bien plus large. Cette vérité, personne ne veut la voir.

**On ne peut pas être un bon enseignant du supérieur sans être également chercheur. Aujourd'hui pourtant, ceux qui enseignent à l'université n'ont pas développé des activités de recherche de premier plan.**

*Jean-Marc Egly*

La recherche, tout d'abord, n'est pas attractive. Les salaires sont lamentables et n'attirent personne: les bac+12 ou bac+15 gagnent 2.300€ ou 2.400€ par mois en vivant à Paris. Il y a également une évolution de la société qui n'encourage plus réellement au travail, ni ne le met en valeur.

Mais l'une des principales raisons, c'est que nous avons dissocié l'enseignement supérieur (université) et la recherche (organismes comme CNRS, INSERM, INRA, etc.), il y a de cela vingt ou trente ans. On ne peut pas être un bon enseignant du supérieur sans être également chercheur. Aujourd'hui pourtant, ceux qui enseignent à l'université n'ont pas développé des activités de recherche de premier plan, laissées à ceux qui ont été recrutés dans les organismes de recherche.

Par ailleurs, les enseignants, accablés de cours et de charges administratives ne sont pas en mesure d'avoir une activité de recherche qui demande quasiment un plein-temps. Quelqu'un qui a fait un bon postdoc, au bout de quatre ans est abîmé par la quantité de cours qu'il doit assurer.

**Les étudiants en biologie par exemple viennent en sciences par défaut: soit parce qu'ils ont raté médecine, soit parce qu'ils n'ont pas été acceptés dans des BTS ou des IUT, qui eux, sont sélectifs.**

*Jean-Marc Egly*

Le résultat, c'est que nous n'avons plus, ni les professeurs d'antan, ni les étudiants d'avant. Les étudiants ne sont plus motivés aujourd'hui. Ils viennent faire de la recherche parce qu'ils ne savent pas quoi faire d'autre et personne ne veut le constater, encore moins les enseignants du supérieur. Les étudiants en biologie par exemple viennent en sciences par défaut: soit parce qu'ils ont raté médecine, soit parce qu'ils n'ont pas été acceptés dans des BTS ou des IUT, qui eux, sont sélectifs. À l'université, nous récupérons ces étudiants et l'on ne peut pas faire de miracles. Ils n'ont ni la motivation, ni le niveau que l'on attendrait ; ils ne feront donc pas de prouesses.

**Pourquoi les quinze premiers établissements de recherche du classement sont-ils anglo-saxons ? Qu'ont-ils de plus ?**

C'est une très bonne comparaison. En effet, le système dans les établissements anglo-saxons est complètement différent du nôtre. Il y a d'abord les salaires: si l'on compare à la Suisse, à l'Allemagne ou aux pays anglo-saxons, les salaires français représentent la moitié.

Le deuxième point c'est que dans les pays anglo-saxons, faire de la recherche, avoir des contrats, avoir des publications, faire des brevets, représente un véritable challenge et est très reconnu. Tout cela est donc récompensé par un certain respect: on reçoit des primes, on obtient des promotions. Dans le système français de la recherche, rien de tout cela n'est possible. Que vous travailliez bien ou pas, cela revient au même. En France, les syndicats ne veulent pas que l'on donne des primes et que l'on dise que quelqu'un est meilleur qu'un autre ; on en est au stade «il n'a pas démérité !».

Les Anglo-Saxons souhaitent au contraire l'excellence et la compétence. Aux États-Unis, si vous êtes l'un des meilleurs et que vous êtes *Full Professor* dans une université du Minnesota et que vous produisez de belles choses, vous pouvez très bien prétendre à Harvard, Berkeley ou Stanford, avec des crédits qui vont aller en augmentant et des salaires à la mesure. En France, point de tout cela, il n'y a ni attractivité, ni mobilité et ni promotion.

**Nous sommes encore un peu compétitifs car l'esprit français est fantastique, mais nous ne sommes plus attractifs.**

*Jean-Marc Egly*

Par ailleurs, il y a les problèmes de financement. Les universités et les organismes de recherche recrutent mais ne donnent pas les moyens de travailler. À cause de cela, la France ne recrute plus d'étrangers ou très peu: on les recrute mais on ne leur donne pas de financement.

Regardons l'Institut Pasteur qui peut être un exemple: elle ne recrute quasiment plus de chercheurs anglo-saxons ni de chercheurs des pays du Nord (Allemagne, Hollande, Suède, etc.). Aux États-Unis, on donne un poste et une somme d'argent importante pour cinq ans, pour pouvoir monter sa propre équipe et recruter, étant entendu que vous devrez aussi trouver un peu d'argent par vous-même pour la suite.

Nous sommes encore un peu compétitifs car l'esprit français est fantastique, mais nous ne sommes plus attractifs dans ces conditions.

**Pensez-vous que les objectifs de la loi de programmation permettra à la France de s'imposer davantage dans le classement ? Est-ce que la situation nécessiterait un changement bien plus vaste ?**

Il faut un changement bien plus vaste. Ce ne sont que des rustines que chaque ministre ajoute à sa guise. Il faut une réforme complète de l'université. L'université veut gérer la recherche mais ceux qui gèrent l'université depuis une quinzaine d'années n'ont jamais intégré la recherche. Il n'y a aucun président d'université qui ait reçu un grand prix (Prix Nobel, médaille Fields). Ceux qui le sont, sont peut-être d'excellents managers mais sont fort éloignés du monde de la recherche car ils ne l'ont pas vécue au quotidien et au niveau international. Ils n'ont pas été confrontés aux réunions internationales et ont souvent une méconnaissance de ce qui se fait ailleurs et de la dimension compétitive de la recherche.

**Lorsque j'étais étudiant, c'était les grands patrons qui venaient faire des cours. Dorénavant, ils se déchargent de leurs cours. C'est le maître assistant ou l'interne qui fait cours à leur place.**

*Jean-Marc Egly*

Un objectif actuel, fort louable par ailleurs, est la formation ; pour cela, il faut des formateurs, c'est-à-dire des professeurs qui sont aussi chercheurs et qui ont aussi des équipes de recherche et cette espèce est en voie de disparition. Ceux qui sont enseignants, au moins dans les sciences du vivant, n'ont pas d'équipe de recherche. Lorsque j'étais étudiant, c'était les grands patrons qui venaient faire des cours. Dorénavant, ils se déchargent de leurs cours, ce qui est dommage et ne devrait pas pouvoir se faire. C'est le maître assistant ou l'interne qui fait cours à leur place. On ne sait pas s'ils font des bons ou des mauvais cours. Faire un bon cours, c'est faire vibrer les étudiants: tous mes collègues sont venus en recherche car ils ont eu un professeur qui les a fait vibrer.

Il faut donc une réforme complète de l'université: tout professeur devrait être chercheur ou du moins avoir (et lui laisser avoir) une activité de recherche conséquente. On parle d'enseignant-chercheur mais c'est un leurre. Il ne faut plus faire de différentiel entre directeur de recherche dans un organisme et professeur. Il faut une obligation générale de faire des cours quel que soit votre statut, titulaire d'un Prix Nobel ou jeune recrue. Une douzaine d'heures de cours obligatoire pour chacun suffirait, internet palliera au reste.

Il faut aussi augmenter les salaires: faire des salaires qui soient compétitifs, les mêmes qu'en Allemagne ou en Scandinavie ; pas plus mais au moins la même chose. Si on recrute dorénavant, il faut donner de quoi travailler. Maintenant on recrute sur un projet mais on ne donne pas de quoi faire le projet: les chercheurs passent un an ou deux ans à trouver des financements, et dans la compétition internationale actuelle, le projet est rapidement obsolète.

17 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/17/401094-macron-peut-reformer-3-pistes-liberales-pour-changer-la-france>

17 août 2022

## Macron peut réformer : 3 pistes libérales pour changer la France

Finn Andreen

OPINION : au lieu de se plaindre que la France est irréformable, Macron devrait commencer par mieux comprendre et utiliser le pouvoir qui est le sien de par la Constitution de la Cinquième République. Pendant la pandémie, l'État français aura détérioré son économie encore davantage. La **dette publique** est passée de 98 % du PIB fin 2019 à **118 % en mars 2021**, alors qu'il a fallu presque 15 ans pour passer à un endettement de 80 % à 100 % du PIB. Il est donc impératif de revenir sur un sujet qui est toujours d'actualité depuis plusieurs décennies : réformer la France.

# Le besoin criant de réformes en France

Étant donné le contexte, il est ahurissant que le président Macron, le premier protagoniste politique dans ce pays, ait jugé **la France irréformable**. C'est une lamentable excuse pour justifier le manque d'action. La France est un des seuls pays d'Europe occidentale à ne pas avoir réalisé de réformes structurelles depuis le désastreux programme de nationalisations de Mitterrand. Elle en souffre maintenant.

Mais l'État français est allé dans le sens contraire, en embauchant encore un million de fonctionnaires depuis l'année 2000, en comptant les collectivités locales. Pourtant, il y a un besoin criant de réformes dans toute une série de domaines, comme les retraites, le Code du travail, la fiscalité et le service public.

Que signifie réformer la France ?

Cela s'articule autour de trois piliers que beaucoup de libéraux préconisent depuis longtemps :

- la dérégulation de l'économie,
- la décentralisation du pouvoir politique,
- la privatisation des services de l'État.

Le manque de réformes pèse sur la société française comme une chape de plomb. Retirer ce poids excessif réglementaire et fiscal par ces trois piliers de réformes donnerait une bouffée d'air considérable aux Français et à l'économie.

Cela permettrait une réduction du chômage, une ré-industrialisation du pays, une accélération de l'innovation technique, un retour des capitaux étrangers, rendant en même temps l'économie française **plus compétitive** par rapport non seulement à ses voisins, mais également par rapport à la Chine.

Macron n'a **pas fait** grand-chose dans ce sens depuis son élection, alors que son livre de campagne avait pour titre *Révolution...* La réforme des retraites n'a pas (encore ?) eu lieu et celle de la SNCF était bien timide et **aggraver les comptes** de l'État.



# Pas d'excuse : Macron a le pouvoir de réformer

Il faut cependant se souvenir que le Président a les pouvoirs pour réaliser les réformes nécessaires. Au lieu de se plaindre que la France est irréformable, Macron devrait commencer par mieux comprendre et utiliser le pouvoir qui est le sien de par la Constitution de la Cinquième République.

La réalité est qu'il pourrait faire bien plus. Pour commencer, il devrait descendre dans l'arène, s'impliquer personnellement et ne pas utiliser constamment le Premier ministre comme soupape ou comme [fusible](#). Le pouvoir et la volonté de réformer la France émanent du chef de l'État. En tant que symbole politique, il faut donc que les Français le voient en première ligne.

Or, l'Élysée a toujours tendance à penser qu'une plus forte présence médiatique du Président pourrait nuire à son image d'autorité ou risquer d'affaiblir la position. Ceci est une excuse souvent donnée pour expliquer pourquoi le Président se doit apparemment de rester silencieux et de prendre de la hauteur lors de crises sociales, alors que celles-ci sont souvent les conséquences de sa propre action politique. Le président de la République n'est évidemment jamais le seul responsable des crises lors de timides tentatives de réformes, mais il est certainement le premier et le dernier responsable. Il faut qu'il en prenne conscience et agisse en conséquence.

## Les problèmes des syndicats

L'obstacle principal pour réformer la France est celle des bras de fer entre gouvernement et syndicats. Les grèves des syndicats sont les freins les plus importants auxquels l'exécutif doit faire face.

Avant d'entamer quelque réforme majeure que ce soit, il faut donc d'abord régler le problème des syndicats qui ne représentent qu'une infime partie de la population mais qui peuvent impacter la vie de millions de citoyens français. Il faut que les grèves, surtout de la fonction publique, soient contrôlées et limitées, afin d'épargner des difficultés aux Français.

Constitutionnellement, le Président est responsable envers le peuple souverain et pourrait donc juger que la grève de certaines parties de la fonction publique n'est pas acceptable si l'absence de service public porte préjudice et souffrance aux Français.

C'est d'ailleurs ce que le Conseil constitutionnel a décidé ([n°79-105 DC du 25 juillet 1979](#)) : le droit de grève n'est pas simplement acquis dans la fonction publique, mais il est au contraire toujours à mettre en relation avec le service public fourni, et qu'il est possible de décider que :

***Ces limitations peuvent aller jusqu'à l'interdiction du droit de grève aux agents dont la présence est indispensable pour assurer le fonctionnement des éléments du service***



## *dont l'interruption porterait atteinte aux besoins essentiels du pays.*

Les grèves touchent souvent les transports publics.

Utilisés quotidiennement par des millions de Français, ne seraient-ils pas un besoin essentiel ? Certaines fonctions publiques sont déjà exclues du droit de grève, comme la police, les juges, les militaires, le personnel pénitencier, etc. En 1964, De Gaulle avait déjà réussi à interdire le droit de grève aux contrôleurs aériens (loi ensuite partiellement abrogée en 1984).

# Comment le Président peut dompter les syndicats

Les limites du pouvoir ne sont pas connues si elles ne sont pas testées. Macron se doit de considérer tous les leviers législatifs et politiques à sa disposition afin d'implémenter sa *propre* politique, s'il en a une.

Concrètement, il existe plusieurs options qui s'offrent à lui pour dompter les syndicats :

Avec la majorité au Parlement ou au le conseil des ministres, le Président pourrait faire passer une loi par ordonnance qui limiterait le droit de grève dans les transports publics.

Le gouvernement pourrait saisir l'article 49-3 de la Constitution afin de remettre les syndicats [dans le droit commun](#), en rendant possible la saisie de leurs biens, ce qui n'est pas possible aujourd'hui (pour cela une modification du Code du travail est nécessaire). De cette manière, Macron pourrait aussi demander à ce que les comptes des syndicats deviennent publics et soient soumis au contrôle d'une instance indépendante, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui.

Le Président peut saisir le Conseil constitutionnel, afin d'introduire une réglementation plus restrictive du droit de grève, ou de demander à ce que la loi sur le service minimum soit strictement appliquée.

Le Conseil d'État pourrait également être saisi par le Président pour étendre l'interdiction du droit de grève à certaines catégories de fonctionnaires.

Politiquement, ces initiatives nécessitent probablement un alignement entre le gouvernement et les directions des établissements publics les plus concernés (notamment la RATP et la SNCF). Si cet alignement n'est pas accessible à cause de la mauvaise volonté de ceux-ci, alors le Président peut simplement [remplacer les dirigeants](#) de ces entreprises étatiques.

Bref, Macron doit réunir ses experts en droit constitutionnel et réfléchir à la tactique exacte à adopter. Il n'est pas acceptable dans un État de droit que quelques milliers de grévistes des transports publics puissent empêcher les branches exécutive et législative de passer des réformes qui bénéficieraient à terme à toute la population.

# Le manque de courage des présidents français

Des outils légaux et politiques nécessaires pour mener à bien des réformes significatives en France et limiter les grèves des fonctionnaires sont donc disponibles aux présidents de la Cinquième République. Les échecs successifs sont principalement dus au manque de fermeté, de lucidité et de courage politique des derniers présidents ; Chirac, Sarkozy, Hollande et maintenant Macron.

Pour réformer la France, il faut donc pleinement vouloir exercer le pouvoir de Président et ne pas tant se préoccuper des enquêtes d'opinion, de l'opposition, des corps intermédiaires et des médias.

Macron n'a montré ni cette volonté ni ce courage pour réaliser des réformes que lui-même a voulues, qu'il s'agisse de la hausse du prix de l'essence, la transformation du statut des employés SNCF, ou la réforme des retraites.

Celles-ci ne peuvent même à peine être proposées, dans le climat politique français, sans de lourdes conséquences pour le peuple français sous forme de grèves et des pertes économiques qui en découlent pour les entreprises et les individus.

En réalité, la Constitution de la Cinquième République donne beaucoup trop de pouvoir à un seul homme. Les limites de ce système politique hyper-présidentiel et ses dérives autoritaires ont été bien visibles pendant la crise sanitaire. À terme, cette Constitution devra donc être abrogée et remplacée par une Constitution de type parlementaire, bien plus représentative et démocratique.

Mais c'est celle qui existe aujourd'hui et elle a l'avantage de donner la possibilité au Président de réformer la France. Pour le faire, il faut cependant un changement de culture politique, plus précisément, un changement du rapport de force en faveur du président de la République.

Une telle initiative ne peut évidemment venir que du Président lui-même, le protagoniste principal de cette longue tragédie politique française. Mais quel que soit le résultat des élections de 2022, il est déjà clair que Macron est le nième président à ne pas être à la hauteur.

17 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/17/231439-pourquoi-choisir-la-liberte-economique>

17 août 2022

## Qu'est ce que le libéralisme économique ?

Cécile Philippe

Le libéralisme économique s'inspire de la même philosophie que le libéralisme social ou politique. Il n'y a pas deux libéralismes mais un seul.

Alors que la liberté d'expression et plus généralement les libertés civiles sont plébiscitées par les Français, le libéralisme économique, quant à lui, continue de susciter la suspicion voire le rejet chez la plupart des gens, y compris à droite. Ce terme est en effet connecté à des questions difficiles comme la mondialisation, le profit, les délocalisations, la loi du plus fort, etc., et génère des sentiments négatifs comme la peur ou l'envie.

Pour pallier les défauts d'un libéralisme « débridé », l'État apparaît comme le moyen d'en soigner les maux. Mais la régulation étatique présente un défaut majeur par rapport au libéralisme : elle est beaucoup moins réaliste. **La philosophie libérale ne promet pas une société parfaite et ne prétend pas offrir des réponses idéales aux défis qui se posent à nous. Au contraire, partant de l'observation que nous ne sommes ni omniscients ni forcément vertueux, les solutions libérales offrent simplement davantage de flexibilité et de garde-fous. Cela permet de construire des sociétés qui, sans être parfaites, peuvent prospérer.**

**Évidemment, cela peut paraître moins attrayant d'offrir des solutions raisonnables et flexibles que d'offrir des solutions supposées idéales et parfaites.** Là est une première impression dont il faut impérativement se libérer car comme nous le disent de nombreux psychologues, c'est le moyen le plus sûr de créer son propre malheur voire de tomber en dépression. On peut d'ailleurs se demander si la forte consommation d'antidépresseurs en France n'est pas d'une façon ou d'une autre liée à cette recherche inaccessible de la perfection. C'est bien connu, chercher à obtenir quelque chose qui par définition est impossible à avoir ne peut que susciter frustration, colère et finalement apathie.

**Or, le mépris pour la liberté dans le domaine économique provient certainement et au moins en partie de la croyance en un État parfait qui saurait trouver les solutions idéales à tout problème posé.**

Il suffit de voir la façon dont a été abordée la énième réforme du collège. Plutôt que de considérer que l'Éducation nationale a avant tout besoin de diversité, la nouvelle réforme impose à tous les collèges de France des programmes modifiés qui ne peuvent évidemment pas convenir à tous. Pourquoi décider de supprimer certaines disciplines – Latin, Grec, première langue – qui, à défaut de convenir à tous, intéresseront certains élèves.

De même, en matière de santé, conformément au vaste mouvement engagé dans les années 1990, le système perd de plus en plus de flexibilité au fur et à mesure que le pouvoir est concentré au sein des Agences régionales de santé publique.

Or, justement la société française souffre avant tout de son État qui à force de croître à tort et à travers, d'intervenir pour un oui ou pour un non, empêche les autres institutions concurrentes de jouer leur rôle et les individus d'exprimer leurs choix, d'être en contrôle de leur vie.

Ces institutions, de la coopérative fondée sur l'autogestion, à l'entreprise, à la famille, aux syndicats, en passant par les associations sans but lucratif ou autres mutuelles, ont vu leur rôle diminuer au fur et à mesure qu'on avançait dans le XXe siècle.

Ce modèle institutionnel concurrentiel – défendu par des économistes français comme Bastiat, Comte ou Dunoyer ou encore le prix Nobel 1974 Friedrich Hayek – est le type même du choix libéral.

Il reconnaît simplement qu'aucune institution n'est parfaite et capable à elle seule de résoudre les myriades de problèmes qui se posent à nous quotidiennement. C'est en quelque sorte un choix humble et pragmatique. Nos sociétés complexes ont un défi à surmonter, elles ne peuvent pas fonctionner sur le modèle de la tribu où tout le monde se connaît. Elles ont besoin d'outils sophistiqués comme l'institution de la propriété, qui génère la responsabilité, ou encore le système de prix.

Ces derniers sont essentiels à ce qu'on appelle le calcul économique, sans lequel le risque est de gaspiller les ressources de façon incommensurable. Or, justement, au fur et à mesure qu'une société s'étatise, les prix perdent de leur substance et se révèlent incapables d'orienter intelligemment l'allocation des ressources. La sphère publique chargée de multiples objectifs souvent contradictoires s'éloigne des conditions réelles du marché et donc d'une gestion parcimonieuse des ressources. Dans le secteur public, les décisions sont prises par des individus qui n'assument pas patrimoniallement les erreurs. La mise en place d'impôts supplémentaires peut permettre d'éponger les erreurs, ce qui limite fortement l'incitation qu'il y a à faire un usage efficace des ressources.

Il est temps de comprendre en France que le libéralisme économique s'inspire de la même philosophie que le libéralisme social bien compris. Ses solutions ne sont pas parfaites, mais elles créent un cadre institutionnel flexible et responsable qui favorise l'adaptation aux conditions réelles de l'existence.

17 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/17/436604-david-lisnard-doit-se-pencher-sur-les-relations-internationales>

17 août 2022

## David Lisnard doit se pencher sur les relations internationales

Michel Faure

J'imagine que comme tous les libéraux français, je suis très intéressé par [David Lisnard](#), membre du parti Les Républicains. Non seulement il défend de nombreuses idées libérales, mais il en a mis certaines en action en tant que maire de la ville de Cannes depuis 2014. On peut lire sur le site de son mouvement, *Nouvelle Énergie*, qu'il est parvenu à réduire la dette de la municipalité de 60 millions d'euros en six ans, que 43,2 millions d'euros d'économies ont été réalisées sur le fonctionnement de la mairie tout en maintenant une haute qualité du service public.

J'apprécie cette cohérence entre les paroles et les actes, et ce que dit Lisnard sur le poids de la bureaucratie, sur la liberté, qu'il estime être « *une valeur émancipatrice, une force créatrice et la source de la prospérité* ». Il évoque aussi la responsabilité individuelle comme, « *corollaire de la liberté, et source d'efficacité et de confiance* ».

J'aime ce que dit Lisnard, donc, mais je m'interroge sur ce qu'il ne dit pas.

Peut-être que d'autres le savent, mais moi je ne sais pas ce que pense cet éventuel candidat de la droite en 2027 sur les relations internationales et sur l'Europe. Ce sont pourtant en ce moment des sujets essentiels, alors que l'Union européenne a pris une importance et une cohésion nouvelles avec, notamment, la gestion de la pandémie du covid, puis sa solidarité avec l'Ukraine agressée par la Russie.

L'ordre mondial vire au désordre, Poutine ignore le droit, Trump a fragilisé la démocratie américaine, la Chine inquiète tous ses voisins et tourmente [les Ouïghours](#), l'Amérique latine a [élu récemment](#) plusieurs candidats marxistes. Bref, rien ne tourne rond autour de nous.

Si David Lisnard a des ambitions présidentielles, il doit dire aux Français comment il considère le monde et ce qu'il fera de sa diplomatie et de ses armées.

La lecture de son site laisse penser que ce libéral est un souverainiste. C'est sans doute compatible, mais un peu étriqué.

Les militants de *Nouvelle Énergie* se disent « *promoteurs de la souveraineté et de l'indépendance de la France par une ambition industrielle, scientifique et numérique, au sein d'une Europe à réformer pour l'utiliser comme un levier de puissance dans le monde* », ce qui me semble un peu court comme « usage de l'Europe ». Sans parler de cette absence de « l'usage du monde » chère à l'écrivain voyageur Nicolas Bouvier.

J'espère me tromper, mais j'ai peur que s'il devenait notre président, ce libéral nous enferme dans notre petit pré carré national. Alors, l'Europe avancerait et se construirait sans nous pour devenir la grande nation de nos voisins. Peut-être juge-t-il gaulliste cette position souverainiste. Mais ne l'oublions pas, de Gaulle s'est longtemps coltiné le reste du monde avec succès afin que la France existe dans le nouvel ordre mondial que fut la Guerre froide.

Espérons qu'avec le temps David Lisnard regarde au-delà de nos frontières et comprenne que sans l'Europe, et sans le reste du monde, la France ne sera plus, face à l'histoire, qu'une anecdote géopolitique.





17 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/abbas-wirft-israel-in-berlin-holocaust-an-palaestinensern-vor-ld.1698301>

## Der Palästinenserpräsident Abbas wirft Israel «50 Holocausts» an seinem Volk vor – und der deutsche Kanzler schweigt

In Berlin relativiert Mahmud Abbas den Holocaust. Der deutsche Kanzler Olaf Scholz sagt zunächst nichts dazu. Sein Aussetzer offenbart einen erstaunlichen Mangel an Geistesgegenwart. Dabei hätte er wissen müssen, mit wem er es zu tun hat.

Hansjörg Friedrich Müller, Berlin

Aktualisiert 17.08.2022, 11.22 Uhr



### Der Palästinenserpräsident Mahmud Abbas (links) und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz am Dienstag in Berlin.

Jürgen Heinrich / Imago

Eine Äusserung des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas in Berlin sorgt in Deutschland und darüber hinaus für Aufregung; noch grösser aber ist die Empörung über die Reaktion des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz, der Abbas am Dienstag empfangen hat.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz der Politiker im Berliner Kanzleramt fragte ein Journalist Abbas, ob er Israel [anlässlich des 50. Jahrestags des Attentats auf die israelische Olympiamannschaft in München](#) um Entschuldigung bitten wolle. «Wenn wir weiter in der Vergangenheit wühlen wollen, ja bitte», antwortete Abbas. Täglich würden Palästinenser von der israelischen Armee getötet. «Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen», sagte der Palästinenserpräsident weiter. Und fügte hinzu: «50 Massaker, 50 Holocausts.»

### Auch der israelische Ministerpräsident äussert sich empört

Der Kanzler wirkte irritiert und schaute grimmig, sagte aber nichts und gab Abbas die Hand. Die Erklärung, die sich das Kanzleramt später für Scholz' ausbleibende Reaktion zurechtlegte, lautet, [der Regierungssprecher Steffen Hebestreit](#) habe die Pressekonferenz unmittelbar nach Abbas' Antwort für beendet erklärt.

Überzeugend ist das nicht: Scholz, als Kanzler der Herr im Haus, hätte sich leicht darüber hinwegsetzen können. Friedrich Merz, der Chef der oppositionellen Christlichdemokraten, nannte den Vorfall auf Twitter «unfassbar». Der Kanzler, so schrieb er, hätte seinem Gast «klar und deutlich widersprechen und ihn bitten müssen, das Haus zu verlassen».

Merz' Parteikollege Armin Laschet nannte den Auftritt Abbas' «die schlimmste Entgleisung, die je im Kanzleramt zu hören war». Auch in Israel erregte der Vorfall Aufsehen: Dass Abbas den jüdischen Staat beschuldige, «50 Holocausts begangen zu haben, während er auf deutschem Boden steht, ist nicht nur eine moralische Schande, sondern eine ungeheuerliche Lüge», erklärte Ministerpräsident Yair Lapid.

Am Mittwochmorgen verurteilte Scholz Abbas' Aussage klar und deutlich: Er sei darüber «zutiefst empört». «Gerade für uns Deutsche», so schrieb der Kanzler weiter, «ist jegliche Relativierung des Holocaust unerträglich und inakzeptabel. Ich verurteile jeden Versuch, die Verbrechen des Holocaust zu leugnen.» Bereits am Vorabend hatte er sich gegenüber der «Bild»-Zeitung ähnlich geäußert.

Warum Scholz dies Abbas nicht schon am Dienstagnachmittag ins Gesicht gesagt hat, bleibt rätselhaft. War es Feigheit oder zumindest Mangel an Zivilcourage? Dagegen spricht, dass der Kanzler seinem Gast, als dieser die israelische Politik als «Apartheidsystem» bezeichnete, ausdrücklich widersprach. Er halte das Wort für die Beschreibung der Situation nicht für richtig, sagte Scholz.

### **Es ist nicht Abbas' erste skandalöse Äußerung**

Damit widersprach der Sozialdemokrat nicht nur indirekt seinem Parteikollegen Sigmar Gabriel, der 2012 nach einem Besuch im besetzten Westjordanland von Apartheid gesprochen hatte, sondern äusserte sich auch deutlich klarer als der amerikanische Präsident Joe Biden, der Mitte Juli [bei einem Besuch im Westjordanland](#) darüber hinweggegangen war, dass Abbas von Apartheid sprach.

Was sich Scholz mindestens vorwerfen lassen muss, ist allerdings ein Mangel an Geistesgegenwart, der für einen Regierungschef erstaunlich ist. Eine solch verspätete Reaktion auf eine skandalöse Äußerung dürfte auch einem Phlegmatiker wie dem deutschen Kanzler nicht passieren, zumal ihm im Vorhinein hätte klar sein müssen, mit wem er es zu tun hat: Der Palästinenserpräsident fällt seit langem immer wieder durch skandalöse Aussagen zum Holocaust auf.

Am Mittwoch ruderte Abbas ein Stück zurück: Der Präsident bekräftigte, dass der Holocaust das abscheulichste Verbrechen der modernen Geschichte sei, schrieb die amtliche palästinensische Nachrichtenagentur Wafa. Das hatte Abbas allerdings schon 2014 erklärt; von Äußerungen wie jener vom Dienstag hat ihn seine Erkenntnis ebenso wenig abgehalten wie von der 2018 geäußerten Behauptung, der Massenmord an den europäischen Juden sei nicht durch Antisemitismus ausgelöst worden, sondern durch die Stellung der Juden als Verleiher von verzinslichen Krediten. Überrascht über Abbas' Aussage vom Dienstag konnte vor diesem Hintergrund eigentlich niemand sein.

17 août (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/politique/quand-cyril-hanouna-baisse-le-pouce-vous-etes-mort>

Série d'été

## «Quand Cyril Hanouna baisse le pouce, vous êtes mort»

Par [Catherine Boullay](#)

16 août 2022 à 12h45

Le pouvoir du rire (21/29). **Le communicant Philippe Moreau-Chevrolet a imaginé l'accession de l'animateur télé à l'Élysée. A défaut d'être Président, l'étendard de C8 fonctionne déjà comme « un prince » avec « une vraie cour, construite sur un système de vassalité », juge-t-il**

**Votre abonnement vous permet de lire cet article**



Cyril Hanouna.

Montage l'Opinion/Sipa Press/Philippe Moreau Chevrolet/Morgan Navarro/Les Arènes BD

Et si, un jour, un homme gagnait, en France, l'élection présidentielle grâce au rire ? Philippe Moreau-Chevrolet, professeur de communication politique à Sciences Po Paris et dirigeant d'un cabinet de conseil, a donné vie à ce scénario avec le dessinateur Morgan Navarro. Leur BD, *Président* (Editions Les Arènes, 2020), s'est vendue à 30 000 exemplaires. Elle met en scène l'animateur et producteur de C8 Cyril Hanouna en candidat victorieux à la présidentielle. [Philippe Moreau-Chevrolet](#) s'est inspiré de ses passages dans l'émission « Touche pas à mon poste » (TPMP). Mais quelle distance reste-t-il entre la réalité et la fiction ?

**Cyril Hanouna reste, pour beaucoup, l'homme qui a glissé des pâtes dans le slip d'un de ses chroniqueurs. Peut-il vraiment envisager une candidature pour 2027 ?**

Oui, c'est toujours plausible : Cyril Hanouna est viscéralement un homme de pouvoir. C'est une machine à séduire, exactement comme les hommes politiques. C'est flagrant quand il vous serre la main. D'ailleurs, il est même plus homme politique que clown, c'est un gros boss et c'est ce qui le distingue de ses confrères animateurs de télévision.

## **En tant que « potentiel futur candidat », comment a-t-il regardé, selon vous, l'élection en 2022 ?**

Il a très probablement beaucoup observé Eric Zemmour, d'abord parce qu'il voulait absolument animer une émission politique sérieuse, ce qu'il a en partie réussi à faire avec [le duel Zemmour-Mélenchon en janvier dernier](#). Il a pu en tirer l'enseignement suivant : on ne peut pas créer un candidat à la présidentielle juste avec les réseaux sociaux. C'est un avertissement à tous ceux qui voudraient se lancer, comme Eric Zemmour, sans équipe et sans programme. Hanouna pourrait employer les cinq prochaines années à créer un programme et à s'entourer. J'ajoute qu'avec de l'humour, de l'autodérision, de l'empathie, Zemmour aurait pu gagner.

## **Quel genre de candidat l'animateur télé pourrait-il être ?**

Hanouna incarne un syncrétisme. Juif, il défend les musulmans. Et il a été le premier à inviter les [Gilets jaunes](#) sur son plateau à un moment où personne ne le faisait. Il rassemble. Les élites parisiennes, qui ne s'y retrouveraient pas, pourraient en revanche le rejeter. Ce qui lui manque, c'est la consistance.

## **Vous vous êtes rendu une demi-douzaine de fois dans « TPMP » entre 2020 et 2022. Comment Cyril Hanouna se comporte-t-il en plateau ?**

Hanouna, en plateau, c'est Dieu. C'est exorbitant, hors du commun. Vous êtes dans l'arène : quand il lève le pouce, les chroniqueurs vont dans votre sens. Quand il le baisse, vous êtes mort. C'est une vraie cour avec son prince et ses courtisans, construite sur un système de vassalité. Ses chroniqueurs vous aiment parce que le chef a dit qu'il fallait vous aimer. Moi, ça m'intéressait de le voir diriger son émission, composer son conducteur en direct, en utilisant tous les débats de la société française.

« Etre le plus caricatural possible capte l'attention : c'est une technique populiste. En ce sens, Hanouna a des similitudes avec Trump. Et ils pratiquent une même forme d'humour malsain, souvent au détriment d'une tierce personne »

## **Vous expliquez en préambule de votre ouvrage que le succès d'un personnage comme Hanouna en politique serait le signe d'un épuisement démocratique. Pourquoi ?**

En tant que citoyen, on est fatigué du mépris, de l'inertie et de la répétition des mêmes types de rapports, quand la déception succède à la séduction. On a vu comment cela pouvait fonctionner avec l'humoriste Beppe Grillo en Italie, [avec Zelensky en Ukraine](#). Un clown, ça désacralise la fonction, ça libère la parole : il peut tout dire.

## **En France, Coluche a joué le rôle du clown. Hanouna est-il le nouveau Coluche ?**



Hanouna est moins authentique. Coluche venait du café-théâtre ; Hanouna a été formaté pendant vingt-cinq ans par la télévision française. Coluche nous parlait d'homme à homme ; Hanouna est un clown méchant, cruel, qui peut vous détruire. C'est ce qui fascine. C'est quelqu'un de puissant qui fait rire. L'animateur de C8 utilise les techniques de la télévision et du spectacle : il ne recule pas devant l'outrance. Etre le plus caricatural possible capte l'attention : c'est une technique populiste. En ce sens, il a des similitudes avec Donald Trump : un personnage populiste, ça se construit par des années à la télévision. Être aimé, fédérer des gens, la télévision permet cela. Hanouna et Trump pratiquent une même forme d'humour : un rire malsain, souvent au détriment d'une tierce personne, qui crée l'adhésion. Hanouna se voit probablement comme Coluche, mais c'est avant tout un homme d'affaires.

### **Quelles sont, d'après vous, les valeurs auxquelles tient cette figure emblématique du groupe Canal+ aujourd'hui ?**

Je ne sais pas en quoi il croit vraiment, ni ce qu'il veut réaliser pour les autres. Ce qui est certain, c'est qu'il veut être admis dans le cénacle des élites. C'est un fils d'immigrés [tunisiens] qui a le sentiment de ne pas être à la hauteur du pays d'accueil dans lequel il vit. C'est pourquoi il surinvestit la politique. Sa mère lui a d'ailleurs donné Valéry en deuxième prénom, en hommage à Valéry Giscard d'Estaing.

### **En quoi le rire est-il une arme politique ?**

Le rire vous désarme intellectuellement. C'est une synthèse très rapide, qui peut structurer nos pensées et nous impose ses raisonnements.

### **Certains hommes politiques ont, par le passé, utilisé la puissance du rire...**

A son niveau, Jean-Marie Le Pen a utilisé l'ironie pour adoucir ses positions. Il a joué de l'ambiguïté. L'humour, c'est une autre forme « d'en même temps » : c'est un macronisme souriant, finalement. Il permet de relâcher des pulsions. Aux Etats-Unis, quand Donald Trump répétait plusieurs fois de suite « crooked Hillary », « Hillary la tordue » en parlant d'Hillary Clinton, il imprimait la formule dans les esprits. Trump utilise l'humour de



manière presque scientifique, à des fins politiques. [En Italie, Berlusconi](#), lui, avait recours à gens qui lui écrivaient des petites blagues souvent sexistes, à la Jean Roucas, des *barzellette*. C'était presque du stand-up.

**Dans votre livre, vous imaginez un Vincent Bolloré (propriétaire de Vivendi, qui contrôle Canal+) qui soutiendrait Cyril Hanouna dans sa candidature à la présidentielle... jusqu'à un certain point. Ce soutien pourrait-il exister dans la réalité ?**

Oui, dans le sens où Vincent Bolloré a un désir de revanche sur les élites parisiennes. Quand, en 2015, il a versé 250 millions d'euros à Hanouna pour le garder pendant cinq ans sur D8 (renommée C8 en 2016), c'était une provocation. Je vois Bolloré comme un punk ou un anarchiste de droite. Il faut imaginer Houellebecq chef d'entreprise.

**En quoi les émissions d'Hanouna sont-elles déjà politiques ?**

Hanouna ne se moque pas des grands. Mais il a été le premier à aller chercher les Gilets jaunes – je n'ai pas compris d'ailleurs pourquoi. La gauche a perdu culturellement cette classe sociale. Ce n'est certainement pas sur le plateau de Cyril Hanouna que cette rencontre aurait dû avoir lieu. Regardez Marlène Schiappa, secrétaire d'Etat à l'Economie Sociale et solidaire et chroniqueuse dans « TPMP » : elle fait de l'éducation civique chez Hanouna. C'est là qu'il y a un chemin possible avec la politique.

**Dans votre bande dessinée, vous évoquez l'élection de Cyril Hanouna comme un cauchemar. Pourquoi ?**

Parce que nous en faisons le symbole d'une impasse démocratique : l'électeur va voter pour le clown puissant parce qu'il semble moins dangereux que l'extrême droite.

**S'il vous le demandait, deviendriez-vous son communicant ?**

Impossible ! Cela demanderait un engagement total. Moi, je suis pour un leader modeste à la Pierre Mendès France. Ma BD est avant tout un avertissement sur les pièges possibles des mécanismes à l'œuvre.

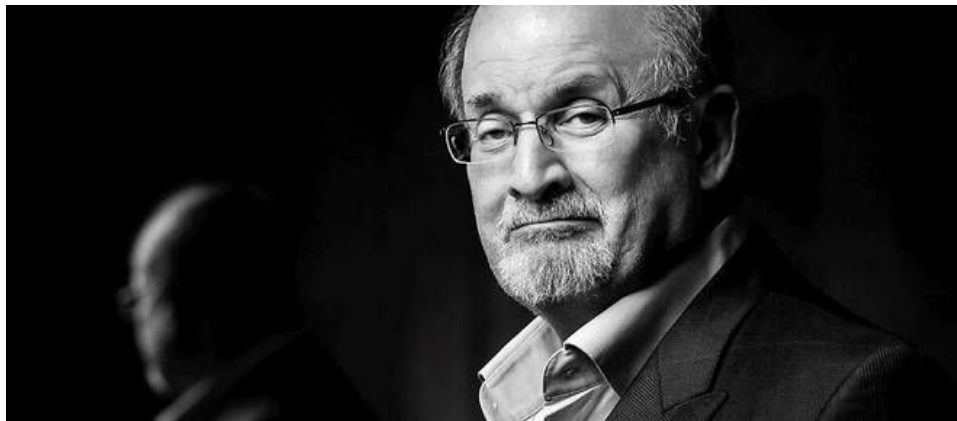


17 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/debats/agression-de-rushdie-s-excuser-ramper-effacer-ramper-de-plus-belle-17-08-2022-2486538\\_2.php](https://www.lepoint.fr/debats/agression-de-rushdie-s-excuser-ramper-effacer-ramper-de-plus-belle-17-08-2022-2486538_2.php)

## Agression de Rushdie : s'excuser, ramper, effacer, ramper de plus belle...

Selon l'ancienne journaliste du « New York Times » Bari Weiss, l'obsession culturelle de ne pas offenser est en partie responsable de l'attaque contre l'écrivain.



La journaliste américaine Bari Weiss estime qu'en trente ans, les intellectuels ont perdu de leur « cran civique », selon l'expression de Susan Sontag, pour défendre Salman Rushdie (ici, en 2018). © JOEL SAGET / AFP

*par Bari Weiss (traduction par Peggy Sastre)*

Publié le 17/08/2022 à 07h00

**D**ans notre monde culturel, bien des sommités croient que les mots sont de la violence. En cela, elles ont beaucoup en commun avec l'ayatollah Rouhollah Khomeyni, qui a émis la fatwa contre Salman Rushdie en 1989. Et avec Hadi Matar, le jeune homme de 24 ans qui, le 12 août, semble avoir voulu obéir à son commandement en poignardant l'auteur dans le cou, alors qu'il prenait place sur la scène d'un centre culturel de l'État de New York.

Un groupe se pense motivé par l'inclusion et la tolérance – et imagine qu'il est possible de créer quelque chose d'encore mieux que le libéralisme, une société utopique où nul n'est jamais offensé. L'autre groupe, personne n'a de mal à deviner qu'il est constitué de fanatiques religieux. Sauf que c'est de la complaisance et de la lâcheté collective des premiers que les seconds ont tiré leur pouvoir. Jusqu'à ce qu'un fanatique se rue sur la scène d'une conférence littéraire armé d'un couteau et s'en prenne à l'un des écrivains les plus courageux qui soient.

Je suis déjà montée sur la scène de l'institut où Rushdie devait s'exprimer. Difficile d'imaginer un endroit plus bucolique que Chautauqua – des maisons victoriennes avec de coquettes vérandas, un lac, des drapeaux américains et des vendeurs de glace à tous les coins de rue.

Fondée en 1874 par des méthodistes comme colonie d'été de leurs catéchèses, la ville attire aujourd'hui le genre de parents et de grands-parents passionnés par le Wordle [*jeu de lettres en ligne, NDLR*] et les émissions de débat. Soit à peu près le dernier endroit aux États-Unis où l'on aurait pu imaginer que se produise un acte d'une telle barbarie.

Et pourtant, si choquante que soit cette agression, elle se préparait depuis trente-trois ans : *Les Versets sataniques* sont un roman charriant son lot de sang.

En juillet 1991, le traducteur japonais du livre maudit, Hitoshi Igarashi, 44 ans, était poignardé à mort devant son bureau de l'université de Tsukuba, au nord-est de Tokyo. Le même mois, le traducteur italien, Ettore Capriolo, était lui aussi grièvement blessé par arme blanche – pour sa part à son propre domicile de Milan. Deux ans plus tard, en juillet 1993, Aziz Nesin, le traducteur turc, et par ailleurs prolifique écrivain, était la cible d'un incendie criminel dans un hôtel de Sivas. Il en réchappa, mais le feu fera 37 morts. Quelques mois plus tard, devant chez lui, à Oslo, William Nygaard, l'éditeur norvégien des *Versets*, sera la victime des islamistes, qui lui tirent trois balles dans le dos. Il sera hospitalisé plusieurs mois avant de s'en remettre lentement. Et ce ne sont là que les histoires restées dans les mémoires. En 1989, douze personnes furent tuées lors d'une émeute anti-Rushdie à Bombay, sa ville natale, où son livre avait également été interdit. À Islamabad, dans des circonstances similaires, on comptera 5 victimes.

## **D'une cache à l'autre**

Quant à Rushdie, il trouva refuge en Angleterre et put remercier la protection prodiguée jour et nuit par le gouvernement britannique. Pendant plus de dix ans, il vécut sous le nom de Joseph Anton (le titre de son autobiographie), passant d'une cache à l'autre. Les six premiers mois, il dut déménager cinquante-six fois. Le Royaume-Uni ne fut cependant pas épargné par l'hystérie : des musulmans de Bradford organisèrent un autodafé du livre de Rushdie et, sur conseil de la police, deux librairies WHSmith de la ville retirèrent *Les Versets* de leurs rayons.

Salman Rushdie a vécu la moitié de sa vie la tête mise à prix – quelque 3,3 millions de dollars promis par la République islamique d'Iran à quiconque l'assassinerait. Reste que c'est en 2015, des années après être sorti de la clandestinité, qu'il déclarait à L'Express : « *Nous vivons la période la plus sombre que j'aie jamais connue.* » Une telle phrase, on aurait pu penser que Rushdie l'aurait prononcée au plus fort du chaos, lorsqu'il se cachait, lorsque des personnes associées à son ouvrage étaient la cible de visées meurtrières. En 2015, il n'était pas rare de croiser Rushdie à des cocktails en plein Manhattan, ou au théâtre au bras d'une superbe créature (grands dieux, il avait déjà divorcé de Padma Lakshmi).

Alors pourquoi y voir « la période la plus sombre » qu'il ait jamais connue ? Parce qu'il était témoin de l'affaiblissement des mêmes valeurs occidentales – ce féroce engagement en faveur de la liberté de conscience et d'expression – qui lui avaient sauvé la vie. « *Si les attaques contre Les Versets sataniques avaient lieu aujourd'hui, déclarait-il encore à L'Express, ces gens ne prendraient pas ma défense et useraient de ces mêmes arguments contre moi, en m'accusant d'insulter une minorité ethnique et culturelle.* » Une observation qu'il ne tirait pas de son chapeau. S'il l'a faite, c'est parce qu'ils n'ont rien fait d'autre.

## **Le courage des libraires**

Vous voyez, lorsque Salman Rushdie tenait son siège, des Tom Wolfe, Christopher Hitchens, Norman Mailer, Joseph Brodsky et Seamus Heaney allaient faire rempart. La cheffe de meute était Susan Sontag, alors présidente de PEN America, qui se démena pour organiser des lectures publiques des *Versets*. Selon les souvenirs de Hitchens, Sontag avait même « *collé la pression* » aux membres de la société littéraire engagée dans la défense de la liberté d'expression pour qu'ils aillent y représenter Rushdie et fassent preuve d'un peu de « *cran civique* ».

Un courage qui n'avait rien d'une abstraction, surtout pour certains libraires. Ainsi de l'héroïsme d'Andy Ross, propriétaire de Cody's Books à Berkeley, en Californie, boutique désormais fermée, qui proposait le livre à la vente et fut victime d'un attentat à la bombe peu après l'émission de la fatwa.

Écoutons-le : *« Pour Norman Mailer et Susan Sontag, il était assez facile de “risquer leur vie” en défendant une idée. Après tout, leur vie se faisait dans les hauteurs des immeubles new-yorkais. Mais pour un marchand de livres et sa vitrine au niveau de la rue, c'était une tout autre histoire. J'ai dû prendre des décisions très difficiles pour trouver un équilibre entre notre engagement en faveur de la liberté d'expression et la menace, réelle, pour la vie de nos employés. »*

Après l'attentat, il allait réunir toute son équipe : *« Je me suis levé et j'ai dit au personnel que nous avons une décision difficile à prendre. Choisir entre continuer à vendre Les Versets sataniques, et risquer nos vies pour nos principes, ou préférer la prudence, quitte à compromettre nos valeurs. Nous avons donc procédé à un vote. À l'unanimité, le personnel a voté pour le maintien du livre en rayons. J'en ai encore les larmes aux yeux quand j'y repense. Au cours de mes trente-cinq années de librairie, ce fut un moment déterminant. Le moment où j'ai compris que vendre des livres était une vocation dangereuse et subversive. Parce que les idées sont des armes puissantes [...] Être un héros et mettre la vie d'autres personnes en danger ne m'a pas été particulièrement agréable. À ce moment-là, je ne savais pas si c'était un acte de courage ou de franche débilité. Mais, avec le recul, je dois dire que c'est le jour de ma vie qui me remplit le plus de fierté. »*

Nous étions à la fin des années 1980. Mais, en 2015, les États-Unis avaient beaucoup changé.

## **La « faute » des caricaturistes**

Quand Rushdie intervient dans *L'Express*, c'est après la décision du PEN Club, société littéraire américaine de premier plan, de décerner un prix au magazine satirique *Charlie Hebdo*. Quelques mois auparavant, dans leurs bureaux, une douzaine de membres de la rédaction et du personnel de Charlie Hebdo avaient été assassinés par deux terroristes. Impossible de penser à une publication méritant davantage la reconnaissance et les honneurs.

Et pourtant, quelle fut la réaction des auteurs parmi les plus célèbres du monde ? Contester cette distinction. Plus de 200 écrivains – parmi lesquels Joyce Carol Oates, Lorrie Moore, Michael Cunningham, Rachel Kushner, Michael Ondaatje, Teju Cole, Peter Carey ou encore Junot Díaz – laissèrent entendre que les journalistes et dessinateurs qui venaient de voir leurs amis assassinés pour avoir publié des caricatures de Mahomet étaient peut-être, eux aussi, un petit peu fautifs. Que si quelque chose offense un groupe minoritaire, alors il ne faut peut-être pas l'envoyer à l'imprimerie. Et que ces caricaturistes étaient à n'en pas douter offensants, y compris ceux qui étaient morts. Les pétitionnaires accusaient PEN de *« valoriser un contenu sélectivement offensant : un contenu qui attise les sentiments anti-islamiques, anti-maghrébins, anti-arabes déjà largement répandus dans le monde occidental »*.

Rushdie répondit : *« Cette question n'a rien à voir avec une minorité opprimée et défavorisée. Elle a tout à voir avec la bataille contre l'islam fanatique, qui est très bien organisé, très bien financé, et qui vise à tous nous terrifier, musulmans comme non musulmans, pour nous réduire au silence. »*

Il avait raison. Ils avaient tort. Et leur manque de *« cran civique »*, pour reprendre la formule de Sontag, est en grande partie responsable du climat dans lequel nous végétons aujourd'hui. (Au

moment d'écrire ces lignes, j'ai reçu une alerte du *New York Times* indiquant qu'on ne savait encore rien des motivations de l'agresseur. Vraiment rien ?)

La clique des « mots sont de la violence » voit juste en ce qui concerne le pouvoir du langage. Les mots peuvent être abjects, répugnants, insultants et déshumanisants. Ils peuvent rendre leur émetteur digne de mépris, de réprobation et de cinglantes critiques. Mais la différence entre la civilisation et la barbarie, c'est que la civilisation répond aux mots par des mots. Pas avec des couteaux, des mitraillettes ou en mettant le feu. Telle est la règle intangible. Rien ne justifie de la brouiller – que ce soit par fanatisme religieux ou par telle ou telle autre orthodoxie idéologique.

## **Qui ne plie pas ?**

Aujourd'hui, notre monde culturel est aux mains des « brouilleurs » – ceux qui accréditent l'idée que les mots, l'art, les paroles de chansons, les livres pour enfants et les tribunes sont bel et bien de la violence. Nous sommes tellement habitués à cette vision du monde et à ce qu'elle exige – s'excuser, ramper, effacer, ramper de plus belle – que nous ne le remarquons plus. Et c'est pourquoi nous pouvons compter sur les doigts d'une main – Dave Chappelle, JK Rowling – ceux qui ne plient pas.

Alors évidemment que c'est en 2022 que les islamistes ont fini par atteindre Salman Rushdie. Évidemment que c'est aujourd'hui, à l'heure où les mots sont littéralement de la violence, où JK Rowling est harcelée parce que ses propos mettraient littéralement en danger la vie des personnes trans, où le simple fait de parler de quelque chose susceptible d'offenser quelqu'un signifierait que vous êtes littéralement en train de dire que cette personne ne devrait pas exister. Évidemment que c'est quand nous baignons dans la bêtise, la faiblesse et l'obsession narcissique qu'un homme monte sur scène et plante un couteau dans le corps de Rushdie, le plante dans son foie, le plante dans son bras, le plante dans son œil. Voilà la violence.

*Texte originellement paru en anglais sur le site de Bari Weiss, [bariweiss.com](http://bariweiss.com)*

17 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/sport/mehr-sport/schwimmerin-elena-semechin-schwimmt-trotz-krebs-diagnose-und-blindheit-18239766.html?premium>

KREBSKRANKE ELENA SEMECHIN:

## Die Freischwimmerin

VON [STEFANIE SIPPEL](#), BERLIN

-AKTUALISIERT AM 16.08.2022-11:19



Elena Semechin musste immer kämpfen, um die zu werden, die sie heute ist: eine selbstbestimmte Frau. Sie will schwimmen, mit einem vergifteten Körper.

Elena Semechin flitzt durch das Schwimmbad, als ob sie etwas aufholen will. Die verpassten Tage, Stunden und Sekunden. In doppelter Geschwindigkeit. Man kann sich nicht vorstellen, dass diese Frau an manchen Tagen nur im Bett liegt. Das Leben zieht dann an ihr vorbei.

Ungeduldig war sie schon immer, nicht erst seit dem Krebs. Einmal hielt sie inne, erzählt sie. Hier, im Schwimmbad des Sportforums Hohenschönhausen, Berlin. Sie war in der dritten Bestrahlungswoche. Nach dem Training steht sie unter der Dusche, blickt auf die weißen Fliesen. Ihre braunen langen Haare kringeln sich zu ihren Füßen. Sie bedecken die Fliesen. Wenn sie in die Haare greift, kann sie Büschel herausholen. In diesem Moment habe sie verstanden: Ich bin krank.

Dies könnte die Geschichte einer krebskranken, blinden Olympiasiegerin sein, der erfolgreichsten deutschen Paraschwimmerin über 100 Meter, die trotzdem weitermacht. So steht es überall.

Aber es ist auch die Geschichte einer Frau, 28 Jahre alt, die schon mehr erlebt hat als das. Die immer kämpfen musste, um die zu sein, die sie heute ist: eine selbstbestimmte Frau.

### Im Flüchtlingsheim hat sie Menschen weinen sehen

Angefangen hat alles in dem kleinen Dorf Nowo-Woskressenowka in [Kasachstan](#). Sie ist sieben Jahre alt, als ihr Leben sich radikal verändert. Sie kann sich nicht mehr erinnern, ob der Tag schon hineindämmerte oder es noch mitten in der Nacht war. Ihr Gepäck steht schon bereit. Karierte Taschen, etwa so groß wie Lidl-Tüten, mit Reißverschluss. Mit dem Zug fährt die Familie nach Russland, am Bahnhof in Woronesch warten sie zwei Tage, bis ihr Vater eine Einzimmerwohnung in einem Dorf im Umland findet. Später ziehen sie in das Haus einer Frau, die gerade im Gefängnis sitzt. Drei Jahre warten sie auf ihre Papiere, bis sie nach Deutschland können.

Als Elena Semechin mit elf Jahren in Deutschland aus dem Bus steigt, sieht sie Straßen, Bürgersteige, Autos. Die ersten Schritte, sie habe sich wie ein Mensch gefühlt, der auf dem Mars gelandet ist, sagt sie. In dem Dorf in Kasachstan, aus dem sie kommt, gab es keinen Asphalt, nur Schotter. Wie konnte hier alles so ordentlich und sauber sein? Wer hatte diese ganzen Fliesen auf den Bürgersteig gelegt?



„Ich bin nicht tot“: Semechin im Training :Bild: Andreas Pein

Erstes Flüchtlingslager: Friedland in Niedersachsen. Mit fremden Menschen teilt sie sich ein riesiges Zimmer mit Hochbetten. Im Flüchtlingsheim hat sie Menschen weinen sehen, hat Verlust erlebt, von Familien gehört, die sich trennen mussten, um eine Zukunft zu haben. Sie sagt: „Das war ja nicht wie Urlaub.“

In Bamberg finden sie und ihre Familie ein neues Zuhause. In der Schule verschwimmen die Buchstaben in Semechins Büchern. Die Worte der Lehrerin an der Tafel kann sie nicht lesen. Den Stift in der Hand kann sie nicht erkennen. Schon 2001 hat sie die Diagnose bekommen: Morbus Stargardt, das Zentrum der Netzhaut ist davon betroffen. Heute kann sie noch die Silhouette von Menschen erkennen, den Strich auf dem Schwimmbadboden verschwommen erahnen, in Räumen zwischen hell und dunkel unterscheiden.

Freunde schrieben in der Schule für sie mit. „So kann es nicht weitergehen“, sagte die Lehrerin. Semechin sollte in ein spezielles Internat in Nürnberg. Ein Schreckensort für sie. In Russland hatte sie ein halbes Jahr in einem Internat für schwer erziehbare Kinder verbracht, viele davon waren Waisen. Kurz nach der Wende, Semechin war neun Jahre alt. Härte bestimmte den Alltag. Die Kinder wurden geschlagen. Der Schlafraum, ein Lagerraum, nur mit Fenstern. Für jeden ein Bett und ein Nachtkästchen.

## Sie denkt: Das ist meine Chance

In Nürnberg im Internat weint sie viel, erzählt sie. Semechin versteht die Sprache nicht. Dann trifft sie Michi, den Freizeitbeauftragten, der sie mit Hobbys zuballert, bis sie auf andere Gedanken kommt. Beim Sportabzeichen fällt ihm auf: Sie kann nicht schwimmen. Damals ist sie dreizehn. Er meldet sie im Schwimmverein an. Sie lernt schnell. Und wird immer besser.

2010, Probetraining der Nationalmannschaft. In der Halle in Berlin schenkt Bundestrainerin Ute Schinkitz ihr eine Badekappe in Deutschlandfarben. Das ist meine Chance, da liegt etwas vor mir, habe sie in dem Moment gedacht. Semechin will nach Berlin.

Sie spart all ihr Geld in einer alten Parfum-Verpackung, eine weiße Pappschachtel mit schwarzem Rand. Jedes Mal, wenn sie Geld hineinwirft, riecht es süßlich. Nachdem sie ihre Ausbildung zur Physiotherapeutin abgeschlossen hat, fährt Michi sie 2015 mit dem Auto nach Berlin. In ihrer neuen



Wohnung im Plattenbau trinkt sie morgens ihren Kaffee und beobachtet die Menschen, die Straßenbahn, die Autos. „Da habe ich mich wirklich gefühlt wie Elena alone in the big city.“



„Ich bin nicht perfekt“: Semechin im Sportzentrum Hohenschönhausen :Bild: Andreas Pein

Wenn Semechin von Berlin erzählt, werden ihre Gesichtszüge weich, und sie malt sanfte Wellen in die Luft. Ihr liebster Ort nach der Schwimmhalle ist der Holzmarkt. Ein Ort an der Spree mit zusammengezimmernten Holzbänken, einer Bar mit Zelt Dach, bunten Vögeln und Tigern, die auf die Wände der Ateliers gepinselt sind. Für Semechin ein Ort, an dem jeder so sein kann, wie er ist. Für Semechin ist Berlin der Ort, an dem sie zu sich selbst fand.

Aufgewachsen ist sie in Kasachstan mit strengen Regeln, in einer islamisch geprägten Gesellschaft. Als Frau müsse man in eine enge Form hereinpassen. Freie Entscheidungen waren ihr fremd. Im September 2020 ist sie auf dem Cover des „Playboy“. Ihre Entscheidung. Sie fasst sich darauf in die Haare, damals noch lang, sitzt in weißer Bikinihose auf einem Steg. Dabei sei es ihr nicht nur darum gegangen, ihren Körper zu zeigen. „Ich wollte damit sagen: Ich bin nicht perfekt, lange nicht. Ich wollte damit die Menschen motivieren, die vielleicht nicht ganz so an sich glauben“, sagt Semechin.

Schönheit, was bedeutet das für sie? Semechin weiß nicht genau, wie sie aussieht. Sie weiß nicht, wie ihr Gegenüber aussieht. Sie ist fast blind.

### Sie fängt an, ihr Testament zu schreiben

Manche Verwandten aus Kasachstan reden bis heute nicht mit ihr. Ihre Mutter ruft sie an, einen Tag bevor das Magazin erscheint. Damit sie den Vater vorbereitet. Bis heute hat sie mit ihrem Vater nicht darüber gesprochen. Die Eltern sind nach Kasachstan zurückgekehrt. In die Welt, die Semechin einengt. Sie befreit sich immer weiter. In einer ruhigen Minuten fragt sie sich manchmal, wie sie wäre, wenn sie noch in Kasachstan leben würde. Wer sie wäre.



Früher hatte sie Angst vor dem Wasser: Die Schwimmerin bei einer Übung im Becken :Bild: Andreas Pein

2021. Für Semechin läuft es richtig gut. Paralympische Spiele in Tokio, 1:13,46 Minuten, paralympisches Gold über 100 Meter. Auf den letzten fünfzig Metern holt sie alles aus sich raus. Danach Urlaub in Paris mit ihrem Freund und Trainer Phillip. Eine der befreidendsten Zeiten überhaupt, sagt sie. Wären da nicht die Kopfschmerzen gewesen, wegen denen sie ein paar Tage früher abreisen mussten.

Am 14. Oktober 2021 suchten Elena, damals noch Krawzow, und Phillip Eheringe aus. Den schlichten Platinring trägt sie auch beim Treffen in Berlin am Finger. Nach dem Termin beim Juwelier ging es ins Krankenhaus, MRT vom Kopf. Die Ärzte sagten: Da stimmt etwas nicht. In schnellen Schritten lief Semechin danach zum Auto. „Was ist das jetzt? Was soll das? Wie soll ich jetzt schlafen?“, fragte sie Phillip anschließend.

Die Biopsie folgt. Sie muss zwei Wochen auf den Zellbericht warten. In der Zeit fängt sie an, ihr Testament zu schreiben. Sie setzt ihre Patientenverfügung auf. Die vorgefertigten Zeilen hätten ihr Angst gemacht, sagt sie. In der Phase habe sie von ihrem Leben Abschied genommen. Die Diagnose lautet „Diffuses Astrozytom“, bösartig. Fragt man Semechin, ob der Tumor wiederkommen kann, antwortet sie: „Ja, der kommt schon. Spätestens in zehn Jahren.“ Sie sagt das so sachlich wie eine Nachrichtensprecherin, die Krisennachrichten vorliest. Krise kann Semechin.

Am 2. November 2021 heiratet sie Phillip. Am 4. November wird sie operiert. Der Tumor, so groß wie eine Walnuss, muss raus. Immer wieder war sie mit ihren Fingern die Schläfe hochgefahren, über der linken Augenbraue liegt er. Vor der Operation fragte sie sich: „Werde ich immer noch die sein, die ich bin?“

Nach der Operation ruft sie ihren Mann an. „Schönen guten Tag, Semechin am Apparat“, sagt sie. „Ja, das ist meine Frau. Was ist mit meiner Frau?“, fragt er. „Ich bin es doch, deine Frau“, sagt sie. Da wussten beide: Der Humor ist noch da. Sie ist noch da.

Danach Chemotherapie. Die Zyklen sind immer gleich. Die ersten zwei Tage gehen noch, am dritten Tag wird sie müde, am vierten Tag liegt sie nur noch rum, am fünften, am sechsten. Dann fängt sie locker an zu schwimmen, macht Stabilitätsübungen. „Das ist jetzt nicht so, als ob ich drei Tage durchgepennt habe, klatsche mir auf die Hände und bin voll motiviert“, sagt Semechin. Und doch macht sie es immer wieder.

## WM-Silber während der Chemotherapie

Durch den Leistungssport ist sie es gewohnt, sich an die Grenzen zu bringen und darüber hinaus. Sie weiß, wie sich ein erschöpfter und kraftloser Körper anfühlt. Aber die Chemo ist anders. Manchmal

fühle sie sich wie in einer Endlosschleife, sagt sie. Sie bringt sie immer wieder zurück an den Tiefpunkt. Ihr Leben davon bestimmen lassen will sie nicht. Sie will schwimmen, mit einem vergifteten Körper. Mit einem Körper, der die Einheiten manchmal nicht durchhält.

Im Juni 2022, zwei Wochen vor unserem Treffen in Berlin, erscheint Semechins Gesicht auf meinem Laptop. Sie ist in einem Hotelzimmer auf Madeira. Ihre kurzen Haare sind zerzaust. Am Vortag hat sie WM-Silber über 100 Meter gewonnen, acht Monate nach ihrer Diagnose, während der Chemotherapie. Nach dem dritten Zug auf der Rückbahn habe sie sich schlapp gefühlt. Normalerweise wäre sie da richtig in Fahrt gekommen. Die letzten vierzig Meter: ein Kampf zwischen Körper und Geist.

Nach dem Rennen weint sie, weil sie so enttäuscht ist. „Das war die Sportlerin in mir, die dachte, ich hätte Erste werden können“, sagt Semechin. Zwei Wochen später sagt sie, das sei ihr wichtigstes Rennen gewesen, wichtiger als das Gold von Tokio. „Ich habe es nur für mich getan.“ Aber sie habe auch denen etwas gezeigt, die sie vor dem Rennen abgeschrieben hatten: „Ich bin nicht tot.“

Anfang August. Semechin hatte Training, wie jeden Tag. Am Telefon sagt sie, dass sie die Hälfte der Chemotherapie-Zyklen geschafft habe. Sie ist nun im siebten Zyklus von zwölf. Sie betrachtet es wie eine Trainingsserie im Sport. Hat sie einmal die Hälfte der vorgesehenen Einheiten geschafft, wird es einfacher.

16 août (FAZ)

[https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/der-briefwechsel-zwischen-novalis-und-schlegel-18243726.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/autoren/der-briefwechsel-zwischen-novalis-und-schlegel-18243726.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

BRIEFWECHSEL NOVALIS-SCHLEGEL:

## Winter, Winter, lehr mich sterben

VON [THOMAS THIEL](#)

-AKTUALISIERT AM 15.08.2022-19:58



Geistesverwandte Herzensfreunde: Die Beziehung zwischen den Dichtern Novalis und Friedrich Schlegel war eine besondere. Bild: Archiv

Der Briefwechsel zwischen Friedrich Schlegel und Novalis gehört zu den schönsten Blüten der romantischen Schule. Das Deutsche Romantikmuseum präsentiert ihn in einer exzellenten Ausstellung.

Im Sommer 1798 lernt der Dichter Novalis die Berghauptmannstochter Julie Charpentier kennen, sie wird nach der früh verstorbenen Sophie Kühn seine zweite große Liebe. An seinen Herzensfreund Friedrich Schlegel schreibt er: „Ein sehr interessantes Leben scheint auf mich zu warten – indeß aufrichtig wär ich doch lieber todt.“ Immer wieder finden sich in dem Briefwechsel zwischen den beiden Romantikern Stellen, an denen Novalis scheinbar anlasslos vom Sterben spricht. Und immer erscheint der Tod nicht als Zäsur, sondern als gleitender Übergang in ein schöneres Leben. Novalis ist mit seiner irdischen Existenz zu dieser Zeit recht zufrieden. Er will heiraten und braucht ein solides Einkommen, hat aber noch Zeit für seine schriftstellerischen Pläne: die „Hymnen an die Nacht“, die geistlichen Lieder entstehen und das Romanfragment „Heinrich von Ofterdingen“, die romantische Antithese zu Goethes verbürgerlichtem [Wilhelm Meister](#).

Aus seinen Briefen spricht eine alles durchströmende Heiterkeit, eine Zartheit im Umgang mit Menschen, denen er sich verpflichtet fühlt, obwohl er eigentlich die Abgeschlossenheit sucht. Von Friedrich Schlegel, dem genialischen Chef-Romantiker, den Goethe eine „rechte Brennnessel“ und den Novalis einen „hypermystischen, hypermodernen Hyperlyriker“ nennt, unterscheidet ihn das Naturell, doch beide verbindet eine tiefe Geistesverwandtschaft: der Drang zum Universalen und der Glaube an die Macht der Poesie. Im unendlichen Universum soll sich das unendliche Innenleben spiegeln. Weil die äußere Welt ständig weiter über das Ich hinauswächst, wächst daraus eine kaum erträgliche Spannung.

### Es geht um Religion, Krankheit und Sterben

Zum Tod hin? In einem Brief aus dem April 1800 schreibt Novalis die rätselhaften Sätze „Mit mir nimmt's hoffentlich bald ein fröhliches Ende. Zu Johannis denk ich im Paradiese zu sein.“ Ahnte der schwer kranke Dichter seinen baldigen Tod voraus? Oder meinte er mit dem Paradies die geplante Hochzeit mit Julie Charpentier? „Es ist gewiss, dass er keine Ahnung von seinem Tode hatte, und überhaupt sollte man es kaum glauben, so sanft und schön zu sterben“, schrieb Schlegel, der seinen

Freund im März des Jahres 1801 in den Tod begleitete und der ihn in einer Schönheit und Heiterkeit sterben sah wie niemanden vorher und nachher. Zuvor hatte er ihm als dem ersten Menschen seiner Zeit einen Kunstsinn für den Tod attestiert. War es Manier? Koketterie mit einer Transzendenz, die schon am Verblühen war?

Es ist kein Zufall, dass zwischen Novalis und Schlegel die Religion eine so große Rolle spielt. Das Frankfurter Romantik-Museum hat diesem Briefwechsel eine kleine, aber sehenswerte und von Nicholas Saul und Johannes Endres klug kuratierte Ausstellung gewidmet, die jetzt in die sechste und letzte Etappe geht. Es geht um Religion, Krankheit und Sterben. Man hat das Faible für den Katholizismus oft als spätrömantische Schrulle verspottet. Einer Weltanschauung mit universaler Tendenz, die von der Wissenschaft bis zur Philosophie alles unter dem Dach der Poesie versammeln und dabei noch die Eigenheiten von Stil und Charakter bedenken wollte, musste die Religion aber bedeutsam werden. Schlegel war sogar bereit, ihr den Vorrang vor der Poesie zu geben, um das „ewig in sich selbst kreisende und schwindelnde Ich“ aus sich selbst herauszureißen.

## Ein fließender Übergang zwischen Theoretischem und Persönlichem

Er sah sich als Stifter einer neuen Religion, durchaus auf Augenhöhe mit Luther, Mohammed, Christus. Seine Idee, auf einem ins Negative gesetzten Christentum ein neues „Weltgebäude und Menschthum“ zu errichten, fand die Sympathie von Novalis: „Absolute Abstraktion, Annihilation des Jetzigen, Apotheose der Zukunft – dieser eigentlich bessern Welt: dies ist der Kern der Geheißes des Christentums.“ Man merkte aber schon bald, dass es mit der gemeinsamen Religion nichts werden würde. Novalis blieb dunkel, worauf Schlegel hinauswollte, und diesem ging es umgekehrt ähnlich.

Zweimal hat sich die Romantische Schule in voller Klassenstärke getroffen, das letzte Mal im November 1799 in Jena. Dort trug Novalis, der zwei Jahre später mit nur 28 Jahren starb, den wunderlichen Essay „Die Christenheit oder Europa“ vor. Es ist die Vision eines neuen Christentums, das sich auf den Ruinen von Protestantismus und Aufklärung erhebt. Novalis sieht überall, in Kunst, Wissenschaft und Religion, eine Zeit von Gärung und Aufbruch. „Sie wird, sie muss kommen“, schreibt er, jene „neue goldne Zeit mit dunklen unendlichen Augen.“

War das schon die Programmschrift des spätrömantischen Katholizismus oder nur eine dichterische Vision ohne Dogma, die nie wahr werden sollte? Im Kreis der Romantiker löste der Essay große Verlegenheit aus. Schlegel lobte ihn zwar, fürchtete aber, er komme vor seiner Zeit und würde die Anhänger der romantischen Schule als Frömmel erscheinen lassen. Erst ein Machtwort des hinzugerufenen Goethe brachte die Entscheidung. Der Text erschien nicht in der romantischen Hauszeitschrift „Europa“, sondern erst Jahre später an anderer Stelle. Es dauerte noch sieben Jahre, bis der aus einer traditionsreichen protestantischen Familie stammende Friedrich Schlegel zum Katholizismus konvertierte, und der große Skandal, den das damals verursachte, lässt erahnen, dass er die Wende geistig schon früher vollzogen hatte.

„Ich liebe Deine Liebe“ ist die Frankfurter Ausstellung überschrieben, ein ebenso schöner wie treffender Titel. Die Liebe ist bei beiden Teil einer Weltanschauung, für die sie wie die Freundschaft ganz selbstverständlich zu Philosophie und Wissenschaft gehörte und in der die Freundschaft auf gleicher Stufe wie Ehe und Familie stehen konnte. Der fließende Übergang zwischen Theoretischem und Persönlichem macht den Reiz dieses Briefwechsels aus, der ja auch eine Familienangelegenheit fast der gesamten romantischen Schule war. In einem seiner Briefe hatte Novalis ihm schon lange vor seinem eigenen Tod geschrieben: „Ich bin Dir immer herzlich gut gewesen und wenn ich auch zuweilen mit Dir unzufrieden war, so habe ich doch nie von Dir lassen können und sicher nehme ich Dein Andenken mit Innigkeit hinüber in jene Welt mit.“

*„Ich liebe Deine Liebe.“ Der Briefwechsel zwischen Friedrich Schlegel und Friedrich von Hardenberg (Novalis). Bis 28. August im Deutschen Romantik- Museum Frankfurt am Main.*



16 août (FAZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/cancel-culture-medienanwalt-ralf-hoeckers-verteidigungsstrategien-ld.1697620>

INTERVIEW

## «Aktivisten der Cancel Culture operieren oft mit einem totalen Vernichtungswillen»

Ralf Höcker gilt als gefürchtetster Medienanwalt Deutschlands. Er vertritt Professoren, die von Studenten aus dem Amt gedrängt werden sollen. Ebenso die Biologin, deren Gender-Vortrag an der Humboldt-Universität verhindert wurde. Im Gespräch sagt er, wie er sich bei Cancelversuchen für seine Mandanten einsetzt.

Birgit Schmid 16.08.2022, 05.30 Uhr



**«Selbstverständlich drohe ich»: Ralf Höcker, Medienanwalt.**

Dennis Williamson / PD

Herr Höcker, Sie haben «Verteidigungsstrategien gegen die Cancelei» entwickelt, wie Sie es nennen. Wie verhält man sich richtig, wenn man zum Schweigen gebracht werden soll?

Man darf auf keinen Fall in Panik geraten, sondern soll sitzen bleiben, die Angriffe aushalten und so lange warten, bis dem Gegner nichts Neues mehr einfällt. Irgendwann ist jede Geschichte zu Ende erzählt, wird die nächste Sau durchs Dorf getrieben. Das Dümme sind Schnellschüsse, wie sie die Veranstalter bei Ihnen in der Schweiz gemacht haben, die ein Konzert abgebrochen haben, bloss weil sich ein paar Leute an den Rastafisuren der Bandmitglieder gestört haben.

Was haben die Konzertveranstalter falsch gemacht?

Sie hätten für die Band einstehen müssen, deren Gastgeber sie waren. Man kann mit drei, vier vernünftigen Erläuterungen in einer Pressemitteilung klarmachen, warum es aus eigener Sicht okay ist, ein solches Konzert auszutragen. Man könnte erklären, warum das kein Rassismus ist, warum man kulturelle Aneignung für diskutabel hält, aber die Gegenposition ebenso. Man kann gut auf Sachebene diskutieren und muss nicht diese ängstliche Cancelei betreiben.



Solche Vorfälle wie der Konzertabbruch erregen jeweils grosses mediales Aufsehen. Sogar Linke reagierten fassungslos. Die Band Lauwarm ist heute weltberühmt. Werden solche Fälle nicht durch die öffentliche Dynamik und Kritik wie von allein zurechtgerückt?

Nein. Die Band wurde gecancelt, und es hätte auch sein können, dass sie sich nach den Vorwürfen der kulturellen Aneignung zurückgezogen und niemand davon erfahren hätte. Dafür gibt es genügend Beispiele. Im Berner Fall ist der Schuss tatsächlich nach hinten losgegangen. Viele Leute erkennen mittlerweile, dass solche Cancel-Forderungen komplett überzogen sind.

Wird das Phänomen nicht aufgebauscht? Wie häufig hat Ihre Kanzlei mit Fällen von Cancel-Culture zu tun?

Ich habe viele Mandanten – Politiker, Professoren, Unternehmer –, deren Meinung irgendjemandem nicht gefällt und die man deswegen vernichten will.

Passiert es nicht vor allem in den USA, dass Uni-Professoren wegen einer unliebsamen Meinung ihren Job verlieren?

Überhaupt nicht. Zum Beispiel vertritt meine Kanzlei den Fall Paul Cullen, der als ausserordentlicher Professor an der Universität Münster lehrt. Cullen ist ein irischer katholischer Arzt, der zu Diabetes und Blutfetten lehrt. Er ist auch Vorsitzender der «Ärzte für das Leben» und spricht sich also gegen Abtreibungen aus. Deshalb wollten ihn der Allgemeine Studenten-Ausschuss (Asta) und kritische Medizinstudenten aus dem Amt drängen.

Was sind das für Leute?

Ich brauche gern die Metapher mit dem Scheinriesen aus der Augsburger Puppenkiste: Je näher man kommt, desto kleiner wird der Riese. Und so ist es auch mit den Aktivisten. Aus ihnen kann man argumentativ schnell Zwerge machen. Sie machen einen Riesenlärm und bekleben Leute mit Etiketten, die auf -ismus enden. Sachargumente haben sie fast nie. Man muss Paul Cullens Meinung nicht teilen. Persönlich stehe auch ich inhaltlich näher bei seinen Gegnern. Aber das heisst nicht, dass der Mann nicht mehr Vorlesungen über Diabetes halten darf.

Wie sind Sie als Cullens Anwalt vorgegangen?

Die Cancelei setzt immer beim Umfeld des Opfers an. Arbeitgeber, Kooperationspartner, Kunden werden unter Druck gesetzt, sich zu distanzieren. In einer Kettenreaktion soll einer nach dem anderen kippen. Das ist immer die Absicht der Aktivisten. Wir suchen daher zuerst den Schulterschluss im Umfeld – in diesem Fall mit der Uni und den Studenten. Es hat sich eine studentische Gegenbewegung gebildet, die sich für Paul Cullen einsetzte. Die Studenten haben Unterschriften gesammelt, und unsere Kanzlei hat das Projekt unterstützt. Auch die Lokalpresse haben wir informiert.

Sie versuchen eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen?

Genau. Als Anwalt rede ich mit Leuten, die zum Thema etwas zu sagen haben und sich öffentlich zum Fall äussern. So ermutigt man das Umfeld, damit dieses sich nicht von der angegriffenen Person abwendet. Wir schlugen also in einem offenen Brief an die Studenten vor, an der medizinischen Fakultät darüber abzustimmen, ob Cullen weiter lehren darf. Doch der Asta hatte wie erwartet keine Lust auf eine solche Abstimmung. Diese Leute wissen, dass die meisten nicht so irre sind wie sie.

Doziert Paul Cullen weiter in Münster?

Ja. Und er wird da auch Professor bleiben.

Sie vertreten auch Marie-Luise Vollbrecht, die Doktorandin, die an der Humboldt-Universität in Berlin darlegen wollte, warum es nur zwei biologische Geschlechter gibt. Aktivisten protestierten, der Vortrag wurde abgesagt. Was raten Sie Ihrer Mandantin?

Frau Vollbrecht hat bereits vieles richtig gemacht. Sie hat erkannt, dass Aktivisten sie aus dem öffentlichen Diskurs hinausdrängen wollen. Ich habe immer wieder erlebt, dass diese Leute mit einem totalen Vernichtungswillen operieren. Frau Vollbrecht hat verstanden, dass es um ihren Ruf, ihre berufliche Existenz und ihre Stellung in der Gesellschaft geht und keineswegs nur darum, ob sie diesen Vortrag halten darf.

Nun hat Frau Vollbrecht ein Crowdfunding gemacht, um Ihre Rechtshilfe in Anspruch zu nehmen. Was haben Sie beide vor?

Frau Vollbrecht ist eine kleine wissenschaftliche Mitarbeiterin. Sie promoviert an der grössten Uni Berlins, die nach Wilhelm und Alexander von Humboldt benannt ist. Diese Universität hat eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie sich von bestimmten Äusserungen von Frau Vollbrecht distanziert, weil diese angeblich gegen das Leitbild und die Werte der Uni verstossen. So reagiert nur ein ängstlicher Gegner. Wir müssen nun analysieren, wie es so weit kommen konnte.

Ihre Antwort?

Ganz einfach: aus Feigheit. Die Uni-Leitung hat Angst vor einer Handvoll kreischender Aktivisten, die auch ihr Transphobie vorwerfen könnten. Dabei können einem solche Vorwürfe nichts anhaben. An Universitäten und in Verbänden regiert jedoch die nackte Angst vor den Aktivisten. Man glaubt: Wenn wir uns nicht distanzieren von dieser Person, dann sind wir als Nächste dran.

Was beanstanden Sie konkret?

Wir halten die Äusserungen der Humboldt-Universität für rechtswidrig und wehren uns gerichtlich dagegen. Es steht einer vermeintlichen Exzellenzuniversität, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, nicht gut an, eine junge Wissenschaftlerin, die eine mehr als vertretbare Meinung kundgetan hat, öffentlich zu demontieren. Die Humboldt-Universität verletzt damit auch die Wissenschaftsfreiheit.

Was ist jetzt Ihr Ziel?

Wir gehen gegen die übelsten Verleumdungen vor und gegen jeden, der etwas Falsches oder Beleidigendes über Marie-Luise Vollbrecht verbreitet. Wir gehen gegen die Humboldt-Universität selbst vor, die behauptet hat, Vollbrecht verstosse gegen die Werte der Uni. Dieses Zitat wollen wir aus der Welt haben, damit es der Mandantin nicht ein Leben lang anhängt. Ein Arbeitgeber hat eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Arbeitnehmern. Die Universität hat diese verletzt und soll ihrer Fürsorgepflicht wieder nachkommen.

Sie sind bekannt dafür, Drohungen auszusprechen und den Gegner einzuschüchtern, noch bevor Sie Rechtsmittel einsetzen. Auch in diesem Fall?

Selbstverständlich drohe ich. Man muss mit negativen Konsequenzen drohen, damit rechtswidrige Angriffe auf einen Mandanten aufhören.

Ist das nicht auch eine Form von Cancelei?

Ja. Aber es ist das Canceln von rechtswidrigen Äusserungen und nicht von Personen. Manche Äusserungen sind im öffentlichen Diskurs zulässig und nützen diesem, andere nicht. Falschbehauptungen fallen nicht unter die Meinungsfreiheit. Da ist die Rechtsprechung sehr klar. Wenn ich von Ihnen behauptete, dass Sie ständig im Supermarkt klauen, wovon ich nicht ausgehe, und das auf meiner Facebook-Seite schreibe, dann trage ich damit nichts zu einem öffentlichen Diskurs bei.

Sie plädieren andererseits dafür, dass man Dinge sagen darf, die viele für grenzwertig und sogar für unsagbar halten. Decke mich jemand mit rechtsextremen Beschimpfungen ein, solle ich bei seinem Arbeitgeber nicht gleich seine Entlassung einfordern, sagen Sie. Warum nicht?

Natürlich sind extremistische Beschimpfungen meist rechtswidrig und sollen auch juristisch verfolgt werden. Ein Islamist, Nazi, Linksterrorist oder Mörder bleibt aber Teil unserer Gesellschaft. Solange jemand als Vertreter an Türen klopft und Staubsauger verkauft oder am Fließband steht und Autos zusammenbaut, stellt seine Gesinnung kein Problem dar.

Das müssen Sie erklären.

Es ist sinnvoll, wenn diese Leute einen Job haben. Erstens liegen sie damit nicht der Gesellschaft auf der Tasche und beziehen Hartz IV. Zweitens haben sie nicht so viel Freizeit, in der sie dummes Zeug anstellen können. Und drittens werden sie durch die Einbindung in die Gesellschaft aus der enormen Aussenseiterrolle herausgeholt, die dazu führen kann, dass sich ihre extremistischen Positionen verhärten und sie sich noch weiter radikalieren. Man sollte auch Extremisten nicht komplett canceln.

Kann man da wirklich von Cancel-Versuchen sprechen?

Ja. Natürlich dürfen solche Leute keine Beamten werden, keine Lehrer, keine Polizisten. Sie sollten nicht an Hochschulen lehren, sie sollten keine Journalisten werden. Wer wegen Kindesmissbrauchs verurteilt wird, darf nie wieder in einem Kindergarten arbeiten. Macht einer aber einen Job, in dem er aufgrund seiner Gesinnung und seiner Taten keinen Schaden anrichtet, soll er diesen behalten, auch wenn er zu den richtig miesen Figuren, zum Bodensatz der Gesellschaft gehört.

Es gab doch schon immer einen gesellschaftlichen Konsens darüber, was sagbar ist und was nicht?

Es gab immer schon Tabus, die auch richtig sind. Ich möchte in Deutschland zum Beispiel keine Diskussion darüber hören, ob es den Holocaust gab. Dennoch nehmen die Denk- und Sprechverbote zu. Der Korridor des Sagbaren wird so eng, dass man ständig links und rechts irgendwo anstößt und sich unwohl fühlt.

Sie sprechen die Hypersensibilität bestimmter Minderheiten an.

Ich habe auf einer privaten Veranstaltung kürzlich den Kabarettisten Kay Ray auftreten lassen. Kay Ray kann fast nirgendwo mehr auftreten, weil er konsequent Witze über alle macht, auch über Muslime, Behinderte und Transpersonen. Das soll er und das soll jeder von uns tun dürfen. Denn unsere Rechte enden nicht da, wo die Gefühle anderer beginnen, und sie enden schon gar nicht da, wo verletzte Gefühle nur vorgetäuscht werden, um so ein Totschlagargument zu gewinnen. Unsere Rechte enden erst da, wo die Rechte anderer beginnen.

Vertreten Sie auch Fälle von Cancel-Culture, die von rechts kommen?

Ich habe bei meiner Arbeit keine politische Agenda. Ich beriet auch schon einen grünen Abgeordneten, der wegen absurder Vorwürfe an den Pranger gestellt wurde. Ich vertrete absolut und ausnahmslos jeden, der ungerechtfertigt gecancelt werden soll. Es ist allerdings schon so, dass wir im Moment vor allem Mandanten gegen Angriffe aus der linken Blase verteidigen, weil es dazu viel häufiger kommt.

Wurden Sie selber schon gecancelt?

Es gab solche Versuche. Man ist an mein Umfeld herangetreten und hat gesagt: Diese Kanzlei vertritt ja alle möglichen bösen Figuren, von Recep Tayyip Erdogan bis zur AfD. Distanziert euch von denen. Ich habe die Angriffe abgewehrt mit den Strategien, die ich auch für meine Mandanten anwende.

Sie waren Sprecher der Werteunion, des konservativen Flügels der CDU/CSU. Anfang 2020 sind Sie zurückgetreten mit der Begründung, Sie stünden unter massivem Druck. Warum haben Sie dem Druck nicht standgehalten, wie Sie es anderen raten?

Sie haben sogar recht. Aber das Thema ist sehr persönlich.

Warum?

Fragen Sie mich in 10 oder 15 Jahren nochmals.

Ralf Höcker ist Medienanwalt in Köln. Er vertrat schon den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, den Wetterfachmann Jörg Kachelmann, das Model Heidi Klum, die AfD sowie weitere deutsche Parteien.

16 août (NYT)

<https://www.nytimes.com/2022/08/16/opinion/albuquerque-shia-sunni.html>

OPINION

GUEST ESSAY

## Anti-Muslim Hate Is Just as Horrific When It Comes From Muslims

Aug. 16, 2022, 5:00 a.m. ET



The burial of Aftab Hussein in Albuquerque. He was one of four Muslim men who have been killed in the area since last November. Credit...Chancey Bush/The Albuquerque Journal, via Associated Press

By [Wajahat Ali](#)

Mr. Ali is the author of “Go Back to Where You Came From: And Other Helpful Recommendations on How to Become American” and is a co-host of the “Democracy-ish” podcast.

In the past few weeks, most Muslims I know, including me, have felt a growing sense of dread about the news of the killings of four Muslims since November — Aftab Hussein, 41; Muhammad Afzaal Hussain, 27; Mohammad Zahir Ahmadi, 62; and Naeem Hussain, 25 — in the Albuquerque area.

Their deaths didn’t feel random or unconnected. We learned that three of the four men were Shiite Muslims.

Last week, when authorities announced the arrest of a man in connection with two of the killings, we breathed a sigh of relief. But his name, Muhammad Syed, was a gut punch. We knew there was a possibility that the killings were motivated by anti-Muslim sentiment — but few of us expected that a Muslim would be arrested.

Though police are still working to determine a motive, The Times [has reported](#) that the killings might be linked to a sectarian dispute — that the accused, who is Sunni Muslim and originally from Afghanistan, may have been angry that his daughter married a Shiite man.

A member of Albuquerque’s Muslim community [described Mr. Syed’s “explosive, violent” personality](#). He was previously charged with battery against his daughter’s husband, who told authorities Mr. Syed threatened to kill him. On a different occasion, Mr. Syed was accused of using slurs against Shiite business owners. More than once, police were called to the Syed household to investigate reports of domestic violence against Mr. Syed’s wife and children, The Times reported. Now Muhammad Syed’s son Shaheen Syed is in federal custody, and authorities believe he may have played a role in one of the killings.



Many Muslims across the country have expressed the hope that these killings were not sectarian acts. A representative for the Council on American-Islamic Relations, a civil rights group, said, “Like Protestants and Catholics, the Sunni and Shiite communities in this country live near each other, work with each other and marry each other in peace” and added that “there is no significant history of violence at all in the U.S. between Shias and Sunnis.”

Indeed, intra-Muslim sectarian attacks are rare in the United States. It’s horrific to think that anti-Muslim hate from a fellow Muslim may have played a role — but religious leaders and communities across the country are contemplating that possibility.

Some are trying to reduce tensions. After the arrest, Imam Khalid Latif, a Sunni chaplain and the executive director of the Islamic Center at N.Y.U., [wrote a powerful Twitter thread](#) urging fellow Sunnis to proactively confront anti-Shiite hate and uplift Shiite voices. He concluded his message with a prayer for the Sunni community: “Help each of us to be the best of their supporters at this time and to do our part to obliterate hatred in all of its forms, including anti-Shia hatred, even if that means speaking out against those who are close to us.”

His words were strong, and I wish more Sunni religious leaders would speak out as forcefully. I’ve come to expect [grim news from](#) Pakistan, Afghanistan and other Muslim-majority countries [about attacks on Shiites](#), who account for about 15 percent of Muslims worldwide. But I don’t expect it in America, where Muslims, regardless of our sect, have our minority status in common and are routinely stigmatized by bigots who don’t differentiate among Muslim sects. As a candidate for president in 2016, Donald Trump made no secret of his antipathy to the religion, saying, “[I think Islam hates us.](#)”

Historically, Shiite and Sunni Muslims have coexisted and thrived around the world, but recent years have seen a proliferation of sectarian violence. There are significant differences between the sects on certain religious and historical issues, particularly regarding the line of succession after the death of the Prophet Muhammad. But the core tenets and practices of Islam, as well as immense love for the prophet’s family, are common bonds devoutly held within both sects.

Sectarian hate is learned, exacerbated by geopolitical conflicts and fueled by extremist interpretations of Islam. And as a minority among Muslims, Shiites have been subjected to double standards, ignorant fearmongering, suspicion and sometimes violence. Hard-line religious leaders and scholars — [in Saudi Arabia and Pakistan](#), for instance — have seen marginalizing Shiites as integral to Sunni identity.

This is the Islamic month of Muharram, a time when Shiite mosques and communities around the world [are often targets of Sunni Muslim extremists](#) who denigrate Shiites with slurs such as “disbeliever” and “apostate.”

Like many Muslim Americans, I never encountered this kind of bigotry growing up in the suburban streets of Fremont, Calif. My best friend was Shiite, and we spent our summers making homemade action movies together. Our Pakistani American mothers fed us biryani, and we prayed in each other’s homes. During college, I took a course on Shiism to become more knowledgeable and aware, and Shiite friends regularly came over to my apartment, shared with a Sunni roommate, to drink chai and play video games.

Then and now, when I’ve heard anti-Shiite comments, they’ve often been rationalized as harmless jokes, political incorrectness or just expressing an opinion. Maybe, but those unchecked remarks also reflect an anti-Shiite bias that is, troublingly, not uncommon.

It pains me when Muslim Americans, even inadvertently, mimic the oppressive views or behaviors of xenophobes and nativists. We should know better. Particularly since Sept. 11, we’ve been on the receiving end of jokes and slights about terrorism, jihad and Shariah that become talking points for anti-Muslim zealots. Muslim Americans have been asked to prove our loyalty to our country, and our patriotism is routinely questioned.

This has (or should have) made us cherish and fight for the values of tolerance and religious pluralism that allowed our parents to build mosques, establish their communities and raise children who could one day be the heroes of the American story.

And yet we, too, can succumb to prejudice. Sometimes that prejudice presents as a monopoly on understanding and communicating the beliefs of Islam, a religion of around 1.8 billion people. It builds artificial walls between coreligionists — and fellow Americans.

There are those who would prefer that Muslim sectarianism not be widely discussed. “Some Muslims are saying, ‘Don’t air our dirty laundry,’ because it will impact Islamophobia,” Shaykh Faiyaz Jaffer, a Shiite chaplain and research scholar at the Islamic Center at N.Y.U., told me. He doesn’t subscribe to that view. “People are dying. Shia people are dying,” he said. “We’re used to it. It’s tragic. But we shouldn’t be used to it.” He asked my forgiveness, in case he sounded angry.

But one should be angry about sectarian hate. That’s the appropriate response, not apathy. Like every community and family, instead of confronting the numerous problems that exist and plague us, we often bury them. Avoiding those discussions comes with a cost.

Naeem Hussain, a Shiite who was one of the four killed in Albuquerque, has been described by his brother-in-law Ehsan Shahalami as a “generous, kind and great soul” who avoided confrontation. When I spoke to Mr. Shahalami, he praised some Muslim American organizations for condemning the violence, but he said more must be done. “There has to be a conversation started to educate Sunnis about the reality of Shias and the negative connotation and lies tied to Shias and Shiism,” he said. “It has to be tackled at the grass-roots level.”

Hate in all its forms must be confronted and called out. The police are still investigating what motivated the stabbing of the author Salman Rushdie at a lecture in western New York on Friday. A New Jersey man, Hadi Matar, has been arrested. Sadly, the attack has already [garnered applause](#) from some religious extremists who see it as the fulfillment of a fatwa against the author issued in 1989 by Iran’s supreme leader at the time, Ayatollah Ruhollah Khomeini.

And Muslims must talk about hate within our communities, in whatever form it takes — sectarian violence, attacks on those whose words offend religious authorities or domestic violence (which Mr. Muhammed [has also been accused of](#)). There are times when dirty laundry must be aired. I want my children to grow up with friends of all different backgrounds and religions, as I did. I want them to think of their Shiite friends as fellow Muslims. Sunnis can’t fully reflect the pluralistic and generous spirit of Islam until we include Shiites as full members of our complex, evolving and diverse religious family.

To do that, we must be willing to call out the anti-Shiite tyrant within our mosques, our homes and maybe even ourselves. In doing so, we will be reflecting the best of both Islam and America.

Wajahat Ali ([@WajahatAli](#)) is a senior fellow at the Western States Center, a columnist for The Daily Beast and the author of [“Go Back to Where You Came From: And Other Helpful Recommendations on How to Become American.”](#) He co-hosts the [“Democracy-ish”](#) podcast.

16 août (L'Opinion)

<https://www.lopinion.fr/international/salman-rushdie-la-liberte-inconditionnelle>

Editorial

## Salman Rushdie: la liberté inconditionnelle

Par [Olivier Auguste](#)

15 août 2022 à 19h28

**« A l'instant où quelqu'un dit "Je suis pour la liberté d'expression, mais..." , je ne l'écoute plus», disait l'écrivain après l'attentat de 2015 contre *Charlie hebdo***

Plus de trente-trois ans que Salman Rushdie vit en « liberté conditionnelle ». Son travail, ses rencontres, ses prises de parole, ses déplacements ne se font que sous surveillance. La fatwa de l'ayatollah Khomeyni appelant à tuer l'auteur des *Versets sataniques* a fait du monde sa prison. Et la propre audace de l'écrivain qui a allégé, ces dernières années, les mesures de sécurité qui l'entravaient, a permis [qu'il soit poignardé vendredi](#).

Que son agresseur ait agi sur ordre de l'Iran ou ait été simplement inspiré par le discours toujours en vigueur à Téhéran – y compris après son geste – n'y change rien. Le régime islamique se sert de la religion et entretient la colère de foules (dont la plupart n'ont pas lu Rushdie et une bonne partie connaît à peine le Coran) pour asseoir son pouvoir totalitaire. Mais quand bien même quelques musulmans auraient sincèrement été bousculés dans leur foi par le roman du Britannique, cela n'autorise pas la censure, l'intimidation ni la violence.

Salman Rushdie le plaidait lui-même avec force après la tuerie de *Charlie hebdo*, en 2015. Rappelant que le magazine satirique se moquait en réalité de tout le monde, mais qu'il ne s'agissait que de faire rire, il mettait en garde : « A l'instant où quelqu'un dit "Je suis pour la liberté d'expression, mais..." , je ne l'écoute plus. "Je suis pour la liberté d'expression, mais il ne faut choquer personne, mais n'allons pas trop loin"... Au moment où vous limitez la liberté d'expression, ce n'est plus la liberté d'expression. Vous pouvez ne pas aimer *Charlie hebdo* ; leurs dessins ne sont pas tous drôles. Mais le fait que vous ne les aimiez pas n'a rien à voir avec leur liberté de parole. Le fait que vous ne les aimiez pas n'excuse en aucune façon leur meurtre. » Etre Rushdie [après avoir été Charlie](#), c'est défendre notre propre droit à penser et parler. Il ne peut y avoir de mais.

16 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/16/436932-raymond-aron-6-le-souhaitable-et-le-possible>

16 août 2022

## Raymond Aron (6) : le souhaitable et le possible

[Pierre Robert](#)

Au partisan enflammé et partial que fut Sartre s'oppose l'analyste dépassionné mais qui prend aussi position que fut Aron.

Première partie de cette série [ici](#).

Seconde partie de cette série [ici](#).

Troisième partie de cette série [ici](#).

Quatrième partie de cette série [ici](#).

Cinquième partie de cette série [ici](#).

# Entre raison et passion la lutte continue

Après la publication du *Spectateur Engagé*, Michel Contat, un proche de Sartre a estimé dans un article du quotidien *Le Monde* que le dialogue entre Sartre et Aron n'a jamais cessé :

*« Ces deux pensées antagonistes malgré leur communauté de culture (la phénoménologie, le marxisme) sont les deux pôles entre lesquels se tend jusqu'au déchirement le débat intellectuel du siècle [...] C'est dans nos têtes que [...] s'affrontent les deux voix fraternellement ennemies, nos deux voix : celle qui énonçant le souhaitable, le désirable pose un projet indéfini et celle qui, lui opposant raisonnablement le possible, la réalité têtue, met en garde... »*

Au partisan enflammé et partial que fut Sartre s'oppose l'analyste dépassionné mais qui prend aussi position que fut Aron. Comme beaucoup d'autres aujourd'hui, je suis convaincu qu'il vaut mieux avoir raison à la manière d'Aron que tort à la manière de Sartre.

Réfléchir avec Aron c'est en effet réfléchir sur l'essentiel, sur ce qui est au fondement des attitudes politiques et des systèmes de pensée qui influencent les actions des hommes, sachant que parmi ces systèmes certains sont mortifères et ont fait la preuve des terribles dangers dont ils sont porteurs, alors que d'autres sont stériles et paralysent l'action. C'est ce deuxième danger qui aujourd'hui menace l'Europe lorsqu'elle prend des décisions dangereuses qui semblent conformes à ses valeurs mais sont contraires à ses intérêts de long terme.

Alors que partout dans le monde s'exacerbent les tensions géopolitiques, il pourrait bien se révéler fructueux de s'inspirer de la posture d'Aron pour analyser plus froidement les implications de la guerre en Ukraine.

# Les sanctions contre la Russie au filtre de la méthode aronienne

Pour reprendre les termes de Raymond Aron :

*Entre la tentation totalitaire et les aspirations libérales, la bataille continue, elle se poursuivra aussi loin devant nous que porte notre regard. Les libertés dont nous jouissons gardent la fragilité des acquis les plus précieux de l'humanité.*

Sans risque de se tromper, on peut affirmer que le système poutinien est d'essence totalitaire et met en danger nos fragiles libertés. Après avoir [annexé la Crimée](#) puis envahi une partie de l'Ukraine, son régime menace aujourd'hui l'Occident en général et l'Europe en particulier dont il cherche à détruire la cohésion.

Il faut donc combattre cet agresseur avec la plus grande fermeté. La question de fond est de savoir avec quelles armes il convient de le faire.

La voie d'un soutien militaire sans faille semble s'imposer. L'Occident est fondé à fournir massivement les systèmes de défense les plus modernes à l'Ukraine et de mettre à sa disposition toutes les données l'aidant à résister à son envahisseur. L'enjeu est de créer un rapport de force favorable lorsque sera venu le temps de la négociation de manière à ne pas subir les conditions de l'ennemi.

Mais les six trains de [sanctions économiques sans précédent prises par l'UE](#) servent-ils cette cause ? Leurs initiateurs ont-ils bien mesuré leurs effets pervers lorsqu'ils les ont adoptés ? Ces mesures ne sont-elles pas en train de leur infliger bien plus de dommages qu'ils n'en infligent à la Russie ? On est légitimement fondé à se poser ces [questions](#).

Dès aujourd'hui il est nécessaire d'établir un bilan de leur efficacité et de ne pas se borner à s'indigner des propos de madame Le Pen disant « *qu'elles ne servent à rien* ». Si l'UE les atténuait ou les mettait entre parenthèses troquerait-elle son honneur « contre un plat de lentilles » comme le prétend Agnès Pannier-Runacher, ministre de la Transition énergétique ? Cela aussi est à examiner sérieusement car tout montre que le coût de ces mesures pour l'Europe pourrait être catastrophique. Déjà l'inflation s'envole, les pénuries menacent et l'industrie allemande hier si prospère tremble sur ses bases.

Certes on peut honnir l'ex-chancelier Schröder mais pas le contredire lorsqu'il déclare aux médias allemands :

« *Beaucoup de gens pensent que c'est bien qu'il y ait encore quelqu'un qui garde ouverts les canaux de discussion avec la Russie dans le conflit actuel* ».

Faire parler les morts est toujours périlleux. Il n'en reste pas moins qu'il est plus que jamais vital de faire preuve de raison et de dépassionner l'analyse des événements en cours comme nous y invite Raymond Aron. Il nous aurait peut-être aussi incité à faire preuve de lucidité en réalisant que les

adeptes de la décroissance sont aussi à la manœuvre. Par l'entremise des sanctions, l'occasion est trop belle de rationner les addicts aux énergies fossiles que nous sommes avec l'espoir de changer durablement nos comportements.

## Pour aller plus loin

Ce qu'on peut écouter

- Sa [Radioscopie](#) par Jacques Chancel (1976)
- L'émission [Rencontre diffusée sur France Culture](#) le 27/09/1981 pour évoquer le livre *Le Spectateur engagé*

Ce qu'on devrait lire

- [Les étapes de la pensée sociologique](#), Collection Tel, Gallimard, 1976, et en priorité les chapitres sur Tocqueville et Weber
- Les [18 leçons sur la société industrielle](#), Folio essais, Gallimard, 1986
- [L'Essai sur les libertés](#), Calmann-Lévy, 1965 (qu'il considère comme un de ses livres les plus philosophiques)
- [Le spectateur engagé](#), opus cité
- Sa biographie par Nicolas Baverez : [Raymond Aron – Un moraliste au temps des idéologies](#), Paris, Flammarion, 1993



15 août (FAZ)

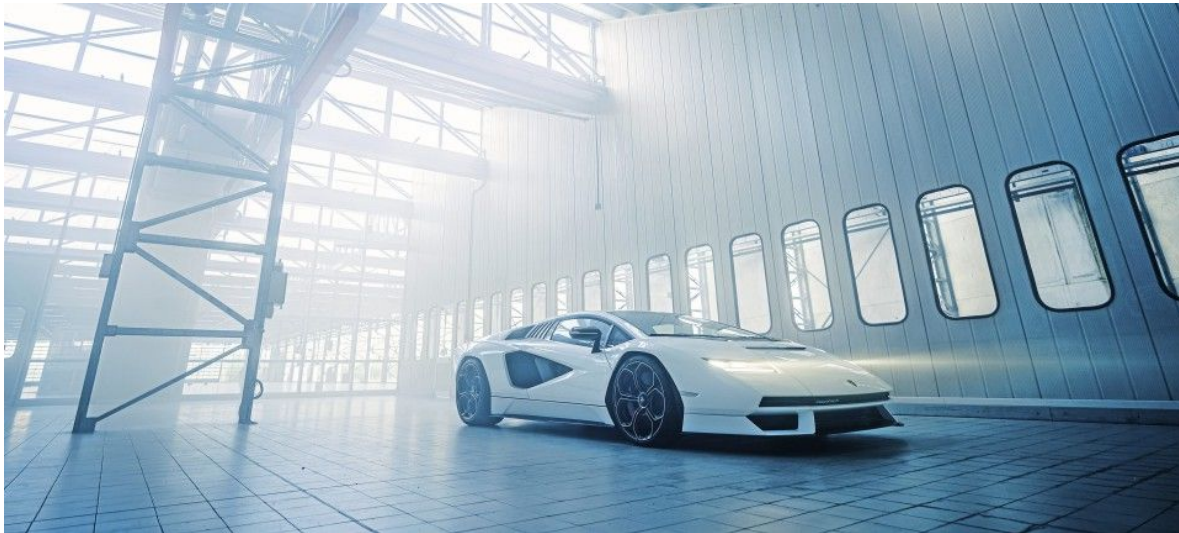
<https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/motor/der-lamborghini-countach-wird-112-mal-neu-aufgelegt-18237649.html?premium>

NEUER LAMBORGHINI COUNTACH:

## Da staunst!

VON [HOLGER APPEL](#)

-AKTUALISIERT AM 15.08.2022-11:57



Nichts für Weißeier: Der neue Countach ist ein moderner Supersportwagen mit Hybrid und so. Bild: Lamborghini

*Der Lamborghini Countach ist längst eine Legende. Er wird jetzt neu aufgelegt. Genau 112 mal. Für 2,4 Millionen Euro pro Stück. PS gibt es 814, Hubraum 6,5 Liter.*

Im Sinne angemessener Annäherung sind drei Dinge vonnöten: Pasta, Sprachkurs, Fitnesskur. Es verhält sich nämlich so, dass nur eine Seitenstraße um die Ecke in Sant'Agata Bolognese in einem ziemlich dahingeworfen aussehenden Restaurant die beste Pasta der Welt serviert werden (wobei wir uns Hinweisen nicht verschließen, wo noch die beste Pasta der Welt serviert werden). An den wild zusammengewürfelten Tischen verbringt der gemeine Lamborghini-Mitarbeiter eine Mittagspause von einer Ausdehnung, die den mit deutschen Blumenkübelausrichtungsausschüssen sozialisierten Besucher aus der tempolimitbefreiten Nachbarlandoase nervös auf dem simplen Holzstuhl hinrücken lässt. Und her auch. Versuche hier mal, Spadschetti zu bestellen. Eben. Deswegen heißt die Firma auch **Lamborghini**, also Lam-bor-gi-ni. Nicht Lambordschini. Sie entwickeln nicht gerade viele Autos zwischen Nudel und Espresso und überhaupt in der Gegend, aber gewaltige, Skulpturen.

Ferruccio Lamborghini stammte aus der Emilia-Romagna, so wie Enzo Ferrari, und jetzt kommt die Geschichte, die immer wieder zu hören oder zu lesen einfach schön ist. Enzo Ferrari baute von den 1950er Jahren an seine Rennautos und produzierte, wohl eher zur Finanzierung des Rennsports denn aus wirklicher Begeisterung, auch Straßensportwagen. Kaum einen Steinwurf entfernt fertigte Ferruccio Lamborghini recht erfolgreich Traktoren und gönnte sich eines Tages einen Ferrari, mit dem er nicht so arg zufrieden war.

An einem Sommermorgen des Jahres 1962 fuhr der Traktorenkönig aus Cento bei Ferrara mit seinem Ferrari 365 **GT** 2+2 auf den Hof der Scuderia in Maranello und begehrte, den Commendatore zu sprechen. Es gehe, ließ der polternde Lamborghini mit seinen roten Hosenträgern die Sekretärin Enzo Ferraris wissen, um die schlechte Qualität und die mangelnde Leistung. Ferrari ließ ihn abblitzen und durch seine Sekretärin wegschicken, die Folgen lesen sich in Lamborghinis Biographie: „Mir schoss

das Blut in den Kopf, und ich stürmte raus. Ich raste mit meinem Ferrari nach Haus, trank ein Glas Lambrusco und verkaufte meinen Wagen noch am gleichen Nachmittag. Dieser Bastard Ferrari soll mich kennenlernen.“

## Im Frühjahr 1971 bleibt die Zeit stehen

Seither entstehen Autos wie vom anderen Stier, nicht zufällig das Wappentier der jungen, wilden Marke. Während Ferrari ein Pferd tanzen lässt, gibt Lamborghini bis heute das Sternzeichen seines Gründers mit auf den Weg. Und so begab es sich, dass von 1966 an ein jedes Modell den Namen eines Kampfstiers trug. Der betörende Miura öffnete Mäuler, der viersitzige Espada ließ nicht nur über die endlose Eleganz seiner Haube staunen, die bemühteren Islero und Jarama sind fast schon vergessen. So hätte es weitergehen können, doch dann blieb die Zeit stehen. Im Frühjahr 1971 machte sich ein neues Modell auf die Reise zum Genfer Salon, dem Vernehmen nach hatten seine Eltern noch keinen Namen gefunden. Als es in Turin umgeladen und die Plane heruntergezogen wurde, entfuhr den Arbeitern ein Ausruf in Ehrfurcht: Kuntasch. Aus dem Piemontesischen ist das überliefert als Wort der Begeisterung, wie sagt die Jugend heute? Krass, ey. Hammer. Lamborghini machte daraus kurzerhand Countach, was auch niemand aussprechen kann, weshalb hier nochmals auf den Ursprung verwiesen werden darf: Kuntasch.



**BILDER**Da staunst!

Im Kinderzimmer des Autors gehörte dem, nun ja, nennen wir ihn Sportwagen, besser Supersportwagen, der Ehrenplatz an der Posterwand, wann je hat es so etwas wieder gegeben? Er ist bis heute das Urmeter all jener Faszination, an die, höchstens, vielleicht, der Ferrari Testarossa heranreicht. Aber auch nur höchstens, vielleicht. Was wir damals nicht wussten, nun aber während der ersten leibhaftigen Begegnung erfahren durften: In den Countach kommst du nicht rein. Und wenn du drin bist, kannst du ihn nicht fahren. Und wenn du doch irgendwie deine sechs Nummern zu großen Füße auf die Pedale gefädelt und die Kupplung mit rasch aufziehenden Wadenkrämpfen durchgedrückt hast, wenn sich das wochenlange Training im einarmigen Reißen auszahlt und du wider Erwarten den Gang hineinzerren kannst, wenn in deinem Rücken der Maschinenraum mit glühenden Hufen scharrt, dann steht das Adrenalin schon Unterkante Ohrläppchen. Und wenn du das alles geschafft hast, dann kommst du nicht wieder heraus.

## Teuer und selten war der Countach schon immer

Wir kennen kein anderes Auto, das auf so viel Fläche so wenig Raum für den Fahrer lässt, genau genommen gar keinen, jedenfalls wenn man mehr als 165 Zentimeter misst. Schuhe gehen gar nicht, sonst bilden Bremse und Kupplung ein ungewolltes Paar. Gang einlegen klappt, theoretisch, die Sorge, den Hebel oder das Handgelenk zu brechen, gibt sich mit der Zeit. Das Triebwerk im Heck, erst 3,9 Liter Hubraum und 375 PS, später sechs Weber-Doppelvergaser, 5,2 Liter Zwölfzylinder und 455 PS, genehmigt sich 25 Liter auf hundert Kilometer. Im Durchschnitt, es kann auch mehr sein, wenn's raucht. Standardsprint in 4,6 Sekunden, Spitze knapp 300, das sind noch immer ganz brauchbare Werte. Falls die Fahrkunst genügt, derer es einiger bedarf.

Den lieben Kollegen vom österreichischen „Standard“ hat der Berger Gerhard, der ehemals nicht so schlechte Formel-1-Rennfahrer, mal auf einer Mitfahrt gezeigt, wo der Grenzbereich hängt. Weil, Zitat: „Allerdings wird jenseits der 250 das Heck so leicht, dass du die Zähne zusammenbeißen musst, und wenn du ihn aus Tempo 300 ordentlich zusammenstauchst, sind gleich einmal die Bremsen im Arsch.“ Und bei Regen, sagt Gerhard, „wenn du da flott fährst, da hast alle Hände und Haxen voll zu tun“, aber trotzdem müsse man sich das hin und wieder geben, und in mancher schnellen Kurve müsse man, nur zwecks der Erfahrung, einen abrupten Lastwechsel provozieren: „Da staunst!“

## Dem Original so nah wie möglich

Dies nur zur Szenerie, damit ein wenig klar wird, warum ein Supersportwagen im Jahr 2022 die Münder offen stehen lässt, warum sich am Fabrikeingang vor der Schranke Trauben Schaulustiger bilden und die Handykameras klicken. Obwohl doch der nunmehr unter der Patronage von Audi entstandene Countach LPI 800-4 ein modernes Auto ist. Die Designer haben die Plattform des Aventador und die Technik des Sian in ein knapp 5 Meter langes und 1,20 Meter flaches Kleid aus Karbon gesteckt, das dem Original so nah wie möglich kommt.

Die Klappscheinwerfer sind auf der Strecke geblieben, die nach oben öffnenden Türen aber sind wieder da, die nach Luft lechzenden Einlässe hinter ihnen auch. Wie im Vorbild arbeitet im Heck ein Zwölfzylinder, durch eine Glasscheibe die Blicke auf sich und seine 6,5 Liter Hubraum ziehend. Dank eines im Getriebe gegen jedweden Anflug von Zugunterbrechung mitwirkenden Elektromotors entfalten 814 PS recht beeindruckenden Vorwärtsdrang, der sich auch durch Allradantrieb und Allradlenkung und Pirellis und Schaltautomatik im Vergleich zum Original beherrschen lässt wie im VW Golf. Jedenfalls fast. Aus dem Stand vergehen 2,8 Sekunden auf 100 km/h, was wir in etwa erreicht haben, die Spitzengeschwindigkeit beträgt 355 km/h, was wir glauben. Drehzahlhöhen jenseits der 7000 und Gewichtstiefen um 1,6 Tonnen sind fröhliche Zutaten.

Und fahren lässt sich der neue Countach auch, im Innern der digitalisierten Kommandozentrale geht es im Vergleich zu wie in einer Großraumlimousine. Teuer und selten war der Countach schon immer, man braucht sich also nur begrenzt Sorgen machen um die öligen Ressourcen und dass der Nachbar womöglich auch einen hat. 112 Stück werden gebaut, 112, weil das damals der Entwicklungscode für die Revolution auf Rädern war. 2,4 Millionen Euro kostet einer, weil er 2,4 Millionen Euro kostet. Und weil das egal ist, denn alle sind schon weg. Nun Puls beruhigen, Pause einlegen, Pasta genießen, wahrscheinlich so bis 2025. Dann erscheint der erste vollelektrische Lamborghini.

15 août (WSJ)

[https://www.wsj.com/articles/inflation-widens-married-couples-money-lead-over-their-single-friends-11660511872?mod=hp\\_lead\\_pos13](https://www.wsj.com/articles/inflation-widens-married-couples-money-lead-over-their-single-friends-11660511872?mod=hp_lead_pos13)

## Inflation Widens Married Couples' Money Lead Over Their Single Friends

Rapidly rising prices and more than two years of living in a pandemic increase the financial stress on those without pooled assets

By [Julia Carpenter](#)

Aug. 15, 2022 7:00 am ET

It is better, financially, to be married than single, as has almost always been the case. But the money gap between young married couples and singles has widened, [thanks to inflation](#) and rising home prices.

The median net worth of married couples 25 to 34 years old was nearly nine times as much as the median net worth of single households in 2019, according to the most recent data from the Federal Reserve Bank of St. Louis. In 2016, married households' median net worth was four times as much. And now, after a spell of rapid inflation and more than two years of pandemic living, single people are getting left further behind, say economists at the Fed and elsewhere.

"This 25-to-34-year-old age is a time of transition, it's a time of household formation, and I think it matters whether or not you can pool your financial resources with someone else," said Lowell Ricketts, a data scientist for the Institute for Economic Equity at the St. Louis Fed.

Married people are being tested by inflation, too. It is just that they have a larger, shared cushion, often with two incomes and pooled assets. They hold [a greater concentration of wealth](#) and considerably less debt, according to research from the St. Louis Fed.

Having combined assets was particularly helpful over the past decade as many households' wealth was compounded by rising housing prices and a strong stock market.

As people marry later, the number of sole-person households is growing, which means more single people are tackling multiple financial challenges entirely on their own. Over the past four decades, the number of sole-person households has nearly doubled, according to data from [Freddie Mac](#). And by delaying marriage, many now struggle to access money milestones at the ages previous generations achieved them.

Last year Alyssa Cruz, a 27-year-old library cataloger living in Columbus, Ohio, got a long-awaited raise that helped her build her savings and open her first investment account.

With prices for essentials such as gasoline and groceries going up, she said the progress she made last year feels shaky. These days, she regularly donates plasma when she needs help stretching her budget and shoring up her emergency fund. She can donate as often as twice a week, earning roughly \$50 to \$60 for each donation.



***Ms. Cruz received a raise last year, but says her financial progress feels shaky.***

PHOTO: MADDIE MCGARVEY FOR THE WALL STREET JOURNAL

Bigger assets, such as homeownership, still feel far away.

“If we’re going off what [Facebook](#) looks like, everyone is getting married and buying houses,” Ms. Cruz said. “I’m stuck where I am, and I’m doing OK, but it’s a renting future.”

When it comes to building wealth via homeownership, finding a smaller starter home—once the gateway for single people becoming homeowners—remains especially difficult as prices remain high, say economists. Housing affordability in June 2022 [hit its worst level](#) since June 1989, and home prices are up 44% over the past two years, according to data from real-estate brokerage [Redfin](#) Corp. With housing prices so high and starter-home inventory so low, more single people [are struggling to find affordable houses](#) to buy.

This is where married couples have one of their largest advantages. Applying for a mortgage, these couples can work together to create an attractive application as well as amass the necessary money for a healthy down payment.

Single women face additional hurdles to generating wealth.

[The gender wage gap begins to widen](#) as early as three years after college graduation, a Wall Street Journal analysis found. Women also live significantly longer than men, which puts added pressure on them to finance their retirement years solo.

“These are scary times for anyone, but they’re particularly scary times, I think, for the reasons we have cited, for single women,” said Jill Gianola, a financial planner and the founder of Gianola Financial Planning.

Ms. Cruz said she is taking steps to earn more money as she prepares to go back to school and earn a master’s degree in data analysis. She said she would like to move closer to her family, so she can spend less money on driving and plane tickets when she visits them.



Gabie Kur-Oliva said she has seen the power of connecting finances in her own marriage. She and her husband, bilingual special-education teacher Pablo Oliva, got married in spring 2020. When the Long Island, N.Y., couple first met, Mr. Oliva was carrying nearly \$10,000 of credit-card debt.

“I’ve always thought about the future, but my career wouldn’t let me think beyond the financial struggles I had. Meeting Gabie opened up my vision,” Mr. Oliva said.



***Gabie Kur-Oliva and her husband, Pablo Oliva, paid down his credit-card debt.***

PHOTO: MATIAS OLIVA

Together, they worked to pay down his debt. Mrs. Kur-Oliva, who had the money in her savings, paid off his high-interest credit card entirely. They also arranged for Mr. Oliva to pay her back at no interest.

“We called it ‘the wifey bank,’ ” she said.

The security and support they provide each other in their relationship has also boosted Mrs. Kur-Oliva’s career in public relations, she said. Without her husband handling household improvements and assisting with child care for their 1-year-old son, she wouldn’t be able to work more hours or take on additional consulting jobs, all of which she attributes to helping her career grow.

The backup is also there should either of them encounter a financial disaster, she said.

Meanwhile, single people will face any potential disaster from health or other issues alone. While emergency savings and other financial preparation can soften the blow, they can’t provide the same support.

“You have a built-in emergency policy with a partner,” said Isabel Sawhill, senior fellow in family studies at the Brookings Institution. “You have someone to help bail you out. That is critical.”





15 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/solaranlage-oder-oekostrom-bessere-ideen-fuer-klima-schutz-18244101.html?premium>

FLIEGEN, FAHREN ODER ÖKOSTROM: „

## Eine Solaranlage hat keinen Klimaeffekt“

VON [JAN HAUSER](#)

-AKTUALISIERT AM 15.08.2022-11:57



Solaranlagen auf den Dächern einer Gemeinde im Landkreis Heilbronn. Bild: dpa

Der Kauf von Ökostrom bringt nichts für die CO<sub>2</sub>-Bilanz, Fliegen in Europa schadet aber auch nicht: Der Ökonom Achim Wambach hat bessere Ideen für den Klimaschutz.

Herr Wambach, wenn ich von Frankfurt nach Sevilla fliege, treibe ich damit den [Klimawandel](#) voran?

Ein innereuropäischer Flug wird keine zusätzlichen Emissionen von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) liefern. Denn der Flug gehört zum europäischen Emissionshandel: Für ein Teil der CO<sub>2</sub>-Emissionen muss die Fluglinie Zertifikate kaufen. Weil die Gesamtmenge an Zertifikaten gedeckelt ist, müssen andere weniger kaufen. Der einzelne Flug ändert Europas CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht.

Aber ich senke doch die Treibhausgasemissionen mit einer [Solaranlage](#) auf dem Dach?

Das hat keinen Klimaeffekt. Ihre und andere Solaranlagen führen dazu, dass wir weniger konventionellen Strom benötigen. Dadurch brauchen wir weniger Zertifikate aus dem europäischen Emissionshandel. Dann stehen anderen mehr zur Verfügung.

Wenn der europäische [Emissionshandel](#) Flüge nicht bestraft und Solaranlagen nicht belohnt, was bringt es dann?

Dadurch machen wir die CO<sub>2</sub>-Verschmutzung teurer und in diesem Fall Energieerzeugung ohne Verschmutzung billiger. Eine Solaranlage hat keinen Klimaeffekt, aber sie lohnt sich finanziell. Jeder sollte das machen, wenn er damit Geld sparen kann. Und das gemeinsame Vorgehen hat dann auch die gewollte Auswirkung auf den Klimaschutz: Ein schönes Beispiel sind die Briten, denen der CO<sub>2</sub>-Preis alleine durch den europäischen Emissionshandel zu niedrig war: Sie haben ihn erhöht und so einen Kohleausstieg hinbekommen – ohne weitere Eingriffe. Kohle plus Verschmutzung war teurer als Gas mit weniger Verschmutzung und erst recht teurer als Solarenergie ohne Verschmutzung. Das ist der Sinn dahinter.

Durch den europäischen Emissionshandel ist es noch nicht zu einem [Kohleausstieg](#) gekommen. Es sieht so aus, dass Kohlekraftwerke noch länger bleiben.

Der Preis im Emissionshandel war lange sehr niedrig. Im vergangenen Jahr hat er ordentlich angezogen – und es ist davon auszugehen, dass wir in Deutschland den Kohleausstieg auch durch die CO<sub>2</sub>-Preise hinbekommen hätten. Aber auch hier greift die Logik des Zertifikatehandels: Wenn wir in Deutschland mehr Kohle verbrauchen, ist das für die Klimabilanz Europas unbedeutend. Dadurch wird es an anderer Stelle weniger CO<sub>2</sub>-Zertifikate geben. Damit ist es insbesondere egal, ob wir jetzt, 2030 oder 2038 aus der Kohle aussteigen. Für die deutschen Klimaziele spielt das allerdings eine Rolle. Aber das Weltklima interessiert sich nicht für die deutschen Klimaziele, sondern bestenfalls für die europäischen Emissionen.



Achim Wambach, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) :Bild: dpa

Ist der europäische Emissionshandel der beste Weg?

Der effizienteste. Grundsätzlich müssen wir aus der Sozialen Marktwirtschaft eine sozial-ökologische Marktwirtschaft machen. Dafür müssen sich die Herstellung und die Lieferketten ändern. Vielleicht ist es für das Klima besser, regionale Produkte zu kaufen. Vielleicht aber auch nicht, weil der Transport mit der Bahn mit sauberem Strom geschieht. Das Ökologische in der Marktwirtschaft geht über die Preise, und dafür sind Zertifikate im Emissionshandel wichtig.

Millionen Elektroautos sollen auf die Straßen. Kaufen Sie sich auch eines?

Wir rechnen das mit meinen Kindern gerade aus, ob es sich lohnt. Die Alternative ist, den alten Wagen noch zwei, drei Jahre weiter zu fahren.

An Elektroautos gibt es Kritik, weil im deutschen Strommix vielleicht zur Hälfte erneuerbare Energien stecken. Sie halten das nicht für schlimm?

Selbst wenn ein Elektroauto schmutzigen Strom verbraucht aus Kohlekraftwerken und Gaskraftwerken, wurden dafür Zertifikate gekauft – und dann wird woanders weniger verbraucht. Doch lohnt es sich finanziell? Tendenziell immer mehr. Uns sollte bewusst sein, dass die fossilen Energien nicht billiger werden. Klimapolitik bedeutet, dass wir Benzin und Diesel teurer machen.

Politiker haben oft Angst vor höheren Preisen. Sollte die Regierung Proteste dagegen einfach aushalten?

Die Regierungen haben Angst vor Protesten wie in Frankreich. Aber gerade diese Sorge spricht meines Erachtens für den Emissionshandel und den zweiten Emissionshandel, den die EU plant. Ökonomisch sind alle anderen Maßnahmen wie Verbote oder Subventionen von bestimmten Technologien noch teurer. Dann bleibt noch weniger übrig, um den Haushalten, die besonders stark von den Maßnahmen betroffen sind, zu helfen. Gute Politik heißt auch, sinnvolle Maßnahmen wie einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis im Gesamtpaket gut zu verkaufen: Wir haben höhere Ausgaben, aber wir unterstützen betroffene

Gruppen. Alle Haushalte brauchen jedoch Anreize durch höhere CO<sub>2</sub>-Preise, damit sie ihr Verhalten ändern. Wer sich ein neues Auto oder eine neue Heizung kauft, für den sollte es sich lohnen, auf erneuerbare Energie umzusteigen.

In Ihrem neuen Buch „Klima muss sich lohnen“ raten Sie mit vielen Beispielen genau zu diesem Weg: Klimaschutz soll sich durch höhere CO<sub>2</sub>-Preise lohnen.

Klimaschutz ist eine weltweite Aufgabe. Das sollte man nicht aus dem Auge verlieren. Für den Klimaschutz in Europa bedeutet dies, wir müssen das machen, was „kopierbar“ ist. Indien und China sollen sagen: Oh, das macht Sinn, das machen wir auch. Deswegen sind Innovationen so wichtig. Wir sollten noch viel mehr in Forschung und Entwicklung stecken. Wir haben in der Solarenergie gesehen, dass die Preise dafür mittlerweile extrem günstig geworden sind. Das brauchen wir auch für Wasserstoff und andere Technologien. Die Klimaschutzmaßnahmen müssen kosteneffizient sein, damit dies für Menschen überall auf der Welt attraktiv ist.

Sie sprechen sich dafür aus, die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland abzuschaffen. Warum?

Strom ist im europäischen Emissionshandel enthalten. Das reicht. Großbritannien ist über die CO<sub>2</sub>-Preise aus der Kohle ausgestiegen – und nicht über eine Förderung.

Sie sagen auch, dass der Kauf von Ökostrom eigentlich nichts bringt.

Stimmt. Die Stromerzeugung ist im europäischen Handel mit Zertifikaten enthalten. Hier sind die Emissionen gedeckelt, und daher ändert der Erwerb von Ökostrom an der europäischen CO<sub>2</sub>-Bilanz nichts. Allerdings gilt auch: Ökostrom lohnt sich immer mehr, weil konventioneller Strom immer teurer wird. Wer eine Solaranlage auf dem Dach durchrechnet, kommt schnell darauf, dass es sich finanziell lohnt. Aber es geht nicht darum, Geld auszugeben, um sein Gewissen zu beruhigen.

Andererseits raten Sie Gemeinden von Solaranlagen ab. Die Städte sollen lieber Straßen für Radfahrer anbieten und Radschnellwege bauen. Warum?

Gemeinden müssen nicht klimaneutral werden, wenn sie dafür auf andere sinnvolle Ausgaben verzichten. Für den Weg zur Klimaneutralität gibt es den Emissionshandel. Vor Ort benötigen wir eine Anpassungspolitik – Anpassung an den Klimawandel und die Konsequenzen der Klimapolitik. Gegen hohe Energiepreise helfen Fahrradwege und ein günstiger und vor allen Dingen ausgebauter öffentlicher Nahverkehr. Auch sollten die Städte Plätze für Ladesäulen für Elektroautos ausweisen. Was hilft es, wenn ich das Auto nicht aufladen kann?

Sie waren acht Jahre lang Mitglied der Monopolkommission und haben auf fairen Wettbewerb geachtet. Warum beschäftigen Sie sich jetzt mit dem Klimawandel?

Ein Großteil der Klimapolitik ist Energiepolitik, und darüber schreibt die Monopolkommission regelmäßig. Aus wettbewerblicher Sicht gibt es da einiges zu tun. Zum Beispiel die öffentlichen Ladesäulen, die meist kommunal betrieben sind: Das ist häufig ein regionales Monopol, und der Wettbewerb funktioniert nicht. Die große Frage für mich ist: Wie bekommen wir das Ökologische in die Soziale Marktwirtschaft? Dafür müssen wir die Märkte gestalten. Gute Klimapolitik braucht Wettbewerb! Dann wird Klimaschutz viel günstiger, als wenn wir es über Verbote machen.

Apropos Wettbewerb. Sie schlagen unterschiedliche Strompreise in Deutschland vor: für den Norden und einen vermutlich höheren Strompreis für den Süden. Was bringt das?

Im Strommarkt gehen wir der Illusion nach, dass ein Stromnetz alle in Deutschland bedient. Jetzt schalten wir Kohle und Kernkraft aus, die hauptsächlich im Süden lokalisiert waren. Die erneuerbaren Energien sind gerade im Norden sehr stark ausgebaut worden, aber der Strom kann nicht durch Deutschland geliefert werden, weil dafür die Stromnetze fehlen. Wie kann also jemand im Süden

Deutschlands Strom aus dem Norden kaufen, den er gar nicht geliefert bekommen kann? Um den Markt richtig wirken zu lassen, brauchen wir ein Preissystem, das auch diese Engpässe im Stromnetz berücksichtigt. Durch höhere Strompreise im Süden lohnt sich der Ausbau der Erneuerbaren dort mehr und wird dann schneller erfolgen. Unternehmen würden Erweiterungen eher in nördlichen Regionen bauen, weil da der Strom günstiger wäre. Die Verbraucher von Strom gehen also dorthin, wo das Angebot ist.

Dann wandert aber Industrie aus dem Süden in den Norden ab?

Teilweise sehen wir das schon heute, dass Unternehmen dahin gehen, wo sie mehr Ökostrom bekommen. Die Alternative ist, den Netzausbau voranzutreiben.

Was bringt es denn, in Deutschland die Treibhausgasemissionen zu senken, wenn in China neue Kohlekraftwerke ans Netz gehen?

Gerade deshalb müssen wir den Umstieg auf erneuerbare Energien so hinbekommen, dass unsere Industrie weiter in Europa bleibt und wir unsere Arbeitsplätze erhalten – dann werden auch andere Länder folgen. Im Solarbereich sind die Kosten schon auf ein Hundertstel der Kosten von vor 30 Jahren gefallen. Das macht Solarenergie für Entwicklungs- und Schwellenländer attraktiv. Solche Kostensprünge brauchen wir auch für den grünen Wasserstoff. Aber auch geopolitisch muss noch einiges geschehen. Sehr vielversprechend sind die Initiativen zum Aufbau eines Klimaklubs. In den Klub, in den Wirtschaftsraum der beteiligten Länder, kommen nur jene hinein, die sich an die vereinbarten Regeln zum Klimaschutz halten – alle anderen müssen Zölle zahlen. Wichtig wäre es, wenn sich zumindest die großen Wirtschaftsräume Amerika, Europa und China für eine solchen Klub begeistern könnten. Ich sehe auch in China eine gewisse Offenheit dafür: Geopolitisch haben meine chinesischen Kollegen und ich häufig verschiedene Ansichten, aber in der Klimapolitik kommen wir auf einen gemeinsamen Nenner.

Sind Sie optimistisch, dass sich der Klimawandel stoppen oder verlangsamen lässt?

Weltweit wird einiges dafür getan. Aber das, was bisher auf dem Tisch liegt, reicht nicht. Umso wichtiger ist es, dass wir ein Vorgehen erarbeiten, das für Länder wie Indien und China attraktiv ist. Dafür sollten wir weniger über die Ziele diskutieren, sondern vielmehr darüber, wie wir diese Ziele erreichen. Da gibt es einiges zu tun.

## **Physiker und Ökonom**

Achim Wambach ist einer der bekanntesten Wettbewerbsökonomien Deutschlands. Er war lange Zeit Mitglied der Monopolkommission und bis vor zwei Jahren auch deren Vorsitzender. Wambach hat hierdurch und in anderen Gremien wie zum Wettbewerbsrecht oder zur Elektromobilität immer wieder die Bundesregierung beraten. Seit sechs Jahren ist er Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim und Professor für Volkswirtschaftslehre an der dortigen Universität. Der Ökonom studierte Mathematik und Physik in Köln, promovierte in Physik an der Universität Oxford, erwarb einen Master of Science in Economics an der London School of Economics und habilitierte sich in Volkswirtschaftslehre in München. Wambach war Professor für Volkswirtschaftslehre in Erlangen-Nürnberg und Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik in Köln. Sein Buch „Klima muss sich lohnen“ erscheint am 15. August.



15 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/es-gibt-unzaehlige-rushdies-in-der-welt-sie-leben-gefaehrlich-ld.1697890>

## Es gibt unzählige Rushdies in der Welt. Wer es wagt, den Islam zu kritisieren, lebt ein gefährliches Leben

Als Kind hatte ich den Schriftsteller gehasst wie viele Muslime; bis ich seine «Satanischen Verse» selber gelesen habe. Hinter dem Hass auf Salman Rushdie steckt ein tiefer Hass gegen die westliche Kultur.

Hamed Abdel-Samad

14.08.2022, 11.28 Uhr



Protest mit Aufruf zum Mord an Salman Rushdie, nachdem dieser von Queen Elizabeth zum Ritter geschlagen wurde, Islamabad, 2007.

Paula Bronstein / Getty

«Sie sind also der ägyptische Salman Rushdie, von dem alle reden?», fragte Salman Rushdie mit einem Lächeln bei unserem ersten und einzigen Treffen in Berlin vor drei Jahren. Es war eine Feier zum Dreissig-Jahr-Jubiläum des Falls der Berliner Mauer, das Fest fiel mit dem 30. Jubiläum der von Ayatollah Khomeiny gegen Rushdie erlassenen Fatwa zusammen. «Vor dreissig Jahren gab es einen einzigen Salman Rushdie in der Welt, heute gibt es in jedem islamischen Land mindestens einen Salman Rushdie, ganz zu schweigen von denen in den westlichen Ländern. Das sollte Sie freuen», antwortete ich.



Hamed Abdel-Samad, Politikwissenschaftler und Buchautor, 2018.

Raimond Spekking

Rushdie war gelassen, witzig, lehnte aber die Rolle des Helden und Vorbilds vehement ab. Er wollte nicht auf die Fatwa reduziert werden, kam ohne Leibwächter zu der Veranstaltung und wollte einfach als Romanautor wahrgenommen werden. Ich sagte ihm, dass ich ihn vor dreissig



Jahren gehasst habe, ohne ein einziges Wort von ihm gelesen zu haben. Heute jedoch bin ich einer seiner grossen Bewunderer, nicht wegen der Todesfatwa, sondern wegen seiner grossartigen Romane wie «Des Mauren letzter Seufzer» und «Mitternachtskinder».

### **Ein muslimischer Ritter gegen Satan**

1989 war ich noch in der Oberstufe eines ägyptischen Dorfes, als Khomeiny den Tod Rushdies forderte. Unser Arabischlehrer behauptete, ein vom Westen bezahlter indischer Schriftsteller namens Salman Rushdie habe den Propheten Mohammed beleidigt und ihn «einen Hund» genannt. Er zitierte ein Gedicht des berühmten ägyptischen Dichters Farouk Gouida, in dem dieser Rushdie kritisierte und ihn der Lästerung des Islam und seines Propheten beschuldigte. Der Dichter beschrieb Rushdie als einen Menschen, dessen Herz vom Teufel besessen sei, und prophezeite, dass eines Tages ein muslimischer Ritter ihm den satanischen Kopf abschlagen werde.

Ja, es war nicht ein Geistlicher, sondern ausgerechnet ein Poet, der meinen Hass gegen Rushdie geschürt hatte. Als gläubiger Muslim, der den Propheten verehrte, hatte ich damals keine andere Wahl, als Rushdie zu hassen, genau wie alle anderen um mich herum. Ende desselben Jahres begann ich in Kairo englische Literatur zu studieren, und später stiess ich auf ein geschmuggeltes Exemplar der «Satanischen Verse». Darin fand ich nichts, was den grossen Hass gegen Rushdie rechtfertigen würde. Es war ein Roman des magischen Realismus wie die Werke von Gabriel García Márquez, nur mit einem Hauch von britischem Humor und einer Brise indischer Erzählkunst.

Als ich am Freitagabend von dem Anschlag auf Salman Rushdie hörte, war ich schockiert, wütend und tief betroffen. Zuerst dachte ich an ihn, einen 75-Jährigen, der zwischen Leben und Tod schwebt und der kein Verbrechen begangen hat, ausser dass er von seinem Recht auf künstlerische Freiheit Gebrauch gemacht hat. Dann dachte ich an den ägyptischen Dichter, der sich damals nicht für die Redefreiheit eines Schriftstellers einsetzte, sondern den wütenden Mob unterstützte und die Hinrichtung von Rushdie vorhersagte.

### **Wer ist der Nächste?**

Dieser Dichter gilt immer noch als ausgezeichnete Intellektueller, nicht als Islamist, obwohl viele seiner Gedanken tief im Islamismus verwurzelt sind. Dann dachte ich an mich selbst, einen Schriftsteller, der den Islam viel vehementer kritisiert als Rushdie und deshalb ständig Todesdrohungen erhält. Ich dachte an jenen Tag, an dem ein Beamter des Berliner Landeskriminalamtes zu mir kam und mir sagte, dass ich von nun an vierundzwanzig Stunden unter Polizeischutz stünde, mir eine kugelsichere Weste gab und sagte, dass ich sie von nun an bei meinen Vorträgen tragen solle, weil die Morddrohungen gegen mich konkreter würden und es Pläne gebe, sie in die Tat umzusetzen.

Alles nur, weil ich es gewagt hatte, ein Buch mit dem Titel «Der islamische Faschismus» zu schreiben. Ich dachte an die zahlreichen Fälle, in denen das Sicherheitspersonal bei der Durchsuchung der Taschen der Gäste vor meinen Vorträgen Metallgegenstände beschlagnahmte, die als Waffen verwendet werden könnten. Und an die vielen Male, die ich trotz Polizeibegleitung auf offener Strasse in Berlin angegriffen wurde. An die vielen Nächte der Angst und der Verzweiflung.

Werde ich das nächste Opfer sein? Eine Frage, die mir nach dem Anschlag auf «Charlie Hebdo» automatisch in den Sinn kam, dann wieder nach der Enthauptung des französischen Lehrers Samuel Paty, der es gewagt hatte, Mohammed-Karikaturen in seinem Klassenzimmer zu zeigen, und jetzt nach dem Mordanschlag auf Salman Rushdie.

Muss es denn überhaupt ein nächstes Opfer geben? Wo liegt die Fehlerquelle? Liegt sie in einer entfesselten Ideologie und Theologie der Gewalt, die seit Jahrhunderten im Herzen des Islam gedeiht und nicht gestoppt werden kann? Oder liegt es daran, dass die westliche Politik die Angst vor dem Terrorismus und die Sorge um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den muslimischen Ländern hinter Respekt, Toleranz und Vielfalt versteckt?

Oder liegt es daran, dass den meisten Menschen hier die Freiheit nicht allzu sehr am Herzen liegt? **Warum darf man Jesus und Moses und Buddha kritisieren, aber nicht Mohammed? Warum kann ein Salafist im Westen ungestört leben und predigen, während jeder Kritiker des Islam hier um sein Leben fürchten muss?** Warum gelten Islamkritiker im multikulturellen Paradies als Störenfriede, obwohl sie sich zu den westlichen Werten bekennen und obwohl diese multikulturelle Doktrin inzwischen viele Rückzugsgebiete für Islamisten bietet?

## **Genesungswünsche aus der arabischen Welt**

Nach einer schlaflosen Nacht hatte ich die Nase voll von deutschen Zeitungen, die immer wieder berichteten, dass die Motive für das Attentat auf Rushdie noch immer nicht bekannt seien. Ich fragte mich, was die Literaten und Intellektuellen in der arabischen Welt zu dem Attentat sagten, also besuchte ich ihre Konten in den sozialen Netzwerken und war überrascht, dass einige von ihnen Salman Rushdie unterstützten und ihm eine baldige Genesung wünschten.

Sie betonten, dass man auf Gedanken nur mit Gedanken reagieren darf. Das machte mir ein wenig Hoffnung. Doch als ich weiterlas, wurde ich enttäuscht. Viele verurteilten zwar den Anschlag, beharrten aber darauf, dass Rushdies Roman «Die Satanischen Verse» ebenfalls ein Verbrechen sei, weil er die Gefühle von Muslimen verletze.

Die absolute Mehrheit dachte nicht an den alten Mann, der zwischen Leben und Tod schwebt, sondern sah, dass ihre Religion das eigentliche Opfer des Anschlags ist. Sie hatten Angst, dass der Vorfall dem Image des Islam schaden und Wasser auf die Mühlen der Islamophobie im Westen giessen würde. Ihre Ansichten waren Ausdruck von Infantilität, Egoismus und mangelndem Verantwortungsbewusstsein, die ich für viel gefährlicher halte als den Islamismus selbst. Wir sprechen hier von **der intellektuellen Elite** und nicht von den Durchschnittsbürgern, die oft irrational auf Kritik reagieren.

## **Säkularer Zuckerguss**

Diese Elite steckt weiterhin den Kopf in den Sand und kümmert sich mehr um das Image des Islam als um die Opfer islamistischer Gewalt. Sie ist nicht in der Lage, die wahren Ursachen des Elends zu benennen. Die syrische Schriftstellerin Mais al-Kridi bezeichnete Rushdie als vulgär und rassistisch. Sein Buch habe nur das Ziel, 1,5 Milliarden Muslime zu beleidigen. **Der Al-Jazeera-Journalist und Moderator Nazih al-Ahdab schrieb auf Facebook: «Ich bin gegen Mord, aber auch gegen Salman Rushdie.»** Der Schriftsteller sei viel zu unbedeutend, als dass ein junger Mann sein Leben seinetwegen im Gefängnis verbringen müsse.

**Hinter ihrem Hass auf Rushdie steht ein tiefer Hass auf den Westen und alles, was von ihm kommt.** Viele Angehörige der Elite sind ab frühesten Tagen mit dem islamistischen Diskurs aufgewachsen, und selbst wenn sie behaupten, säkular zu sein, bleibt das Fundament ihrer Denkweise islamistisch. Sie erkennen nicht, wo das Problem liegt. Die falsche Diagnose führt immer wieder zur falschen Medizin, wie es in den letzten Jahrzehnten der Fall war. Sie behaupten, das Problem komme von aussen, von der Haltung des Westens gegenüber dem Islam, und nicht von der Haltung des Islam gegenüber dem Westen und der ganzen Welt. Eine gängige Taktik besteht darin, Salman Rushdie als Teil einer westlichen Agenda zur Untergrabung des Islam zu betrachten. Manche gehen sogar so weit, ihn mit Isis und Usama bin Ladin zu vergleichen, damit man nicht mit ihm sympathisiert. Sie verwenden dieselbe alte Taktik, um alle Kritiker des Islam zu diskreditieren.

Der Fundamentalismus treibt also sein Unwesen, und der Hass geht über die Grenzen der islamischen Welt hinaus und trifft Orte wie New York, London, Berlin und Paris. Dieser Hass geht über alle Schichten hinweg und ist auch generationenübergreifend. Der Täter, der den Rushdie-Anschlag verübt hat, ist 24 Jahre alt. Das heisst, er wurde Jahre nach Rushdies Buch und nach der Fatwa von Khomeiny geboren. Dennoch hielt er es für seine Pflicht, Rushdie für immer zum Schweigen zu bringen, weil der Hass von einer Generation an die nächste weitergegeben wird.

### **Es fehlt überall Vernunft**

Es war für mich keine Überraschung, Kommentare voller Hass, Schadenfreude und Verschwörungstheorien von gewöhnlichen Muslimen zu lesen, aber es war schockierend zu sehen, dass Intellektuelle – die selbst immer nach mehr Meinungsfreiheit in ihren Ländern verlangen – nicht nur einen Schriftstellerkollegen im Stich lassen, sondern auch ein Tribunal für ihn einrichten, während er verletzt auf einer Intensivstation liegt. Das erinnerte mich irgendwie an die Reaktionen einiger deutscher Intellektueller, die damals in der Rushdie-Affäre, statt Solidarität mit ihrem vom Tode bedrohten Kollegen zu zeigen, betonten, sein Roman sei keine gute Literatur, als ob die Meinungsfreiheit an die literarische Qualität des Werkes gebunden wäre.

**Wir haben es mit einem Zeitgeist zu tun, in dem die Rationalität im Westen und im Osten eine immer geringere Rolle spielt. In diesem Vakuum, das durch die Abwesenheit von Vernunft entsteht, breiten sich identitäre radikale Ideologien aus und bauen Machtzentren auf, die sie nicht aufgeben werden. Der Staat ist hilflos und hat keine Konzepte. Deshalb wurden die Redakteure von «Charlie Hebdo», dann Samuel Paty und jetzt Salman Rushdie zu Opfern eines derangierten Multikulturalismus. Und deshalb wird es auch ein nächstes Opfer geben, leider!**

Hamed Abdel-Samad ist deutsch-ägyptischer Politikwissenschaftler und Buchautor.

15 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/raketen-auf-israel-und-kein-ende-in-sicht-ld.1697419>

GASTKOMMENTAR

## Raketen auf Israel – und kein Ende in Sicht

Die Hamas hat das Ziel, Israel für ein freies Palästina judenrein zu machen. Für Israeli ist das eine Alltagserfahrung.

Mirna Funk

15.08.2022, 05.30 Uhr



**Das israelische Raketenabwehrsystem Iron Dome fängt in der Nähe von Sderot aus Gaza abgefeuerte Raketen ab.**

Ariel Schalit / AP

Wir sassen im Auto meines Cousins. Rechts ein bisschen Wüste. Links drei vertrocknete Sträucher. Vor uns eine volle Autobahn. Schliesslich war es Schabbat, und das hiess, dass so gut wie alle zu ihren Familien zum Abendessen strömten. Auch wir. Obwohl meine Familie nicht religiös, sondern säkular ist. Aber den Freitag, den verbringt man eben gemeinsam. Auf der Rückbank meine sechsjährige Tochter. Aus dem Radio schepperte Radiohead.

Dann klingelte mein Telefon. Am anderen Ende der Leitung der Vater meiner Tochter. Wir sollten unbedingt einen Bunker in der Nähe unseres Airbnb-Apartments ausfindig machen, das würde online easy-peasy gehen, denn Israel erwarte Raketenbeschuss am Abend und die darauffolgenden Tage, schliesslich habe man in einer militärischen Operation namens «Breaking Dawn» im Gazastreifen mehrere ranghohe Offiziere des Islamischen Jihad «neutralisiert», wie es im Armeejargon heisst. Okidoki. Alles klar.

### **Nichts Neues im Nahen Osten**

Für mich brach in diesem Moment keine Welt zusammen. Ich hatte auch keine Angst. Fühlte keine Verunsicherung. Ja, ich googelte nicht einmal nach einem Bunker in der Shenkin Street. Viel zu erfahren war ich in dem, was nun auf uns zukommen würde. Den Sommer 2014 hatte ich in Tel Aviv verbracht. Der Sommer, der vom Gaza-Krieg und von der «Ice Bucket Challenge» geprägt war. Fast drei Monate hatte damals der Raketenbeschuss angedauert, begleitet von einer Bodeninvasion mit dem Titel «Tzuk Eitan» («Operation starker Fels»). Viele Tote folgten. Auf palästinensischer sowie israelischer Seite.

Es war ein Krieg gegen die Hamas, nicht gegen das palästinensische Volk. Ein Krieg, der auch die Wucht der neuen sozialen Netzwerke offenbarte. Ein Krieg, den ich so noch nicht erlebt hatte. Jeden Tag Raketenbeschuss auf Tel Aviv. Jeden Tag Raketenalarm ab halb fünf Uhr am Morgen. Jeden Tag diese Soundkulisse, die entsteht, wenn eine von Gaza abgefeuerte Rakete vom Raketenabwehrsystem Iron Dome abgeschossen wird. «Boom», macht es dann. Wie ein Donnerrollen. Sirenen, «Boom», Sirenen, «Boom», Sirenen, «Boom». Bis zur totalen mentalen Erschöpfung. Das muss man einfach so sagen. Als ich mich Monate später zur Regenzeit in Thailand befand, hatte ich Flashbacks und Herzrasen, jedes Mal, wenn ein wirklicher Donner einen Regenschauer ankündigte.

Nun war es wieder so weit. Vermutlich nicht ganz so aggressiv, einfach, weil der letzte Angriff nur ein Jahr zurücklag. Einfach, weil der Islamische Jihad nicht über das weitreichende Raketenarsenal der Hamas verfügt. Die meisten Raketen würden in Ashkelon und Ashdod niedergehen. Städte, die sich direkt an der Grenze des Gazastreifens befinden. Städte, die seit dem israelischen Abzug aus Gaza 2005 unter wöchentlichem Raketenbeschuss leiden.

### **Das angebliche Freiluftgefängnis**

Gaza. Das ist ein Ort mit Meerblick. Ein bisschen grösser als München. Zwei Millionen Einwohner leben im Gazastreifen. Vor 2005 fuhren Israeli dorthin, um auf den palästinensischen Märkten einzukaufen und ein bisschen am Strand abzuhängen.

Gaza. Das ist ein Ort, von dem aus Palästinenser nach Israel zu ihren Arbeitsstellen fuhren. Bis zu dem Zeitpunkt jedenfalls, an dem Israel Gaza die Chance gab, das Projekt «unabhängiges Palästina» aus dem Boden zu stampfen. Alle Juden, die im Gazastreifen lebten, wurden umgesiedelt. Weil so ein freies Palästina, das mag keine Juden. Kein Problem. Verstehen wir alles. Es wurde sogar ein Einreise- und Aufenthaltsverbot für israelische Zivilisten verabschiedet. Die paar übrig gebliebenen Synagogen wurden angezündet, der Auszug der jüdischen Israeli frenetisch gefeiert.

Dann folgten blutige innerarabische Machtkämpfe, die fast zwei Jahre andauerten, bis die Hamas quasi die Kontrolle über den Küstenstreifen übernahm und seitdem innehat. Statt die Infrastruktur auszubauen und ein prosperierendes Stückchen Land zu kreieren, konzentrierte man sich lieber auf das Bauen von selbstgebastelten Raketen und das Buddeln unterirdischer Tunnels, um die israelische Zivilbevölkerung anzugreifen und mürbe zu machen. Mit dem heroischen Ziel, ganz Israel judenrein zu machen. «From the river to the sea» eben. Für ein freies Palästina.

Doch die Reaktionen Israels und Ägyptens folgten alsbald. Totale Abriegelung dieses irregewordenen Haufens, der unter schwerem Realitätsverlust leidet. Die Reaktion der Welt: Empörung! Klar. Was sonst. Seit nunmehr 17 Jahren wird das Narrativ der grossen Befreiung von Generation zu Generation weitergegeben. Kinder und Jugendliche werden in paramilitärischen Camps ausgebildet. Was sie lernen? Basteln, Buddeln, Ballern.

### **Gewinner und Verlierer**

Mein Cousin fuhr von der Autobahn ab. Nach Rishon Le Zion, um genau zu sein. Einem Vorort von Tel Aviv. Die Sonne ging gerade unter. Der Himmel verfärbte sich rosa-lila-orange. Richtig chic sah er aus. Immer noch Radiohead. Die Lieblingsband meines Cousins. Als wir in der Wohnung seiner Eltern ankamen, wurde gerade der Tisch gedeckt.

Auf dem Flat-Screen flackerten die israelischen Nachrichten. Benny Gantz, der Verteidigungsminister Israels, sprach mit ernster Stimme und erklärte die Lage. Meine Tochter spielte derweil mit ihren Cousinen. Radschlag. Malen. Tanzen. Alles auf Englisch und Hebräisch. Ich schrieb auf Whatsapp mit meinem Date hin und her. Könnte schwierig werden mit unseren Plänen, sein kleiner Bruder sei in der Armee. Schlechte Stimmung bei der Family. Verständlich. Bye-bye. Dann sagte ich der Babysitterin ab. Alltag in Israel.

Da macht dir der Islamische Jihad eben die Wochenendplanung kaputt. Dann Essen. Kein Wort zum Konflikt. Wozu auch? Alles schon hundertmal erlebt. Alles schon hundertmal durchgekaut. Eine Existenz im Grenzbereich zwischen Leben und Tod. Und das in Dauerschleife. Da wird man mürbe und auch ein bisschen resilient.

Zur Feier des Tages spielten wir Shesh Besh, Backgammon, was in Israel als Volkssport bezeichnet werden kann. Gegen meinen Cousin gewann ich. Gegen seinen Vater verlor ich. Haushoch. Bei der letzten Partie dann das erste «Boom». Die Mädchen schauten kurz auf. Was war das? Ach egal, mach mal noch einen Radschlag. Ich halte dich fest. Mehr Whatsapp-Nachrichten trafen ein. Diesmal von Freunden. Alles okay? Wo seid ihr? Geht's euch gut? Israels Red-Alert-Alarm-App auf meinem iPhone hörte gar nicht mehr auf zu vibrieren. Alle paar Sekunden ein neuer Raketenbeschuss. Nun gut, vielleicht doch lieber einen Bunker auf der Shenkin suchen. Was für eine Scheisse.

### **Nicht vor der Welt einknicken**

Aber die Nacht blieb ruhig. Meine Tochter schlief selig. Ich auch. Am nächsten Morgen gingen wir auf den Balkon. Es war Samstag. Ich hatte Frühstück gemacht. Wir sassen an dem kleinen weissen Tisch und schauten auf ein heruntergekommenes Gebäude und ein saniertes. Mehr Tel Aviv geht nicht. Dann zwei «Booms» hintereinander. Oha! Diesmal gab es keine kindliche Ablenkung. Diesmal musste ich ran. Mit meiner Erklärung, von der ich gewusst hatte, dass ich sie irgendwann zu liefern habe. Von Generation zu Generation. Auch auf der anderen Seite.

Was das für ein Geräusch sei, wollte meine Tochter wissen, und ich legte los: «Das ist das Geräusch, das entsteht, wenn das Raketenabwehrsystem Iron Dome eine Rakete in der Luft abschießt, denn seit gestern Abend fliegen Raketen aus Gaza auf Israel.» Sie riss ihre Augen auf. Wie, was, wo Raketen? Und ich begann ihr den Israel-Palästina-Konflikt zu erklären und dass da – nur 80 Kilometer entfernt von uns – Terroristen lebten, welche die Israeli vernichten wollten, aber dass wir glücklicherweise den Iron Dome haben, der dies tagtäglich zu verhindern weiss.

«Aber die Raketen in der Luft. Treffen die auch Vögel?», fragte sie nach. «Ich glaube nicht, Spatz, ich glaube, die Vögel begeben sich in Sicherheit, so wie wir es auch machen müssen, wenn ein Alarm ertönt.»

«Aber was ist mit den Babyvögeln, die gerade in der Luft trainieren?», wollte sie verzweifelt wissen. «Auch die bleiben dann bei ihren Eltern», sagte ich, ohne es eigentlich zu wissen. Denn ich hatte mich nicht vorbereiten können. Wie bereitet man sich schon für ein solches Gespräch vor? Ich wurde ein bisschen melancholisch. Derweil räumte meine Tochter den Tisch ab. Ich starrte auf die beiden Gebäude. Auf die Vergangenheit und die Gegenwart, die sie mit ihrer Fassade repräsentierten.



Vor acht Jahren hatte ich auf einem ähnlichen Balkon gesessen und den «Booms» gelauscht und die Raketen am Himmel abgefilmt. Das Video habe ich immer noch. Kein Ende in Sicht. Nur die Aufgabe, weiterzumachen, egal, was im Aussen passiert. Sich nicht vor der Welt ergeben. Lieber an den Strand gehen. Nicht einknicken. Lieber eine Sandburg bauen. Also stand ich auf, packte unsere Tasche und griff nach der Hand meiner Tochter.

Mirna Funk ist eine deutsche Schriftstellerin und Publizistin. Jüngst von ihr erschienen ist das emanzipatorische Pamphlet «Who Cares! Von der Freiheit, Frau zu sein», dtv, München 2022.

15 août (The Economist)

<https://www.economist.com/business/2022/08/14/could-the-ev-boom-run-out-of-juice-before-it-really-gets-going>

Business | Cell-side analysis

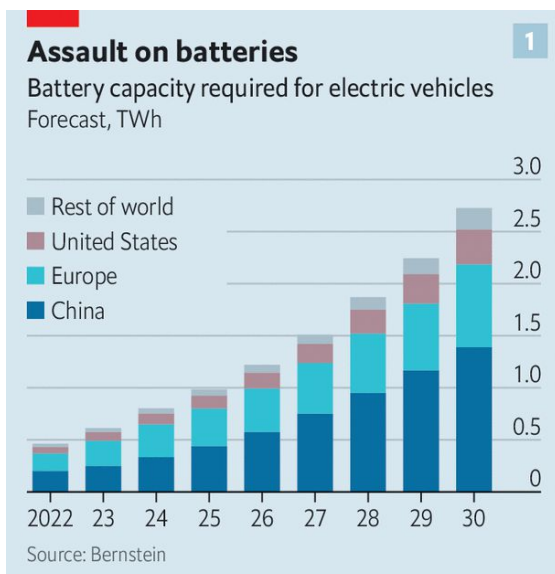
## Could the EV boom run out of juice before it really gets going?

Quite possibly, for want of batteries



Aug 14th 2022

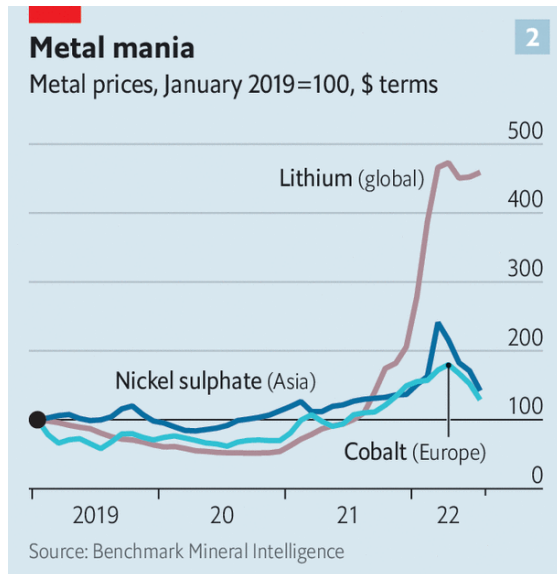
Electric vehicles (evs) seem unstoppable. [Carmakers](#) are outpledging themselves in terms of production goals. Industry analysts are [struggling to keep up](#). Battery-powered cars could zoom from 8% of global vehicle sales in 2021 to 40% by 2030, according to Bloombergnef. Depending on whom you ask, that could translate to anywhere between 25m and 40m evs. They, and the tens of millions manufactured between now and then, will need plenty of batteries. Bernstein reckons that demand from evs will grow nine-fold by 2030 (see chart 1), to 3,200 gigawatt-hours (gwh). Rystad puts it at 4,000gwh.



The Economist

Such projections explain the frenzied activity up and down the battery value chain. The ferment stretches from the salt flats of Chile's Atacama desert, where lithium is mined, to the plains of Hungary, where on August 12th catl of China, the world's biggest battery-maker, announced a €7.3bn (\$7.5bn) investment to build its second European "gigafactory". It is, though, looking increasingly as though the activity is not quite frenzied enough, especially for the Western car companies that are

desperate to reduce their dependence on China's world-leading battery industry amid geopolitical tensions. Prices of battery metals have spiked (see chart 2) and are expected to push battery costs up in 2022 for the first time in more than a decade.



The Economist

In June BloombergNEF cast doubt on its earlier prediction that the cost of buying and running an EV would become as cheap as a fossil-fuelled car by 2024. Even more distant targets, such as the EU's coming ban on new sales of carbon-burning cars by 2035, may not be met. Could the EV boom run out of juice before it gets started?

### Giga-ntic promises

On paper, there ought to be plenty of batteries to go around. Benchmark Minerals, a consultancy, has analysed manufacturers' declared plans and found that, if they materialise, 282 new gigafactories should come online worldwide by 2031. That would take total global capacity to 5,800GWh. It is also a big "if". Bernstein calculates that current and promised future supply from the six established battery-makers—BYD and CATL of China; LG, Samsung and SK Innovation of South Korea; and Panasonic of Japan—adds up to 1,360GWh by the end of the decade. The balance would have to come from newcomers—and being a newcomer in a capital-intensive industry is never easy.

The optimistic overall capacity projections conceal other problems. Matteo Fini of S&P Global Mobility, a consultancy, notes that gigafactories take three years to build but require longer—possibly a few extra years—to manufacture at full capacity. As such, actual output by 2030 may fall short. Moreover, manufacturers' unique technologies and specifications mean that cells from one factory are usually not interchangeable with those from another, which could create further bottlenecks.

Most troubling for Western carmakers is China's dominance of battery-making. The country houses close to 80% of the world's current cell-manufacturing capacity. Benchmark Minerals forecasts that China's share will decline in the next decade or so, but only a bit—to just under 70%. By then America would be home to just 12% of global capacity, with Europe accounting for most of the rest.

Americans' slower uptake of EVs may ease the crunch for carmakers there. Deloitte, a consultancy, expects America to account for just under 5m vehicles of the 31m EVs sold in 2030, compared with 15m in China and 8m in Europe. Big American carmakers already have joint ventures with the big South Korean battery producers to build domestic gigafactories. In July Ford and SK Innovation finalised a deal to build one in Tennessee and two in Kentucky, with the carmaker chipping in \$6.6bn and the South Korean firm \$5.5bn. The same month the Detroit giant struck a deal to import CATL batteries. General Motors and LG Energy are together putting over \$7bn towards three battery factories in Michigan, Ohio and Tennessee.

It is Europe's carmakers that seem most exposed. Volkswagen, a German giant, plans to construct six gigafactories of its own by 2030. Some, such as *bmw*, are teaming up with the South Korean firms. Others, including Mercedes-Benz, are investing in European battery-making through a joint-venture called *acc*. A number of European startups, such as Northvolt of Sweden, which is backed by Volkswagen and Volvo, are also busily building capacity. Yet the continent's car industry looks likely to remain quite reliant on Chinese manufacturers. Some of those batteries will be manufactured locally: *catl*'s first investment in Europe, a battery factory in Germany, is set to begin operations at the end of the year. Some packs or their components may, however, still need to be imported from China.

That is not a comfortable position to be in for European carmakers. It may become even less so if the *eu* introduces levies based on total lifecycle carbon emissions from vehicles, including electric ones. Northvolt's chief executive, Peter Carlsson, reckons that proposed *eu* tariffs on carbon-intensive imports could add 5-8% to the cost of a Chinese battery made using dirty coal power. That could be roughly equivalent to an extra \$500, give or take, per pack. Such rules would boost his firm's prospects, since it runs on clean Nordic hydroelectricity. It would also severely limit European carmakers' ability to source batteries from abroad.

### What's mined isn't yours

These manufacturing bottlenecks, serious though they are, look more manageable than those at the mining end of the battery value chain. Take nickel. Thanks to a big production increase in Indonesia, which accounts for 37% of global output of the metal, the market seems well supplied. However, Indonesian nickel is not the high-grade sort usable in batteries. It can be made into battery-compatible stuff, but that means smelting them twice, which emits three times more carbon than does refining higher-grade ores from places like Canada, New Caledonia or Russia. Those additional emissions defeat the purpose of making *evs*, notes Socrates Economou of Trafigura, a commodities trader. Carmakers, particularly European ones, may shun the stuff.

[Cobalt](#) has become less of a pinch point. A price spike in 2018 prompted battery-makers to develop battery chemistries that use much less of it. Planned mine expansions in the Democratic Republic of Congo (*drc*), home to the world's richest cobalt deposits, and Indonesia should also tide battery-makers over until 2027. After that things get trickier. Getting more of the stuff may require manufacturers to embrace the *drc*'s artisanal mining, the formalisation of which has yet to bear fruit. Until it does, many Western carmakers say they would not touch the sector, where adults and many children toil in harsh conditions, with a barge pole.

Most uncertainty concerns lithium. A shortage is forcing manufacturers unable to get their hands on enough of the metal to cut production. For now consumer-electronics firms are bearing the brunt. But the smaller batteries in electronic gadgets only represent a fraction of demand. *ev*-makers, whose battery packs use a lot more, could be next.

By 2026 the lithium market is projected to tip back into surplus, thanks to planned new projects. However, most of these are in China and rely on lower-grade deposits which are much costlier to process than those of Australia's hard-rock mines or Latin America's brine ponds. Mr Economou estimates that a price of \$35,000 per tonne of the battery-usable form of lithium carbonate is required to make such projects worthwhile—lower than today's lofty levels, but three times those a year ago.

The high-grade stuff due to come from elsewhere should not be taken for granted, either. Chile's new draft constitution, which will be put to referendum in September, proposes nationalising all natural resources. Changes to the tax regime in Australia, which already has some of the highest mining levies in the world, could deter fresh investments in "green"-metal production. In late July the boss of Albemarle, the largest publicly traded lithium producer, warned that, despite efforts to unlock more supply, carmakers faced a fierce battle for the metal until 2030.

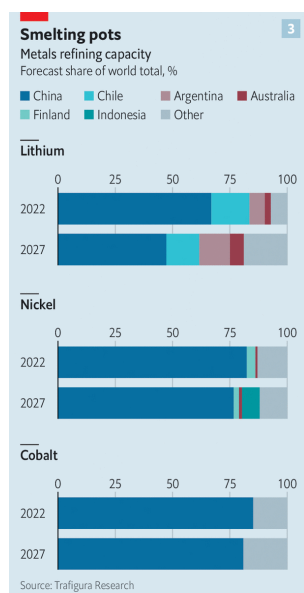
Because building mines takes anywhere from five to 25 years, there is little time left to get new ones up and running this decade. Big mining firms are reluctant to get into the business. Markets for green metals remain too small for mining “majors” to be worth the hassle, says the development boss at one such firm. Despite their reputation for doing business in shady places, most lack the stomach to take a gamble on countries as tricky as the drc, where it is hard to enforce contracts. Smaller miners that usually get risky projects off the ground cannot raise capital on listed markets, where investors are queasy about the mining industry, which is considered risky and, ironically, environmentally unfriendly.

The resulting dearth of capital is attracting private-equity firms—often founded by former mining executives—and manufacturers with a newfound taste for vertical integration. lg and catl are among the battery producers which have backed mining projects. Since the start of 2021 carmakers have made around 20 investments in battery-grade nickel, and five others in lithium and cobalt. Most of these projects involved Western firms. In March, for example, Volkswagen announced a joint venture with two Chinese miners to secure nickel and cobalt for its ev factories in China. Last month General Motors said it would pay Livent, a lithium producer, \$200m upfront to secure lumps of the white metal. The American ev champion, Tesla, is signing deals left and right.

Mick Davis, a coal-mining veteran now at Vision Blue Resources, an investment firm that invests in minor miners, doubts that all this dealmaking will be enough to plug the funding gap. Recycling, which usually makes up a quarter of supply in mature metals markets, is not expected to help much before 2030. Tweaks to battery designs may moderate demand for the scarcest metals somewhat, but at the risk of lower battery performance. Lithium in particular will remain hard to substitute. Technologies that do away with it entirely, such as sodium-based cathodes, are a long way off.

## Helter-smelter

Even if the West’s ev industry somehow managed to secure enough metals and battery-making capacity, it would still face a giant problem in the middle of the supply chain, refining, where China enjoys near-monopolies (see chart 3). Chinese companies refine nearly 70% of the world’s lithium, 84% of its nickel and 85% of its cobalt. Trafigura forecasts that the shares for the last two of these will remain above 80% for at least the next five years. And as with battery manufacturers, Chinese refiners gobble up dirty coal-generated electricity. On top of that, according to Trafigura, both European and North American firms are also expected to rely on foreign suppliers, often Chinese ones, for at least half the capacity to convert refined ores into the materials that go into batteries.



The Economist

Western governments say they understand the urgent need to diversify their suppliers. Last year Joe Biden, America’s president, unveiled a blueprint to create a domestic supply chain for batteries. His

mammoth infrastructure law, passed in 2021, set aside \$3bn for making batteries in America. The Inflation Reduction Act, which Congress passed on August 12th, also includes sweeteners for the battery industry, contingent in part on mining, refining and manufacturing components at home or in allied countries. The eu, which created a bloc-wide battery alliance in 2017 to co-ordinate public and private efforts, says €127bn was invested last year across the supply chain, with an additional €382bn expected by 2030. Most of this is likely to land downstream, helping Europe and America to become self-sufficient in the production of finished cells by 2027.

That is something. And it remains possible that enough discoveries of new deposits, more efficient mining technology, improved battery chemistry and sacrifices on performance all combine to bring the market into balance. More likely, as Jean-François Lambert, a commodities consultant, puts it, the ev industry is “going to be living a big lie for quite some time”.



15 août (The Economist)

<https://www.economist.com/leaders/2022/08/11/thanks-to-vladimir-putin-germany-has-woken-up>

Leaders | The new Germany

## Thanks to Vladimir Putin, Germany has woken up

Less starry-eyed policies on security and energy should help it lead Europe



Aug 11th 2022

To borrow a phrase from the late Emperor Hirohito, the war in Ukraine has developed not necessarily to Vladimir Putin's advantage. It has sent Finland and Sweden bolting for the [cover of nato membership](#). It has deepened Ukrainian nationalism, strengthened the democratic alternative Ukraine offers to Mr Putin's own tyranny, and led customers for Russia's energy to look elsewhere. It has also prodded a sleepy giant, Germany, rousing a country that has been both Russia's best partner and its worst enemy. Mr Putin's warmongering may prove to be the catalyst that turns Germany into his own nightmare: a stronger, bolder, more determined leader of a more [united Europe](#).

Germany badly needed that prod. Complacent and just a little self-satisfied, it was [late to realise](#) how fast the world was changing around it. Now, however, a remarkable opportunity is within its grasp, as Germans experience a rare thing in a democracy: a consensus about the need for broad, sweeping change to the economy and security.

The clouds were long gathering. Yes, Germany boasts an enviable record as Europe's strongest economy, most stable polity and, Germans like to think, most responsible citizen. But Germany's dependence on cheap Russian fuel, carefully cultivated by Russia, has been exposed by the Ukraine war. Germans are not only vulnerable to the Kremlin's energy blackmail, but have also been bankrolling Mr Putin's invasion.

That wretched situation was a product of another of Germany's failings: a reluctance to question rosy assumptions rooted in its own happy recent history. Comforting notions, such as that trading with Russia would tame its belligerence, a theme beloved of Angela Merkel, a long-serving chancellor, allowed Germany to turn a deaf ear for too long to pleas from allies for more robust investment in its own and Europe's defence.

Germany has shied away from other challenges, too. Its economy remains over-reliant on the export of traditional engineering products where there is little room for growth, and over-reliant on one country, China, as a source of inputs and a market for its goods. Partly because of strict rules on public spending, Germany has underinvested in infrastructure; all too often its trains do not run on time. The public and private sectors are held back by the slow digitisation of services as well as a shortage of skilled workers—a harbinger of a demographic danger, as over the next decade more Germans will retire than enter the workforce.

Now a new Germany is hatching. Three days after the invasion, Olaf Scholz, then a new chancellor heading an untested coalition, gave his much-applauded *Zeitenwende* speech to the Bundestag, signalling a break with the country's post-war tendency towards pacifism. He has set the agenda for years to come.

The good news is the country's challenges are manageable. Take energy. When Mr Putin invaded, Germany relied on Russia for 55% of its gas. Doomsayers warned that supplies would be choked off, German factories would close and families would shiver in their kitchens. In fact, even as Russia's share of the German gas market has halved, stores of gas for winter are building at a normal pace. Industry says it can cut back use more than expected. Faced with higher prices and conservation campaigns, households will do the same. Germany is restarting mothballed coal-fired power plants. It will invest in renewables. It should (and probably will) extend the life of three nuclear plants that had been rashly scheduled to close. It should also lift a ban on fracking that has put its hefty reserves of shale gas out of reach.

With enough determination, other troubles have fixes, too. Mr Scholz has pledged to boost defence spending by a third—though the core budget this year is flat. New outlays will fund a sweeping equipment upgrade. He has also promised a less starry-eyed approach to foreign affairs, sending heavy weapons to Ukraine in defiance of the old pacifist taboo. His government has initiated a thorough review of relations with China, and is soon to issue a national-security strategy. Tellingly, that is Germany's first such effort at framing its own geostrategic goals.

Digitising and greening its industry and adding high-end services to the mix will be harder. The myriad companies in its *Mittelstand* could remain the bedrock of Germany's economic strength if they embraced the digital challenge. Luckily, business leaders and Mr Scholz's government both appear pragmatic. Immigration rules are being tweaked to entice more skilled workers into the country. Germany is also much more open towards deficit spending, not only at home but in Europe, too.

Its solid relations with Europe are another advantage, the result of decades of nurturing allies, including an occasionally obstreperous America. In the future, as firms look for ways to make their supply chains more robust, reliable Germany will be an attractive place to invest.

Dangers still lurk. Turkey or a second Trump administration could "defect" from the nato alliance. Germany would then face a far more burdensome security challenge as the alliance's second-biggest, but militarily most underpowered, member. Ramping up spending should be just the first step in a radical overhaul of a squeamish and bureaucratized army that is poorly geared to defend the more exposed countries on nato's periphery.

Germany has wisely and consistently put Europe at the centre of its concerns. But in the face of political challenges to the eu from Poland, Hungary and, potentially, a new right-wing government in Italy, Germany has a vital role to play in holding the project together. On this, and matters such as a deeper single market, Mr Scholz should get off the back seat and sit up front.

Which came first, the eagle or the egg?

The greatest danger, though, is that this moment is lost and Germany slips back into caution and stasis. Comprehensive change takes years and Mr Scholz is not especially popular.

Ukraine will be an early test of Germany's mettle. Though Mr Scholz's tough stance against Mr Putin still convinces most Germans, support has been softening and the cost of the war has yet to hit heating bills. If Germany were to abandon Ukraine, that would be a tragedy, for Germans as well as Ukrainians. This is a conflict over the future of a continent. It is also an opportunity for Germany to reclaim its place at the heart of Europe.

15 août (The Economist)

<https://www.economist.com/briefing/2022/08/11/germany-is-facing-dramatic-change-in-many-dimensions-all-at-once>

Briefing |

## Schafft Deutschland das?

Germany is facing dramatic change in many dimensions all at once

It will not be easy to handle



Aug 11th 2022 | BERLIN

Much of Germany's success in recent decades can be put down to staying the course. Even its dramas were dramas of continuity—as when, in 2015, Angela Merkel refused to change the country's asylum policy in the face of a huge influx of Syrian refugees. “Wir schaffen das,” she said as she held open the door—“We can handle this.” The much-quoted remark projected compassion and confidence while offering voters astute reassurance. Germany was strong and stable enough to cope with this extraordinary development. There would be readjustments, but no deep changes, nor serious costs.

The crisis brought on by Russia's attack on Ukraine this February is of a different order. Olaf Scholz, who took over from Mrs Merkel last December at the head of a coalition of social democrats, greens and liberals, was quick to grasp the shift. Speaking just three days after Russian tanks rolled over the border he declared the arrival of a *Zeitenwende*—a change in the spirit of the times. Germany would support Ukraine to the hilt, he said. It would punish Russia with sanctions and pump up its own army. It would reverse its willingness—partly a policy of engagement through trade, partly opportunism—to depend on Russia for inordinate amounts of natural gas.

The tough words opened up a much wider debate on the need to part from well-worn paths, a debate in which almost nothing seems sacred anymore. The Greens in Mr Scholz's coalition seem willing to bite bullets on nuclear-power stations and coal power. Conservatives talk of releasing the deficit-spending caps that have hogtied public investment; titans of industry admit that yes, German business will sink if it does not learn to swim in new and rougher waters.

If all the rhetoric is to be believed, a new Germany is emerging: one more pragmatic and less preachy, less self-satisfied and more decisive. It promises to evolve into a more self-reliant and more assertive locomotive for an expanding European project, a global hub for new industries and green technology and a country comfortable with asserting itself using its armed forces. If things go right, Germany's war-spurred transformation may prove one of Vladimir Putin's biggest regrets.

But that is a big if.

To be fair, not all the credit for Germany's newfound openness to change should go to Mr Putin. Pressure had been building for years. Prosperous as they were, Germans could see that their infrastructure was aching after decades of underinvestment, that their industry was overdependent on exports to China, that companies struggled to find the right staff. Many felt longer-term challenges such as climate change and keeping the pensions system solvent were being neglected.

The poor showing of Mrs Merkel's Christian Democrats in last year's election reflected the nation's accumulated impatience. The government that replaced hers is the youngest and most diverse Germany has seen. This *Ampel* ("traffic-light") coalition, so called because of the red, yellow and green of its three parties, started with a strong agenda for domestic reform. Its talk was of a greener, highly digitised "social-market economy". This was quickly overshadowed by the *Zeitenwende*. But elements of it are moving forward in step with the drive to improve the armed forces and reshape the energy landscape.

Six months on from the chancellor's speech, his government's record of moving from words to deeds is not too bad. Germany has sent money and arms of its own to Ukraine's government. It has provided further money through the eu and "backfill" deals in which German arms supplied to nato allies have allowed those allies to send more weapons to Ukraine. It is also hosting close to a million refugees. Some 150,000 Ukrainian children are now registered in German schools.

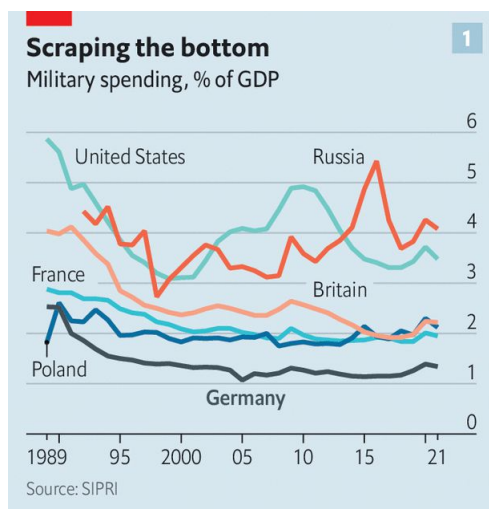
Many, though, have found fault with aspects of this response. Though Germany has sent money, others have sent more, especially when measured as a share of gdp. In Ukraine, there have been complaints that Germany was slow to get going and the long list of goodies it has given is dominated by obviously surplus and hand-me-down kit. There are signs that the German army, hollowed out by decades of underspending, has been reluctant to part with what little it has.

That said, a plodding-but-steady approach may see Germany helping Ukraine more than most over the longer term. Military aid has certainly accelerated. The arrival this month of the first German-made mobile rocket launchers marked the most significant contribution yet from a country that for decades has routinely refused to send weapons into war zones.

### More red balloons needed

When it comes to isolating the non-energy sectors of the Russian economy, the record is more consistent. Despite sanctions imposed following Mr Putin's annexation of Crimea in 2014, at the beginning of this year Germany remained Russia's top foreign investor, with some 4,000 German firms active there. More than 200 German firms continue to do business in Russia, including Globus (supermarkets) and Fresenius (health care). But the vast majority have now closed operations and pulled out staff, going beyond what was made necessary by new eu sanctions because of concerns about safety, deference to public opinion and a belief it was the right thing to do. This has hit investments, partnerships and sales hard, blows which have been borne with little complaint.

Politicians, too, have upped their game. The Green party has long had a strong pacifist streak, but it was nowhere to be seen when Annalena Baerbock, the 41-year-old foreign minister, one of the government's two leading Greens, told students at the New School in New York that Russia's "brutal war" is an attack on "freedom, democracy and human rights". Mr Scholz's own party was long associated with a go-softly approach to Russia. Its previous chancellor, Gerhard Schröder, in office at the turn of the century, became a lobbyist for Russian interests after leaving office. Yet the party's 44-year-old current co-chair, Lars Klingbeil, bluntly describes military force as a legitimate tool for peace. "It is not talking about war that leads to war," he said in a recent speech. "Closing your eyes to reality leads to war."



The Economist

So does an unwillingness to be serious about defence. The part of Mr Scholz's speech that most heartened his nato allies was his pledge to crank military spending up to 2% of gdp, a goal which the alliance agreed on more than a decade ago but which Germany has egregiously failed to meet. In the mid-2010s it was spending only just over 1% (see chart 1).

A special fund of €100bn (\$103bn) will be used to increase spending on the armed forces from the €51bn in the 2021 budget to an annual €80bn or so. Its first big dollops are destined for the scrawny Luftwaffe, which will be receiving 35 f-35 fighters from America in an \$8.4bn deal.

Increasing investment is not enough on its own. "It is necessary to spend a lot of money on the Bundeswehr," says Nico Lange, a former chief of staff at the defence ministry, "but what you really need to change is its bureaucratic culture." He says the army has become desk-bound. "We fuss about training Ukrainians to handle our 'advanced' weapons, when it is us who should learn from them how to improvise on the battlefield and take the initiative."

Challenging though the increase in military ambition is, the change in energy policy carries bigger implications for the domestic economy. Mrs Merkel's various administrations not only let Russia's share of gas imports reach 55%. They also approved the sale of refineries, gas-storage facilities and other crucial infrastructure to Russian firms. They built no terminals for liquefied natural gas (lng) tankers coming from more distant providers; they banned fracking, a technology that could have allowed Germany to exploit its own gas reserves. Market-based reforms to renewables funding damped the exponential boom of the early 2010s down into steadier, less dramatic growth. Nuclear power was phased out in an ill-thought-through response to the disaster at Fukushima.

In terms of its stated aim of using mutually beneficial trade to encourage change in Russia this was a complete bust. And it has left Germany in the embarrassing, indeed tragic, situation of funding Mr Putin's aggression. Germany's payments for fossil fuels have put some €18bn into Mr Putin's pocket since his tanks rolled into fresh parts of Ukraine on February 24th, according to the Helsinki-based Centre for Research on Energy and Clean Air.

The anticipated difficulty of weaning the country off Russian energy by the summer of 2024, as the government hopes to do, has provoked fears of catastrophic deindustrialisation and popular uprising in the press. So far, though, reductions have been faster than expected and not particularly painful. As Mr Putin has squeezed gas supplies, Germany has found various replacement sources, often by outbidding other countries. The amount of gas coming from Russia is now just 26% of the total, according to the government. Storage facilities, which were at a very low ebb before the war, have been filled to the normal level for August. By early next year the first of five new lng terminals should be on stream.

Reductions in demand are moving ahead. Big firms such as Mercedes-Benz and basf, a chemicals giant, now say they can make do with a lot less gas than they initially thought; the carmaker says it has already cut its gas use by 10% and can get to 50% by the end of the year, though it does not specify how. The government plans to launch an auction mechanism that will let firms offer reductions in gas use at a specific price, allowing the government to find the most efficient options. To encourage frugality among domestic users, who are typically on long-term fixed-price gas contracts, the government will be charging a gas surcharge from October, while at the same time promising further support for the finances of hard-hit consumers.

Both industrial and household gas consumption will also be cut by Germany's European neighbours (which have pledged 15% reductions). Coupled with more gas coming into Europe from sources such as Qatar, Algeria and America and a temporary switch back to coal for electricity generation that should enable Germany to get through the winter without rationing and with minimal reliance on Russian gas—say 20% of the full capacity of the Nord Stream 1 pipeline. If the winter is particularly cold, though, or if flows from Russia cease completely, further measures will be needed.

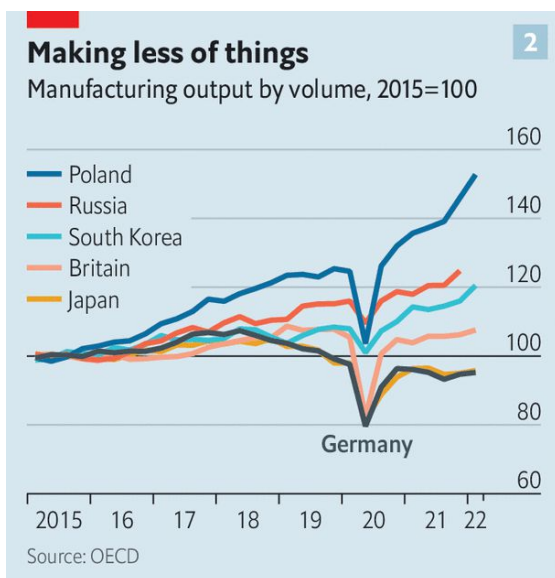
The energy crunch has put a spotlight on Robert Habeck, who as vice-chancellor and minister for economic affairs is the senior Green in government. The war has provided strong tailwinds to the Greens' ambitious plans to expand renewable capacity in Germany, and Mr Habeck is using the crisis to overcome political resistance to those plans in states governed by the Christian Democrats. In July the upper chamber of parliament (in which the states are represented) approved a package of measures to speed up planning, approval and construction of green-energy projects he had brought forward.

Mr Habeck has been helped by his willingness to be pragmatic, as in the temporary reopening of mothballed coal-burning power stations. He has not yet buckled on long-standing plans to shut down the last three nuclear plants in December, a move which will reduce electricity supply by 6%. But with his own popularity high, with European allies pleading for such action and with polls showing that some 80% of Germans, including a majority of Greens, favour keeping the plants open for at least a few more months, giving in on this issue looks like a no-brainer.

Germany thus seems well on its way to expanding its roster of energy suppliers, making it less strategically vulnerable. In the long run more renewables, and a transition away from natural gas to hydrogen made by electrolysis, may make it more self-sufficient. But with high prices for gas and also for carbon emissions (which means coal is not a cheap option) there are large near-term costs and a widespread fear that industries which have relied on cheap Russian gas, could be in real trouble.

That need not be the case across the board. As Monika Schnitzer of Munich University points out, it is relative costs that matter, more than absolute ones. "If other countries face similarly high gas prices, which in global gas markets will happen over time, production may well remain in Germany, especially of those products that use both gas and technology." But an economy with a large chemical industry and a dependence on manufacturing cannot look at higher energy prices with equanimity.





The Economist

German manufacturing is no longer growing in absolute terms (see chart 2). But in 2019, before the pandemic, it still accounted for almost 20% of gdp, compared with 11% in America and 9% in Britain. Though economists expect the economy to shift further towards services, its industrial character will persist. As Jens Südekum of the University of Düsseldorf puts it, “Germany’s services will not be the new Facebook, but rather services closely tied to manufacturing, like the internet of things.”

But transforming an industrial economy requires digital skills, and there Germany has lagged behind. Mrs Merkel was calling the internet “new territory” as late as 2013. While the availability of broadband and high-speed mobile connections has improved, the integration of digital technologies into businesses or public administration remains unimpressive. A key challenge in this, as many other areas, is a lack of qualified staff. Germany’s working-age population is on course to shrink faster in the current decade than that of any other major economy save South Korea. Even with high immigration, which Germany now, in another sign of its turn to pragmatism, plans to encourage, the country is unlikely to make up for the shortfall.

Industry also faces the problem of markets for its manufactures. Russia is lost. The bdi, Germany’s industry association, warned as long ago as 2019 of the need to avoid overexposure to China. And the nature of the things the world wants is changing as a result of the energy transition.



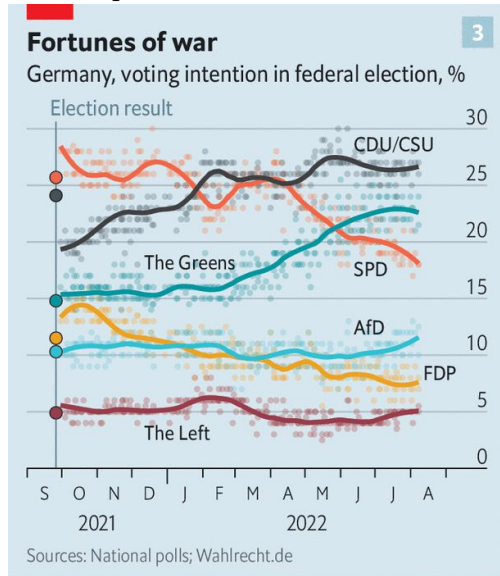
The Economist

Take the beloved car industry. The agreement which saw Tesla, an electric-vehicle maker, build a factory near Berlin was hailed as a great success. But even if, despite the company’s predilection for vertical integration, the factory boosts the fortunes of some suppliers, it will bring little cheer to the country’s network of highly skilled engineering companies devoted to the intricacies of the internal-

combustion engine. And their own car companies are moving in a Tesla-like direction—and thus in need of batteries Asia knows how to make cheaply, not fuel injectors Germany knows how to make exquisitely.

Hopes for growing tech clusters around the Tesla factory, and in the “Silicon Junction” near Magdeburg (also in the east) where Intel, an American chipmaker, is spending €17bn on a semiconductor fab, may be borne out. Further foreign investment may follow. But the economic benefits will not necessarily flow to Germany’s settled manufacturers. Wrenching change of the sort the country has largely sought to avoid will be the order of the day. That said, European efforts to “friendshore” existing supply chains away from China are bound to benefit some German manufacturers.

### The importance of enemies



The Economist

Germans may well forgive their politicians for privations closely connected to the war. Recent polling shows strong majorities remain in favour of sanctioning Russia and sending arms to Ukraine. But among the coalition partners only the Greens are seeing growing support. Mr Scholz’s ratings and those of his party have steadily dwindled since February (see chart 3). Supporters of its third part, the Free Democrats, are increasingly defecting to the Christian Democrats. A sense of national purpose is already being undermined by squabbling as to the respective roles of the federal government and the states in reducing gas demand and the siting of wind turbines and transmission lines.

Constanze Stelzenmüller of Brookings, a think-tank, feels confident that Germany will not slump back into old habits. The *Zeitenwende* is real, she believes, and the government is working all-out to make it happen. But she adds a caution. “It is real because of Putin and the fact that he is not going to stop,” she says. “If this had been a one-week war, things might be different.” It may be that, for Germany to make a sustained commitment to change, a sustained challenge is needed.

15 août (NZZ)

<https://www.nzz.ch/international/gewalt-im-freibad-sommer-sonne-gebrochenes-nasenbein-ld.1697070>

## Sommer, Sonne, gebrochenes Nasenbein: Im Freibad in Neukölln muss die Polizei die Bademeister vor den Gästen beschützen

Deutschlands Freibäder waren früher Treffpunkte für die ganze Gesellschaft. Das ist vorbei. In den Grossstädten kommt es vielerorts immer wieder zu Massenschlägereien. Besonders übel ist es in der Hauptstadt. Ein Besuch.

Beatrice Achterberg, Berlin

14.08.2022, 05.30 Uhr



**Einige Schwimmbäder in deutschen Grossstädten benötigen mittlerweile Unterstützung durch die Polizei, um den Frieden zu wahren.**

Christian Schroth / Imago

Wer an einem Werktag im August vormittags um zehn ins Sommerbad Neukölln geht, könnte es für ein gewöhnliches Freibad halten. Es ist schon stechend heiss, aber ruhig, als die Rentner ihre letzten Bahnen ziehen, bevor sie tiefend aus dem 50-Meter-Becken steigen. Sie watscheln durch die Sonne zu den Umkleieräumen, wo in abgenutzten Schliessfächern mit Münzeinwurf ihre Habseligkeiten warten. Die Alten verschwinden, bevor die Jungen kommen. Verständlich.

Das Sommerbad im Bezirk Neukölln macht immer wieder Schlagzeilen, und es ist damit in der deutschen Hauptstadt nicht allein. Ende Juli löste eine Wasserpistole im Bad am Insulaner im Ortsteil Steglitz eine Schlägerei mit etwa hundert Beteiligten aus. Handyvideos zeigten brüllende und prügelnde junge Männer in Badehosen. Messer wurden gezückt, es gab Verletzte, am Ende musste die Polizei mit 13 Fahrzeugen anrücken. Wenige Tage später wurde einer Frau im Neuköllner Sommerbad die Nase gebrochen. Auch hier soll es mit einer harmlosen Wasserspritzerei angefangen haben.

Laut der Polizeipräsidentin der Hauptstadt, Barbara Slowik, haben die Schlägereien in den Freibädern eine «neue Qualität» erreicht. Was das heisst, konnte man im Juli auch in Neukölln beobachten. Die Security-Mitarbeiter des Sommerbads mussten sich am Ende vor Gästen, die mit Schlagstöcken und Reizgas bewaffnet waren, in den Bademeisterturm retten. Sie trauten sich erst wieder heraus, als die Polizei da war.

Wie schlimm ist die Lage wirklich? Wir trauen uns hinein, am bisher zweitheissesten Tag des Jahres.

Für 5.50 Euro und nach fast einer halben Stunde Wartezeit gelangt man zur Kartenkontrolle, und hinter der Drehtür wartet die Welt des Neuköllner Sommerbads. Sie ist vor allem: laut. Wer kommt, wenn die Rentner schon weg sind, muss einen konstanten Lärmpegel auf dem Level eines Klassenzimmers ohne Lehraufsicht ertragen können.

### «Macheten gab es nicht»

Ein Bademeister Anfang 30 raucht vor seiner Schicht noch eine Zigarette. Die Aufregung sei übertrieben, sagt er. Gewalt gebe es in Berlin überall. Über dem roten Achselhemd trägt er eine Goldkette, auf den Oberarmen Tattoos. Und der jüngste Polizeigrosseinsatz? Die Presse habe nicht alles richtig beschrieben, kritisiert der Bademeister, der nach eigenen Angaben schon sein ganzes Leben in Neukölln lebt: «Macheten gab es nicht, aber Pfefferspray.» Sein Job sei es, im Streitfall zu schlichten, er sei dabei auch eine Art Therapeut. «Hallo Costa!», grüsst der Bademeister einen Stammgast, bevor er seine Runde um die Becken dreht.

Als Frau könne man sich im Sommerbad Neukölln sicher fühlen, sagt der Aufseher noch. Das stimmt zumindest an diesem Tag. Egal, ob auf den Wiesen, vorm Imbiss oder auf der Rutsche: Ich kann mich überall unbehelligt bewegen – was natürlich auch an den sechzehn Security-Männern liegen könnte, die hier neben den sechs Bademeistern patrouillieren. Oder an der Polizeieinheit vom Eingang.

Ab und zu sieht man, wie die Security-Männer dazwischengehen. Dann diskutieren sie mit den Gästen, verhindern, dass ein Streit eskaliert, bitten darum, Handtücher nicht dorthin zu legen, wo es verboten ist. Früher durften 15 000 Menschen ins Bad, heute lässt man nur noch die Hälfte hinein, auch wegen der Gewalt.

Zwei Polizisten streifen über das Gelände des Freibads. «Früher war es schlimmer», sagt der ältere der beiden Beamten, «da haben die Bademeister versucht, es selbst zu regeln.» Er spricht von einem gewaltbereiten migrantischen Milieu, das sich in den Bädern abreagiere. «Bei der Hitze drehen einige von denen durch», sagt er. «Zu viel Testosteron.»

Das Stichwort Testosteron fällt oft an diesem Tag, in den Gesprächen mit der Polizei und mit den Bademeistern. Und immer geht es um junge Männer mit [Zuwanderungsgeschichte](#). In Neukölln hat fast jeder zweite Einwohner einen Migrationshintergrund. Einen ähnlichen demografischen Wandel haben auch andere deutsche Grossstädte erlebt, und auch dort sind viele Freibäder heute soziale Brennpunkte, ja [Tatorte](#). Das war nicht immer so.

### Früher reichte die Trillerpfeife

Seit den 1950er Jahren waren Deutschlands städtische Freibäder jahrzehntelang soziale Treffpunkte im besten Sinne. Mit den Wertsachen im Schliessfach gaben die Gäste auch den gesellschaftlichen Status ab. Im nassen Nylon war jeder gleich. Eine Grundbedingung dafür war ein Gefühl von Sicherheit; Streitigkeiten lösten die Bademeister mit der Trillerpfeife. Heute sagt der Präsident des deutschen Verbandes der Bademeister, Peter Harzheim, er würde mit seinen drei Enkelkindern nicht mehr ins Freibad gehen.

Auf einer Liegewiese im Sommerbad Neukölln ist die Hitze dank den schattenspendenden Bäumen einigermaßen erträglich, hier fläzen sich auch junge Familien. Zwei Mütter haben unter einer

Eiche ihr Plätzchen gefunden, packen Kekse aus, versorgen die Kleinsten, während sich die grösseren Kinder zum Wasser aufmachen.

Haben die Frauen keine Angst, dass ihren Kindern etwas passiert? «Nein», antwortet eine. Sie kommt aus dem vergleichsweise gemütlichen Ortsteil Köpenick im Südosten der Stadt. «Die klären das unter sich», sagt die Mutter und meint damit die Jungen und jungen Männer mit Migrationshintergrund. Sie erwähnt auch die Clans, die in Teilen von Neukölln tonangebend sein sollen. «Ich habe meiner Tochter gesagt, sie soll vorsichtig sein, wen sie nass spritzt mit der Wasserpistole», sagt die andere Mutter.

### **Segregation auf der Liegewiese**

Im Englischen gibt es den Begriff des «melting pot», zu Deutsch Schmelztiegel. Der soll entstehen, wenn sich die Lebensweisen und Werte verschiedener Nationalitäten in einem Einwanderungsland vermischen und eine neue Kultur hervorbringen.

Bei näherem Hinsehen ist das Sommerbad Neukölln kein Schmelztiegel. Wie von unsichtbaren Linien getrennt, halten sich die Gäste, deren Familien aus der Türkei, aus Libanon oder Syrien stammen, an anderen Plätzen auf als die einheimischen Deutschen. Einige Meter vor dem 50-Meter-Becken etwa belegen Frauen mit Kopftüchern und dicke Männer in Unterhemden die Grünflächen. Sie haben sich für den ganzen Tag eingerichtet, sitzen auf Campingstühlen und sind bestens ausgestattet mit vorher gekauften Snacks. Badegäste ohne Migrationshintergrund sieht man hier keine.

Deren Revier ist die hintere Liegewiese, wo es auch deutlich ruhiger ist. Man erkennt sie an ihren kurzen Ponyfrisuren, den filigranen schwarzen Tattoos auf der blassen Haut und dem Bier in der Hand.

Um 13 Uhr sind die Becken endgültig voll. Mehr als einen halben Meter kommt man schwimmend nicht mehr voran, ohne den nächsten Körper zu rammen. Es wird geschrien und geschubst. Würde man das Gewusel aus der Vogelperspektive betrachten, sähe es vermutlich aus wie ein schwimmender Ameisenhaufen. Ältere Gäste sind fast keine mehr da.

### **«Yalla, let's go!»**

Das Wort, das man am meisten hört, ist «Yalla!», der türkische Ausdruck für «Los!». «Yalla, let's go!», sagt ein Mädchen zum anderen, um zu signalisieren, dass es aus dem Becken heraus will. Man sieht viele Burkinis, auch von bekannten Sportmarken. Bei einigen Frauen sind nur Hände, Füße und Gesicht sichtbar, alles andere ist verhüllt.

Das grosse Becken im Zentrum des Freibads wird dominiert von jungen Männern. Unter Gebrüll springen rund zwei Dutzend von ihnen koordiniert ins Wasser, immer und immer wieder, wie Synchronschwimmer, nur deutlich weniger grazil. Ab und zu picken sich die Bademeister ein besonders wildes Gruppenmitglied heraus und ermahnen es mit mässigem Erfolg zu mehr Umsicht.

Unter den Polizeibeamten, die am Eingang aufpassen, ist auch eine Frau um die dreissig. Ihr Berliner Dialekt ist schwach, aber hörbar. Die Schlägereien seien nicht schlimmer als früher, sagt sie, nur die mediale Aufmerksamkeit sei gestiegen. Trotzdem würde sie das Freibad, das sie bewacht, nicht als Gast besuchen. «Prinzenbad, Insulaner, Pankow, das hier . . . da muss ich nicht hin.» Warum? Wegen der vielen Besucher, die sich nicht benehmen könnten und kein Nein verstünden, sagt sie. Die Polizistin empfiehlt das Strandbad Weissensee im Nordosten der Stadt. Da sei es zwar auch voll, aber man werde als Frau nicht begafft. Es gebe «einfach eine andere Zusammensetzung».

In den letzten zwei Stunden, bevor das Sommerbad schliesst, kommen wieder ein paar Rentner. Jetzt, da die meisten Jungen verschwunden sind, können sie im 50-Meter-Becken wieder ihre Bahnen ziehen. Wenn man ihnen zuschaut, könnte man meinen, man sei in einem normalen Freibad.



15 août (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/08/13/attaque-contre-salman-rushdie-faire-front-contre-l-obscurantisme\\_6137951\\_3232.html](https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/08/13/attaque-contre-salman-rushdie-faire-front-contre-l-obscurantisme_6137951_3232.html)

## Attaque contre Salman Rushdie : faire front contre l'obscurantisme

ÉDITORIAL

L'agression au couteau dont l'écrivain britannique, auteur des « Versets sataniques » en 1988, a été victime, vendredi 12 août, nous oblige à la défense intraitable de la liberté de penser et d'écrire.

Publié le 13 août 2022 à 11h52 - Mis à jour le 13 août 2022 à 17h16

Le couteau de l'obscurantisme s'est attaqué une nouvelle fois à la liberté. Plus de trente ans après l'intolérable appel au meurtre de Salman Rushdie proféré par le chantre d'une révolution islamique iranienne alors en perte de vitesse, Ruhollah Khomeyni, [il s'est trouvé une main pour tenter d'exécuter cet ordre indigne, le 12 août](#), dans une petite ville de l'Etat de New York.

La tentative d'assassinat de l'écrivain, devenu à son corps défendant un symbole de la liberté d'expression, a été perpétrée dans un centre culturel, à l'occasion d'une conférence, en l'absence manifeste de mesures de sécurité particulières. Cruelle ironie, Salman Rushdie devait y évoquer les Etats-Unis, où il vit depuis deux décennies et où il a été naturalisé en 2016, comme refuge des écrivains en exil. Grièvement blessé, il a été évacué par hélicoptère et placé depuis sous assistance respiratoire. L'animateur du débat prévu a également été blessé, mais plus légèrement.

La police du comté n'a donné aucune indication concernant les motivations de l'agresseur présumé, un résident du New Jersey, dans les heures qui ont suivi le drame. Elle s'est contentée de donner son nom, Hadi Matar, et son âge, 24 ans. Tout porte à croire cependant que ses motivations sont liées aux accusations de blasphème proférées depuis des décennies par calcul cynique, comme par ignorance crasse, contre l'auteur des *Versets sataniques*, publiés en 1988. Ils ont transformé en enfer la vie de leur auteur, qui marche depuis cette date avec une cible dans le dos.

Sous le couvert de la défense d'un islam présenté très abusivement comme agressé, les attaques contre Salman Rushdie, qui ont précédé la publication de la fatwa de Khomeyni, ont été propices à toutes les manipulations. De la part du premier Guide de la révolution iranien tout d'abord, chiite, voulant se poser en protecteur de l'islam plus intransigeant que l'Arabie saoudite honnie, après la mobilisation initiale de fondations financées par des pays du Golfe, sunnites, contre un ouvrage qu'elles n'avaient probablement pas lu.

Manipulations de la part des factions iraniennes ensuite, qui se sont servies de la fatwa de 1989 pour étalonner leurs rivalités. De la part de gouvernements également, à commencer par celui de la patrie d'origine de l'écrivain, l'Inde, par calcul électoral. Mais aussi de bien d'autres, qui ont entretenu de sinistres brasiers autour de cette querelle montée de toutes pièces pour mieux détourner l'attention de problèmes intérieurs autrement plus impératifs dont ils avaient la charge.

Bien avant l'agression dont vient d'être victime Salman Rushdie, ce climat ainsi forgé dans une totale impunité a tué. Le cercle de l'intolérance s'est élargi, jusqu'au grotesque, aux traducteurs de l'ouvrage, assassinés ou agressés. La machine infernale ayant, pour ses instigateurs, fait la preuve de son efficacité, cette arme du blasphème a été dupliquée, avec le même cynisme usant de la même ignorance, par les courants islamistes les plus radicaux sur fond de montée de l'islam politique, comme par les groupes djihadistes.

**Cette perversion de la foi s'est étendue comme une métastase. En France, l'attentat contre l'hebdomadaire satirique *Charlie Hebdo*, en 2015, comme l'assassinat atroce de l'enseignant **Samuel Paty**, en 2020, s'inscrivent dans ce sillage aussi mortifère qu'insistant. **L'attaque insupportable dont Salman Rushdie a****

**été la victime n'offre d'autre choix que la défense intraitable de la liberté de penser et d'écrire. Elle ne doit souffrir aucun accommodement.**

15 août (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/08/15/436898-limpossible-liberalisme-francais>

# L'impossible libéralisme français

**Olivier Maurice**

15 août 2022

**Le libéralisme est bien présent en France, mais sous forme d'idéal, de symbole, de slogan.**

Il est communément dit qu'en France, le libéralisme n'aurait aucun ancrage populaire, aucune existence politique, aucun passé et donc par voie de conséquence, aucun avenir.

On est en droit de se poser la question de savoir si c'est une réalité ou un mythe savamment entretenu à la fois par les libéraux désespérés du niveau de collectivisme du pays et par les collectivistes habitués à prendre leurs vues pour des réalités.

Si cela était vrai, pourquoi entendons-nous parler tout le temps de libéralisme ?

Certes, c'est principalement pour lui attribuer tous les malheurs du monde, mais cette pirouette rhétorique ne trompe personne : ce n'est jamais ou presque jamais de libéralisme dont on parle, mais d'un homme de paille inventé pour l'occasion afin de développer ses propres arguments.

## L'argument libéral

On aurait tort de penser que les Français seraient viscéralement anti-libéraux. Majoritairement, ils se plient aux normes et recopient bêtement des choses, surtout lorsqu'ils n'ont pas envie d'essayer de comprendre ou que ça ne les intéresse pas.

En France, se dire antilibéral, c'est tout d'abord une norme sociale.

Se dire anti-libéral, c'est le meilleur moyen d'éviter les ennuis et de se fondre dans la masse, tout comme on se fond dans la masse en se disant respectueux de l'environnement, respectueux des diversités, des différences, des autres, de soi... On évite ainsi facilement la désapprobation. En étant suffisamment hypocrite et menteur, on peut même rapidement en tirer quelques avantages.

En fait, puisque quasiment personne ne comprend ce qu'est le libéralisme et que cela arrange pas mal quelques petits malins d'entretenir en permanence la confusion, il convient juste d'admettre que d'après leurs affirmations on ne peut clairement pas déterminer quelle fraction de la population pourrait être considérée comme libérale ou pas.

Quand on entend des arguments du genre « *Il faut arrêter cette doctrine ultra libérale qui ne fait qu'augmenter les taxes et les interdictions* », on se dit que soit la bêtise n'a pas de limite, soit les gens répètent juste ce que d'autres ont répété avant eux, par conformisme, pour ne pas choquer, ne pas déplaire, ne pas se faire remarquer.

Le positionnement soi-disant antilibéral s'appuie en fait sur un précepte tout ce qu'il y a de plus libéral : le respect des opinions des autres.

# Que ferait un libéral dans l'État français ?

Un autre argument que l'on entend très souvent, et qui est sensé fournir une preuve irréfutable de l'absence de libéralisme en France, serait qu'il n'existe aucun parti libéral dans le paysage politique du pays.

Mais enfin ! La République française est un régime centralisé incroyablement administré. L'État a [envahi les moindre recoins de la société](#). La justice ne dispose que de moyens misérables. Les copinages, privilèges, voire la corruption ont grippé les moindre rouages.

Participer à cette grande orgie d'argent public et de paperasserie est une perspective pour le moins pas du tout attrayante. Quel libéral aurait assez d'abnégation pour revêtir chaque matin le costume à étoile rouge du commissaire politique pour aller servir le Léviathan ? Sachant en plus pertinemment que son quotidien consisterait à s'écraser contre la ligne Maginot des corporatismes et à gérer un gigantesque héritage de compromissions et de petits arrangements.

Vous ne trouvez pas qu'il y a quand même pas mal d'autres choses plus intéressantes à faire ?

Rendons hommage aux quelques inconscients idéalistes qui osent s'atteler à pareille tâche titanesque (cela dit sans aucune ironie) et prions surtout pour qu'ils ne perdent pas leur âme au passage, comme cela arrive malheureusement trop souvent.

Plusieurs tentatives d'associations politiques libérales ont bien été lancées. Il s'est toujours produit la même chose : elles ont aussitôt attiré tout un essaim de parasites socialistes trop mauvais pour évoluer dans leur environnement naturel et qui n'ont eu de cesse de prêcher le compromis. Ils ont surtout profité de la moindre faille pour pousser leur agenda et leur ego.

L'absence de libéraux du paysage politique est en fait tout à fait compréhensible. Le monde politique et les institutions politiques sont tout simplement un gigantesque repoussoir pour tout libéral. L'État français est [structurellement socialiste](#). Les partis politiques et les médias font intégralement partie de cette machine.

N'est-ce pas d'ailleurs ce que disent une énorme majorité de gens qui expriment quotidiennement leur dégoût de ce système politico-médiatique consanguin ?

## Pourquoi ne pas utiliser l'État ?

Le dernier argument repose sur la gloutonnerie des Français envers le système public. L'obésité de l'État serait la preuve ultime du rejet des préceptes libéraux.

Nous avons l'État le plus cher du monde et pourtant tout dysfonctionne. Alors, pourquoi ne pas demander que celui-ci aille mieux ? Cela semble une demande plus que légitime.

On peut chercher des milliers de raisons pour expliquer cette obésité de l'État et son dysfonctionnement chronique. Il en existe une seule qui n'excuserait pas tel ou tel personne ou telle ou telle organisation : l'État est [une grande fiction où chacun vit aux dépens des autres](#).

Et donc, pourquoi se gêner ? C'est permis et même promis par l'État. Les politiciens nous répètent en boucle que le collectif réglera les problèmes de chacun. Pourquoi donc ne pas utiliser l'État ? Est-ce que cela fait de vous un soutien inconditionnel de l'État ? Absolument pas, bien au contraire. Si les Français voyaient l'État autrement que comme une immense pompe à fric et à privilèges, pillable et corvéable à merci, ils n'agiraient pas comme ils le font.

L'État français est [obèse](#) et dysfonctionnel, parce qu'une énorme majorité de Français n'ont aucun respect pour l'État et cette tendance est en constante augmentation.

## Le socialisme libéral à la française

Le libéralisme est bien présent en France, mais sous forme d'idéal, de symbole, de slogan.

Combien de fois, une fois reprises par le système constitutionnel et institutionnel, les idées libérales ont été traduites par une inflation d'interdictions, d'obligations, de [taxes](#) et de [subventions](#) ?

La sécurité, parce que [nous sommes tous Charlie](#). La santé, parce que nous sommes tous solidaires. L'éducation, pour que tous les enfants puissent [librement choisir leur avenir](#)... Ces prétendus progrès, ces prétendues réformes présentées comme libérales ont en leur temps déclenché d'énormes soutiens populaires. La gauche a abusé de ce stratagème pour pousser son agenda sociologique et utopique ; la droite pour développer son agenda romantique et sécuritaire.

Combien de réformes proprement liberticides ont utilisé le mot Liberté comme caution, comme prétexte et se sont finalement concrétisées en des usines à gaz mêlant financements publics, capitalisme de connivence et argumentation électoraliste ?

Quasiment toutes, sinon toutes.

L'État a mis la main sur tout. Il a allégrement traversé la frontière vie privée/vie publique et la limite propriété/collectivité. Il a grignoté progressivement toutes les libertés pour lesquelles il s'est empressé de légiférer, fiscaliser, codifier. Tout cela au nom de la Liberté.

Malgré cela, les gens y croient encore. Le mot Liberté est toujours inscrit au sommet des frontons.

## Pour un libéralisme français

Mais alors, qu'est-ce qui nous amène au constat que les Français seraient un peuple furieusement opposé au libéralisme ? Où chercher cette déconfiture libérale ?

La réponse est sans doute bien plus historique que politique.

La République française a été rebâtie en 1945 sur les cendres d'un État français totalement discrédité. Afin d'éviter des années de guerre civile et une prise en étau entre les futurs ennemis de la guerre froide, la France s'est construit un compromis, un rêve utopique d'une France unifiée, pacifiée et retrouvant sa grandeur : le [programme politique du CNR](#).

De là est née toute une légende selon laquelle la France aurait une place à part, celle de l'une des 5 grandes puissances mondiales. Et donc, pour prouver la légitimité de cette place, pour montrer que

l'on ne la devait pas uniquement aux GI qui ont débarqué sur Omaha Beach, comme le dit [Jean-François Revel](#), la politique tout entière en France se [résume à l'antiaméricanisme](#).

Manque de chance, dans l'univers onirique français, le libéralisme, c'est comme les hamburgers : [c'est américain](#). La France a beau être un des pays au monde où on en mange le plus, ça reste de la mauvaise nourriture, un plaisir coupable et inavoué.

Pour le libéralisme, c'est pareil.

Le libéralisme rappelle aux Français tout ce qu'ils ont raté : le [multiculturalisme](#), les grandes entreprises multinationales, les milliardaires qui ont commencé comme vendeurs de journaux dans la rue, Elvis Presley, la dernière séance et Clint Eastwood. Le libéralisme, c'est comme Amazon, Google, Microsoft, Facebook, Instagram, Snapchat ou Apple : tout le monde trouve ça génial, tout le monde les utilise, mais ça reste mauvais, parce que c'est américain et parce qu'en France, nous avons le meilleur système social que le monde entier nous envie. Fin de la discussion.

Tant et si bien que lorsqu'au détour d'une conversation, on émet l'idée qu'aucune organisation ne devrait avoir le droit de dicter sa loi aux individus, que les conflits devraient toujours se régler dans l'échange et non dans le conflit, que le respect mutuel est plus important que les opinions des uns et des autres... on a vite fait de vous expliquer que toutes ces choses sont malheureusement devenues impossibles de nos jours... à cause de ce fichu libéralisme.

C'est toujours la faute du libéralisme !

Il n'y a que deux options pour sortir de cette impasse : soit faire exploser le système social actuel, soit le transformer en autre chose. De toute façon, nous ne tarderons pas à être fixés, celui-ci est clairement au bout du rouleau.



15 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/editos-du-point/sebastien-le-fol/la-religion-est-un-enjeu-majeur-des-tensions-en-mediterranee-14-08-2022-2486317\\_1913.php](https://www.lepoint.fr/editos-du-point/sebastien-le-fol/la-religion-est-un-enjeu-majeur-des-tensions-en-mediterranee-14-08-2022-2486317_1913.php)

## « La religion est un enjeu majeur des tensions en Méditerranée »

ENTRETIEN. L'historien David Abulafia a écrit un ouvrage de référence sur la Méditerranée. Du cosmopolitisme des origines jusqu'aux fractures actuelles, récit et analyse.



L'importante activité du port de commerce international de Marseille au XVIIIe siècle, peint par Joseph Vernet (1714-1789). © Photo Josse / www.bridgemanimages.com / Photo Josse/Bridgeman Images

*Propos recueillis par Gabriel Bouchaud*

Publié le 14/08/2022 à 16h00 - Modifié le 14/08/2022 à 17h09

**D**epuis Fernand Braudel, la Méditerranée n'en finit pas de fasciner les historiens. Il est facile de comprendre pourquoi. Véritable creuset de civilisations, c'est sur le pourtour méditerranéen que sont apparus les éléments fondateurs de notre culture occidentale : démocratie grecque, civilisation romaine, christianisme ont vu le jour sur ces rivages. La variété des sociétés méditerranéennes a favorisé une émulation extraordinaire que raconte avec talent l'historien David Abulafia, professeur émérite à Cambridge. Son ouvrage sur la mer Méditerranée, une référence, est enfin traduit en français sous le titre *La Grande Mer*, aux éditions des Belles Lettres (parution le 19 août).

**Le Point : Qu'est-ce qui vous a poussé à choisir un sujet aussi étudié ?**

**David Abulafia :** Comme dans *Le Bourgeois Gentilhomme*, lorsque monsieur Jourdain comprend qu'il s'est exprimé en prose toute sa vie, je me suis aperçu que j'ai passé ma carrière à écrire au sujet de la Méditerranée. Mon doctorat portait sur les marchands génois et vénitiens dans la Sicile médiévale, ce qui m'a amené à réfléchir aux échanges maritimes et à leurs implications. Mais dépeindre chronologiquement une vue d'ensemble de ce qui est arrivé en Méditerranée sur le long terme était quelque chose que je n'ai pas eu le courage de faire pendant longtemps. Néanmoins, à force de lire des ouvrages sur cette zone géographique à diverses époques, j'ai eu le sentiment que je pourrais écrire quelque chose d'original sur la Méditerranée, en adoptant une perspective généraliste. Il est intéressant de voir la façon dont, dans cet espace, les villes portuaires ont très

longtemps été des creusets multiculturels. Carthage fut le foyer de nombreux marchands grecs, la langue grecque étant largement pratiquée dans la Cité-État. C'est aussi le cas de la période médiévale avec Venise ou Gênes, ainsi qu'à l'époque moderne, avec Alexandrie, Trieste ou Livourne. Les routes commerciales ont permis le développement de ce type de communautés très différentes, sur un temps très long.

### **Le cosmopolitisme est un fil rouge de votre ouvrage. Pourquoi ?**

C'est un concept très utile, bien que controversé, pour comprendre la nature de nombreuses villes du bassin méditerranéen. À Alexandrie, l'économie était dominée par les marchands italiens, grecs, juifs, turcs, maltais... Le monde entier semblait y être ! Ils n'estimaient même pas faire partie de l'Égypte. J'avoue éprouver de la nostalgie en pensant à ces lieux, car il s'agit d'un monde aujourd'hui disparu. La Méditerranée n'est plus comme cela, les endroits conservant un patrimoine multiculturel et multiethnique s'étant réduits à leur portion congrue.

### **Que s'est-il passé ?**

Le processus de séparation des communautés vient de s'achever avec la guerre en Syrie, qui a eu raison des communautés chrétiennes du pays. Mais si l'on revient à Alexandrie, c'est la montée en puissance du nationalisme, la création d'une série d'États caractérisés par une identité nationale sur le pourtour méditerranéen qui aura pris le dessus sur le multiculturalisme de la ville à la fin des années 1950. Le fait que des étrangers, qui se définissaient comme tels, soient présents à Alexandrie était perçu par beaucoup en Égypte comme un intolérable legs colonial. Des événements géopolitiques tels la crise du canal de Suez ou la création d'Israël ont également joué un rôle.

Ici aussi, la décolonisation a favorisé la création d'un État assez marqué ethniquement et religieusement parlant. Du Maroc à la Syrie et à la Turquie, l'importance d'une identité nationale restreinte a conduit à la destruction de nombreuses sociétés multiculturelles. Dans le cas de la Turquie, des Grecs d'Asie Mineure, des Arméniens d'Anatolie ont dû quitter des terres que leurs ancêtres avaient habitées durant des siècles. Idem pour les Turcs chassés de Grèce.

### **S'agit-il d'un aspect positif de l'impérialisme méditerranéen ?**

Loin de moi l'idée de défendre les puissances impériales, mais leur existence donnait un certain nombre de garanties aux minorités qui les peuplaient. Trieste, en Italie, en est un bon exemple. L'empire austro-hongrois avait besoin d'une porte sur la Méditerranée, et l'importance économique de Trieste permit un épanouissement culturel extraordinaire. Trieste n'est plus aujourd'hui le centre culturel qu'il fut autrefois. Ce phénomène de « décosmopolitisation » fut parfois violent, comme à Smyrne ou à Salonique, et souvent plus progressif, marqué par une émigration plus ou moins volontaire.

### **La Méditerranée continue-t-elle d'avoir une importance aujourd'hui ?**

L'Union européenne a conduit de nombreux pays méditerranéens, comme l'Espagne, l'Italie et la France, à regarder vers le nord. Le pouvoir économique siège à Francfort, le pouvoir politique à Bruxelles. Cela a mené à un désintérêt de ces puissances vis-à-vis de leurs voisins du sud. Si l'on ajoute les hésitations des anciennes colonies de s'associer avec leurs maîtres d'autrefois, la Méditerranée se retrouve divisée, effondrée sur elle-même. Réparer cette fracture est un travail titanesque, les entreprises de rapprochement se caractérisent plus par le bavardage que par des

actions concrètes. La question de l'entrée du Maroc dans l'UE en a été une bonne illustration. Le Maroc a eu l'ambition contrariée de rejoindre l'Union, tandis que l'Albanie, pourtant sur le continent européen, a encore beaucoup à faire. Les contrastes entre pays sont renforcés par l'UE, en particulier entre l'Europe de l'Ouest et le reste.

### **Mais l'Union européenne n'est pas la seule responsable de cette division. Quid de l'immigration ?**

La question migratoire pourrait se rattacher à celle du cosmopolitisme. À travers l'immigration, on assiste à une régénération des villes agissant comme des concentrés de culture méditerranéenne. On peut penser à Marseille. En Italie, jusqu'à récemment, les étrangers étaient des touristes, mais la situation change. Ce multiculturalisme devient un élément constitutif de l'identité de certaines villes. Barcelone en est un bon exemple, alors que le nationalisme catalan est très inclusif. Il ne faut pas pour autant dresser un constat idyllique. Marseille a d'importants problèmes de sécurité. Régler ces problèmes va être crucial et on doit y parvenir en promouvant une approche multiculturelle. Plus facile à dire qu'à faire, vu la composition politique du sud de la France.

### **Quel est le rôle de la religion dans la division de la Méditerranée ?**

La religion est un enjeu majeur des tensions en Méditerranée, un phénomène assez récent. Il faut se souvenir que les leaders postcoloniaux furent laïques, en Syrie, en Égypte, en Tunisie... En Turquie, il aurait été impensable que l'héritage d'Atatürk, tellement sécularisé, puisse être remis en cause aussi radicalement. La religion prend de l'importance dans la définition de l'identité nationale, non seulement dans de nombreux pays arabes mais également en Israël.

### **Existe-t-il une culture méditerranéenne ? Culinaire par exemple ?**

Malgré une histoire et un espace géographique partagés, la diversité culturelle en Méditerranée est considérable et il s'agit là d'une des caractéristiques fondamentales de cette région du monde. Si certains aliments transcendent les frontières, il est difficile de dire qu'il est question d'une culture commune à la Méditerranée. La nourriture méditerranéenne est tellement internationalisée qu'elle en a largement dépassé les limites. Il existe aussi d'importantes variations entre la nourriture de l'est et celle de l'ouest de la Méditerranée. En revanche, les interactions entre différentes cultures culinaires sont nombreuses. Le tourisme est une illustration de la diversité méditerranéenne. Les gens veulent être dépaysés en passant d'un pays à l'autre, ce qui serait impossible si la culture était uniformisée.

### **Quel pays peut-il être qualifié de méditerranéen ? La France ne semble pas vraiment en être un...**

Les Britanniques pensent à la France comme à un pays méditerranéen, au moins à partir du sud de la Loire. Les Portugais sont-ils méditerranéens ? Culinairement, linguistiquement, ils sont plutôt proches de leurs voisins espagnols mais n'ont pas d'accès à la Méditerranée ! Sur un plan purement géographique, on pourrait donc en douter. La question n'est pas tranchée. Autre exemple : une fois que l'on atteint les Alpes, la culture italienne évolue. Le nord-est est très influencé par l'Autriche. Il s'agit d'un lieu de confluence entre Méditerranée et Europe centrale.

### **Quelle culture ou entité politique a eu l'influence la plus durable sur la Méditerranée ?**

L'empreinte culturelle de la Grèce antique, du fait notamment de son influence sur le monde romain, a le plus pesé. La traduction des savoirs grecs par des intellectuels islamiques au Moyen Âge et leur diffusion via l'Andalousie, la persistance de l'Empire byzantin durant la période médiévale... C'est bien la culture grecque classique qui a eu le plus d'impact sur le monde méditerranéen. En termes purement politiques, on pourrait ajouter que ce sont les Romains qui ont eu une influence démesurée, linguistiquement parlant.

15 août (Le Point)

[https://www.lepoint.fr/monde/les-versets-sataniques-ne-sont-en-rien-blaspheatoires-15-08-2022-2486340\\_24.php](https://www.lepoint.fr/monde/les-versets-sataniques-ne-sont-en-rien-blaspheatoires-15-08-2022-2486340_24.php)

## « “Les Versets sataniques” ne sont en rien blasphématoires »

ENTRETIEN. Comment fut élaborée la doctrine du blasphème au sein de l’islam et comment a-t-elle perduré ? L’universitaire tunisien Hamadi Redissi retrace son histoire.



En 1988 à Bradford, au Royaume-Uni, manifestation contre la publication des "Versets sataniques" de Salman Rushdie. © Tim SMITH/PANOS-REA

*Propos recueillis par [François-Guillaume Lorrain](#)*

Publié le 15/08/2022 à 08h00

**L'**an prochain, l'islamologue tunisien Hamadi Redissi, professeur de sciences politiques à l'université de Tunis, publiera au Seuil un ouvrage sur la liberté d'expression dans l'islam. Il s'est dit bien sûr terriblement affecté par l'attentat dont a été victime Salman Rushdie, une attaque qui est pour ce spécialiste de l'islam moderne un grand malheur. Au Seuil, Redissi a publié déjà plusieurs ouvrages, notamment *Le Pacte de Nadj. Ou comment l'islam sectaire est devenu l'islam*, qui est une histoire du wahhabisme, ainsi que *La Tragédie de l'islam moderne*. Il est l'universitaire qui a le plus scrupuleusement étudié la genèse progressive d'une doctrine du blasphème au XII<sup>e</sup> siècle, ce blasphème dont le régime iranien avait accusé jadis l'auteur des Versets sataniques. Il nous retrace dix siècles d'opprobre, chez les sunnites comme chez les chiites.

**Le Point :** Comment le blasphème est-il entré dans l'horizon de la religion musulmane ?

**Hamadi Redissi :** Jusqu'au XII<sup>e</sup> siècle, la doctrine a été ébauchée de manière parcellaire, fragmentaire. Il pouvait s'agir d'un musulman qui avait parlé de manière inconvenante, ou bien d'un non-musulman (un tributaire), ou bien d'un païen. Le contenu de son offense pouvait concerner Dieu, ses anges, ses livres, le prophète, la religion, mais la configuration était éparpillée et la synthèse des acteurs et des contenus, la codification, n'a été menée qu'au XII<sup>e</sup> siècle par le biais d'un cadî de Ceuta, Yadh, dans une partie d'un ouvrage sur les qualités du prophète de l'islam. Le blasphème est alors défini dans son sens strict, comme une injure, une parodie, une manière de médire du prophète. Une jurisprudence se met en place et sur la base de quelques précédents historiques, une doctrine est élaborée dans la foulée, qui va perdurer d'abord jusqu'au XIX<sup>e</sup> siècle avant de survivre aux temps modernes.

**Que dit cette doctrine ?**

Quiconque insulte Dieu, ses anges, ses livres ou son prophète est passible de la peine de mort, à moins qu'il ne se déjuge, qu'il ne vienne à résipiscence. S'agissant du blasphème contre le prophète de l'islam en particulier, une divergence va diviser les docteurs de la foi : certains acceptent la résipiscence, d'autres la refusent. La question est l'objet d'un débat séculaire entre les écoles du droit (4 sunnites et une chiite). Cette doctrine vaut pour le sunnisme comme pour le chiisme et applique ce crime objectif quelle que soit la qualité de l'insulteur, musulman, tributaire ou païen.

### **Pourquoi cette codification intervient-elle à cette époque, au XII<sup>e</sup> siècle ?**

C'est une époque marquée en Andalousie par de nombreux conflits entre musulmans et non-musulmans. L'hégémonie religieuse des musulmans est contestée et affaiblie. C'est donc un contexte de conflit communautaire où il s'agit pour les musulmans de réagir par le haut.

### **Le chiisme suit-il exactement la même ligne que le sunnisme ?**

Deux différences les séparent. Les chiites imposent une mise à exécution immédiatement, « à l'instant », de la décision. La doctrine autorise aussi tout un chacun à procéder à cette exécution sans en référer au préalable à une autorité publique. C'est un droit de tuer accordé à tous.

### **Que dit le Coran à propos du blasphème ?**

Il ne spécifie pas de mise à mort. Bien sûr, il condamne ceux qui ont fait acte d'impiété par le blasphème. Mais il ne prescrit aucune peine de prison. La tradition prophétique montre un prophète tour à tour indulgent et sévère envers ses opposants. Mais ces contradictions empêchent justement que le Coran soit une base solide sur ce sujet.

### **Comment cette doctrine a-t-elle résisté à l'entrée dans le monde contemporain ?**

Elle vacille d'abord sous les coups de boutoir d'une modernité exogène, adoptée par des pays tels que l'Empire ottoman, l'Égypte, l'Iran, la Tunisie. Des Édits de droit et des Constitutions reconnaissent au XIX<sup>e</sup> siècle des droits individuels, mettent en place une égalité entre musulmans et non-musulmans. Mais après la période coloniale, après les indépendances, de nombreux États ont reconduit la doctrine classique, médiévale. Cinquante-quatre États, autrement dit presque tous les pays musulmans, l'ont reconduite, mais trois d'entre eux maintiennent la peine de mort – l'Arabie saoudite, le Pakistan, l'Iran –, quand les autres prévoient seulement des peines de prison. Mais le blasphème a ainsi pu survivre à la fois dans le droit positif et dans l'imaginaire des musulmans. Aucune véritable révolution n'a eu lieu, aucune réforme de l'ensemble du dogme.

### **On imagine que l'essor du wahhabisme et des Frères musulmans a joué un rôle ?**

En effet. La première fatwa se réclamant de la doctrine classique est énoncée en Égypte en 1934, à l'encontre d'un commerçant qui a eu une altercation avec un autre homme. Il lui a déclaré : « Que Dieu maudisse la religion de ton prophète. » L'affaire est portée au mufti qui, en retour, a énoncé une fatwa laconique, dépourvue d'argumentation. C'était une fatwa factuelle, à distinguer des fatwas casuistiques, qui s'appliquent à des cas hypothétiques. 1934, c'est seulement une petite dizaine d'années après les premiers procès qui visent et condamnent deux grands intellectuels égyptiens libres (1925-1926), la prise de la Mecque par les Wahhabites (1924), six ans après la création des Frères musulmans (1928), trois années après la fondation de l'actuel royaume d'Arabie saoudite (1931).



## Quelle a été la fatwa la plus marquante avant celle qui a visé Salman Rushdie en 1989 ?

Ce fut celle décrétée en 1974 par Ibn al-Baz, président de l'université de Médina en Arabie saoudite, directeur de son Institut de Recherche et futur mufti, après avoir pris connaissance d'un discours du président tunisien **Bourguiba** devant une assemblée de lettrés fort critique à l'égard de la religion allant jusqu'à relever des contradictions dans le Coran et doutant des qualités du prophète de l'islam. Ibn al-Baz reprend mot à mot la doctrine classique décrétant la mort de celui qui discrédite, rabaisse ou insulte le prophète de l'islam et exige une rupture des relations diplomatiques entre l'Arabie saoudite et la Tunisie.

***Les Versets sataniques* ont fait l'objet d'une fatwa à propos d'un passage où Rushdie s'appuie sur un morceau supprimé du Coran où le prophète, dans un moment de faiblesse, a mis en cause l'unicité de Dieu et légitimé en quelque sorte le paganisme. Cela suffit-il à en faire un texte blasphématoire selon les canons de la doctrine ?**

L'épisode des *Versets sataniques* n'est en rien blasphématoire. La matérialité des faits est discutée par les livres d'histoire. Ce qui est considéré comme « blasphématoire » en l'espèce, au regard de la doctrine médiévale encore une fois, c'est de tourner en dérision le prophète de l'islam, douter de sa mission ou de sa moralité. Maintenant, il ne s'agit que d'une doctrine dont il est nécessaire de se défaire, la seule manière d'être de son temps.

15 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/international/attaque-contre-salman-rushdie-l-iran-dement-categoriquement-tout-lien-avec-l-assaillant-20220815>

## Attaque contre Salman Rushdie: l'Iran dément «catégoriquement» tout lien avec l'assaillant

Par Le Figaro avec AFP

Publié il y a 27 minutes, mis à jour il y a 16 minutes



Le porte-parole du ministère des Affaires étrangères iranien, Nasser Kanani, à Téhéran en juillet 2022. *ATTA KENARE / AFP*

**Le ministère iranien des Affaires étrangères considère que «seuls Salman Rushdie et ses partisans mériteraient d'être blâmés et même condamnés» pour avoir insulté l'islam.**

L'Iran a démenti lundi «*catégoriquement*» tout lien avec l'assaillant qui a poignardé vendredi, lors d'une conférence dans le nord des États-Unis, l'écrivain britannique Salman Rushdie, auteur du roman controversé «*Versets sataniques*». «*Personne n'a le droit d'accuser la République islamique d'Iran*», a affirmé Nasser Kanani, porte-parole du ministère des Affaires Étrangères dans la première réaction officielle de Téhéran à l'attaque contre l'écrivain britannique.

*«Dans cette attaque, seuls Salman Rushdie et ses partisans mériteraient d'être blâmés et même condamnés», a-t-il ajouté lors de sa conférence de presse hebdomadaire à Téhéran. «En insultant les choses sacrées de l'islam et en franchissant les lignes rouges de plus d'un milliard et demi de musulmans et de tous les adeptes des religions divines, Salman Rushdie s'est exposé à la colère et à la rage des gens», a-t-il ajouté.*

Salman Rushdie, qui va aujourd'hui un peu mieux selon ses proches, a été poignardé une dizaine de fois vendredi par un homme d'origine libanaise, Hadi Matar, 24 ans. Celui-ci est poursuivi pour «*tentative de meurtre et agression*». L'attaque, qui a indigné en Occident, a été saluée par des extrémistes en Iran et au Pakistan.

L'écrivain est menacé de mort depuis une «*fatwa*» émise par l'Ayatollah Khomeini en 1989, un an après la publication des «*Versets sataniques*».

15 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fracking-waere-eine-loesung-18240350.html?premium=0xdf3ca5e276266900fbee9e20e4e4af&GEPC=s5>

GAS-KRISE:

## Fracking wäre eine Lösung

VON [JUSTUS BENDER](#) UND [MORTEN FREIDEL](#)

-AKTUALISIERT AM 13.08.2022-08:59



Sicher ist sicher: Ein verschlossenes Bohrloch in Barnstorf

Noch vor dem Ukrainekrieg hielt eine Expertenkommission der Bundesregierung fest: Die Risiken des Frackings sind heute beherrschbar. Doch die Ampel tut so, als hätte es diesen Bericht nie gegeben. Und sie scheut den Konflikt mit Umweltaktivisten.

Deutschland hat genug Gas. Es ist direkt hier, unter unseren Füßen, 1300 Milliarden Kubikmeter. Das ist viel, unser ganzes Land könnte 14 Jahre lang damit heizen, ohne etwas zu importieren. Würden wir hundert Jahre lang ein bisschen fördern, könnten wir zumindest die Preise drücken. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte ist: Niemand will das Gas fördern. Denn es ist Schiefergas, und um da dranzukommen, muss man fracken. Die meisten Bürger haben eine Ahnung, dass **Fracking** sehr gefährlich sein kann, sie kennen Geschichten aus Amerika und Bilder von brennendem Leitungswasser. Im schlimmsten Fall kann es zu Erdbeben kommen, Methan kann in die Atmosphäre entweichen, das Grundwasser kann verseucht werden. Deshalb hat die große Koalition 2016 das Fracking verboten und eine Expertenkommission beauftragt, die Risiken des Frackings zu erforschen. Auf Grundlage ihres Berichts sollte der Bundestag im Jahr 2021 noch mal beraten. Die Kommission wurde mit lauter Umweltschützern besetzt, vom Umweltbundesamt, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung und so weiter. Vielleicht dachten die Politiker, so würde man schon herausfinden, wie gefährlich das Fracking ist. Das Gegenteil geschah.

Das Risiko von Erdbeben schätzten die Experten als „äußerst gering“ ein, die Gefahr für das Grundwasser als „gering“. Zum Methan stellten sie fest, dass nur zwei bis vier Prozent in die Atmosphäre entweichen. Das ist wenig. Irgendwas entweicht immer, auch bei Pipelines aus **Russland** und Tankern aus Amerika. Fracking ist weltweit mittlerweile tausendfach erprobt, die Technik hat sich weiterentwickelt, es gibt kaum noch Probleme. Die deutschen Kommissionsmitglieder sind auch keine Hitzköpfe, der Umweltschutz ist ihr Anliegen und nichts sonst. Der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Holger Weiß, sagt, das Vorsorgeprinzip im Wasserschutz sei sakrosankt: „Deshalb sind wir im Zweifel immer auf der vorsichtigen Seite, mit Hosenträger und Gürtel.“ Aber selbst einer wie er muss anerkennen, wenn beim Fracking benutzte

Flüssigkeiten maximal Gefährdungsklasse 1 haben. Das ist kein Gift. „Das ist Spüli“, sagt er. „Heutzutage kann man Fracking mit einem vertretbaren Restrisiko machen.“

Der Bericht der Experten erschien 2021, aber kaum jemand las ihn. Die Internetseite der Kommission besuchen nur wenige Hundert Menschen im Jahr. Im Bundestag gab es auch kein Interesse und keine Debatte. Das [Wirtschaftsministerium](#) schrieb in einer Stellungnahme, das Fracking-Verbot habe sich „bewährt“. Ansonsten: kein Änderungsbedarf. Acht Monate später überfiel Russland die Ukraine.

## Habeck ignoriert die eigenen Leute

Heute argumentieren Wirtschaftsministerium und Landesregierungen immer noch so, als hätte es den Bericht nie gegeben. Auf die Frage, ob über Fracking noch mal diskutiert werden könne, teilt eine Sprecherin von [Robert Habeck](#) mit, Fracking sei verboten „aufgrund der schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Wasser“. Auch in Niedersachsen halten sie die Risiken von Fracking immer noch für zu groß, insbesondere die „mögliche Gefährdung des Trinkwassers“. Ihre Quelle ist das Umweltbundesamt. Deren oberste Wasserschützerin Lilian Busse war aber Teil der Expertenkommission der Bundesregierung, und die hält dieselben Risiken bekanntlich für gering.

Auf den Vorschlag, zu fracken, reagieren die Niedersachsen gereizt. „Gehts noch?!“ schrieb Ministerpräsident [Stephan Weil](#) kürzlich auf Twitter. Dabei hatte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe schon 2016 berichtet, „aus geowissenschaftlicher Sicht“ könne Fracking „kontrolliert und sicher erfolgen“. Die Aufgabe der Bundesanstalt ist es, den Bundeswirtschaftsminister wissenschaftlich zu beraten. Habeck ignoriert also die eigenen Leute. Er ignoriert auch, dass Fracking gemacht wird, nur unter anderem Namen. Nämlich in der Geothermie, wenn sie heißes Tiefenwasser hochpumpen, um die Wärme zu nutzen.



So sieht es aus, das Fracking in Amerika: Ein Arbeiter in Colorado :Bild: AP

Fracking heißt dort „hydraulische Stimulation“. Es gibt nur kleine Unterschiede, das Bohrverfahren ist das gleiche. Fracking bedeutet, man bohrt in Gesteinsschichten und presst Wasser hinein, bis die Steine brechen. So kann Erdgas entweichen oder warmes Salzwasser wie bei der Geothermie. In beiden Verfahren gibt es die gleichen Risiken. [Erdbeben](#) zum Beispiel. Oder salziges Tiefenwasser, das süßes Grundwasser verseucht. Gas kann austreten, das ist bei jeder Tiefenbohrung so. Bei der Geothermie werden Beben überwacht, bei kleinsten Ausschlägen wird das System heruntergefahren. Die Bohrköpfe werden abgesichert gegen Gasaustritte. Und das Grundwasser wird mit Zementdichtungen geschützt. Es gibt Risiken, aber sie werden akzeptiert, bei Thermalwasser, nicht bei Gas. In beiden Fällen ist die Technik erprobt, sie funktioniert. Der einzige Unterschied: Geothermie ist grün, Fracking ist fossil.



„Wenn man Fracking richtig macht, ist das Risiko gering. Das ist eine etablierte Technologie“, sagt Christoph Hilgers, Geologe am Karlsruher Institut für Technologie. Er wirbt um Vertrauen: „Umweltschutz ist die ureigenste Sache unserer Disziplin.“

## Aktivisten drohen mit heftigen Protesten

Wenn all das stimmt, warum wird dann nicht gefrackt? Eine Antwort ist, Deutschland konnte sich das lange leisten. Pipeline-Gas aus Russland war billiger und in Massen verfügbar. Der parlamentarische Geschäftsführer der **FDP**, Torsten Herbst, spricht von einem „Wohlstandsphänomen“. Kein Politiker wollte eine Technologie durchpeitschen, die damals niemand brauchte und vor der viele Angst hatten. Bis heute.

Bürgerinitiativen drohen mit heftigen Protesten, sollte in Deutschland gefrackt werden. Rüdiger Schmidt, Mitglied des Sprecherrats der niedersächsischen Bürgerinitiative „Kein Fracking in der Heide“, schreibt in einer E-Mail, man sei in „Lauerstellung“ und könne jederzeit wieder aktiv werden, „egal gegen wen – ob Teufel oder Beelzebub“. Mit solchen Leuten hätte es Weil zu tun, mitten im Landtagswahlkampf. Auch in Bayern wollen die Fracking-Gegner mobilisieren, sollte so eine „Blödsinnsdiskussion“ noch einmal aufkommen, wie es Hans Babl ausdrückt. Er ist Kreisvorsitzender des Bundes Naturschutz in Neustadt an der Waldnaab, der sich mit anderen Organisationen zum Bündnis „Abgefrackt“ zusammengeschlossen hat. „Hier im Ort gibt’s niemanden, der Fracking haben will“, sagt Babl. Die Telefonlisten haben sie noch in der Schublade, sie müssten nur ihre Leute anrufen. Babl selbst will keine Bohrmaschinen beschädigen. Dieses Versprechen kann er allerdings nicht für alle abgeben. Wer wisse schon, wozu die Radikalen von „Extinction Rebellion“ bereit wären? Es klingt wie eine Drohung.

Ministerpräsident Weil scheut den Konflikt. „Überall da, wo auch nur über ein solches Projekt nachgedacht wird, bilden sich jede Menge Widerstände. Dann hätte man sofort wirklich jahrelange Streitigkeiten vor der Brust“, sagte er kürzlich. Nur: Solche Haltungen können sich schnell ändern. Man sieht das an der Atomkraft. Schon heute ist eine Mehrheit der Deutschen dafür, die Atomkraftwerke mit neuen Brennstäben weiterzubetreiben. 41 Prozent wollen sogar neue Atomkraftwerke. Auch um das Klima zu schützen. Beim Fracking ist es ähnlich.



Viele Aktivisten kündigen schon jetzt Widerstand an: Hier demonstrieren sie gegen das Fracking in Saal in Mecklenburg-Vorpommern. :Bild: dpa

Weil Deutschland nicht fracken will, kauft es Gas, das woanders gefrackt wurde, etwa in **Amerika**. Das ist die Ironie. Ohne das Fracking dort wäre Deutschland der russischen Willkür ausgeliefert. Für den Transport wird das amerikanische Gas durch Abkühlung verflüssigt, dabei geht bis zu einem Viertel der Energie verloren. Dann tuckern die Tankschiffe über den Atlantik und stoßen reichlich

Kohlendioxid aus. In Europa angekommen, muss das Flüssiggas wieder aufgetaut werden. Das verbraucht auch Energie. Der Weg aus Niedersachsen wäre kürzer, sauberer und klimafreundlicher.

Geostrategisch klüger wäre es ebenfalls. Russland schürt die Angst vor Fracking, damit es Europa erpressen kann. Schon 2014 warnte der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen davor, dass Russland mit Fracking-Gegnern in Europa zusammenarbeite, „um die europäische Abhängigkeit von russischen Gasimporten aufrechtzuerhalten“.

Doch die Regierung hat noch ein weiteres Argument. Sie sagt, die Industrie wolle gar nicht fracken. Im Gesetz steht, dass vier Probebohrungen erlaubt sind, die Industrie könnte sie beantragen. Es gibt aber keine Anträge. Nicht einen einzigen. Darauf verweist auch Habecks Sprecherin. Wo niemand fracken will, da stört auch kein Verbot.

## Es ist eine Wette, die Deutschland gewinnen, aber auch verlieren kann

Das stimmt so nicht. Die Industrie stellt keine Anträge, weil die Länder das verhindern. Ludwig Möhring, Geschäftsführer des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie, sagt: „Landesregierungen, die gesetzlich verpflichtet wären, den Probebohrungen zuzustimmen, haben sich von vorneherein ausdrücklich gegen Probebohrungen ausgesprochen. Unsere Industrie hat diese klare Positionierung respektiert und keine Anträge gestellt.“ Die Industrie würde also fracken, wenn die Gesellschaft das will.

Das stärkste Argument gegen Fracking kommt von Mona Neubaur, der grünen Wirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen: Für die nächsten Winter käme Schiefergas zu spät. Bis zur ersten Gasförderung bei einer Probebohrung würden zwei bis drei Jahre vergehen, bis es eine Fracking-Industrie gibt, vielleicht acht bis zehn Jahre. Vorher muss das Problem anders gelöst sein. „Bis dahin müssen wir massiv bei den bewährten und kostengünstigen erneuerbaren Energien vorangekommen sein und Partner für die Lieferung von grünem Wasserstoff gefunden haben“, sagt Neubaur der F.A.S. Sie könnte recht behalten, aber das ist nicht sicher. Es ist eine Wette, die Deutschland gewinnen, aber auch verlieren kann.

Was, wenn wir in zehn Jahren immer noch Gas brauchen? Oder wenn das Flüssiggas aus Übersee ausbleibt? Möhring vom Gasverband sagt: „Wenn wir wüssten, dass der Gasmangel im nächsten Jahr vorbei ist, natürlich bräuchten wir dann schon wegen des zeitlichen Vorlaufs kein Schiefergas.“

Die Abneigung gegen Schiefergas irritiert viele, zum Beispiel Weiß von der Expertenkommission: „Man kann das eigentlich nur mit ideologischen Vorbehalten erklären. Einer sachlichen Grundlage entbehrt das.“ Und Herbst von der FDP sagt: „Was mich nervt, ist, dass die Diskussion in der Vergangenheit beim Thema Energie so bauchgetrieben war und so wenig fakten- und wissensbasiert.“

Als Russland die Ukraine überfiel, rechneten die Mitglieder der Expertenkommission damit, dass ein Bundestagsausschuss sie einlädt und nach dem Fracking fragt. Schließlich ist Deutschland in einer der größten Energiekrisen seiner Geschichte. Die Experten stimmten sogar ihre Urlaubspläne darauf ab, dass immer einer da ist, falls der Anruf aus Berlin kommt. Sie warten immer noch.

*Mitarbeit: Reiner Burger*



15 août (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/usa-schuetzen-deutschland-bigotterie-muss-im-ukraine-krieg-enden-18243772.html>

IM UKRAINEKRIEG:

## Die Deutschen müssen ihr Amerikabild korrigieren

VON [ECKART LOHSE](#), BERLIN

-AKTUALISIERT AM 15.08.2022-08:06



US-Marinesoldaten fahren auf dem Deck der USS Bataan an der Freiheitsstatue in New York vorbei. Bild: EPA

*Kritik am amerikanischen Militarismus haben die Deutschen mit der Gewissheit verbunden, von Washington geschützt zu werden. Diese Bigotterie muss beendet werden.*

Seit dem 24. Februar korrigieren viele Deutsche ihr Russlandbild. Der Schock angesichts des Überfalls Putins auf die [Ukraine](#) ist einfach zu groß, um unbeirrt an alten Irrtümern festzuhalten. Was viel weniger geschieht, ist eine Korrektur des Amerikabildes.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist das Schicksal Deutschlands wesentlich bestimmt von den beiden Atommächten [Amerika](#) und Russland. **Die Bewohner der Bundesrepublik hätten nicht in Freiheit leben können ohne den militärischen Schutz der Amerikaner. Das ist zu oft in Vergessenheit geraten.**

Der Umgang vor allem weiter Teile von Grünen und SPD mit Amerika hat lange an das Verhalten von Kindern erinnert, die sich der Liebe und Fürsorge ihrer Eltern so sicher wähnen, dass sie glauben, diesen nach Belieben mit harter Kritik und gar Ablehnung begegnen zu können, ohne Auswirkungen befürchten zu müssen. Das hat den Schrecken über die Drohungen des einstigen Präsidenten [Donald Trump](#), sich nicht mehr an die Sicherheitszusagen der NATO zu halten, in Deutschland so groß werden lassen. Und die Angst vor seiner Wiederwahl.

### Mit Waffen haben wir es nicht so

Anders als im Falle [Russlands](#), das die Deutschen weniger bereisen als Amerika, obwohl es viel näher liegt, **sind sie gegenüber den Amerikanern gern überheblich. Zu viel Fast Food, zu große Autos und dann auch noch Fracking-Gas.** Das hat die Deutschen allerdings nie am Nachmachen gehindert, beim Big-Mac-Essen so wenig wie beim Bauen und steuerlichen Fördern von SUVs. Wer weiß: Angesichts der heraufziehenden Not durch den Verzicht auf russisches Gas könnte sich sogar der Widerstand gegen das Fracking verringern. Eine schon 2016 von der damaligen Bundesregierung eingesetzte Kommission ist schon im vorigen Jahr zu der Auffassung gelangt, dass die Risiken von Fracking überschaubar wären, wie die F.A.S. [berichtete](#).

Auf einem Feld haben die Deutschen allerdings weitgehend auf das Nachahmen des amerikanischen Verhaltens verzichtet. Bei den Waffen. Was das Privatleben angeht, so ist das ein Segen, wie die

Exzesse durch Schusswaffengebrauch im amerikanischen Alltag beweisen. **Aber vor allem in den zurückliegenden drei Jahrzehnten, seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, verzichtete die Bundesrepublik immer weitgehend auf eine Bewaffnung zur Verteidigung des eigenen Landes und der europäischen Nachbarn, die der Größe und Wirtschaftskraft des Landes entsprochen hätte.**

**Das geschah in dem tiefen Bewusstsein, dass es Amerika schon richten würde, sollte der (stets ausgeblendete) Ernstfall eintreten. Dieses Bewusstsein ließ sich mühelos kombinieren mit Empörung über amerikanischen Militarismus.**

Ohne Amerika wären wir verloren

Noch nie drohte den Deutschen diese Haltung so auf die Füße zu fallen wie jetzt. Zwar wurde schon in den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts in den **Balkankriegen** klar, dass Deutschland nur mit- oder hinterherfliegen konnte und ohne die Amerikaner gar nichts gegangen wäre. Nämliches galt auch für den Afghanistaneinsatz, bei dem die Bundeswehr eine wichtige Rolle über viele Jahre gespielt hat. **Aber vollends deutlich wird die im Wortsinne existenzielle Abhängigkeit von den militärischen Kräften der Vereinigten Staaten durch den Angriffskrieg Moskaus auf die Ukraine. Sollte der sich auf das NATO-Territorium ausdehnen, wäre Deutschland ohne Amerika und seine Waffen verloren.**



Hat Antiamerikanismus auch hierzulande befeuert: Der Irakkrieg im Frühjahr 2003 (hier Bombardierungen Bagdads am 20. März 2003) :Bild: AFP

Dass das ausgerechnet so klar wird, wenn Deutschland von einer rot-grünen Regierung (mit FDP-Partner) geführt wird, hat eine gewisse Folgerichtigkeit. Es war die politische Linke, die im vorigen Jahrhundert das Bild vom friedliebenden Deutschen mit dem Anrennen gegen den amerikanischen Militarismus vermischt hat. In einer ersten Zeitenwende musste eine rot-grüne Bundesregierung Ende der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts dieses Bild korrigieren. Doch kaum hatte der damalige Kanzler Schröder Washington nach den Anschlägen vom 11. September „uneingeschränkte Solidarität“ versprochen, nutzte er den Antiamerikanismus im Wahlkampf, als er die Kritik am Irakkrieg Washingtons auf die Spitze trieb.

Rückgriff auf den „Bombenterror“

Ralf Fücks, einer der klugen Analytiker unter den **Grünen**, hat diese **Doppelzüngigkeit** im Frühjahr in einem Interview mit dem „Stern“ beschrieben. Er erinnerte daran, wie **seine Partei in den Achtzigerjahren gegen die Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland protestierte. Es habe zwar einen Flügel gegeben, der solidarisch mit den Dissidenten und Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa gewesen und für Abrüstung in West und Ost eingetreten sei.**

„Aber die Mehrheit stellte die amerikanischen Atomraketen als die eigentliche Gefahr dar, nicht die russischen.“

Da solle man sich „nichts in die Tasche lügen“. Das Verhältnis der Deutschen zu Amerika, so sagte Fücks, sei „immer zutiefst ambivalent“ gewesen. Die Faszination für die Moderne sei gepaart mit „tiefsitzender Antipathie“. Fücks, Jahrgang 1951, erinnerte sich an Gespräche aus seiner Kindheit bei Familientreffen. Da sei es immer wieder um den **amerikanischen „Bombenterror“ im Zweiten Weltkrieg** gegangen. Dieses Narrativ habe sich fortgepflanzt bis in die Proteste gegen den NATO-Einsatz im Kosovokrieg.

Die jetzige Zeitenwende, die zweite nach der im vorigen Jahrhundert, muss also nicht nur den Blick auf das eigene Land und auf Russland korrigieren. Sie muss auch **die bigotte Mischung aus einem mit vermeintlicher eigener Friedensliebe verkleisterten Antiamerikanismus und dem Kuscheln unter dem militärischen Sicherheitsdach, das Washington bietet, endlich beenden.**

14 août (Le Monde)

[https://www.lemonde.fr/international/article/2022/08/14/1-attaque-contre-salman-rushdie-acte-l-ubiquite-et-la-resilience-d-un-phenomene-djihadiste-multiforme-sur-le-sol-meme-de-l-occident\\_6138018\\_3210.html](https://www.lemonde.fr/international/article/2022/08/14/1-attaque-contre-salman-rushdie-acte-l-ubiquite-et-la-resilience-d-un-phenomene-djihadiste-multiforme-sur-le-sol-meme-de-l-occident_6138018_3210.html)

## L'attaque contre Salman Rushdie acte « l'ubiquité et la résilience d'un phénomène djihadiste multiforme sur le sol même de l'Occident »

TRIBUNE

**Gilles Kepel, directeur de la chaire Moyen-Orient Méditerranée à l'Ecole normale supérieure**

La fatwa émise en 1989 par l'ayatollah Khomeyni visait à affirmer sa prééminence en matière d'islamisme révolutionnaire face aux groupes radicaux sunnites. Dans une tribune au « Monde », Gilles Kepel analyse cette longue rivalité, jusqu'à l'agression contre l'écrivain commise par un jeune chiite d'origine libanaise.

Publié aujourd'hui à 11h33, mis à jour à 12h39 Temps de Lecture 6 min.

Le 14 février 1989, à la veille du retrait de l'armée rouge d'Afghanistan, l'ayatollah Khomeyni, Guide suprême de la République islamique d'Iran, émit la fatwa [condamnant à mort Salman Rushdie](#), au motif que son roman *Les Versets sataniques* aurait blasphémé le Prophète. La date choisie par le dirigeant chiite avait pour objet d'obnubiler aux yeux du monde musulman la victoire attendue de ses rivaux sunnites, soutenus par la CIA et financés par l'Arabie saoudite et les pétromonarchies, qui allaient bouter hors de la terre d'islam afghane les forces de l'athéisme communiste qui l'avaient envahie une décennie plus tôt.

Dans l'immédiat, le scandale mondial déclenché par la fatwa – un ayatollah iranien condamnant à mort un citoyen britannique sur le sol même du Royaume-Uni, du jamais-vu à l'époque – eut l'effet escompté : Khomeyni avait tiré le tapis sous les pieds de l'islamisme sunnite qui escomptait se prévaloir de la défaite soviétique pour apparaître comme le héraut et le héros des musulmans « *humiliés et offensés* » à travers la planète. Pas grand monde ne remarqua sur l'instant la défaite soviétique, qui aurait des conséquences géopolitiques décisives – entraînant le 9 novembre suivant la chute du mur de Berlin et la mort du communisme.

L'ayatollah avait remporté la guerre médiatique, et ce fut pour reprendre la main face à cette rivalité dans l'hégémonie sur l'islamisme révolutionnaire qu'Ayman Al-Zawahiri (qui vient d'être tué fin juillet par un missile américain à Kaboul, où les talibans ont fait leur retour après le retrait des Etats-Unis, cette fois, il y a un an) avait théorisé, dans son manifeste de 1996 *Cavaliers sous la bannière du Prophète*, la nécessité de frapper le grand coup du djihadisme sunnite que serait « *la double razzia bénie* » du 11 septembre 2001. Laquelle permettrait à Al-Qaida de monopoliser l'actualité au détriment des rivaux de Téhéran en semant la mort en Occident, à Washington et New York.

Pourtant, la fatwa poursuivit ses effets ravageurs après le décès de Khomeyni, survenu en juin suivant celle-ci : elle serait même reprise et prolongée par ses rivaux sunnites, avec leur condamnation à mort des caricaturistes danois qui publièrent des dessins jugés blasphématoires du Prophète dans un quotidien en septembre 2005, repris ultérieurement par *Charlie Hebdo*, ce qui aboutirait au massacre du 7 janvier 2015 perpétré par les frères Kouachi, pierre angulaire de Daech [*l'organisation Etat islamique*] en Europe et début du mouvement de départ de milliers de jeunes musulmans français pour le Cham – l'appellation islamique du Levant.

**C'est dire l'extrême sensibilité de cet enjeu de la « *défense de l'honneur du Prophète* » pour tous les mouvements islamistes qui tentent grâce à cela de mobiliser leurs coreligionnaires dans un djihad universel contre l'Occident judéo-chrétien – ou « *sioniste-croisé* » (*sahiou-salibi*) dans leur idiome.**

On en a connu les plus récents soubresauts en septembre 2020, lorsque la republication des caricatures par la rédaction de l'hebdomadaire à l'ouverture du procès des tueries de janvier 2015 se traduisit par trois nouvelles actions meurtrières : la première lorsque le Pakistanais Zaheer Mahmoud, au vu de manifestations

gigantesques dans son pays natal réclamant la décapitation des « *blasphémateurs* », acquit une feuille de boucher et frappa deux personnes devant l'ancien siège de *Charlie* ; la deuxième avec la décapitation par le Tchétchène Anzorov du professeur Samuel Paty devant son collègue des Yvelines à la suite de la mise en ligne de messages de haine le ciblant ; et la troisième lorsqu'un immigré clandestin tunisien poignarda trois fidèles catholiques dans la basilique Notre-Dame de Nice le jour de l'anniversaire du Prophète.

« Comme une balle qui trouvera inéluctablement sa cible »

A cette occasion, l'auteur de ces lignes a proposé une analyse de ces actions ultimes en termes de « *djihadisme d'atmosphère* » : des « *entrepreneurs de colère* » (selon l'expression du P<sup>r</sup> Bernard Rougier) dénoncent des cibles sur les réseaux sociaux, sans qu'il soit besoin même d'une quelconque organisation ou réseau donnant des ordres à des exécutants, contrairement à ce qu'avaient mis en œuvre Al-Qaïda, puis Daech. Nourris de ces stimuli numériques, socialisés dans des milieux partageant une culture de séparatisme islamiste d'avec les sociétés occidentales dont les valeurs sont exécrées au nom d'une lecture extrémiste du Coran, de la sunna et de leurs exégèses, des individus passent à l'action criminelle, convaincus d'être les vecteurs de la rédemption de la communauté des croyants (oumma), de promouvoir l'islamisation de l'univers et d'assurer pour eux-mêmes et leur famille une place de choix au paradis.

Ce « *djihadisme d'atmosphère* » – pour lequel l'extermination des blasphémateurs supposés constitue le déclic par excellence déterminant le passage à l'acte – est **d'autant plus aisé à mettre en œuvre dans le sunnisme, car cette confession majoritaire de l'islam contemporain (environ 85 %) ne connaît pas de clergé hiérarchisé ni sacramentel doté d'infaillibilité.** Il s'avère ainsi particulièrement poreux au Web et aux réseaux sociaux, où se constituent des clusters d'individus qui s'autoconvainquent de la véracité de leurs croyances, aussi fantasmagoriques fussent-elles.

**Le chiisme, a contrario, dispose de structures ecclésiales strictement hiérarchisées marquées par l'obéissance aux grands ayatollahs faisant référence (*marja'al-taqlid*).** Tous ne sont pas d'accord entre eux. Le magistère de Khomeyni et celui de son successeur, le Guide iranien Khamenei, inspirent également le Hezbollah dominant dans le chiisme libanais, communauté dont est issu le suspect de l'attaque au poignard contre Rushdie, Hadi Matar, né en Californie de parents immigrés. **En Irak en revanche, l'ayatollah Al-Sistani est fortement opposé à cette instrumentalisation politique de la croyance.**

Néanmoins, la capacité des actuels dirigeants iraniens à enrégimenter leurs adeptes, et à mobiliser l'appareil de leur Etat à cette fin, reste très forte. Les présidents réformistes qui ont siégé brièvement à Téhéran, Mohammad Khatami (1997-2005) et Hassan Rohani (2013-2021) ont fait savoir sous diverses formes que la fatwa du 14 février 1989 n'était plus d'actualité. Mais eux-mêmes ont disparu de la scène politique, remplacés par l'ancien procureur Ebrahim Raïssi, qui envoya à la mort de très nombreux opposants, et le véritable pouvoir demeure aux mains du Guide, Ali Khamenei, pour lequel ladite fatwa « *est comme une balle qui trouvera inéluctablement sa cible* ». **Les commentaires de la presse de Téhéran la plus proche de sa ligne ont applaudi à l'acte « héroïque » de l'agresseur de Rushdie et voué aux gémonies celui-ci, musulman de naissance, qualifié d'apostat de l'islam et donc passible d'exécution.**

Le djihadisme chiite a-t-il dépassé les logiques d'Etat ?

Pourtant, la tentative de meurtre de l'écrivain indo-britannique – alors qu'il s'apprêtait à donner une conférence sur la liberté d'expression et l'Amérique comme terre d'accueil par excellence des artistes exilés – semble paradoxale par rapport aux intérêts du régime iranien, désireux d'obtenir la conclusion de l'accord nucléaire le concernant lors de l'Assemblée générale de l'ONU en septembre, à laquelle M. Raïssi avait annoncé sa présence. **On imagine mal que pareil acte criminel, à l'immense retentissement symbolique, puisse favoriser l'aboutissement de la négociation, et la réintégration de l'Iran dans la communauté internationale.**

Même si des voix dans le monde musulman préfèrent que l'exécution d'un « *blasphémateur* » est beaucoup plus licite que celle d'Al-Zawahiri à Kaboul ou du général iranien Ghassem Soleimani, chef de la force extérieure des gardiens de la révolution (pasdarans), liquidé par l'armée américaine le 3 janvier 2020 à



l'aéroport de Bagdad, pareil argument n'est recevable ni aux Etats-Unis ni en Europe, et certainement pas par un président américain affrontant une délicate échéance électorale en novembre.

De même que le djihadisme sunnite, financé lors de la guerre d'Afghanistan durant la décennie 1980 par les pétromonarchies de la péninsule Arabique, équipé et instrumentalisé par la CIA, avait échappé à ceux qui l'avaient réchauffé en leur sein lorsqu'il déclencha des attentats sanglants en Arabie saoudite puis les massacres du 11 septembre 2001 à New York et Washington, le djihadisme chiite a-t-il dépassé les logiques d'Etat de ses concepteurs iraniens ?

Les premiers éléments de l'enquête ont fait apparaître que **la page Facebook du suspect, accessible jusqu'aux heures suivant l'attentat contre Rushdie, faisait l'apologie des gardiens de la révolution, du général Soleimani et du Hezbollah en général.** Ce jeune homme de 24 ans, **né aux Etats-Unis neuf ans après la fatwa**, a-t-il baigné dans un « *djihadisme d'atmosphère* » du chiisme radical où les réseaux sociaux, le groupe de sociabilité, contaminés par des phénomènes similaires se produisant en milieu sunnite, l'ont emporté sur la stricte obéissance aux instructions des maîtres de Téhéran ?

La procédure judiciaire apportera en son temps des réponses, mais **nous sommes d'emblée confrontés à l'ubiquité et la résilience d'un phénomène djihadiste multiforme sur le sol même des pays démocratiques de l'Occident. Cette menace récurrente plaide pour une vigilance accrue face aux logiques séparatistes qui s'efforcent de scinder nos sociétés en déchirant leur tissu selon des lignes de clivage confessionnelles et exclusives, dont l'aboutissement s'est traduit par une longue série de violences et de crimes, dont la fatwa du 14 février 1989 constitue le point de départ et l'emblème.** Issue du chiisme politique le plus radical, elle a muté dans les mouvements combattants sunnites les plus extrêmes, à l'instar d'Al-Qaida puis Daech, et fait désormais retour, après l'épuisement militaire et politique de ceux-ci, vers son milieu d'origine.

*Gilles Kepel, professeur à l'université Paris Sciences et Lettres, dirige la chaire Moyen-Orient Méditerranée à l'Ecole normale supérieure. Il a publié **Le Prophète et la Pandémie. Du Moyen-Orient au jihadisme d'atmosphère**, éd. Gallimard, 2021.*



14 août (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/pascal-bruckner-salman-rushdie-le-voltaire-anglo-indien-20220813>

## Pascal Bruckner: «Salman Rushdie, le Voltaire anglo-indien»

Par PASCAL BRUCKNER

Publié hier à 19:41, mis à jour il y a 7 heures



Salman Rushdie. *Andrew Winning / REUTERS*

### **TRIBUNE - «Même grièvement blessé Salman Rushdie vit toujours. Son élégance, son insolence font école», salue l'écrivain et philosophe.**

«*Le ventre est encore fécond d'où est sortie la bête immonde*». Jamais la phrase de Brecht, ressassée *ad nauseam*, sur une possible résurgence du nazisme après la Seconde guerre mondiale, n'a été plus d'actualité à propos du terrorisme islamiste, chiite ou sunnite. Non seulement il est plus virulent que jamais mais il est relayé par des troupes fraîches à chaque génération. Quand Salman Rushdie fut frappé en février 1989 d'une fatwa par l'Ayatholla Khomeiny qui demandait à tout musulman de le tuer pour avoir publié *Les Versets sataniques* et profané l'image de Mahomet, l'écrivain fut d'emblée défendu par une majorité d'intellectuels dont Milan Kundera, Naghib Mafouz, Edward Saïd, Pierre Bourdieu, Mahmoud Darwich, Jacques Derrida. Déjà de bons apôtres s'étaient offusqués de cette publication. Du président Chirac, qu'on a connu mieux inspiré, qui accusait Salman Rushdie de faire de l'argent avec le blasphème jusqu'au philosophe canadien Charles Taylor et aux écrivains Roald Dahl et John Le Carré, nombreux sont ceux qui n'ont pas caché leurs réticences. Dès décembre 1988, des musulmans britanniques organisent un autodafé géant de son livre à Bolton puis à Bradford (Yorkshire) en janvier 1989, dignes de celui de Nuremberg en 1933. À la même époque à Paris un millier de manifestants intégristes réclament la tête de l'auteur sans être inquiétés outre mesure. Son traducteur japonais est tué, des attentats contre son traducteur italien et son éditeur norvégien les blessent grièvement. Un autre contre son traducteur turc à Sivas dans un hôtel fait 37 victimes. Pendant 20 ans, Rushdie a mené une existence de proscrit, caché par les services secrets et n'apparaissant en public que sous très haute surveillance. Depuis quelque temps il menait une vie d'homme libre. Mais la longue main du crime fanatique l'a rattrapé dans une petite ville de l'État de New York.

---

Cet immense écrivain, doté d'une ironie cinglante incarne aux yeux des fondamentalistes du Coran l'apostat par excellence. Le musulman qui oublie l'islam, se moque des dogmes et se définit avant tout comme une personne indépendante soumise à la seule juridiction du talent. Son cas est exemplaire car il a fait jurisprudence : citons entre autres dissidents la députée néerlandaise d'origine somalienne Ayaan Hirsi Ali condamnée à mort en 2004 par les intégristes pour avoir tourné en 2004 un film avec Théo Van Gogh sur la condition des femmes en Islam, *Soumission* (Van Gogh sera

assassiné aux Pays Bas). Deux intellectuels anglo-saxons de renom Ian Buruma et Timothy Garton Ash l'accuseront d'avoir « *trahi* » sa culture et « *sali* » une religion minoritaire.

**La sainte alliance de la Trouille et du Croissant fait des merveilles pour clore les bouches et dicter aux plumes rebelles de notre intelligentsia des propos apaisants**  
*Pascal Bruckner*

C'est avec *Charlie Hebdo* que les antagonismes explosent : derrière la déploration affichée en France des journalistes tués court la condamnation tacite du journal satirique. De *Médiapart*, très réservé sur les caricatures de Mahomet jusqu'au philosophe Étienne Balibar qui déplore « *le sentiment d'humiliation de millions d'hommes déjà stigmatisés* » sans oublier le sociologue Edgar Morin qui plaide pour l'interdiction plus ou moins tacite du blasphème : « *Faut-il laisser la liberté offenser la foi des croyants en l'Islam en dégradant l'image de son prophète ?* » Par lâcheté ou paternalisme, la censure a gagné : on ne verra plus d'images de Mahomet sur aucun journal. La sainte alliance de la Trouille et du Croissant fait des merveilles pour clore les bouches et dicter aux plumes rebelles de notre intelligentsia des propos apaisants. Mieux vaut pour le « *parti collabo* » accabler ceux qui se révoltent contre la terreur islamiste que se joindre à eux. C'est bien cette couardise que Salman Rushdie déplorait en 2015 en attaquant les écrivains nord-américains qui refusaient par « *antiracisme* » de s'associer à la cérémonie d'hommage du Pen Club en faveur des victimes de Charlie Hebdo en avril 2015 (parmi lesquels Russel Banks, Michael Ondaatje, Joyce Carol Oates, figures tutélaires de la gauche américaine).

Ce qui naît avec l'affaire Rushdie, c'est le concept farcesque d'islamophobie, un terme colonial remis au goût du jour et transformé en arme de censure massive : critiquer la religion du prophète, ce serait insulter des milliards de croyants et faire preuve de racisme. Piétinez Jésus, Moïse, le pape si vous le voulez mais pas un mot sur Mahomet. Sinon, c'est la mort par égorgement, décapitation, explosion, démembrement, lapidation, au choix. « *Un nouveau mot avait été inventé pour permettre aux aveugles de rester aveugles : l'islamophobie. Critiquer la violence militante de cette religion dans son incarnation était considéré comme du fanatisme* » (Salman Rushdie). La fabrique de ce délit d'opinion répond à un double objectif : faire taire les hérétiques et bloquer tout espoir d'une mutation religieuse en pays coranique. L'Islam et lui seul est intouchable, doté d'une supériorité morale exemplaire et il faudrait traiter ses fidèles, même les plus virulents, avec un tact, une patience que ne requièrent ni les juifs, ni les chrétiens, ni les bouddhistes, ni les hindous.

Le régime iranien, soutenu par Moscou et Pékin, qui organisent avec lui en septembre des manœuvres navales en Amérique latine accueillies par le Nicaragua et le Venezuela, s'inscrit dans l'arc terroriste d'Asie Centrale avec l'Afghanistan et le Pakistan. Nous subissons en cet été 2022 plus de tragédies que nous ne pouvons en avaler : incendies dévastateurs, persistance du Covid-19, guerre en Ukraine, bruit de bottes à Taïwan. La tentation est grande de réagir à ces secousses en se couchant : laisser l'Ukraine à la Russie et Taïwan aux Chinois et ne pas chercher noise aux imams litigieux. Munichois et dénégateurs vont s'associer pour ne pas voir, ne pas entendre, terminer les vacances tranquillement en shorts et bermudas. Pourtant, même grièvement blessé Salman Rushdie vit toujours. Son élégance, son insolence font école. L'Islam est malade disait en 2002 le poète tunisien Abdelwahad Medeb, malade de l'intégrisme qui a opéré sur lui un véritable hold-up théologique. Cela fait longtemps qu'au Moyen Orient, au Maghreb, des musulmans par milliers désertent leur croyance, abandonnent le Coran. Bénis soient les sceptiques, les incroyables s'ils refroidissent le fleuve ardent de la foi. Béni soit Salman Rushdie qui mériterait le prix Nobel de littérature si les jurés d'Oslo avaient assez d'audace.